Namen und Nachrichten

Engholm als Tell

Anläßlich seines 50. Geburtstages gab Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Björn Engholm (SPD) gestern einen Empfang im Kieler Landeshaus. Ein Parteigenosse schenkte Engholm einen rot-grünen Apfel, den sich der Landeschef nach Wilhelm-Tell-Art spontan auf den Kopf legte.

SPD für Tempo 120

In einem Antrag an den Bundestag fordert die SPD-Bundestagfraktion Geschwindigkeitsbegrenzungen von 120 km/h auf Autobahnen, von 90 km/h auf Bundesstraßen und von 50 beziehungsweise 30 km/h auf Ortsstraßen. Dadurch würden nach Ansicht der Opposition die Verkehrssicherheit erhöht, die Luftverschmutzung verringert und Energie gespart werden. Die Forderung entspricht einem Vorschlag der EG-Komission.

Widerruf zu Ordnungsruf

Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Dieter-Julius Cronenberg, hat einen Ordnungsruf, den er dem CDU-Abgeordneten Wilfried Böhm während der Plenarsitzung vom 26. Oktober erteilt hatte, aus formalen Gründen zurückgezogen. Böhm hatte der SPD vorgeworfen, sie koaliere mit „Mauernmördern". Sein Zwischenruf bezog sich auf die SPD/DKP-Koalition im südhessischen Langenselbold.

Ost geht in den Bergbau

Friedhelm Ost (Bild), ehemaliger Regierungssprecher, wird zum 1. Januar des kommenden Jahres einer der Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Bergbau in Bonn. Im Juli soll Ost die Nachfolge von Karl-Heinrich Jakob antreten. Der Ex-Regierungssprecher ist dann neben Harald Kliebhan der zweite Hauptgeschäftsführer des Spitzenverbandes.

Özal will EG-Beitritt

Als wichtigstes Ziel seines Landes hat der neue türkische Staatspräsident Turgut Özal am Donnerstag den Beitritt der Türkei zu Europäischen Gemeinschaft (EG) bezeichnet. Zuvor war der frühere Ministerpräsident vor dem Parlament in Ankara vereidigt worden. Özals Vorgänger, General Evren - er hatte 1980 den Militärputsch in der Türkei angeführt - schied nach sieben Jahren aus.

Raketen unterm Hammer

Die UdSSR will einen Teil ihrer aufgrund der Abrüstungsverträge ausrangierten Militärausrüstungen, wie Raketenlafetten, Funkgeräte und Teile der verschrotteten atomaren Mittelstreckenraketen, zugunsten wohltätiger Zwecke verkaufen. Am 28. November werde im Moskauer Sokolniki-Park eine Ausstellung eröffnet, bei der sich Interessenten informieren können, teilte ein Sprecher mit.

Reformgesetze zur Alterssicherung verabschiedet

Blüm: Eine historische Stunde

Bonn (dpa). Als „historische Stunde für das Parlament und für die Rentenversicherung" hat Bundesarbeitsminister Blüm (CDU) gestern die Verabschiedung der Reformgesetze zur Rentenversicherung und Beamtenversorgung bezeichnet. Redner von Regierungskoalition und SPD-Opposition hoben in der fünfstündigen Debatte die Gemeinsamkeit bei dem Reformwerk hervor.

Mit den Gesetzen, die zum großen Teil zum 1. Januar 1992 in Kraft treten, sollen vor allem die sich aus dem wachsenden Anteil alter Menschen an der Gesellschaft ergebenden Finanzprobleme der Alterskassen gelöst werden. Die Regelaltersgrenze für Renten wird ebenso wie für Pensionen nach 2001 schrittweise auf 65 Jahre heraufgesetzt. Die Beiträge und der Bundeszuschuß zur Rentenversicherung werden mittelfristig steigen. Die Renten werden künftig schwächer erhöht. Beamte können die Höchstversorgung von 75 Prozent künftig erst nach 40 statt bisher nach 35 Jahren erreichen. Künftig sollen bei der Alterssicherung drei Kindererziehungsjahre angerechnet werden. Beamte und Rentner erhalten monatlich denselben Betrag. Abgeordnete sollen ihre Höchstversorgung von 75 Prozent künftig zwei Jahre später und damit nach 18 Jahren erhalten.

Bei der Abstimmung votierten die Grünen gegen die Gesetze,

Einzelheiten der Reformgesetze finden Sie auf der Wirtschaftsseite.

weil sie sie für sozial unausgewogen halten. Bei den Sozialdemokraten gab es 17 Enthaltungen, ein FDP-Abgeordneter stimmte gegen das Gesetz.

Während der Debatte äußerten Redner der am Kompromiß beteiligten Parteien die Überzeugung, die Reform werde bis weit ins nächste Jahrtausend eine verläßliche Grundlage bilden. Blüm hob hervor, es sei „keine Rentenrevolution" gemacht worden. Bewährtes werde erhalten, Neues eingeführt.

Dreßler räumte ein, mit der Reform seien nicht alle Probleme der Rentenversicherung gelöst. Als Aufgabe für die 90er Jahre blieben vor allem die Einführung einer sozialen Grundsicherung und eines Wertschöpfungsbeitrages. Renate Schmidt (SPD) kritisierte, daß Kindererziehungszeiten bei der Rente weiterhin dann nicht angerechnet werden, wenn die Eltern nach der Geburt des Kindes erwerbstätig bleiben. Sie lastete diese Regelung vor allem Blüm an. Der wies diesen Vorwurf erregt zurück: „Ich verbitte mir, mich in der deutschen Öffentlichkeit als Frauenfeind hinzustellen".

Die Grünen erklärten, die vorliegende Reform sei „unter dem Strich mehr ein Spargesetz" als eine Strukturreform. Die von ihnen geforderte Verschiebung sei möglich, da durch den starken Zustrom von Über- und Aussiedlern eine wesentlich günstigere Finanzlage der Alterskassen zu erwarten sei. Die Redner der anderen Parteien meinten dagegen, die finanziellen Auswirkungen des Zustroms seien noch nicht abzuschätzen.

Lufthansa-Chef:

„Inlandsflüge einstellen"

Düsseldorf (AP). Der Vorsitzende der Deutschen Lufthansa, Heinz Ruhnau, hat sich für eine Einstellung von Inlandsflügen und für deren Ersatz durch Bodenverkehrsmittel ausgesprochen. Dies sei angesichts des überlasteten Luftraumes ein Gebot der Stunde, erklärte Ruhnau auf einer Veranstaltung der nordrhein-westfälischen SPD.

Ein Lufthansa-Sprecher präzisierte, die Gesellschaft setze sich vor allem für die Einstellung von Inlandsflügen auf extrem kurzen Strecken ein. Als Beispiel nannte er die Verbindungen Nürnberg – Frankfurt oder Stuttgart – Frankfurt. Nach SPD-Angaben plädierte Ruhnau gleichzeitig für den Ausbau der internationalen Flughäfen in der Bundesrepublik. Die deutschen Luftverkehrsunternehmen könnten nur konkurrenzfähig bleiben, wenn ihre Interkontinentalflüge ausgelastet seien.

Gentechnikgesetz

Kabinett ergänzt Entwurf

Bonn (dpa). Der Bundestag wird in der nächsten Woche das Gentechnikgesetz in erster Lesung beraten, das den rechtlichen Rahmen für die weitere Forschung und Nutzung dieser Technik schaffen soll. Dies kündigte gestern der forschungspolitische Sprecher der CDU/-CSU-Fraktion, Christian Lenzer an. Der hessische Verwaltungsgerichtshof hatte einen Tag zuvor die geplante Großproduktion von Humaninsulin bei Hoechst in Frankfurt mit dem Hinweis auf die fehlende bundesgesetzliche Regelung gestoppt. Das Kabinett übernahm gestern eine Reihe von Vorschlägen des Bundesrates: So sollen Errichtung und Betrieb einer gentechnischen Aanlage nur einer Genehmigung mit Öffentlichkeitsbeteiligung unterliegen. Sie soll auch andere Zustimmungen z.B. nach dem Wasserrecht einschließen.

Diätenerhöhung

2,3 % mehr Geld für Abgeordnete

Bonn (dpa). Gegen die Stimmen der Grünen haben die Bundestagsabgeordneten ihre Gehälter und Aufwandsentschädigungen am gestern rückwirkend zum 1. Juli um 2,3 Prozent erhöht. Die Diäten steigen somit von 9013 auf 9221 Mark brutto im Monat, die steuerfreie Aufwandsentschädigung erhöht sich von 5155 auf 5274 Mark.

EINE „DEUTSCHE PERESTROIKA" strebe der neue Staats- und Parteichef der DDR, Krenz, an. Das attestierte der stellvertretende SPD-Vorsitzende und nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau (rechts) gestern dem Honecker-Nachfolger nach einem einstündigen Gespräch in Ost-Berlin. Am Abend reiste Rau nach Leipzig, wo er eine zweiwöchige Kulturpräsentation Nordrhein-Westfalens eröffnete. Die Kulturschau mit über 1000 Mitwirkenden ist die bislang größte Veranstaltung der Bundesrepublik dieser Art in der DDR. Unser Foto zeigt in der Mitte DDR-Kulturminister Hoffmann. (dpa-Funkbild)

DDR / Ankündigung von freien Wahlen

Schabowski: Wollen mit allen reden

Fortsetzung

Politisches Tagesgespräch war gestern in der DDR die Ankündigung von Staats- und Parteichef Krenz, ein „neues Wahlgesetz" zu verabschieden, das freie, allgemeine, demokratische und geheime Wahlen gewährleiste. Schabowski erklärte auf die Frage, ob die SED sich für Wahlen wie in Polen eine bestimmte Zahl von Sitzen im Parlament reservieren lassen oder den ungarischen Weg einschlagen wolle, wo alle Parteien die gleichen Rechte haben, die DDR müsse „ihre eigene Praxis finden und definieren". Ein Datum für Neuwahlen stehe noch nicht fest. Die SED sei für eine pluralistische Meinungsgesellschaft und werde mit allen relevanten gesellschaftlichen Kräften und der Volksbewegung, die alles in Gang gesetzt habe, reden. Ausdrücklich erwähnte er das Neue Forum.

Die SED verfüge über langjährige Koalitionsbeziehungen und werde den demokratischen Weg zur Erarbeitung des Wahlgesetzes einschlagen. Dabei werde man „alle Varianten zur Bestimmung der SED durchspielen".

Schabowski schloß aus, daß bei einem Andauern der Flüchtlingswelle eine Viermächte-Konferenz erforderlich werden könnte. Das Hauptvorstandsmitglied der DDR-CDU, Winfried Wolk, forderte die Streichung des SED-Führungsanspruches aus der DDR-Verfassung. Die Mitinitiatorin der Bürgerinitiative Neues Forum, Bärbel Bohley, glaubte nicht an den Willen der SED, freie Wahlen einzuführen. „Das hätte sie schon längst haben können", sagte Frau Bohley in Ost-Berlin. Das Neue Forum, das jetzt mit Gründungsverhandlungen beginne, werde versuchen, als Organisation an den nächsten Volkskammerwahlen teilzunehmen.

Einen Tag nach der Wahl in das neue SED-Politbüro wurde Hans-Joachim Böhme (59) als SED-Bezirkschef von Halle von den örtlichen Gremien mit großer Mehrheit abgewählt. Eine Entscheidung darüber, ob Böhme nun im Politbüro bleiben könne, kündigte Schabowski für heute an. Anders verhalte es sich bei dem gestern von seiner Funktion als Erster Sekretär der Bezirksleitung Cottbus entbundenen Werner Walde, der Kandidat des Politbüros ist. Er sei auf eigenen Wunsch zurückgetreten. Als dritter Oberbürgermeister in der DDR trat nach 18jähriger Amtszeit in Stralsund Horst Lehmann zurück.

China / Militärchef

KP-Chef Jiang folgt auf Deng

Peking (dpa). Chinas führender Politiker Deng Xiaoping ist von seinem letzten hohen Amt in der Kommunistischen Partei Chinas, dem Vorsitz der Zentralen Militärkommission, zurückgetreten. Nachfolger des 85jährigen Deng ist KP-Chef Jiang Zemin (63). Deng hatte laut der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua formell seinen Rücktritt eingereicht, der von der am Donnerstag in Peking beendeten ZK-Plenarsitzung nach „gewissenhaften Diskussionen" gebilligt worden sei.

Der Vorsitz in der Militärkommission, der faktisch den Oberbefehl über die chinesischen Streitkräfte bedeutet, gilt als die entscheidende Schlüsselposition im chinesischen Machtgefüge. Der 82jährige Staatspräsident Yang Shangkun wurde Stellvertreter Jiangs. Angeblich hatte er sich auch um den Vorsitz beworben.

Beobachter erwarten, daß Deng auch nach seinem Rücktritt die dominierende Kraft in Peking und eine Art „Schiedsrichter" zwischen Konservativen und Reformern bleiben wird. Im Rücktrittsschreiben wird kein konkreter Grund für den Rückzug genannt, sondern allgemein von „gesundheitlichen Gründen" gesprochen.

Generalbundesanwalt

Anklage gegen Palästinenser

Karlsruhe/Frankfurt (dpa/AP). Wegen des Verdachts des zweifachen gemeinschaftlich versuchten Mordes und weiterer Straftaten hat Generalbundesanwalt Rebmann gegen zwei mutmaßliche Mitglieder der terroristischen Vereinigung „Volksfront für die Befreiung Palästinas – Generalkommando" (PFLP-GC) Anklage erhoben. Die beiden Angeschuldigten Hafez Kassem Dalkamoni (45) und Abdel Fattah Ghadanfar (48) befinden sich seit dem 27. Oktober 1988 in Frankfurt in Untersuchungshaft.

Im Zuge einer größeren Polizeiaktion waren im Herbst 1988 in deren Frankfurter Wohnung Sprengmittel und Bomben gefunden worden.

Beim Entschärfen einer dieser Bomben ist ein Kriminalbeamter getötet und ein weiterer lebensgefährlich verletzt worden. Den Angeklagten wird außerdem vorgeworfen, am 31. August 1987 und am 26. April 1988 in Hedemünden (Kreis Göttingen) zwei Sprengstoffanschläge auf US-Militärtransportzüge mit dem Ziel verübt zu haben, möglichst viele US-Bürger zu töten oder zu verletzen. Bei den Aktionen war eine Deutsche verletzt worden und erheblicher Sachschaden entstanden.

Besuch in Polen

Kohl bekräftigt Bonner Position zur Westgrenze

Warschau (dpa). Am Abend seines ersten Besuchstages in Polen betonten Bundeskanzler Kohl wie auch Regierungschef Mazowiecki die Bedeutung der deutsch-polnischen Aussöhnung für Europa. In Tischreden während eines Banketts verwiesen sie auf die Reformbewegungen in Ost- und Mitteleuropa und bekräftigten den Willen, einen Durchbruch zu erzielen.

Mazowiecki unterstrich, daß in der Frage der Oder-Neiße-Grenze alle Polen zusammenstünden. „Es geht um die grundsätzlichsten nationalen Interessen: das Recht auf ein Leben in gesicherten, von niemandem bestrittenen Grenzen." Er fuhr fort: „Ausgehend von der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als westliche Grenze Polens" habe der Vertrag von 1970 die „unentbehrliche Grundlage für die Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten" geschaffen.

Kohl wiederholte zur Oder-Neiße-Grenze Formulierungen aus seiner Erklärung zur Lage der Nation vom Vortag: „Wir können und wir wollen keine Rechtspositionen verändern." Zu den Grundlagen der Deutschlandpolitik gehöre „das Festhalten an Buchstaben und Geist des Warschauer Vertrages in allen seinen Teilen". Jeder wisse, „daß wir noch keinen Friedensvertrag haben".

Beide Politiker sprachen das Problem der deutschen Minderheit in Polen an. Mazowiecki gab zu, „daß Vernachlässigungen im Zugang zur ... deutschen Kultur für jene, die sich zu dieser Tradition bekennen", nachzuholen seien. Gleichzeitig dürfe man aber auch die „humanitäre Frage" der Entschädigung für Kriegsopfer und Zwangsarbeiter nicht vernachlässigen.

Siehe auch Kommentar

Bevölkerung / Paritätischer Wohlfahrtsverband:

„Zehn Prozent sind arm"

Bonn (dpa/epd). Mindestens zehn Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung ist nach dem gestern in Bonn vorgestellten ersten Armutsbericht des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV) arm. Das sind mehr als sechs Millionen Menschen.

Das läßt sich nach Ansicht des DPWV vor allem an der Zahl der Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfänger sowie an der Zunahme von Räumungsklagen ablesen; aber auch an den Lebensumständen alter oder kranker Menschen. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist seit 1980 um über 46 Prozent auf mehr als drei Millionen Menschen gestiegen.

Der Verband forderte die Einführung einer Armutsberichterstattung in der Bundesrepublik wie in Frankreich oder der Schweiz.

HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE
ALLGEMEINE

Herausgeber
Rainer Dierichs, Dr. Dietrich Batz, Achim von Roos

Chefredakteur
Lothar Orzechowski

Stellv. Chefredakteure
Wolfgang Rossbach, Peter M. Zitzmann

Verantwortliche Redakteure
Chef vom Dienst: Rainer Merforth. Politik: Jochen Prater. Blick in die Zeit: Walter Schütz. Wirtschaft und Sozialpolitik: Horst Seidenfaden. Kultur: Dirk Schwarze. Frau u. Reise: Ilse Methe-Huber. Sport: Rolf Wiesemann. Sonntagszeit: Frank Thonicke. Kassel Stadt und Land: Wolfgang Rossbach. Bezirksredaktionen: Peter M. Zitzmann. Koordination: Helmut Lehnart. Hessen/Niedersachsen: Eberhard Heinemann. Chefreporter: Karl-Hermann Huhn. Sonderthemen: Peter Ochs.

Redaktion Wiesbaden: Rolf Effenberger. Redaktion Hannover: Harald Birkenbeul. Redaktion Bonn: Hans Ludwig Laucht.

Verlagsleitung
Dr. Dietrich Batz, Rainer Dierichs, Wigbert H. Schacht. Anzeigenleiter: Horst Prehm. Vertriebsleiter: Gerd Lühring.

Verlag Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Str. 168, Postfach 10 10 09, 3500 Kassel, Ruf 05 61 / 20 3-0. Tel. Anzeigenannahme 05 61 / 20 3-3. Fernschreib-Nr. 99 635. Telekopierer 05 61 /20 36. Teletex 5 61 81 10. Postgirokonto 155132-608 Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr. 29. Monatlicher Abonnementspreis DM 25,60 inkl. Zustellung und 7% MwSt. (Postbezugspreis 28,50 DM).

Die Beendigung des Abonnements ist nur mit schriftlicher Kündigungserklärung unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich; die Frist läuft ab Zugang der schriftlichen Kündigungserklärung.

Auflage werktags über 270 000 Exemplare in Tarifgemeinschaft mit „Oberhessische Presse", Marburg, „Hersfelder Zeitung", „Werra-Rundschau", Eschwege, „Harzkurier", Herzberg.

Auflage „Sonntagszeit" über 200 000 Exemplare.

Herstellung Druckhaus Dierichs Kassel, Frankfurter Straße 168, 35 Kassel.

Namen und Nachrichten

Engholm als Tell

Anläßlich seines 50. Geburtstages gab Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Björn Engholm (SPD) gestern einen Empfang im Kieler Landeshaus. Ein Parteigenosse schenkte Engholm einen rot-grünen Apfel, den sich der Landeschef nach Wilhelm-Tell-Art spontan auf den Kopf legte.

SPD für Tempo 120

In einem Antrag an den Bundestag fordert die SPD-Bundestagfraktion Geschwindigkeitsbegrenzungen von 120 km/h auf Autobahnen, von 90 km/h auf Bundesstraßen und von 50 beziehungsweise 30 km/h auf Ortsstraßen. Dadurch würden nach Ansicht der Opposition die Verkehrssicherheit erhöht, die Luftverschmutzung verringert und Energie gespart werden. Die Forderung entspricht einem Vorschlag der EG-Komission.

Widerruf zu Ordnungsruf

Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Dieter-Julius Cronenberg, hat einen Ordnungsruf, den er dem CDU-Abgeordneten Wilfried Böhm während der Plenarsitzung vom 26. Oktober erteilt hatte, aus formalen Gründen zurückgezogen. Böhm hatte der SPD vorgeworfen, sie koaliere mit „Mauernmördern". Sein Zwischenruf bezog sich auf die SPD/DKP-Koalition im südhessischen Langenselbold.

Ost geht in den Bergbau

Friedhelm Ost (Bild), ehemaliger Regierungssprecher, wird zum 1. Januar des kommenden Jahres einer der Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Bergbau in Bonn. Im Juli soll Ost die Nachfolge von Karl-Heinrich Jakob antreten. Der Ex-Regierungssprecher ist dann neben Harald Kliebhan der zweite Hauptgeschäftsführer des Spitzenverbandes.

Özal will EG-Beitritt

Als wichtigstes Ziel seines Landes hat der neue türkische Staatspräsident Turgut Özal am Donnerstag den Beitritt der Türkei zu Europäischen Gemeinschaft (EG) bezeichnet. Zuvor war der frühere Ministerpräsident vor dem Parlament in Ankara vereidigt worden. Özals Vorgänger, General Evren - er hatte 1980 den Militärputsch in der Türkei angeführt - schied nach sieben Jahren aus.

Raketen unterm Hammer

Die UdSSR will einen Teil ihrer aufgrund der Abrüstungsverträge ausrangierten Militärausrüstungen, wie Raketenlafetten, Funkgeräte und Teile der verschrotteten atomaren Mittelstreckenraketen, zugunsten wohltätiger Zwecke verkaufen. Am 28. November werde im Moskauer Sokolniki-Park eine Ausstellung eröffnet, bei der sich Interessenten informieren können, teilte ein Sprecher mit.

Reformgesetze zur Alterssicherung verabschiedet

Blüm: Eine historische Stunde

Bonn (dpa). Als „historische Stunde für das Parlament und für die Rentenversicherung" hat Bundesarbeitsminister Blüm (CDU) gestern die Verabschiedung der Reformgesetze zur Rentenversicherung und Beamtenversorgung bezeichnet. Redner von Regierungskoalition und SPD-Opposition hoben in der fünfstündigen Debatte die Gemeinsamkeit bei dem Reformwerk hervor.

Mit den Gesetzen, die zum großen Teil zum 1. Januar 1992 in Kraft treten, sollen vor allem die sich aus dem wachsenden Anteil alter Menschen an der Gesellschaft ergebenden Finanzprobleme der Alterskassen gelöst werden. Die Regelaltersgrenze für Renten wird ebenso wie für Pensionen nach 2001 schrittweise auf 65 Jahre heraufgesetzt. Die Beiträge und der Bundeszuschuß zur Rentenversicherung werden mittelfristig steigen. Die Renten werden künftig schwächer erhöht. Beamte können die Höchstversorgung von 75 Prozent künftig erst nach 40 statt bisher nach 35 Jahren erreichen. Künftig sollen bei der Alterssicherung drei Kindererziehungsjahre angerechnet werden. Beamte und Rentner erhalten monatlich denselben Betrag. Abgeordnete sollen ihre Höchstversorgung von 75 Prozent künftig zwei Jahre später und damit nach 18 Jahren erhalten.

Bei der Abstimmung votierten die Grünen gegen die Gesetze, weil sie sie für sozial unausgewogen halten. Bei den Sozialdemokraten gab es 17 Enthaltungen, ein FDP-Abgeordneter stimmte gegen das Gesetz.

Einzelheiten der Reformgesetze finden Sie auf der Wirtschaftsseite.

Während der Debatte äußerten Redner der am Kompromiß beteiligten Parteien die Überzeugung, die Reform werde bis weit ins nächste Jahrtausend eine verläßliche Grundlage bilden. Blüm hob hervor, es sei „keine Rentenrevolution" gemacht worden. Bewährtes werde erhalten, Neues eingeführt.

Dreßler räumte ein, mit der Reform seien nicht alle Probleme der Rentenversicherung gelöst. Als Aufgabe für die 90er Jahre blieben vor allem die Einführung einer sozialen Grundsicherung und eines Wertschöpfungsbeitrages. Renate Schmidt (SPD) kritisierte, daß Kindererziehungszeiten bei der Rente weiterhin dann nicht angerechnet werden, wenn die Eltern nach der Geburt des Kindes erwerbstätig bleiben. Sie lastete diese Regelung vor allem Blüm an. Der wies diesen Vorwurf erregt zurück: „Ich verbitte mir, mich in der deutschen Öffentlichkeit als Frauenfeind hinzustellen".

Die Grünen erklärten, die vorliegende Reform sei „unter dem Strich mehr ein Spargesetz" als eine Strukturreform. Die von ihnen geforderte Verschiebung sei möglich, da durch den starken Zustrom von Über- und Aussiedlern eine wesentlich günstigere Finanzlage der Alterskassen zu erwarten sei. Die Redner der anderen Parteien meinten dagegen, die finanziellen Auswirkungen des Zustroms seien noch nicht abzuschätzen.

Lufthansa-Chef:

„Inlandsflüge einstellen"

Düsseldorf (AP). Der Vorsitzende der Deutschen Lufthansa, Heinz Ruhnau, hat sich für eine Einstellung von Inlandsflügen und für deren Ersatz durch Bodenverkehrsmittel ausgesprochen. Dies sei angesichts des überlasteten Luftraumes ein Gebot der Stunde, erklärte Ruhnau auf einer Veranstaltung der nordrhein-westfälischen SPD.

Ein Lufthansa-Sprecher präzisierte, die Gesellschaft setze sich vor allem für die Einstellung von Inlandsflügen auf extrem kurzen Strecken ein. Als Beispiel nannte er die Verbindungen Nürnberg - Frankfurt oder Stuttgart - Frankfurt. Nach SPD-Angaben plädierte Ruhnau gleichzeitig für den Ausbau der internationalen Flughäfen in der Bundesrepublik. Die deutschen Luftverkehrsunternehmen könnten nur konkurrenzfähig bleiben, wenn ihre Interkontinentalflüge ausgelastet seien.

Gentechnikgesetz

Kabinett ergänzt Entwurf

Bonn (dpa). Der Bundestag wird in der nächsten Woche das Gentechnikgesetz in erster Lesung beraten, das den rechtlichen Rahmen für die weitere Forschung und Nutzung dieser Technik schaffen soll. Dies kündigte gestern der forschungspolitische Sprecher der CDU/-CSU-Fraktion, Christian Lenzer an. Der hessische Verwaltungsgerichtshof hatte einen Tag zuvor die geplante Großproduktion von Humaninsulin bei Hoechst in Frankfurt mit dem Hinweis auf die fehlende bundesgesetzliche Regelung gestoppt. Das Kabinett übernahm gestern eine Reihe von Vorschlägen des Bundesrates: So sollen Errichtung und Betrieb einer gentechnischen Aanlage nur einer Genehmigung mit Öffentlichkeitsbeteiligung unterliegen. Sie soll auch andere Zustimmungen z.B. nach dem Wasserrecht einschließen.

Diätenerhöhung

2,3 % mehr Geld für Abgeordnete

Bonn (dpa). Gegen die Stimmen der Grünen haben die Bundestagsabgeordneten ihre Gehälter und Aufwandsentschädigungen am gestern rückwirkend zum 1. Juli um 2,3 Prozent erhöht. Die Diäten steigen somit von 9013 auf 9221 Mark brutto im Monat, die steuerfreie Aufwandsentschädigung erhöht sich von 5155 auf 5274 Mark.

EINE „DEUTSCHE PERESTROIKA" strebe der neue Staats- und Parteichef der DDR, Krenz, an. Das attestierte der stellvertretende SPD-Vorsitzende und nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau (rechts) gestern dem Honecker-Nachfolger nach einem einstündigen Gespräch in Ost-Berlin. Am Abend reiste Rau nach Leipzig, wo er eine zweiwöchige Kulturpräsentation Nordrhein-Westfalens eröffnete. Die Kulturschau mit über 1000 Mitwirkenden ist die bislang größte Veranstaltung der Bundesrepublik dieser Art in der DDR. Unser Foto zeigt in der Mitte DDR-Kulturminister Hoffmann. (dpa-Funkbild)

DDR / Ankündigung von freien Wahlen

Schabowski: Wollen mit allen reden

Fortsetzung

Politisches Tagesgespräch war gestern in der DDR die Ankündigung von Staats- und Parteichef Krenz, ein „neues Wahlgesetz" zu verabschieden, das freie, allgemeine, demokratische und geheime Wahlen gewährleiste. Schabowski erklärte auf die Frage, ob die SED sich für Wahlen wie in Polen eine bestimmte Zahl von Sitzen im Parlament reservieren lassen oder den ungarischen Weg einschlagen wolle, wo alle Parteien die gleichen Rechte haben, die DDR müsse „ihre eigene Praxis finden und definieren". Ein Datum für Neuwahlen stehe noch nicht fest. Die SED sei für eine pluralistische Meinungsgesellschaft und werde mit allen relevanten gesellschaftlichen Kräften und der Volksbewegung, die alles in Gang gesetzt habe, reden. Ausdrücklich erwähnte er das Neue Forum.

Die SED verfüge über langjährige Koalitionsbeziehungen und werde den demokratischen Weg zur Erarbeitung des Wahlgesetzes einschlagen. Dabei werde man „alle Varianten zur Bestimmung der SED durchspielen".

Schabowski schloß aus, daß bei einem Andauern der Flüchtlingswelle eine Viermächte-Konferenz erforderlich werden könnte. Das Hauptvorstandsmitglied der DDR-CDU, Winfried Wolk, forderte die Streichung des SED-Führungsanspruches aus der DDR-Verfassung. Die Mitinitiatorin der Bürgerinitiative Neues Forum, Bärbel Bohley, glaubte nicht an den Willen der SED, freie Wahlen einzuführen. „Das hätte sie schon längst haben können", sagte Frau Bohley in Ost-Berlin. Das Neue Forum, das jetzt mit Gründungsverhandlungen beginne, werde versuchen, als Organisation an den nächsten Volkskammerwahlen teilzunehmen.

Einen Tag nach der Wahl in das neue SED-Politbüro wurde Hans-Joachim Böhme (59) als SED-Bezirkschef von Halle von den örtlichen Gremien mit großer Mehrheit abgewählt. Eine Entscheidung darüber, ob Böhme nun im Politbüro bleiben könne, kündigte Schabowski für heute an. Anders verhalte es sich bei dem gestern von seiner Funktion als Erster Sekretär der Bezirksleitung Cottbus entbundenen Werner Walde, der Kandidat des Politbüros ist. Er sei auf eigenen Wunsch zurückgetreten. Als dritter Oberbürgermeister in der DDR trat nach 18jähriger Amtszeit in Stralsund Horst Lehmann zurück.

China / Militärchef

KP-Chef Jiang folgt auf Deng

Peking (dpa). Chinas führender Politiker Deng Xiaoping ist von seinem letzten hohen Amt in der Kommunistischen Partei Chinas, dem Vorsitz der Zentralen Militärkommission, zurückgetreten. Nachfolger des 85jährigen Deng ist KP-Chef Jiang Zemin (63). Deng hatte laut der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua formell seinen Rücktritt eingereicht, der von der am Donnerstag in Peking beendeten ZK-Plenarsitzung nach „gewissenhaften Diskussionen" gebilligt worden sei.

Der Vorsitz in der Militärkommission, der faktisch den Oberbefehl über die chinesischen Streitkräfte bedeutet, gilt als die entscheidende Schlüsselposition im chinesischen Machtgefüge. Der 82jährige Staatspräsident Yang Shangkun wurde Stellvertreter Jiangs. Angeblich hatte er sich auch um den Vorsitz beworben.

Beobachter erwarten, daß Deng auch nach seinem Rücktritt die dominierende Kraft in Peking und eine Art „Schiedsrichter" zwischen Konservativen und Reformern bleiben wird. Im Rücktrittsschreiben wird kein konkreter Grund für den Rückzug genannt, sondern allgemein von „gesundheitlichen Gründen" gesprochen.

Generalbundesanwalt

Anklage gegen Palästinenser

Karlsruhe/Frankfurt (dpa/AP). Wegen des Verdachts des zweifachen gemeinschaftlich versuchten Mordes und weiterer Straftaten hat Generalbundesanwalt Rebmann gegen zwei mutmaßliche Mitglieder der terroristischen Vereinigung „Volksfront für die Befreiung Palästinas - Generalkommando" (PFLP-GC) Anklage erhoben. Die beiden Angeschuldigten Hafez Kassem Dalkamoni (45) und Abdel Fattah Ghadanfar (48) befinden sich seit dem 27. Oktober 1988 in Frankfurt in Untersuchungshaft.

Im Zuge einer größeren Polizeiaktion waren im Herbst 1988 in deren Frankfurter Wohnung Sprengmittel und Bomben gefunden worden.

Beim Entschärfen einer dieser Bomben ist ein Kriminalbeamter getötet und ein weiterer lebensgefährlich verletzt worden. Den Angeklagten wird außerdem vorgeworfen, am 31. August 1987 und am 26. April 1988 in Hedemünden (Kreis Göttingen) zwei Sprengstoffanschläge auf US-Militärtransportzüge mit dem Ziel verübt zu haben, möglichst viele US-Bürger zu töten oder zu verletzen. Bei den Aktionen war eine Deutsche verletzt worden und erheblicher Sachschaden entstanden.

Besuch in Polen

Kohl bekräftigt Bonner Position zur Westgrenze

Warschau (dpa). Am Abend seines ersten Besuchstages in Polen betonten Bundeskanzler Kohl wie auch Regierungschef Mazowiecki die Bedeutung der deutsch-polnischen Aussöhnung für Europa. In Tischreden während eines Banketts verwiesen sie auf die Reformbewegungen in Ost- und Mitteleuropa und bekräftigten den Willen, einen Durchbruch zu erzielen.

Mazowiecki unterstrich, daß in der Frage der Oder-Neiße-Grenze alle Polen zusammenstünden. „Es geht um die grundsätzlichsten nationalen Interessen: das Recht auf ein Leben in gesicherten, von niemandem bestrittenen Grenzen." Er fuhr fort: „Ausgehend von der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als westliche Grenze Polens" habe der Vertrag von 1970 die „unentbehrliche Grundlage für die Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten" geschaffen.

Kohl wiederholte zur Oder-Neiße-Grenze Formulierungen aus seiner Erklärung zur Lage der Nation vom Vortag: „Wir können und wir wollen keine Rechtspositionen verändern." Zu den Grundlagen der Deutschlandpolitik gehöre „das Festhalten an Buchstaben und Geist des Warschauer Vertrages in allen seinen Teilen". Jeder wisse, „daß wir noch keinen Friedensvertrag haben".

Beide Politiker sprachen das Problem der deutschen Minderheit in Polen an. Mazowiecki gab zu, „daß Vernachlässigungen im Zugang zur ... deutschen Kultur für jene, die sich zu dieser Tradition bekennen", nachzuholen seien. Gleichzeitig dürfe man aber auch die „humanitäre Frage" der Entschädigung für Kriegsopfer und Zwangsarbeiter nicht vernachlässigen.

Siehe auch Kommentar

Bevölkerung / Paritätischer Wohlfahrtsverband:

„Zehn Prozent sind arm"

Bonn (dpa/epd). Mindestens zehn Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung ist nach dem gestern in Bonn vorgestellten ersten Armutsbericht des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV) arm. Das sind mehr als sechs Millionen Menschen.

Das läßt sich nach Ansicht des DPWV vor allem an der Zahl der Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfänger sowie an der Zunahme von Räumungsklagen ablesen; aber auch an den Lebensumständen alter oder kranker Menschen. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist seit 1980 um über 46 Prozent auf mehr als drei Millionen Menschen gestiegen.

Der Verband forderte die Einführung einer Armutsberichterstattung in der Bundesrepublik wie in Frankreich oder der Schweiz.

HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE
ALLGEMEINE

Herausgeber
Rainer Dierichs, Dr. Dietrich Batz, Achim von Roos

Chefredakteur
Lothar Orzechowski

Stellv. Chefredakteure
Wolfgang Rossbach, Peter M. Zitzmann

Verantwortliche Redakteure
Chef vom Dienst: Rainer Merforth. Politik: Jochen Prater. Blick in die Zeit: Walter Schütz. Wirtschaft und Sozialpolitik: Horst Seidenfaden. Kultur: Dirk Schwarze. Frau u. Reise: Ilse Methe-Huber. Sport: Rolf Wiesemann. Sonntagszeit: Frank Thonicke. Kassel Stadt und Land: Wolfgang Rossbach. Bezirksredaktionen: Peter M. Zitzmann. Koordination: Helmut Lehnart. Hessen/Niedersachsen: Eberhard Heinemann. Chefreporter: Karl-Hermann Huhn. Sonderthemen: Peter Ochs.

Redaktion Wiesbaden: Rolf Effenberger. Redaktion Hannover: Harald Birkenbeul. Redaktion Bonn: Hans Ludwig Laucht.

Verlagsleitung
Dr. Dietrich Batz, Rainer Dierichs, Wigbert H. Schacht. Anzeigenleiter: Horst Prehm. Vertriebsleiter: Gerd Lühring.

Verlag Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Str. 168, Postfach 10 10 09, 3500 Kassel, Ruf 05 61 / 20 3-0. Tel. Anzeigenannahme 05 61 / 20 3-3. Fernschreib-Nr. 99 635. Telekopierer 05 61 /20 36. Teletex 5 61 81 10. Postgirokonto 155132-608 Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr. 29. Monatlicher Abonnementspreis DM 25,60 inkl. Zustellung und 7% MwSt. (Postbezugspreis 28,50 DM).

Die Beendigung des Abonnements ist nur mit schriftlicher Kündigungserklärung unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich; die Frist läuft ab Zugang der schriftlichen Kündigungserklärung.

Auflage werktags über 270 000 Exemplare in Tarifgemeinschaft mit „Oberhessische Presse", Marburg, „Hersfelder Zeitung", „Werra-Rundschau", Eschwege, „Harzkurier", Herzberg.

Auflage „Sonntagszeit" über 200 000 Exemplare.

Herstellung Druckhaus Dierichs Kassel, Frankfurter Straße 168, 35 Kassel.

Solide Basis Rentenreform

In selten erlebter Einmütigkeit haben SPD und Koalition die Rentenreform über die Bühne gebracht. Das Gesetzeswerk bietet für denjenigen wenig Angriffsflächen, der in der Reform kein Allheilmittel für alle aktuellen und zukünftigen Probleme der Altersversorgung sieht. Bei realistischer Betrachtung bietet das Paragraphenwerk wenig Angriffsflächen, was dafür spricht, daß es ein gelungenes Werk ist.

Die Bonner Reform stellt die Rentenfinanzen – sowohl bei Beziehern als auch bei Versicherern – mittelfristig auf eine solide Basis. Sie verteilt die durch die sich verändernde Altersstruktur der Bevölkerung entstehenden Probleme der Rentenversicherung auf mehrere Schultern. Bund und Beitragszahler werden zur Kasse gebeten, die Rentner können mit gesicherten Zahlungen rechnen. Die Anhebung der Altersgrenzen ist in diesem Zusammenhang ein unangenehmer, aber unentbehrlicher Schritt, wenn die Belastungen für die drei verschiedenen Gruppen in Grenzen gehalten werden sollen.

Die Rentenreform ist eine verläßliche Grundlage, mit der sich und an der sich arbeiten läßt. In einigen Teilbereichen sind nämlich Nachbesserungen wünschenswert: Beispielsweise müßte über die neue Regelung der Anerkennung von Kindererziehungszeiten nachgedacht werden. Der Sprung von einem auf drei Jahre bei Babys, die ab 1992 geboren werden, ist ungerecht. Noch weniger begründbar ist die Beschränkung auf jene Väter oder Mütter, die nach der Geburt nicht arbeiten. Da auch in Zukunft wohl vor allem Frauen ihre berufliche Karriere zugunsten der Kindererziehung unterbrechen, ist dies eine die Mütter benachteiligende Regelung.

Die Nachwuchsprobleme der Republik werden durch die Reform aber nicht behoben: Spätestens im Jahr 2010 ist die nächste Reform fällig.

Horst Seidenfaden

Eine Reise im Schatten

Nun mußte auch des Kanzlers Gedenkstunde in Auschwitz vertagt werden. Juden hatten Einwände, weil an ihrem hohen Feiertag die Ruhe der Opfer des Holocaust gestört werden könnte. Es war eine Panne unter weiteren Peinlichkeiten, die Schatten voraus auf die als historisch eingestufte Polenreise warfen. Daß vor dem Mark- ein Stolperstein noch eben weggeräumt werden konnte, ist vor allem der Beharrlichkeit des Außenministers Genscher zuzuschreiben, der damit die wohlwollende Aufmerksamkeit der Gastgeber auf sich zieht. Die bisher weitestgehende Garantie für die polnische Westgrenze sorgte für Aufhellung in einem nach wie vor schwierigen Verhältnis.

Dabei wurde manche Fehleinschätzung führender Bonner Politiker zur Räson gebracht. Es hat sich gezeigt, daß der Wechsel in Warschau keinen Wandel in Fragen von grundsätzlicher Bedeutung mit sich bringt. Wenn etwas die Polen eint, dann ist es ihre leidvolle jüngere Geschichte, die mit dem deutschen Überfall begann. Diese Narben schmerzen und wecken ungute Gefühle, wenn Vergangenheit mit einem flotten Federstrich bewältigt werden soll. Auch Wirtschaftshilfe, so willkommen sie ist, darf nicht als Allheilmittel erscheinen.

Noch ist nicht aller Tage Abend. Helmut Kohl hat eben erst ein Terrain betreten, das noch immer erkundet werden muß. Die Mißlichkeiten im Vorfeld können überwunden werden durch ein treffendes Wort und eine sprechende Geste. Es geht nicht nur darum, Polen dafür zu entlohnen, daß es sich vom Osten weg dem Westen zuwendet und mutig seinen Weg sucht zu Freiheit und Demokratie, sondern auch um die Einlösung einer Schuld. Das kann nur in einem Akt der Verständigung geschehen, in dem beide Seiten anerkennen, was war und was ist.

Alfred Brugger

Das Zitat

„Ich wünsche mir, daß unsere Politiker mit dem Gesicht zum Volk stehen. Und nicht erst dann, wenn sie mit dem Rücken zur Wand stehen."

Der ehemalige DDR-Spionagechef Markus Wolf

DDR nach den Ankündigungen von Krenz und Schabowski

Der Wahlkampf hat schon begonnen

Von unserem Mitarbeiter Peter Gärtner, Berlin

In der DDR scheint der Wahlkampf zu beginnen: Die Liberalen fordern in ihrem Parteiblatt „Der Morgen" einen „pluralistischen Sozialismus", der durch freie Wahlen garantiere, daß die Macht allein vom werktätigen Volk ausgehe. Es gehe nicht bloß um neue Leute an der Spitze, so der Kommentator der Zeitung gestern, sondern um eine „prinzipielle neue Politik". Und erstmals in der Geschichte der DDR ist die SED unter Egon Krenz offenbar bereit, sich einer freien, allgemeinen, demokratischen und geheimen Wahl zu stellen.

Daß Krenz mit seiner spektakulären Ankündigung, sich für ein neues Wahlgesetz einzusetzen, ernst machen will, unterstrich am Mittwochabend der jetzt für Information und Medienpolitik im Politbüro zuständige Günter Schabowski. Mit den Worten „theoretisch ist diese Möglichkeit drin", räumte der SED-Reformer ein, daß die Staatspartei bei freien Wahlen auch abgewählt werden könnte.

Dazu gehört dann auch zwangsläufig, daß der seit vierzig Jahren erhobene Führungsanspruch der Staatspartei neu definiert werden muß: „Ein Grundmangel unseres bisher existierenden Systems", so gab Krenz in seiner Grundsatzrede offen zu, „war eine solche Beziehung zwischen Staat und Partei, daß diese Partei diesen Anspruch letzten Endes doch in hohem Maße administrativ durchzusetzen versuchte". Als Konsequenz kündigte Krenz nun eine „Entflechtung von Staat und Partei" an.

Dahinter stecken offenbar Vorstellungen von innerparteilicher Demokratie, die bislang nur von den ungarischen und polnischen „Bruderparteien" in Ansätzen verwirklicht wurden. Der Abschied vom Zentralismus steht jedenfalls für den neuen SED-Chef fest: Das Prinzip funktionierte „von oben nach unten", erwies sich aber umgekehrt „als nicht ausreichend arbeitsfähig". Deshalb könne nach Ansicht von Krenz das Ziel der Reformen nur sein, „einen gesellschaftlichen Konsens zur Lösung der Probleme im Rahmen einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu schaffen". Für die Staatspartei SED steht eine außerordentliche Parteikonferenz im Dezember vor der Tür.

Innerhalb der Verfassung

Zwar stehen der Termin und die Umstände der Wahlen noch nicht fest, doch soviel scheint jetzt bereits sicher: Die SED wird nicht darum herumkommen, jetzt auch die neu entstandenen Sammlungsbewegungen zuzulassen. Allerdings unter der entscheidenden Bedingung, daß die oppositionellen Gruppierungen „auf dem Boden der Verfassung" (Egon Krenz) stehen müssen. Der SED-Chef stellt sich offenbar in diesem Zusammenhang vor, daß in der Verfassung festgelegte System der Blockparteien unberührt zu lassen, womit allerdings auch die Möglichkeit für eine weitere Blockpartei gegeben wäre.

Ganz in diesem Sinne forderte die Initiativgruppe „Neues Forum" bereits gestern ein „Wahlbündnis" aller oppositioneller Parteien und Gruppierungen. Die Begründung veröffentlichte „Der Morgen": „Der Anspruch auf das Wahrheits-, Macht- und Führungsmonopol durch nur eine politische Kraft hat sich als schädlich erwiesen."

Grenzen aufgezeigt

Wie weit die „Hinzuziehung neuer gesellschaftlicher Kräfte" (Schabowski) gehen wird, ist zur Zeit noch ungewiß. Die Grenzen ihrer politischen Arbeit zeigte Krenz in seiner Rede auf: „Auffassungen, Konzeptionen und Plattformen, die über die Veränderung verfassungsmäßiger Grundlage auf eine Erosion oder gar den Umsturz der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung hinauslaufen, werden keine Chance haben."

Aktionsprogramm

Die ersten drei Punkte des von Krenz zur Diskussion gestellten „Aktionsprogramms" laufen jedoch ohne Zweifel auf eine Legalisierung der Opposition hinaus: Erarbeitet soll von der Volkskammer ein neues Vereinigungsgesetz, ein neues Versammlungsgesetz sowie ein Mediengesetz werden.

Auf einmal scheine alles möglich, kommentierte gestern das Zentralorgan der DDR-CDU „Neue Zeit" bissig, und trotzdem komme alles zu spät und reiche nicht aus. „Das Mißtrauen ist zu groß", diagnostizierte das Blatt der Christdemokraten. Von daher verlange man „baldige Neuwahlen und ein wahrhaft demokratisches Wahlgesetz".

„Deine Uhr geht nach, Egon, es ist schon 5 nach 12!" (Karikatur: Wolf)

80 Partnerstädte aus UdSSR und Bundesrepublik / Treffen

Das große Thema ist der Frieden

Von unserem Redaktionsmitglied Rolf Effenberger

Eine Stadt, die man vor lauter Bäumen nicht sieht, das ist Alma-Ata, die Hauptstadt der Sowjetrepublik Kasachstan in Mittelasien, wo die Uhren gegenüber unserer Zeit um fünf Stunden vorgehen. Vier Flugstunden östlich von Moskau gelegen. Dort fand, in der Bundesrepublik fast nicht wahrgenommen, in der Öffentlichkeit der Sowjetunion aber stark beachtet – sogar die „Prawda" nahm Notiz davon – das zweite Treffen der Partnerstädte der UdSSR und der Bundesrepublik statt. Delegationen aus 80 Städten beider Länder waren gekommen, um in Plenarsitzungen und Gesprächen am Runden Tisch gemeinsame Probleme zu besprechen und die Freundschaft weiter zu festigen. Mit Spruchbändern, die über den breiten Straßen angebracht waren, wurden die Gäste aus dem Westen in deutscher Sprache willkommen geheißen.

Bessere Kontakte

Der Kongreß habe den Wert, „daß viele merken, daß es viele sind", stellte der Kasseler Oberbürgermeister Hans Eichel, Leiter des Gesprächskreises Ökologie, fest. In der Tat, in Alma-Ata zeigte sich, daß Städte der Bundesrepublik zu keinem anderen Land der Erde so intensive und zahlreiche Verbindungen unterhalten wie zu ihren Partnern in der Sowjetunion, sie beschränken sich nicht nur auf offizielle Kontakte. Ihre Zahl hat sich in zwei Jahren, seit dem ersten Partnerschaftstreffen in Saarbrücken, auf 100 verdoppelt. Und sie halten sich nicht mehr beim „allgemeinen Friedenspathos" auf, wie Eichel feststellte, sondern führen zu sehr konkreten Projekten auf vielen kommunalen Gebieten.

Dennoch spielt der Frieden für die Sowjetbürger in diesen Beziehungen eine große Rolle. Immer wieder testen sie unauffällig die Ehrlichkeit der Friedensbereitschaft der Deutschen, und genau diesem Thema galt die Frage eines Journalisten der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass: „Wie ernst werden die Partnerschaften in der Bundesrepublik genommen?"

Am Ende des Partnerschaftstreffens betonte der Oberbürgermeister von Alma-Ata: „Das wichtigste Problem ist, den Frieden zu erhalten", und überreichte Reste der letzten Mittelstreckenrakete, die im Rahmen der Abrüstungsvereinbarungen auf einem Testgelände in Kasachstan zerstört worden war, an den Vorsitzenden der deutsch-sowjetischen Freundschaftsgesellschaft, Dietrich Sperling, und den Leiter der Delegation, Claus-Wilhelm Hoffmann, Oberbürgermeister von Biberach a. d. Riss.

Die Zerstörung der Raketen schafft für die Sowjetunion ein neues Problem: Wohin mit den Plutonium-Sprengköpfen? Als sichersten Weg ihrer Beseitigung sieht der Chefökologe Moskaus, sich der Gefahren wohl bewußt, den Bau von Kernkraftwerken, die mit diesem Plutonium betrieben werden. Bei einer Reihe deutscher Teilnehmer rief das Kopfschütteln hervor.

Die Probleme liegen in der Sowjetunion auf der Straße. Im Zeichen von Glasnost und Perestroika wird darüber ohne Umschweife gesprochen. Hilfe zur ihrer Lösung erhoffen sich die Sowjet-Partner von den Bundesrepublikanern, vor allem auch auf wirtschaftlichem Gebiet. In dieser überraschenden Offenheit sieht Eichel den „konsequenten Bruch mit der stalinistischen Vergangenheit". Allerdings befürchtet er auch, daß die Sowjets die Möglichkeiten deutscher Städte überschätzen. Dennoch könnten sie manche Hilfestellung bei der Herstellung von entsprechenden Kontakten in der Bundesrepublik leisten.

Lebendige Partnerschaften

Die Städtepartnerschaften UdSSR und Bundesrepublik jedenfalls sind äußerst lebendig. „Unsere Beziehungen sind zu wichtig, als daß wir nur die Diplomaten werkeln lassen könnten", sagte der Vorsitzende Sperling. Nachdem er die Gastgeber vor einer zu großen Motorisierung mit allen ihren Konsequenzen, vor zu sorglosem Umgang mit der Energie, vor den Gefahren der Kernkraft gewarnt hatte, stellte er fest: „Wir brauchen in der Ökologie die Einmischung des anderen – das ist Volksdiplomatie!" Volksdiplomatie im gemeinsamen Haus Europa wurde zum geflügelten Wort des Kongresses.

Presse-Echo

Zum „Zerfall des kommunistischen Machtgefüges" in der DDR, der mit den jüngsten Ereignissen im Deutschland jenseits der Mauer einhergeht, schreibt die

Neue Zürcher Zeitung

Aber genügen „Reformen", wenn völlig neue Strukturen nötig sind? Und genügen die neuen Männer aus den Reihen der alten Partei? Auch auf diesen Reformern lastet der Fluch der bösen Erfahrung, den die Bevölkerung der DDR so lange hat ertragen müssen und der nicht nur den politischen Alltag, sondern auch die ökonomische Wirklichkeit so unerträglich machte. Kein Wunder, daß es nun nicht mehr nur um eine „neue SED" geht, sondern um die Brechung des Machtmonopols und – das muß wohl als sicher gelten – um freie Wahlen. Diese Tatsache freilich enthüllt die wahre weltpolitische Dimension der jüngsten Vorgänge, aber auch die Gefahren...

Bundesrepublik: Immer mehr kommen

Das Land als Magnet

Von AP-Korrespondent Harald Schultz

Die Trabbis mit den DDR-Bürgern stauen sich an der tschechoslowakischen Grenze. Immer mehr Aussiedler schnüren ihr Bündel. Obendrein kommen viele Ausländer, die zwischen Flensburg und Berchtesgaden ihr Auskommen suchen. Die Bundesrepublik ist ein Magnet für Menschen aus aller Herren Länder. Der „Wanderungsgewinn" betrug 1988 rund eine halbe Million Menschen, so viel wie seit 1971 nicht mehr. Und 1989 wird er noch größer sein. 1988 stieg die Bevölkerungszahl um ein knappes Prozent, weil der „Wanderungsgewinn" größer als das Geburtendefizit war, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden errechnet hat. Im vergangenen Jahr zogen etwa 900 000 Menschen zu, gut 400 000 zogen weg.

Abstimmung gewonnen

Wenn eine starke Zuwanderung ein Zeichen für den Erfolg eines Gemeinwesens ist, dann war die Bundesrepublik bisher ungeheuer erfolgreich. Die „Abstimmung mit den Füßen" hat sie gewonnen. In der DDR lebten zum Beispiel 1949 rund 18,8 Millionen Menschen, 1987 aber nur noch 16,7 Millionen. Für die Bundesrepublik dagegen registrierte die Wiesbadener Behörde von 1950 bis 1988 rund 24,8 Millionen Zuzüge und 16,1 Millionen Fortzüge. Über die Grenzen kamen also 8,7 Millionen Menschen mehr in die Bundesrepublik, als weggingen.

Weniger Auswanderer

Gleichzeitig ließ die Auswanderung der Deutschen nach. Die jährliche Zahl ihrer Fortzüge sank von gut 100 000 in den 50er Jahren auf etwa 60 000 seit 1970. Nur ein Teil dieser Deutschen wandert auch tatsächlich aus. Viele gehen nach Angaben des Amtes nur für eine Zeit als Techniker, Entwicklungshelfer, Manager oder Studenten fort. Eine Auswanderungsstatistik liege aber nicht vor. Jedenfalls machten die Fortzüge nur knapp die Hälfte aus, der Rest der Deutschen ziehe in andere europäische Länder.

Seit 1945 kamen nach Angaben des Bundesinnenministeriums rund vier Millionen Menschen aus der Sowjetischen Zone und der DDR in die Westzonen und die Bundesrepublik, vor allem in den 50er Jahren. Unmittelbar nach dem Krieg waren es rund 730 000, von 1949 bis zum Mauerbau 1961 knapp 2,7 Millionen. Seit 1962 schwankten die jährlichen Zahlen nur noch zwischen etwa 11 000 und rund 40 000. In diesem Jahr ist der Strom der Zuwanderer aus der DDR aber drastisch angeschwollen: Bis zum 5. November kamen gut 174 000 Übersiedler, mehr als 1961 bis zum Mauerbau am 13. August.

Millionen Vertriebener

Ähnlich ist es mit den Vertriebenen und Aussiedlern aus den Ostgebieten des früheren Deutschen Reiches und Osteuropa. Das Innenministerium schätzt ihre Zahl in den Jahren unmittelbar nach dem Krieg auf zwölf Millionen. Laut Bundesausgleichsamt in Bad Homburg kamen dann von 1950 bis 1987 rund 1,4 Millionen. Jährlich waren es bis 1975 meist etwa 20 000, manchmal auch mehr; in den Jahren danach rund 40 000. Aber seit kurzem öffnen die Herkunftsländer ihre Tore weit: 1987 kamen knapp 80 000 Aussiedler, 1988 gut 200 000 und von Januar bis Oktober 1989 sogar 297 000.

Ende 1988 lebten rund 1,5 Millionen Türken in der Bundesrepublik, knapp 600 000 Jugoslawen, gut 500 000 Italiener, fast 300 000 Griechen, knapp 130 000 Spanier und rund 70 000 Portugiesen. Platz bietet das Land aber auch 170 000 Polen, gut 150 000 Österreichern und fast 100 000 Niederländern. Nicht zu vergessen jeweils rund 80 000 Briten und US-Bürger sowie die 70 000 Franzosen, ohne die stationierten Soldaten und ihre Angehörigen.

Flüchtlingsstrom reißt nicht ab

1000 Plätze für Übersiedler in Kasernen der Bundeswehr

Kassel/Homberg (ach/ula/g/lag). Der Zustrom der Übersiedler aus der DDR reißt nicht ab, in den hessischen Notunterkünften wird es immer enger. Auch die Übergangswohnheime des Bundesgrenzschutzes in Bad Hersfeld, Hünfeld, Fulda und Alsfeld platzen aus allen Nähten. Die BGS-Unterkünfte in Fuldatal-Ihringshausen, in der schon einmal Übersiedler untergebracht waren, sind jedoch zur Zeit als Notquartier nicht im Gespräch. Statt dessen hält die 2. Panzergrenadierdivision der Bundeswehr in Kassel ab heute, Freitag, rund 1000 Plätze für die Flüchtlinge parat.

Bei den Göttinger Panzergrenadieren ist in der Zietenkaserne Platz für 180 Übersiedler. In Hess. Lichtenau (Werra-Meißner-Kreis) werden bei Panzeraufklärern und Panzerbataillon zunächst 130 Menschen, in Sontra 50 untergebracht. In Fuldatal-Rothwesten (Kreis Kassel) gibt es bei der Fernmeldeeinheit in der Fritz-Erler-Kaserne 250 Plätze, in Rotenburg/Fulda können bei den Panzergrenadieren in der Alheimerkaserne 160 Personen unterkommen. In der Schwalmstädter Harthbergkaserne (Schwalm-Eder-Kreis) stehen 250 Betten bereit, und im Ausbildungsstützpunkt der Division in Winterberg (Hochsauerlandkreis), wo in den vergangenen Monaten bereits zweimal Ostaussiedler untergebracht wurden, sollen nun 120 DDR-Übersiedler einziehen.

Notfalls Turnhallen

Nach Angaben von Divisionssprecher Oberstleutnant Ulrich Korst wird auch in weiteren der insgesamt 18 Divisionsstandorte geprüft, ob zusätzliche Unterkunftsplätze geschaffen werden können. Bisher werden keine Turnhallen mit Betten belegt. Bleibt die Flüchtlingswelle weiter so stark, müßten aber auch Hallen in Notunterkünfte umfunktioniert werden.

Die Truppe muß sich einschränken: „Unterbringung geht vor Ausbildung", lautet der Inspekteurs-Befehl. Die Flüchtlinge bekommen nicht nur die Verpflegung, sondern bei Bedarf auch rasche und unbürokratische ärztliche Hilfe von der Bundeswehr.

Im Schwalm-Eder-Kreis wurde nach Fritzlar und Schwarzenborn neben den bereits bestehenden 26 Unterkünften mit etwa 1300 Betten, in denen auch Deutsche aus Polen und der UdSSR untergebracht sind, jetzt eine weitere Unterbringungsmöglichkeit für DDR-Übersiedler im Feriendorf Silbersee bei Frielendorf geschaffen.

Mit Bahn, Bussen und Pkw

Bis zum Abend hatten sich hier 130 ehemalige DDR-Bürger gemeldet, die mit Bahn, Bussen oder eigenen Pkw zumeist über Gießen, aber auch über die Umwege Bonn oder Lübeck gekommen waren. Weitere Busse wurden erwartet. Insgesamt stehen am Silbersee 600 Betten zur Verfügung.

In Fritzlar waren in Halle 7 der Georg-Friedrich-Kaserne der Bundeswehr am Mittwochmorgen bis zu 420 ehemalige DDR-Bürger untergebracht. Gestern vormittag nutzten noch 250 die Kaserne. Die Aufnahmeverfahren konnten schnell abgeschlossen werden. Bisher lagen den Fritzlarern noch keine konkreten Angaben über neue Einquartierungen vor, doch lassen Anfragen nach zusätzlichen Unterkünften vermuten, daß weitere Übersiedler nach Fritzlar weiterverwiesen werden.

Hubschrauber holte Formulare

Braunschweig/Gießen (dpa). Wegen des unverminderten Ansturms von Übersiedlern aus der DDR mußten am Donnerstag die notwendigen Vordrucke für Aufnahmescheine per BGS-Hubschrauber von der Druckerei in Braunschweig abgeholt werden.

Nach Informationen der Druckerei hatte das Bundesnotaufnahmelager in Gießen seit August bereits 200 000 solcher sechsseitigen Vordrucke anfertigen lassen. In den vergangenen 24 Stunden wurden noch einmal 100 000 Stück verlangt, von denen 50 000 nun auf dem Luftweg nach Gießen gebracht wurden. Zusätzlich 150 000 Exemplare sind in Auftrag gegeben und sollen in den nächsten Tagen ausgeliefert werden.

In der „Puppenstube" zeigen sich Risse

Frankfurts umstrittene „Römer-Ostzeile" – im Volksmund „Puppenstube" genannt – zeigt vorzeitige Alterserscheinungen: Mehrere der acht vor erst fünf Jahren fertiggestellten Fachwerkhäuser haben Risse, eines ist nicht mehr standfest genug. Wie Stadtrat Hanskarl Protzmann (SPD) mitteilte, haben städtische Mitarbeiter Stützpfosten zur Absicherung des Gebäudes angebracht. Das Gebäude müsse wahrscheinlich geräumt werden. Die Häuser auf dem Römerberg waren historischen Vorbildern nachgebauten worden. Ursache der baulichen Verwerfungen seien falsche statische Berechnungen. Die beauftragten Statiker hätten offenbar die Statik des Holzes und der Betonteile des Hauses „Engel" (unser Foto, im Hintergrund der Kaiserdom) nicht genügend aufeinander abgestimmt. Nachdem sich das Holz gesetzt habe, sei die Steinkonstruktuion bis zur Bruchgefahr unter Spannung geraten. Das Gebäude muß damit schon nach einem halben Jahrzehnt saniert werden. Ein gerichtliches Beweissicherungsverfahren soll nach Angaben Protzmanns zur Klärung der Haftungsfrage beitragen. (Foto: dpa)

34jährige erdrosselt

Erneut Mord an Prostituierter in Offenbach

Offenbach (lhe). Zum drittenmal innerhalb von acht Wochen ist im Raum Offenbach eine Prostituierte tot aufgefunden worden. Wie die Polizei am Donnerstag mitteilte, wurde eine 34 Jahre alte Prostituierte erdrosselt in ihrer Wohnung entdeckt.

Ein Freund der Frau hatte der Polizei gemeldet, daß er seine Bekannte seit Samstag nicht mehr erreichen habe, obwohl ihr Wagen vor der Tür stehe. Als die Polizei in die Wohnung eindrang, fand sie die Tote im Flur liegend. Nach den bisherigen Ermittlungen ist die Frau bereits in der Nacht zum Montag getötet worden.

Am 3. Oktober war in Langen eine 25jährige Frau tot aufgefunden worden und am 9. September eine 22jährige in Seligenstadt (Kreis Offenbach). Alle drei Frauen wurden erdrosselt. Allerdings kann nach Ansicht der Polizei nicht davon ausgegangen werden, daß es sich in den drei Fällen um denselben Täter handele.

Zwei Tote bei Zusammenstoß

Lampertheim (lhe). Ein 21jähriger Italiener aus Worms und eine 57jährige Frau aus Lampertheim-Hofheim (Kreis Bergstraße) kamen am Donnerstagmorgen beim Frontalzusammenstoß ihrer Personenwagen auf einer Landesstraße bei Lampertheim-Rosengarten ums Leben. Die 17jährige Tochter der Frau wurde schwer verletzt.

Nach den Ermittlungen der Polizei geriet der 21jährige nach einem Überholmanöver beim Wiedereinscheren mit seinem Fahrzeug ins Schleudern. Dabei kam der Wagen auf die Gegenfahrbahn und prallte frontal gegen den Wagen der 57jährigen Frau. Sie und der junge Mann starben am Unfallort.

Vollzugsbeamte

Minister für Verbesserungen

Wiesbaden/Mainz (dpa). Eine Verbesserung der Situation der Beamten im allgemeinen Vollzugsdienst haben der hessische Justizminister Koch (CDU) und sein rheinland-pfälzischer Amtskollege Caesar (FDP) gemeinsam von der Bundesregierung gefordert.

Nach einem Treffen in Wiesbaden sprachen sich beide Minister am Donnerstag für eine höhere Bewertung dieser Laufbahn aus; die Anforderungen an den Beruf seien aufgrund zahlreicher Reformmaßnahmen seit 1977 erheblich gestiegen. Die Beamten des allgemeinen Vollzugsdienstes seien nicht mehr wie zuvor vornehmlich mit Sicherungs-, Ordnungs- und Versorgungsfunktionen befaßt, sondern auch weitgehend in die Behandlung der Gefangenen einbezogen.

Deutlich verbessert werden müßten, so die beiden Minister, die Beförderungsmöglichkeiten für die Beamten im Vollzugsbereich. Gleichzeitig solle bei der geplanten Anhebung der Polizeizulage auch die Vollzugszulage von derzeit 90 auf mindestens 150 Mark monatlich erhöht werden, forderten Koch und Caesar.

Staatliche Anerkennung von Sozialarbeitern

GhK-Konvent protestiert gegen Gesetzentwürfe

Kassel (nh). Proteste und Empörung haben in der Gesamthochschule Kassel (GhK) die Gesetzentwürfe zur Staatlichen Anerkennung von Sozialarbeitern und Sozialpädagogen ausgelöst, die den Hochschulen jetzt von der hessischen Landesregierung zugegangen sind. Wie in der Lehrerbildung, so heißt es in einem einstimmigen Beschluß des Konvents der Universität, werde wiederum „ein Stück Studienreform der GhK in Frage gestellt".

Die Entwürfe enthielten, obwohl von der GhK in den mehrjährigen Vorgesprächen wiederholt gefordert, keinerlei Regelungen, die die Besonderheiten des „Kasseler Modells" im integrierten Diplomstudiengang für soziale Berufe anerkennen. Im Gegenteil: Die jetzt von der Landesregierung vorgesehenen Anpassungen „heben die Kasseler Besonderheiten als praktische Konsequenz quasi auf". Dabei gehe es vor allem um die Gemeinsamkeit der Ausbildung von Sozialarbeitern und Sozialpädagogen und um die Einbeziehung, Bewertung und Anerkennung der Berufspraxis. Würden die Gesetzentwürfe so verabschiedet, werde ein Ausbildungsmodell in Frage gestellt, das nun bereits 15 Jahre erfolgreich arbeite.

Der Konvent der GhK fordert deshalb Regelungen, „die mit der Pluralität der Ausbildungsgänge auch den weiteren Bestand des bewährten und auch von den Anstellungsträgern anerkannten Studiengangsmodells in Kasseler Spezialität sicherstellt".

Bereits eine Woche zuvor hatte GhK-Präsident Brinckmann Wissenschaftsminister Gerhardt einerseits dafür gedankt, daß er bei der „Sicherung wichtiger Elemente der Lehrerbildung" in Kassel mitgeholfen habe, ihn aber gleichzeitig dazu aufgerufen, „die nächste Exekution des fragwürdigen Gebotes der Einheitlichkeit", die nun im Sozialwesen vor der Tür stehe, „von Anfang an zu verhindern". Wenn man von den Hochschulen fordere, daß sie sich dem Wettbewerb stellten, so Brinckmann, müsse die GhK auch die Chance haben, „ihre besonderen Leistungen anzubieten".

Wegen Aussiedlern

Philologen: Mehr Stellen

Wiesbadener Redaktion

Wiesbaden (Eff). Die Einstellung von 190 zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern hat gestern der Vorsitzende des Hessischen Philologenverbandes, Günther, von der Landesregierung gefordert, um angesichts der großen Zahl von Aussiedlern und Übersiedlern aus der DDR deren Kinder ausreichend in den Schulen betreuen zu können. Im gymnasialen Bereich sei der Zustrom überproportional hoch. Das müsse bei der künftigen Stellenverteilung berücksichtigt werden.

Gentechnik / FDP-Fraktion

‚Gesetz bald verabschieden'

Von unserer Wiesbadener Redaktion

Wiesbaden (Eff). Als Reaktion auf das Gentechnikurteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs (VGH) in Kassel forderte die FDP-Landtagsfraktion Bundesregierung und Bundestag auf, ein Gesetz über die Anwendung der Gentechnologie beschleunigt zu verabschieden. Der umweltpolitische Sprecher der FRaktion, Hielscher, erklärte, dieses Gesetz müsse natürlich gründlich beraten werden, was aber nicht dazu führen dürfe, daß die deutsche Industrie international ins Hintertreffen gerate. Für die Regelungen zur Anwendung der Gentechnologie sei ein breiter gesellschaftlicher und politischer Konsens notwendig, betonte er (siehe auch Meldung auf Seite 2).

Der VGH hatte – wie berichtet – vorgestern entschieden, daß eine Versuchsanlage der Hoechst AG in Frankfurt zur Herstellung von Humaninsulin auf der Basis von gentechnisch veränderten Bakterien nicht in Betrieb genommen werden dürfe, weil es in den geltenden Gesetzen keine Rechtsgrundlage für die Errichtung gentechnischer Anlagen gebe. In den USA wird bereits Humaninsulin mit Hilfe der Gentechnologie produziert.

HNA
HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE ALLGEMEINE

HESSISCHE ALLGEMEINE

KASSEL
1 P 3713 A

UNABHÄNGIG · KASSELER ZEITUNG · NICHT PARTEIGEBUNDEN
Preis 1,40 DM · Nr. 264 · Samstag, 11. 11. 1989 · Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3

Neue Reiseregelung führt zu Massenansturm von DDR-Bürgern / Weitere Übergänge in den Westen

Die Berliner Mauer stürzt ein

Berlin (dpa/AP). Die Berliner Mauer stürzt ein: In den nächsten Tagen werden neun neue Übergänge zwischen dem Ost- und Westteil der Stadt oder von West-Berlin zur DDR geöffnet, für die Teile der Sperranlage eingerissen werden müssen. Bereits in der Nacht zum Freitag wurde die Grenze durchlässig wie nie zuvor: Nach der Freigabe des Reiseverkehrs durch die DDR-Regierung nutzten mehr als 100 000 DDR-Bürger die Gelegenheit, zum Teil erstmals in ihrem Leben westlichen Boden zu betreten. Der Andrang an den Berliner Sektorenübergängen und den Grenzkontrollstellen zwischen der Bundesrepublik und der DDR war nicht mehr zu zählen. Rund 90 Prozent der Ost-West-Besucher kehrten in die Heimat zurück.

Schon am Freitag abend öffneten die neuen Berliner Grenzübergänge an der Glienicker Brücke und im Vorort Lichtenrade. Zugleich begannen Abrißarbeiten an der Mauer im Bezirk Prenzlauer Berg und am Potsdamer Platz. Dort soll von heute beziehungsweise morgen an der Verkehr fließen. Die weiteren Übergänge werden in den nächsten Tagen entstehen. Außerdem soll Ost-Berlin mehr und mehr an das Westberliner Nahverkehrsnetz angeschlossen werden.

Nachdem am Donnerstag abend SED-Polititbüromitglied Schabowski in Ostberlin bekannt gegegeben hatte, daß alle DDR-Bürger jederzeit ein Visum für die Reise in den Westen erhalten können, gab es an den Grenzen zwischen der DDR und West-Berlin oder der Bundesrepublik kein Halten mehr. Noch in der Nacht kamen rund 50 000 Ostberliner und DDR-Bürger in den Westteil der Stadt.

Um eine dramatische Situation zu verhindern, so das DDR-Innenministerium, sei die Abfertigung unbürokrastisch erfolgt: Die DDR-Bürger konnten zunächst mit Personalausweis, später teilweise ganz ohne Kontrolle die Grenze passieren. Diese Regelung wurde bis zum Abend praktiziert, obwohl ursprünglich ab Freitag 8 Uhr ein Visum verlangt werden sollte. Am späten Abend kam es dann zum Chaos: Weil ein Durchkommen an den Übergängen wegen des großen Ansturms kaum noch möglich war, kletterten Ostberliner und Westberliner einfach über die Mauer. Volkspolizisten halfen ihnen dabei. In West-Berlin spielten sich den ganzen Tag über rührende menschliche Szenen des Wiedersehens ab. Auf dem Ku'damm herrschte Volksfeststimmung.

Weitere Berichte

über die Ereignisse im Zusammenhang mit der Öffnung der DDR-Grenze zur Bundesrepublik sowie Hintergrundberichte und Reportagen stehen auf den folgenden vier Seiten. „Blick in die Zeit" und die Landesseite finden Sie weiter im Innern.

Heikle Situationen

Bei allem Jubel in West und Ost kam es gestern abend auch zu heiklen Situationen: Etwa 500 Westberliner begannen an der Falkenseer Chaussee damit, die Mauer einzureißen. An dieser Stelle soll bald ein neuer Grenzübergang eingerichtet werden. Nach Angaben der Polizei standen in offenbar gespannter Situation etwa 50 Menschen auf DDR-Seite einer Kette von Grenzsoldaten gegenüber, die Hunde bei sich hatten. Vor dem Brandenburger Tor standen Tausende von Westberlinern vor und auf den Sperranlagen und riefen „Die Mauer muß weg". Zwischenfälle wurden bis Mitternacht nicht bekannt.

Kilometerlange Staus

Weitere Grenzübergänge will die DDR nach Ankündigung von Innenminister Dickel auch zur Bundesrepublik öffnen. Nachdem an den alten Übergängen bereits tagsüber Zehntausende die offene Grenze für eine Stippvisite im Westen genutzt hatten, nahm der Ansturm der DDR-Bürger mit Beginn des Wochenendes noch zu. Der Bundesgrenzschutz berichtete von kilometerlanen Stauungen an den Grenzkontrollpunkten.

Am Übergang Duderstadt brach der Rückreiseverkehr in die DDR zusammen. Ein großer Teil der mehr als 7500 DDR-Bürger, die bis 17.30 Uhr in die Bundesrepublik gereist war, machte sich auf den Rückweg. Auf bundesdeutscher Seite entstanden Wartezeiten von bis zu drei Stunden, während sich auf DDR-Gebiet die Fahrzeuge auf mehr als zehn Kilometer Länge stauten.

Regelung „von Dauer"

DDR-Innenminister Dickel machte in einer Fernseh-Ansprache klar, daß für Reisen in den Westen künftig ein Visum entweder in den Paß oder in den Personalausweis eingetragen werden muß. Er versicherte den DDR-Bürgern ausdrücklich, daß die jetzt gefundene Ausreiselösung „von Dauer" sei und zu den Grundlagen des neuen DDR-Reisegesetzes gehören wird.

Fortsetzung nächste Seite
Siehe „Zum Tage"

VOR DEM SYMBOL BERLINS, dem Brandenburger Tor, kletterten auch am Freitagabend hunderte von Ost- und Westberlinern auf die Mauer und demonstrierten damit, daß die „befestigte Grenzanlage" der DDR politisch nicht mehr existiert. (dpa-Funkbild)

Politik der Erneuerung

SED-Chef Krenz: Strecken allen die Hand aus

Berlin (dpa). Mit der Gewährung der Reisefreiheit für alle mündigen DDR-Bürger wollte die Ost-Berliner Führung nach den Worten des DDR-Staats- und Parteichefs Krenz auch zum Ausdruck bringen, „daß wir es mit der Politik der Erneuerung ernst meinen und allen die Hand ausstrecken". Auf einer Kundgebung der Ost-Berliner SED, zu der sich gestern abend 150 000 Menschen im Lustgarten einfanden, sagte Krenz: „Oft wurde uns gesagt, wenn die Leute ausreisen dürfen, dann bleiben sie hier. Wir üben uns gerade darin und wollen sie (Reisefreiheit) lernen."

Dieser Schritt sei ein Teil einer „großen Lektion, die wir nicht vergessen werden". Diese Maßnahme sei im Interesse der Menschen, niemand sollte sie gegen die Menschen mißbrauchen, warnte Krenz, dessen Rede von Beifall aber auch von Pfiffen begleitet wurde.

Zum Thema Wahlen erklärte Krenz: „Wir setzen uns dafür ein, daß freie Wahlen stattfinden und unser Volk die Besten ins Parlament schickt". Die SED sei für eine „demokratische Koalitionsregierung". Das vom ZK beschlossene Aktionsprogramm sei ein Programm für die Partei, „um das Vertrauen im Volk wiederzugewinnen". Die SED sei bereit, sich zu ändern, „wir werden uns aber niemals aus der Verantwortung stehlen".

Wörtlich heißt es im Aktionsprogramm: „Wir schlagen vor, die Volkskammerwahlen auf der Grundlage einer neuen Wahlgesetzgebung durchzuführen. Wir sind für ein Wahlrecht, das eine freie, allgemeie, demokratische und geheime Wahl gewährleistet und in jedem Stadium der Wahl die öffentliche Kontrolle garantiert. Wir setzen uns dafür ein, daß Volkskammer und örtliche Volksvertretungen ohne Bevormundung ihre verfassungsmäßige Rechte und Pflichten als souveräne Machtorgane... uneingeschränkt wahrnehmen".

SED geht gegen ausgeschlossene ZK-Mitglieder vor

„Fehlverhalten" Mittags wird untersucht

Berlin (dpa). Mit Überraschungen hat das SED-Zentralkomitee (ZK) auch an seinem letzten von drei Sitzungstagen aufgewartet: Die früheren SED-Politbüromitglieder Mittag und Herrmann wurden aus dem ZK ausgeschlossen. In einem Kommunique heißt es, der Ausschluß Mittags sei wegen „gröblichster Verstöße gegen die innerparteiliche Demokratie, gegen die Partei- und Staatsdisziplin sowie Schädigung des Ansehens der Partei" erfolgt. Die Zentrale Parteikontrollkommission wurde beauftragt, „das Verhalten und die Fehlleistungen" Mittags zu untersuchen und „gegen weitere Genossen, die gegen das Statut der Partei verstoßen haben, entsprechende Maßnahmen einzuleiten".

Aus dem Politbüro traten gestern der als SED-Bezirkssekretär von Halle abgelöste Hans-Joachim Böhme zurück. Außerdem wurden die Kandidaten Johannes Chemnitzer, Inge Langer und Werner Balde abgelöst. In Erfurt trat Oberbürgermeisterin Seibert (SED) zurück.

DDR-Generalstaatsanwalt Wendland forderte gestern einen Volkskammer-Untersuchungsausschuß für Korruption und Funktionsmißbrauch. Zur Begründung sagte er, Bürger würden „namentliche benannten Personen" persönliche Bereicherung, ungerechtfertigte Vorteilsgewährung oder Vergeudung von Volksvermögen anlasten. Gleichzeitig räumte er Übergriffe der Sicherheitsorgane ein, die die „Würde der einzelnen bei der Zuführung oder im Gewahrsam verletzten".

Der Erste Sekretär des FDJ-Zentralrates, Eberhard Aurich, enthüllte gestern, der entmachtete DDR-Staatschef Honecker habe ein FDJ-Schreiben vom 9. Oktober als größten „Angriff der FDJ auf die Parteiführung in vierzig Jahren" bezeichnet und als Mittel benutzt, um den heutigen Generalsekretär Krenz gegebenenfalls daran zu hindern, die Wende einzuleiten. Weitere Angaben machte er nicht.

Nach seinen Worten wird in der FDJ zur Zeit darüber diskutiert, wie die Organisation offen für Mitglieder, gleich welcher Partei, welcher Weltanschauung oder welchen religiösen Bekenntnisses sein könne.

Massive Selbstkritik übte inzwischen der langjährige SED-Chefideologe Hager. „Wie andere Genossen zergrüble" er sich den Kopf über seinen unmittelbaren Anteil an gemachten Fehlern. Offensichtlich habe er sich immer weiter entfernt „vom realen, täglichen Leben, von dem, was in den Betrieben oder in den Kaufhallen oder sonstwo vor sich ging".

Zum Tage

Freude, beinah grenzenlos

Welch ein Tag. Und welch eine Nacht. Die Nachricht, daß die Ausreise aus der DDR an förmliche Voraussetzungen nicht mehr gebunden sei, wenn auch immer noch an eine Erlaubnis, verstanden zigtausend Ostberliner, wie das Herz es ihnen eingab. Die Mauer, verstanden sie, ist weg, die Grenze *ist offen. Sie setzten sich in* Bewegung und probierten die neue Freiheit sogleich aus. Und vor ihrer fröhlichen Zuversicht zerfiel die Mauer tatsächlich.

★

Berlin war für Stunden ganz regellos vereint. Die Menschen ignorierten einfach den Rest der Grenze. Und niemand traute sich, ihnen in den Weg zu treten. Es war ein deutsches Fest, es ist ein deutsches Fest. Denn in Berlin verdichtete sich nur, was an anderen Stellen der Grenze – *in Duderstadt und* Herleshausen – auch geschah. Geregelter, aber mit dem gleichen wunderbaren Überschwang. Weil das Wort von *der grenzenlosen* Freude zu nahe liegt, möchte man es fast vermeiden. Aber hier stimmt es wie selten. Hier ist es an *seinem konkreten* Platz.

★

Eine historische Stunde also? Oh ja. Mag sein, daß es noch größere, *endgültigere* Augenblicke geben wird. Noch ist die DDR ja kein freies Land. Noch regiert die SED, auch wenn ihr die Zügel aus *der Hand zu gleiten* scheinen. Noch existieren die Grenzen und die gegensätzlichen Systeme. Und wenn die rapide Entwicklung auch *in ihrer Richtung* eindeutig scheint, nämlich hin zu Freiheit und Selbstbestimmung, so kennt die Geschichte doch brutale Wendungen. Speziell die deutsche Geschichte ist voll davon. Deshalb sollten wir den Dingen nicht euphorisch *vorauseilen.*

★

Könnte vor allem sein, daß es den Dingen nichts nützt. Die nationale Wiedervereinigung, vielleicht kommt sie. Vielleicht ist sie sogar der logische Endpunkt dessen, was in der DDR und in Europa insgesamt passiert. Dennoch: sie jetzt politisch herbeitrommeln zu wollen, könnte falsch sein. Wir im Westen haben weder die Perestroika in der Sowjetunion noch die revolutionären Veränderungen in Polen und Ungarn bewirkt. Und wenn, dann nicht durch Reden, sondern durch unsere beispielgebende Existenz. Da liegt auch die stärkste Kraft der Bundesrepublik gegenüber der DDR, in ihrem bloßen Dasein.

★

Dieses Dasein ist durch Freiheit und – zum Glück – Wohlstand bestimmt. Beide, *so labil ihr Verhält*nis ist, hängen nach unserer Meinung zusammen. Und die übergroße Mehrheit der DDR-Bevölkerung glaubt es auch. Welche Art von Freiheit und welche Art von Wohlstand (Wohlstand auch als Wohlgefühl begriffen) die Menschen drüben für sich ins Auge fassen, das müssen wir ihnen strikt selbst überlassen. Schön, das sagen alle. Und vielleicht ist damit gar nichts gesagt.

★

Bleiben wir bei den Tatsachen. Sie sind unbegreiflich, ja phantastisch genug. Die Mauer ist geborsten. Was Erich Honecker noch vor wenigen Monaten als Jahrhundertwerk bezeichnete, existiert nur noch als Trümmerhaufen. Abfall, vielleicht auch Mahnmal der Geschichte. Und das allein ist, egal was daraus noch folgen mag, Grund zur Freude, zu menschlicher, zu nationaler, zu deutscher Freude. Erlauben *wir uns doch*, bevor wir wieder ins Grübeln kommen, dieses schöne Gefühl. Es ist ein Gefühl, das uns mit den Men*schen in der DDR in jedem Fall* vereint, nicht nur heute, sondern hoffentlich für immer.

Lothar Orzechowski

Zitate des Tages

„Ick war eben im Westen"

„Hallo Taxi 17 - einmal Hamburg und zurück." (Ein 40jähriger aus Schwerin, der per Taxi kurz einen kranken Freund in Hamburg besuchte)

„Als ich sechs war, wurde die Mauer gebaut, jetzt ist mein Junge hier sechs." (Ein Ost-Berliner auf dem Rücksitz eines vollbesetzten Trabis bei einem Besuch im Westteil der Stadt)

„Außer vier Ostlern nix." (Antwort eines jungen West-Berliners auf die Frage von DDR-Grenzern, ob er etwas im Wagen habe)

„Ick war eben im Westen, habe bei meiner Freudin Bier und Kaffee getrunken, aber jetzt muß ick erst mal wieder arbeeten jehen." (Junge Ost-Berlinerin in der S-Bahn)

„Ab heute sage ich, ich möchte hundert Jahre alt werden, auch wenn ich schon mehr als die Hälfte hinter mir habe." (Ältere Leipzigerin)

„Heute wollen wir uns schnell einmal in Hof umschauen, aber morgen nachmittag... gehen wir wieder zur Demo." (DDR-Bürger bei einem Besuch in Bayern)

„Seit 30 Jahren mein erstes Schultheiss." (Ost-Berliner am Checkpoint Charly)

„Ich war auf der Reeperbahn... es war wie ein Zwang, ich mußte es einfach machen." (Junger DDR-Bürger auf einer Spritztour in Hamburg)

„Guten Morgen, Frau Ministerin." (Volkspolizist zur Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, Dorothee Wilms, bei ihrer Einreise am Morgen in Ost-Berlin)

Politikersprüche

„Glücklichstes Volk der Welt"

„Die für uns Deutsche so bewegenden Stunden der letzten Nacht bedeuten einen tiefen historischen Einschnitt in die Nachkriegsgeschichte." (Bundespräsident Richard von Weizsäcker)

„Gestern Nacht war das deutsche Volk das glücklichste Volk auf der Welt." (der neue Präsident des Bundesrates, Berlins Regierender Bürgermeister Walter Momper, vor der Länderkammer)

„Der Schritt, zu dem sich die Führung der DDR veranlaßt sah, unterstreicht in beeindruckender und elementarer Weise, daß der Wille zur Freiheit auf Dauer stärker ist als jeder staatliche Zwang." (Kanzleramtsminister Rudolf Seiters vor dem Bundesrat)

„Wir sind nahe an einem Punkt, wo die Menschen im gespaltenen Deutschland wieder zusammenkommen werden." (SPD-Ehrenvorsitzender Willy Brandt, zu dessen Amtszeit als Regierender Bürgermeister die Mauer gebaut worden war)

„Daß die Verantwortlichen in der DDR nicht nur Personen in den entscheidenden Positionen auswechseln, sondern ihr System dem Willen des Volkes entsprechend verändern, halte ich für unausbleiblich." (Kölns Erzbischof Joachim Kardinal Meisner)

„Das, was uns aber mit Dankbarkeit gegen Gott in besonderer Weise erfüllt, ist die Art und Weise, wie das geschehen ist. Ohne Gewalt, durch das Gebet vieler Christen durch Jahre hindurch." (Martin Kruse, Berliner Bischof und Vorsitzender des Rates der evangelischen Kirche in Deutschland)

Niemand hatte den Bau der Mauer für möglich gehalten

28 Jahre Symbol der Teilung

Von dpa-Korrespondent Wolfgang Marquardt

Als in den frühen Morgenstunden des 13. August 1961 auf Ost-Berliner Seite der Sektorengrenze Straßenpflaster aufgerissen, Betonpfähle eingerammt, Stacheldraht gezogen und Gräben ausgehoben wurden, hätte es wohl niemand der damaligen Zeitzeugen für möglich gehalten, daß dies der erste Schritt für den Bau der Mauer und damit zur völligen Abschottung von West-Berlin war.

Hinweise gab es

Und doch hat es schon vorher einen versteckten Hinweis auf die eigentlichen Absichten der DDR-Führung gegeben. In einer internationalen Pressekonferenz am 15. Juni 1961 hatte SED-Chef Walter Ulbricht auf die Frage einer westdeutschen Korrespondentin, ob die DDR eine Staatsgrenze am bisher durchlässigen Brandenburger Tor errichten könnte, geantwortet: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten." Zwei Monate später war sie da.

Seitdem beschäftigen sich die Historiker mit der Frage, ob auf westlicher Seite jemand von der beabsichtigten Absperrung gewußt habe und Gegenmaßnahmen bewußt unterlassen worden seien. Wenn irgendein westlicher Geheimdienst etwas geahnt haben sollte, bis in die politischen Etagen war eine solche Information nicht gedrungen. In West-Berlin und Bonn herrschte totale Überraschung und Ratlosigkeit. Erst hinterher erinnerten sich politische Beobachter, daß US-Präsident Kennedy in seinem Bericht zur Lage der Nation (State of the Union message) gesagt hatte: „Die Grenze der Freiheit verläuft am Potsdamer Platz in Berlin."

Dies sei in Moskau als Signal aufgefaßt worden, ihren Sektor ohne Risiko absperren zu können, um der dramatischen Fluchtbewegung jener Tage Einhalt zu gebieten. Um ganz sicher zu gehen, stellte sich der gesamte Warschauer Pakt damals hinter den Mauerbau, was heute im Osten hie und da schon anders interpretiert wird.

Dramatischer Höhepunkt, der den wackligen Weltfrieden in Gefahr bringen konnte, war der Aufmarsch amerikanischer Panzer am Ausländerübergang Checkpoint Charlie, um dem Recht der Westalliierten auf unkontrollierten Zugang nach Ost-Berlin Nachdruck zu verleihen. Die Sowjets reagierten prompt. Sie ließen ihrerseits auf östlicher Seite Panzer auffahren. Die einstigen Kriegsverbündeten standen sich mit drohend aufeinander gerichteten Kanonen gegenüber. Dann funktionierte der heiße politische Draht. Die Panzer fuhren in die Kasernen zurück.

77 starben

Seitdem kam es an der 29 Kilometer langen Mauer immer wieder zu dramatischen Fluchtversuchen von Ost nach West. Kränze und Mahnmale erinnern an 77 Menschen, die es nicht geschafft haben, den freien Teil Berlins unversehrt zu erreichen. Seit dem 9. November 1989 ist die Mauer nach 28 Jahren durchlässig geworden. Willy Brandt, 1961 Berliner Regierender Bürgermeister, der damals vor hunderttausenden Berlinern die Forderung erhoben hatte: „Die Mauer muß weg!" ist der Meinung, die mit den Vorgängen dieser Tage verbundene stille Revolution werde die bisherige Spaltung Deutschlands hinter sich lassen.

AN DER MAUER VERBLUTETE am 17. August 1962 der 18jährige Peter Fechter, dessen Leiche hier abtransportiert wird. (dpa-Archivbild)

Kohl hielt es nicht in Polen

Drama der Gegenwart holte den Kanzler ein

Aus Warschau berichtet Hans-Ludwig Laucht

Freitag, 9.45 Uhr: Der Kanzler ist auf die Minute pünktlich. Es ist ein kalter, klarer Morgen, Helmut Kohl nimmt ein Blumengebinde fest in beide Hände und legt es mit unbewegter Mine auf den grauen, skandinavischen Basalt des Denkmals zu Ehren der Helden des Warschauer Ghettos. Der Ort, im Zentrum der polnischen Hauptstadt gelegen, steht wieder einmal im Brennpunkt der Weltgeschichte. Hier kniete Willy Brandt. Das Bild von in Demut gebeugten Bundeskanzler ging um den Globus. Am 10. November 1989 wird Helmut Kohl von der dramatischen Gegenwart eingeholt. Die Ereignisse in der DDR bestimmen seine Gedanken. „Nicht hier, gehen wir etwas zur Seite", bittet der Kanzler zur improvisierten Pressekonferenz im Schatten des Mahnmals.

Für die Gastgeber der jüdischen Gemeinde bleibt wenig Zeit. Sie zeigen Verständnis. „Ich fliege heute nach Bonn zurück. Mein Platz ist im Augenblick im Kanzleramt", sagt Kohl. Doch es ist nicht das Ende seiner Reise durch Polen. „Ich komme Samstagabend wieder nach Warschau zurück." Dann geht das Besuchsprogramm planmäßig weiter.

Überall Ratlosigkeit

Aber was heißt schon Plan? Schon am ersten Besuchstag überschlugen sich die Ereignisse. Ratlosigkeit allenthalben. Die Nachricht von der Öffnung der DDR-Grenze ereilt den Kanzler beim Abendessen mit dem polnischen Premierminister Tadeusz Mazowiecki im Palais des Ministerrates. Die Polen sind bewegt und zeigen Verständnis für eine mögliche Unterbrechung der Reise. Doch Kohl ist unsicher. Als er kurz vor Mitternacht im Luxushotel Mariott vor die eilig zusammengetrommelten Bonner Korrespondenten tritt, sagt er: „Geschichtliche Augenblicke richten sich nicht nach Programmen. Ich bin in einer schwierigen Lage meinen Gastgebern gegenüber. Die Polen messen meinem Besuch eine unglaubliche Bedeutung zu."

Das mag in der offiziellen Lesart so sein. Der politische Normalverbraucher in Warschau nimmt das Ereignis gelassen zur Kenntnis. Die 1,7 Millionen Einwohner der polnischen Metropole meinen, wenn sie angesprochen werden, lapidar: „Na, endlich." Polnische Intellektuelle schrecken vor dem arg strapazierten „Wort „Wiedervereinigung kaum zurück. Aber Ängste um eine neue, ausufernde Debatte über ihre Westgrenze zeigen sie unverhohlen. Das polnische Trauma heißt Schlesien. Dort, wo das industrielle Herz Polens schlägt. Deutsche Gebietsansprüche, eine Verschiebung der Oder-Neisse-Linie nach Osten sind in Warschau kein Thema für Verhandlungen. „Die Völker unserer Länder, Polen und Deutsche, müssen in gegenseitigem Verständnis und Eintracht miteinander leben. Wir sind auf diesem Wege", erklärt Regierungschef Mazowiecki.

Andere Sorgen

Kohls Blitz-Abstecher an den Rhein läßt den kleinen Mann in Warschau kalt. Ihn quält das mühsame Alltagsleben. Die Inflation (monatlich 15 Prozent) frißt Einkommen und Spargroschen, soweit vorhanden, auf. Alte Menschen wissen kaum, wie sie ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen. Viele Senioren beziehen nur eine kärgliche Rente von 50 000 Zloty. Ein Liter fette Milch kostet bereits über tausend Zloty. Ein Brot ist nicht unter 600 Zloty zu haben. Ein Abendessen im Restaurant gehört für polnische Familien bereits zum Luxus. 10 000 Zloty pro Essen sind die Regel – doch ein Normalverdiener kommt nur auf 120 000 Zloty im Monat. DDR-Bürger werden in Warschau bereits als Kapitalisten eingeordnet.

Wenig Informationen

Als Helmut Kohl am Freitag um 14.30 Uhr mit seiner Luftwaffenmaschine im Himmel verschwindet, ist auch Walter Wallmann, Hessens Ministerpräsident, an Bord. „Ich bleibe in der Bundesrepublik", verkündet er. In der jetzigen Lage komme es auf die Länderchefs und die Kommunen an. Aber dramatisieren will er die Situation nicht. „Vom Notstand kann nicht die Rede sein." Sicher ist sich da niemand. Informationen tröpfeln in Warschau nur langsam ein. „Wir wissen einfach zu wenig", räumt Wallmann ein. Dann eilt er hinter dem Kanzler her, der in Warschau seiner Hauptbeschäftigung nachgeht: Dem Telefonieren.

EIN FOTO GING UM DIE WELT: Während des Mauerbaus nutzt ein junger Soldat der Volksarmee die letzte Möglichkeit zur Flucht. (Contipress-Archivbild)

Innerdeutsche Grenze

Trennlinie von 1393 km Länge

Als die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs 1944 im Londoner Protokoll Deutschland unter sich aufteilten, hatten sie auch schon die Grenze zwischen den fünf Jahre später entstandenen beiden deutschen Staaten festgelegt: 1393 Kilometer lang, verläuft sie von der Lübecker Bucht im Norden bis zur deutsch-tschechoslowakischen Grenze östlich von Hof im Süden.

Um die Bürger vom attraktiven Westen abzuschotten, begann die kommunistische DDR 1952, umfangreiche Sperranlagen zu errichten: Stacheldraht-, Metallgitter- und Betonzäune, Minenfelder, Gräben, Hundelaufanlagen und Wachtürme. Dieser bis zu zwei Kilometer breite Streifen wird von mehr als 45 000 Soldaten der DDR-Grenztruppe überwacht. Zu Beginn der 80er Jahre versuchte die DDR ihr internationales Ansehen zu verbessern, indem sie 1983/84 die gefürchteten Selbstschußanlagen („Tötungsautomaten") an den Metallgitterzäunen abbaute. 1985 entfernten Bautrupps hunderttausende Minen.

125 Menschen gelang es 1988 (1987: 98), unter Gefahr für Leib und Leben diese Barrieren zu überwinden. Nach Angaben der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter, wo Unrechtstaten in der DDR registriert werden, kamen seit dem Bau der Berliner Mauer 1961 an der Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR mindestens 111 Flüchtlinge ums Leben, an der Mauer 77. (dpa)

Bundespräsident von Weizsäcker:

Freiheit nicht einzumauern

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat die Entwicklung in der DDR als eine „tiefen historischen Einschnitt in der Nachkriegsgeschichte" gewertet. Der Deutschen Presse-Agentur (dpa) erklärte Weizsäcker am Freitag, die Ereignisse zeigten, daß Freiheit auf Dauer nicht eingemauert werden könne.

Die Stellungnahme des Bundespräsidenten hat folgenden Wortlaut:

„Die für uns Deutsche so bewegenden Stunden der letzten Nacht bedeuten einen tiefen historischen Einschnitt in die Nachkriegsgeschichte. Sie zeigen aber auch, wie schon die vorangegangenen Entwicklungen, daß Freiheit auf Dauer nicht eingemauert werden kann. Respekt und Hochachtung gilt den vielen Menschen, die bei aller Bewegung besonnen geblieben sind und Ausbrüche nicht zugelassen haben.

In diesem Sinne gilt es nun, mit Verantwortungsbewußtsein und Augenmaß Schritt für Schritt einen Zustand zu erreichen, in dem die Menschen in Deutschland hüben und drüben in Freiheit und Würde miteinander leben können."

Flüchtlingsproblem / Bremen will Wohnraum beschlagnahmen

Behörden suchen mit Hochdruck nach neuen Notunterkünften

Hamburg (dpa/AP). Mit der Öffnung der innerdeutschen Grenze durch die DDR hat sich das Flüchtlingsproblem in der Bundesrepublik weiter verschärft. Die bundesdeutschen Behörden bemühten sich gestern mit Hochdruck um zusätzliche Notunterkünfte in der ohnehin schon katastrophalen Unterbringungssituation. Kirchen, Organisationen und Hilfswerke wollen weitere Betten bereitstellen. Auch die Alliierten Streitkräfte, Österreich und Kanada boten ihre Hilfe an.

Verfügung vorbereitet

Der Bremer Senat will ungenutzten Wohnraum beschlagnahmen, falls die Zuwanderungswelle von DDR-Übersiedlern anhält. Der zuständige Bremer Sozialsenator, Bürgermeister Henning Scherf, erklärte gestern, er habe eine entsprechende Beschlagnahmeverfügung vorbereiten lassen. Angesichts des Massenansturmes von Menschen aus der DDR und der nicht zu bewältigenden Unterbringungsprobleme müßten Eigentümer von ungenutztem Wohnraum Platz schaffen. Wer dazu nicht freiwillig bereit sei, der müsse dann durch die Behörden gezwungen werden, sagte Scherf.

In einer Art konzertierter Aktion bereiteten sich Bundesländer und Einrichtungen des Bundes auf die erwartetenen Tausenden von Neuankömmlinge vor. Der Zivilschutz richtete in einer „Blitzaktion" bundesweit Schutzräume für die Aufnahme von Übersiedlern her. Die Länder griffen auf Hilfskrankenhäuser, Jugendherbergen, Turnhallen, Polizeischulen und -kasernen zurück. So wurden in Niedersachsen sieben meist unterirdische Hilfskrankenhäuser mit rund 2000 Betten vorbereitet. Auch Hessen, das zum Wochenende 8000 neue Plätze schaffen will, mobilisierte Betten in Hilfskrankenhäusern. Das nordrhein-westfälische Sozialministerium mietete gestern acht auf dem Rhein in Düsseldorf liegende Hotelschiffe zur Unterbringung von DDR-Übersiedlern an.

Das Technische Hilfswerk (THW) bereitete weitere Behelfsquartiere vor. In acht Städten seien die angebotenen Einrichtungen bereits belegt, hieß es. Die Bundeswehr hat bis gestern abend rund 30 000 Unterkunftsplätze für Übersiedler in über 100 Kasernen im ganzen Bundesgebiet bereitgestellt. Der Bundesgrenzschutz hat in seinen Kasernen und Unterkünften bislang etwa 8000 Menschen aufgenommen.

Hilfe durch Alliierte

Auch die amerikanischen Streitkräfte stellen in ihren Kasernenanlagen Unterkünfte zur Verfügung. Dasselbe boten am Freitag die französischen Streitkräfte in der Bundesrepublik an. In West-Berlin hat die britische Armee zwei Hallen mit Betten, Matrazen und Decken hergerichtet. Kanada will Gelände zur Errichtung von Notunterkünften bereitstellen.

Der österreichische Innenminister Franz Löschnak sagte, seine Regierung sei grundsätzlich bereit, Bonn und Ost-Berlin bei der Lösung von Problemen im Zusammenhang mit den DDR-Flüchtlingen zu helfen. Außenminister Mock lehnte aber die Aufnahme einer größeren Zahl von Emigranten aus der DDR entschieden ab.

An Grenze der Belastbarkeit

Das Bayerische Rote Kreuz (BRK) ist durch die anhaltende Massenflucht inzwischen nahe an die Grenze seiner Belastbarkeit gestoßen. Die freiwilligen Helfer hätten mittlerweile 500 000 unbezahlte Einsatzstunden hinter sich, sagte BRK-Präsident Bruno Merk. Das Bayrische Rote Kreuz stehe nun vor seinem größten Einsatz seit Kriegsende.

Der Verband der Angestellten-Krankenkassen bot an, Übersiedler in Rehabilitationszentren, Ausbildungseinrichtungen und Personalwohnheimen unterzubringen.

Das Diakonische Werk der Evangelischen Kirchen in Deutschland appellierte an die Kirchengemeinden, schnell und unkonventionell zu helfen. So stünden zahlreiche Erholungs- und Kureinrichtungen von Kirchen, Firmen, Verbänden und Gewerkschaften im Winter leer.

Parteichef seit 1956

Bulgarien: Todor Schiwkow tritt ab

Sofia (dpa). Der seit 1956 amtierende bulgarische Parteichef Todor Schiwkow ist am Freitag vom Zentralkomitee seiner Partei überraschend von diesem Posten entbunden worden. Das meldete die amtliche bulgarische Nachrichtenagentur BTA. Nach dieser Meldung bat der 78jährige Spitzenpolitiker selbst um seine Entlassung. Der bisherige Außenminister Petar Mladenow wurde sein Nachfolger. Das Zentralkomitee hat dem Parlament darüber hinaus vorgeschlagen, Schiwkow auch als Staatsoberhaupt abzulösen.

Die Ablösung Schiwkows kam für westliche Beobachter in Sofia völlig überraschend. Erst vor wenigen Tagen hatte sich Schiwkow noch an die Spitze der Reformbewegung gesetzt. Die bulgarischen Reformbemühungen seien deutlich hinter der Lage in der Sowjetunion zurückgeblieben, hatte er kritisiert. Er hatte die Errichtung einer „bürgerlichen Gesellschaft sozialistischen Typs" mit politischem Pluralismus angekündigt.

Öffnung der Grenzen durch Ostberlin

Moskau: Kluge und richtige Entscheidung

Moskau/Washington (dpa). Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hat die Entscheidung Ost-Berlins, die Grenzen zur Bundesrepublik und zu West-Berlin zu öffnen, als eine „normale Entscheidung" bezeichnet. In einem Interview sagte das Politbüro-Mitglied: „Die Öffnung der Kontrollpunkte in Berlin geschah *nicht* auf unsere Weisung, die deutschen Freunde selbst haben diese Entscheidung getroffen". Schewardnadse weiter: „Ich glaube, es war eine richtige und kluge, eine weise Entscheidung."

Er schloß gleichzeitig aus, daß in der DDR eine Regierung ohne die Beteiligung der Kommunisten möglich sei. „Ich glaube, das wird nicht passieren".

US-Präsident Bush begrüßte die Öffnung der DDR-Grenze, beobachtet aber auch mit Vorsicht die Fortschritte der DDR in Richtung Demokratie. „Niemand weiß, was demnächst passieren wird", sagte er in der Nacht zum Freitag. Bush fügte hinzu: „Aber es läuft in unsere Richtung." Die Grenzöffnung nannte der Präsident „ein dramatisches Ereignis". Viele DDR-Bürger, die sich eingesperrt gefühlt hätten, könnten nun sagen: „Sieh mal, wir können umziehen, aber wäre es nicht besser, wir beteiligen uns an den Reformen, die in unserem Lande vor sich gehen?".

Echo auf Grenzöffnung

Parteien: Reformprozeß unterstützen

Bonn (dpa/AP). Nach der Öffnung der DDR-Grenze zum Westen haben gestern im Bundesrat die Bundesregierung und die Bundesländer ihre Bereitschaft *bekräftigt, den Reformprozeß in* der DDR mit großzügiger Hilfe zu unterstützen. In einer spontanen Aussprache in der Ländervertretung wurde zugleich versichert, daß auch weiterhin in der Bundesrepublik alle DDR-Bürger willkommen seien, die sich trotz des Wandels zur Ausreise entschlossen hätten.

Der neue Präsident des Bundesrates, der Berliner Regierende Bürgermeister Momper (SPD), eröffnete die Sitzung mit den Worten: „Gestern Nacht war das deutsche Volk das glücklichste Volk auf der Welt." Auf diesen Tag hätten die Deutschen 28 Jahre seit dem Mauerbau gewartet. Die hohen Lasten und die großen Probleme, die auf die Bundesländer zukämen, würden angesichts der Freude über die Entwicklung in Deutschland gemeistert werden.

Kanzleramtsminister Seiters (CDU) bekräftigte die Zusage Bundeskanzer Kohls, der DDR bei wirklichen Reformen in einer „völlig neuen Dimension" zu helfen. An die Länder und die Bürger in der Bundesrepublik appellierte er, die auftretenden Probleme solidarisch zu lösen. Besondere Unterstützung brauche auch Berlin.

SPD für „runde Tische"

Die Bundestagsfraktionen berieten in Sondersitzungen. SPD-Fraktionschef Vogel plädierte für ein schnelles Treffen Kohls mit dem nominierten DDR-Regierungschef Modrow. Er forderte die Einrichtung von „runden Tischen" nach polnischem Muster in Ost-Berlin und Bonn.

Unions-Fraktionschef Dregger bewertete diesen Vorschlag zurückhaltend. Wie Vogel unterstrich er aber die Bereitschaft, der DDR bei Versorgungsschwierigkeiten zu helfen.

Der CSU-Vorsitzende, Bundesfinanzminister Waigel, stellte auf einer Pressekonferenz in München der DDR projektgebundene Kredite in Aussicht. Bundesdeutsche Hilfen müßten jedoch an weitreichende politische und wirtschaftliche Reformen geknüpft werden.

FDP mit „Marshallplan"

Die FDP will Vorschläge für bessere Lebensverhältnisse in der DDR entwickeln. Ihr Finanzexperte Gattermann präsentierte bereits eine Art „Marshallplan" für private gewerbliche Investoren. Danach soll ein Fonds bei der Lastenausgleichsbank eingerichtet werden, dessen Mittel durch private bundesdeutsche Kapitalgeber aufzubringen wären.

Die Grünen forderten eine radikale Kürzung des Rüstungshaushalts, eine drastische Reduzierung der Bundeswehr und engere Zusammenarbeit mit der DDR auf dem Gebiet des Umweltschutzes.

Vereinbarungen unterzeichnet / Kohl:

‚Entwicklung in Polen nicht vernachlässigen'

Warschau (dpa/AP). Bundesaußenminister Genscher und sein polnischer Amtskollege Skubiszewski haben gestern im *Beisein der Regierungschefs bei*der Länder eine Reihe von Abkommen und Ressortvereinbarungen unterzeichnet, darunter das erst vor einigen Tagen fertiggestellte Investitionsschutzabkommen und Vereinbarungen über Jugendaustausch, Kulturinstitute und die Errichtigung von Generalkonsulaten in Krakau und Hamburg.

Genscher reiste am Nachmittag zusammen mit Bundeskanzler Kohl in die Bundesrepublik zurück. Kohl, der seinen für sechs Tage geplanten offiziellen Besuch in Polen wegen der Ereignisse in der DDR unterbrach, entschuldigte sich am Flughafen bei seinen polnischen Gastgebern und versicherte: „Ich bin in 28 Stunden wieder da."

Der Kanzler hatte in den Morgenstunden nach einer Kranzniederlegung am Ghetto-Denkmal in Warschau an die Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kultur und Politik aus seiner Begleitdelegation appelliert, *in Polen zu bleiben und ihre Gespräche wie geplant zu führen.* Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, daß man jetzt die polnische *Entwicklung vernachlässige.*

Kohl hatte dem polnischen Regierungschef Mazowiecki hatte am Donnerstag abend einen Brief über wirtschaftliche Hilfsmaßnhamen für Polen übergeben. Bundeswirtschaftsminister Haussmann teilte mit, die Bundesregierung wolle den polnischen Reformkurs mit einer neuen Kredit von drei Milliarden DM unterstützen. Zugleich verzichtete die Bundesregierung praktisch auf den größten Teil der Rückzahlung des alten Milliarden-Kredits: 750 Millionen DM Kredit- und Zinsverpflichtungen werden ganz erlassen, 570 Millionen DM werden in Zloty in einen Fonds eingezahlt, aus dem gemeinsame Projekte in Polen finanziert werden.

Kohl will – sofern nichts Unvorhergesehenes eintritt" heute abend wieder in Warschau sein und am Sonntag zusammen mit dem polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki an einer *Messe in Kreisau teilnehmen.*

Volksarmee

Zunächst keine Einberufungen

Berlin (dpa). Die DDR will die wegen der Ausreisewelle schwierige wirtschaftliche Situation durch den Einsatz von Soldaten bewältigen. Daher sollen von Januar bis April 1990 keine Reservisten in die Nationale Volksarmee (NVA) und die Grenztruppen eingezogen werden. Wie das Verteidigungsministerium der Nachrichtenagentur ADN zufolge mitteilte, werden gleichzeitig die für den Zeitraum vom 6. November bis 8. Dezember 1989 festgelegten Einberufungsüberprüfungen zum Reservistenwehrdienst für 1990 eingestellt.

Werden abkommandiert

Stasi-Leute in den Tagebau

Berlin (AP). 1200 Mitarbeiter des DDR-Staatssicherheitsdienstes werden nach Angaben des stellvertretenden Ministers für Staatssicherheit, Rudi Mittig, in den nächsten Tagen zum Braunkohleabbau abkommandiert. Mittig habe das Zentralkomitee der SED darüber informiert, daß Angehörige seines Ministeriums „zur sofortigen Unterstützung für die Volkswirtschaft ... in der Braunkohle zum Einsatz kommen" sollten, meldete die DDR-Nachrichtenagentur ADN am Freitag. Demonstranten in der DDR hatten mehrfach gefordert: „Stasi in den Tagebau."

Ostberliner Anwalt

De Maiziere neuer CDU-Chef

Berlin (dpa). Der Ostberliner Rechtsanwalt Lothar de Maiziere ist neuer Vorsitzender der CDU in der DDR. Auf ihn entfielen im Hauptvorstand der Partei 92 von 118 abgegebenen Stimmen, meldete die amtliche DDR-Nachrichtenagentur ADN gestern. Sein Gegenkandidat Winfried Wolk erhielt vier Stimmen. Der bisherige langjährige Vorsitzende Gerald Götting war erst vor wenigen Tagen zurückgetreten.

Der 49jährige de Maiziere ist ein Neffe des ehemaligen Generalinspekteurs der Bundeswehr, Ulrich de Maiziere.

DDR-TV-Nachrichten

„Aktuelle Kamera" in 3Sat

Mainz (eg). Die Nachrichtensendung des DDR-Fernsehens „Aktuelle Kamera" wird künftig täglich zum Programmschluß auch über das gemeinsame Satellitenprogramm 3Sat von ZDF, ORF und SRG ausgestrahlt. Das ist das Ergebnis einer Übereinkunft, die zwischen den Programmverantwortlichen von ZDF/3Sat und dem Fernsehen der DDR vereinbart wurde. 3Sat-Koordinator Walter Konrad sagte dazu: „Wir sollten angesichts der jüngsten Ereignisse...jede Perspektive nutzen, um ein umfassendes Bild der Situation zu dokumentieren."

Die Rentenreform im Detail (Teil 2)

Drei Erziehungsjahre bald anrechenbar

Bonn. Am vergangenen Donnerstag verabschiedete der Bundestag in Bonn die Reformgesetze zur Alterssicherung. Mit den Gesetzen, die zum großen Teil zum 1. Januar 1992 in Kraft treten, sollen vor allem die sich aus dem wachsenden Anteil alter Menschen an der Gesellschaft sich ergebenden Finanzprobleme der Altersklassen gelöst werden. In unserer Serie stellen wir die wichtigsten Änderungen im Detail vor.

● **Bundeszuschuß.** Der Zuschuß des Bundes zur Rentenversicherung von derzeit 29,4 Milliarden Mark will 1990 um 300 Millionen Mark, im folgenden Jahr um weitere 2,3 Milliarden aufgestockt. Dazu kommen 1992 noch voraussichtlich 4,8 Milliarden Mark, mit denen die bisher gesondert erstatteten Ausgaben für Kindererziehungszeiten pauschal abgegolten werden. Ab dann wird er jährlich automatisch erhöht; der Anstieg ist ab 1992 nicht nur an den der Bruttoverdienste, sondern auch an den der Beitragssätze gekoppelt. Damit wird der Anteil des Bundes an den Rentenausgaben bis zum Jahr 2010 auf etwa 19,2 Prozent stabilisiert.

● **Erziehungs- und Pflegezeit.** Für Kinder, die ab 1992 geboren werden, kann sich Mutter oder Vater drei statt bisher ein Kindererziehungsjahr anrechnen lassen, die mit 75 Prozent des Durchschnittseinkommens bewertet werden. Wer mehr verdient und nach der Geburt weiterarbeitet, hat davon nichts. Insgesamt zehn Erziehungsjahre sowie Pflegezeiten wirken sich als sogenannte „Berücksichtigungszeiten" rentensteigernd aus. Ein ursprünglicher Unterschied zur Beamtenversorgung, wonach ein Jahr Kindererziehung für die Staatsdiener gut den doppelten Betrag ausgemacht hätte, wurde ausgebügelt: Jetzt ist ein Babyjahr für pensionierte Beamte und Rentner gleichermaßen 28,79 Mark im Monat wert.

● **Rente nach Mindesteinkommen.** Diese Regelung, die vor allem Frauen mit wenig Einkommen begünstigt, wird verlängert und auch auf niedrige Pflichtbeiträge in den Jahren seit 1973 ausgedehnt. Damit werden Geringverdiener so behandelt, als hätten sie höchstens 75 Prozent des durchschnittlichen Rentenbeitrags gezahlt. Voraussetzung dafür ist eine Wartezeit von 35 (bisher 25) Jahren, wobei „Berücksichtigungszeiten" eingeschlossen sind.

(Wird fortgesetzt)

DDR / Investitionen, Kooperationen

Bundesdeutsche Firmen in Startlöchern

Hamburg (dpa/vwd). Auf die „überwältigende und atemberaubende" Entwicklung in der DDR hat die bundesdeutsche Privatwirtschaft mit großem Kooperationswillen reagiert. In einer dpa-Umfrage am Freitag machten die befragten Großunternehmen jedoch auch klar, daß noch weitreichende Wirtschaftsreformen in der DDR notwendig sind, um neue Hilfsmaßnahmen, Joint Ventures und Direktinvestitionen im großem Stil in die Tat umzusetzen.

Der Daimler-Benz-Konzern geht nach der „überwältigenden Entwicklung" in der DDR davon aus, daß die bisherigen Geschäftsentwicklungen eine „qualitativ neue Dimension erfahren". Unternehmenssprecher Matthias Kleinert erklärte: „Angesichts der aktuellen Entwicklung eröffnen sich vielleicht Chancen des gemeinsamen Wirkens, die wir bis vor kurzem nicht für möglich gehalten haben."

Sein Unternehmen sei selbstverständlich bereit, über konkrete Projekte „einer verstärkten Zusammmenarbeit auf allen Gebieten, die unser Konzern bearbeitet, mit der DDR zu sprechen". Erst Ende September hatte der designierte DDR-Regierungschef Hans Modrow den Autokonzern besucht. Damals hatte er erklärt, daß das Fahrzeugkombinat IFA mit Daimler-Benz Gespräche über eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Nutzfahrzeuge führe.

„Schnell handeln"

Nach Einschätzung von Thyssen-Chef Dieter Spethmann sind „viele deutsche und andere westliche Unternehmen bereit, schnell zu handeln", in dem sie Betriebe in der DDR eröffnen. Den Unternehmen muß laut Spethmann in der DDR Gelegenheit gegeben werden, Grundstücke zu nutzen und darauf Betriebe zu errichten. Maschinen und Produktionsprogramme würden mitgebracht.

Für die Vermarktung der dort gefertigten Produkte auf dem Weltmarkt werden dann bundesdeutsche Firmen sorgen. Die DDR-Mitarbeiter könnten mit den so eingenommen Devisen auch in West-Geld entlohnt werden. Damit sei dann eine realer Ansatz erreicht, „die Menschen am Verbleib in der DDR zu überzeugen". Die bundesdeutschen Großunternehmen haben jedoch als Voraussetzung für ein starkes Engagement fast ausnahmslos mehr marktwirtschaftliche Elemente in der DDR gefordert. Commerzbank-Chef Walter Seipp erklärte: „Angesichts der rasch wachsenden politischen Veränderungen in der DDR sollten wir nicht davon ausgehen, daß auch die wirtschaftliche Lage im anderen Teil Deutschlands mit einem Paukenschlag von heute auf morgen geändert werden kann." Seipp forderte für Joint Ventures ein „Investitionsschutzabkommen", das auch die Frage des „Gewinntransfers" einschließe.

„Produkte bekannt"

Die Deutsche Unilever GmbH (Hamburg) sieht in der Öffnung der DDR große Marktchancen. „80 Prozent der DDR-Bevölkerung kennt unsere Produkte durch die Fernsehwerbung", erklärte der Sprecher des Nahrungs- und Waschmittelkonzerns Helmut Barth. Falls die Rahmenbedingungen sich entsprechend entwickeln, will Unilever auch in der DDR investieren.

Die Continental AG (Hannover) sei als „an der Grenze liegendes Unternehmen" bereit, sich verstärkt in der DDR zu engagieren. Sinnvoll könnten Joint Ventures sein, wenn die Rahmenbedingungen stimmten, sagte ein Sprecher des Reifenherstellers. Dazu gehörten ein verläßliches Rechts- und Währungssystem sowie ein funktionierendes Rechnungswesen.

Interesse Reemtsmas

Auch die Reemtsma Cigarettenfabriken GmbH (Hamburg) bringt die Bereitschaft zu Direktinvestitionen und Know-How-Transfer mit. Sonst würde der Gesamtvorstand nicht - wie vorgesehen - am 19. und 20. November in Dresden zusammentreten, sagte ein Unternehmenssprecher. Die erste Sitzung des Gesamtvorstands außerhalb des Werks sei ein „Signal", das in der DDR sicher verstanden werde.

Südwesten/Metallarbeitgeber reagierten auf IG-Metall-Forderungen

Gewerkschaftspaket abgelehnt

Fellbach (AP). Die baden-württembergischen Metallarbeitgeber haben gestern mit einer Reihe von Gegenvorschlägen auf den Forderungkatalog der IG Metall geantwortet, die in der Tarifrunde des kommenden Frühjahrs sowohl die 35-Stunden-Woche als auch Einkommenserhöhungen um acht bis neun Prozent durchsetzen will. Der Vorsitzende des Verbands der Metallindustrie (VMI), Dieter Hundt, sprach sich in Fellbach dafür aus, daß hochqualifizierte Kräfte länger arbeiten sollen als dies der gegenwärtige Tarifvertrag erlaubt. Außerdem soll auch Samstagsarbeit möglich werden.

Das Forderungspaket der Gewerkschaft, das nach Arbeitgeberberechnungen eine Gesamtbelastung in zweistelliger Höhe umfaßt, lehnte Hundt ab. Nach den Vorstellungen des Verbandsvorsitzenden soll der künftige Manteltarifvertrag für Facharbeiter eine Regelarbeitszeit von 40 Stunden statt der gegenwärtigen 37 Stunden ermöglichen.

Er plädierte dafür, die Arbeitszeit auf maximal zehn Stunden täglich und an sechs Tagen in der Woche zu verteilen. Damit soll auch samstags gearbeitet werden können.

Die IG Metall verlangt dagegen die Einführung einer „Normalarbeitszeit" von 35 Stunden in der Woche für alle. Verteilt werden soll die Normalarbeitszeit auf maximal acht Stunden am Tag und 40 Stunden in der Woche, wobei nur von Montag bis Freitag gearbeitet werden soll. Der Samstag darf nach den Überlegungen der Gewerkschaft nicht zur Regelarbeitszeit werden, der Sonntag soll arbeitsfrei bleiben.

Darüber hinaus präsentierte die Gewerkschaft im Südwesten, wo rund eine Million Metallarbeitnehmer tätig sind, ein dickes Bündel von Zusatzforderungen, die von weitgehender Arbeitszeitsouveränität über die Verwirklichung der Menschenwürde im Betrieb bis hin zu weitgehenden Mitbestimmungsrechten des Betriebsrates reichen.

Hundt sprach von einem „sehr engen" Verteilungsspielraum im kommenden Jahr und schlug vor, den erwarteten Produktivitätsfortschritt in Höhe von rund drei Prozent voll für Einkommensverbesserungen zu verwenden.

Mercedes-Benz AG / Niederlassung Kassel

Dreifacher Wechsel in der Führungsspitze

Kassel (hos). In der Kasseler Niederlassung der Mercedes-Benz AG dreht sich das Personalkarussell: Gleich drei Mitglieder der Führungsmannschaft wechseln im Rahmen der Umorganisation des Daimler-Konzerns, in deren Verlauf Pkw- und Nutzfahrzeugbereich aus der Holding Daimler-Benz AG in eine neugeschaffene Gesellschaft Mercedes-Benz AG eingegliedert wurden, in andere Positionen. Technischer Leiter Detlef König wechselt als Technischer Leiter für die Region Mitte nach Mannheim. Nachfolger des 50jährigen ist der 39jährige Klaus Ulkann, der bisher Technischer Leiter der Niederlassung Schweinfurt war.

Helmut Altemöller (47), Verkaufsleiter Nutzfahrzeuge und Unimog, geht als Vertriebsleiter Nutzfahrzeuge der Region Mitte ebenfalls nach Mannheim. Seine Position in Kassel besetzt der 46jährige Ulrich Vreemann, der bisher im Vertrieb Nutzfahrzeuge in der Zentrale in Stuttgart tätig war.

Der Verkaufsleiter Pkw der Kasseler Niederlassung, Kurt Schwierzowski (45), wechselt in die Stuttgarter Konzernzentrale. Für ihn kommt der 46jährige Horst Grimm aus der Berliner Niederlassung nach Kassel.

Niederlassungsleiter Horst Beier dankte den scheidenden Mitarbeitern in einer Feierstunde und würdigte deren Verdienste um den Aufbau der Kasseler Niederlassung.

Neues vom Tage

Dollar fester

Frankfurt. Der amtliche Mittelkurs des US-Dollar wurde am Freitag in Frankfurt mit 1,8517 (Donnerstag: 1,8447) DM ohne offizielle Mitwirkung der Deutschen Bundesbank festgestellt.

Höhere Rendite

Bonn. Vom 13. November an werden neue Bundesobligationen mit einem Nominalzins von 7,25 Prozent (Serie 87) zum Verkaufskurs von 99,5 Prozent mit einer Rendite von 7,37 Prozent angeboten. Sie werden am 20. Dezember 1994 fällig.

Cointreau, Remy fusionieren

Paris. Die überwiegend von Familien gehaltenen französischen Getränkehersteller Cointreau und Remy Martin fusionieren. In die neue Wein- und Spirituosen-Gruppe bringt Remy 4,15 Milliarden Francs (1,2 Mrd. DM), Cointreau 1,8 Milliarden Franc Jahresumsatz ein. Nach Angaben der Unternehmen vom Freitag in Paris soll die Identität jedes Partners gewahrt bleiben.

Stagnieren Spritpreise

Düsseldorf. Für die Fahrer der fast 30 Millionen Autos auf bundesdeutschen Straßen wird sich nach Ansicht des Esso-Chefs Thomas Kohlmorgen mit dem gemeinsamen europäischen Binnenmarkt bei den Benzinpreisen nichts ändern. Die in den EG-Mitgliedsländern zum Teil sehr großen Preisunterschiede für Benzin blieben zunächst bestehen, so der Esso-Chef in Düsseldorf. Eine Harmonisierung der unterschiedlichen Mineralölsteuersätze sei nicht realistisch.

Lufthansa und Interflug

Kooperation wird erweitert

Frankfurt (dpa/vwd). Die Fluggesellschaften Interflug und Lufthansa (LH) wollen ihre Zusammenarbeit erweitern und den innerdeutschen Flugverkehr „auf eine normale Basis stellen". Angesichts der Reiseerleichterungen für DDR-Bürger sei eine deutliche Steigerung der Nachfrage nach regulären Verbindungen zwischen beiden deutschen Staaten zu erwarten. Das wurde in einem gestern in Frankfurt verbreiteten „Kommunique Leipzig" bekannt, das Interflug-Generaldirektor Klaus Henkes und Lufthansa-Vorstandschef Heinz Ruhnau nach einem Verhandlungen am Donnerstag in Leipzig unterzeichnet hatten.

Die Linienflüge zwischen Frankfurt und Leipzig sowie zwischen Leipzig und Düsseldorf sollten ohne zeitliche Einschränkung fortgesetzt werden, fordern Lufthansa und Interflug. Die Begrenzung bis zum 1. Februar sei nicht geeignet, eine dauerhafte Verbindung zu schaffen, und mit Genehmigungen für jeweils nur drei Monate werde der kommerzielle Erfolg verhindert. In Kürze werde die Fortsetzung der Flüge nach dem 1. Februar 1990 beantragt.

Durch „Private"

Werbe-Einbußen in der ARD

Berlin (dpa). Die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender bekommen die private Konkurrenz immer stärker zu spüren. Bei einem insgesamt stark expandierenden Werbemarkt gehen immer mehr lukrative Werbeaufträge an ihnen vorbei. Die Einbußen im Werbegeschäft erreichen inzwischen mehrstellige Millionenbeträge, wie eine Umfrage für die neueste Ausgabe des dpa-Informationsdienstes für Medien ergab.

Von den zum Teil dramatischen Einbrüchen sind bislang ausschließlich die ARD-Sender im Norden und Westen betroffen, die ihre Preise für Werbespots zum Teil bereits kräftig gesenkt haben. Der Umfrage zufolge blieben bislang die Sender in Süddeutschland von dieser Entwicklung verschont. Neben Preissenkungen und Sparmaßnahmen gibt es innerhalb der ARD jetzt Überlegungen, Werbezeiten überwiegend bundesweit anzubieten. Anders als früher sind beim Westdeutschen Rundfunk (WDR), beim Saarländischen Rundfunk (SR), beim Norddeutschen Rundfunk (NDR) und beim Sender Freies Berlin (SFB) die Werbezeiten nicht mehr ausgebucht.

BÖRSE

Frankfurter Wertpapierbörse, übermittelt von der DRESDNER BANK.

Lebhaft

An den deutschen Aktienmärkten kam es am Freitag nach der Öffnung der DDR-Grenze bei recht lebhaftem Geschäft zu einer deutlichen Kursfestigung. Die Übersiedlerwelle verhalf vor allem Bau-, Maschinenbau- und Konsumwerten zu deutlichen Aufschlägen. Der Commerzbank-Index stieg um 33,3 auf 1 862,3 Punkte. Leichter hat der Rentenmarkt nach mittlerem Umsatz geschlossen. Der Commerzbank-Rentenmarktindex betrug 104,847 (plus 0,033).

Aktien

Stücknotiz in DM		9. 11.	10. 11.
AEG	2,40	242,00	244,50
AG für Verkehr	10	664,00	690,00
Allianz Vers.	12	2055,00	2070,00
Altana	11	402,00	408,50
Anzag	6	350,00	346,00
Asea Brown Boveri	12	640,00	643,00
BASF	12	267,70	270,00
Bayer	12	278,50	281,20
Bayer. Hypo	12,50	372,30	375,00
Bayer. Vereinsb.	13	355,00	364,00
Bekula	5	117,50	127,50
Bilf. + Berger	10	580,00	655,00
BHF-Bank	12	401,00	401,00
BMW	12,50	520,50	534,50
Binding	10	550,00	574,50
BOSS Vz.	22	1200,00	1250,00
Brau und Brunnen	0	470,00	494,00
Brem. Vulkan	0	115,00	115,00
Commerzbank	9	256,00	258,00
Continental AG	8	351,50	345,50
Daimler	12	654,00	659,50
Degussa	10,50	467,00	478,00
Deutsch. Babcock	5	195,00	198,00
Deutsche Bank	12	654,00	665,00
DLW	12	700,00	715,00
Dresdner Bank	10	327,00	334,00
Dyckerh. Stämme	8	—	850,00
FAG Kugelfischer	7	345,00	358,00
Feldmühle Nobel	10	550,00	553,50
Frankfurter Hypo.	12	900,00	915,00
Goldschmidt	12	424,50	433,00
Hagen Batterie	4	210,00	210,00
Hamborner	8	479,00	495,00
Harpener	12,50	484,00	490,00
Heidelb. Zement	8	1180,00	1220,00
Henkel Vz.	8,50	527,00	534,00
Herlitz Stämme	6	246,00	255,00
Henninger Br	6	680,00	700,00
Hochtief	10	928,00	980,00
Hoechst	12	264,00	265,30
Hoesch	8	228,50	223,80
Holzmann	10	1055,00	1140,00

Aktien

Stücknotiz in DM		9. 11.	10. 11.
Horten	6	297,00	310,00
Hussel/Douglas	10	689,90	730,00
IWKA	7	278,00	296,00
Kali + Salz	0	221,50	223,20
Karstadt	9	574,00	605,00
Kaufhof	8,50	551,00	580,00
KSB Stämme	6,50	265,00	272,00
KHD	0	169,00	173,50
Klöckner-Werke	0	146,50	151,00
Kolbenschmidt	8	232,50	238,00
Leifheit	12	590,00	–
Linde	13	726,00	745,00
Lufthansa	4	174,00	176,50
MAHO	6	347,00	358,00
MAN	6,50	340,00	352,50
Mannesmann	6,50	230,00	240,00
Mauser Wald.	0	280,00	283,00
Mercedes Hold.	12	517,50	522,00
Metallges.	8	443,50	458,00
Nixdorf	4	322,00	318,00
PKI	16	569,00	569,00
Porsche	11	775,00	760,00
Preussag	5	309,00	308,50
PUMA Vz.	0	340,00	342,00
PWA	9	280,00	287,00
Rheinmetall	8,50	360,00	368,00
Rosenthal	5	340,00	345,00
RWE Stämme	8	311,50	318,00
Salamander	8	415,50	440,00
Schering	12	733,50	741,00
Siemens	11	545,50	559,50
SEL	2,50	319,00	317,00
Thyssen	7,50	212,80	223,50
Varta	10	368,00	379,00
VDO	6,50	280,00	289,00
Veba	11	321,50	330,50
VEW	6,50	175,50	180,50
VIAG	7,50	305,50	309,00
VGT	7,50	570,00	549,50
VW	10	416,00	432,00
Wella	9	598,50	609,00
WMF	5	455,00	–

Festverz. Werte, Wandel- und Optionsanleihen

	9. 11.	10. 11.
6,5% Buobl. S. 59 (90)	98,60	98,60
6,75% Bund v. 85/95	96,65	96,35
6% Bund v. 86/98	91,40	91,25
7,125% Bahn v. 85/95	98,50	98,50
7% Post v. 85/97	97,75	97,65
6,75% Hyp. Hbg. (95)	94,60	94,60
6,75% KfW v. 85/93	96,35	96,35
9,125% Dresdner ECU/93	101,375	101,375
8% Hoechst $ v. 83 ex	97,00	97,00
12,375% Dresd. A-$ 85/90	97,75	97,75

Auslandsaktien (DM/Stck.)

	9. 11.	10. 11.
Akzo	112,40	112,50
Alcan	40,10	40,20
Algem. Bk. Nedl.	37,00	36,80
Alusuisse	1525,00	1550,00
Anglo American Corp.	48,00	47,30
Banco Central	75,00	75,00
BP	8,60	8,65
De Beers	26,30	26,30
Exxon	84,00	83,50
Fiat Stämme	14,30	14,35
General Motors	81,70	82,50
Hitachi (100 St.)	1840,00	1840,00
IBM	178,50	180,50
ICI	33,30	33,00
ITT	106,50	106,50
KLM	40,90	40,90
Litton	155,50	156,50
Norsk Hydro	38,50	38,70
Olivetti Vorz.	6,70	6,60
Philips	42,50	43,40
Royal Dutch	119,50	119,50
Schweiz. Bankges.	4085,00	4110,00
Sony	107,00	108,50
Unilever	127,40	129,20
United Techn.	98,00	97,50
Xerox	104,90	104,50

Investmentfonds

		Ausg. 10. 11.	Rücknahme 10. 11.
Adifonds	2,10	72,47	69,02
Adirenta	1,40	21,91	21,27
Aditec	1,00	112,55	107,19
Adiverba	2,45	173,29	165,04
A.G.I.-Fonds Nr. 1	7,00	179,71	171,15
Akkumula	—	315,75	300,71
Colonia Rtfds.	2,91	48,84	47,19
Concentra	1,28	43,29	41,23
Dekafonds	1,30	55,20	52,44
Dekarent	2,30	33,08	32,12
Dekaspezial	—	204,80	194,57
Dekatresor	—	70,03	68,32
Despa-Fonds	3,30	88,34	83,93
DIFA-Fonds Nr.1	8,00	179,90	170,90
DIT-Eurozins	2,70	77,09	78,84
DIT-Intern. Rtfds. „K"	5,51	78,07	76,17
DIT-Pazifik-Fds.	0,80	167,42	159,45
DIT-Schweiz	—	84,87	82,40
DIT-Rohstoff-Fds.	1,20	92,29	89,60
Dt. Rentenfonds	4,16	82,50	80,49
DWS Eurorenta	6,00	88,00	85,44
Fondirent	7,15	80,88	78,52
Fondiro	1,80	95,90	91,33
Gerling Dyn.	2,75	69,15	66,17
Gerling Rendite	4,20	51,64	50,14
Grundbesitz Inv.	3,20	76,40	72,72
Grundw. Fonds	6,50	138,30	131,09
Haus-Invest.	3,20	71,00	67,54
III-Fonds Nr. 1	4,60	121,40	115,50
Industria	1,28	68,62	65,35
Inrenta	4,40	65,00	63,38
Interkapital	1,20	—	21,54
Inter-Renta	3,10	35,35	34,30
Intervest	3,80	102,25	97,37
Intern. Rentenf.	6,12	80,34	78,00
Investa	2,65	70,60	67,23
Plusfonds	2,85	82,68	78,74
Renditdeka	1,90	33,77	32,79
Rentensparfonds	3,55	55,97	54,34
Thesaurent	—	80,17	78,21
Transatlanta	0,25	29,60	28,19
Unifonds	1,34	33,50	31,83
Uniglobal	1,32	84,50	80,44
Unirak	3,89	78,65	74,88
Unirenta	2,80	40,50	39,30
Unispezial	1,65	84,20	80,16

Devisenkurse (Verkauf in DM)

USA (US $ 1,–)	1,8557
England (£ 1,–)	2,943
Irland (Ir £ 1,–)	2,670
Kanada (kan $ 1,–)	1,5886
Holland (hfl 100)	88,735
Schweiz (sfr 100)	114,045
Belgien (bfr 100)	4,779
Frankreich (FF 100)	29,575
Dänemark (dkr 100)	25,845
Norwegen (nkr 100)	26,800
Schweden (skr 100)	28,900
Italien (Lire 1000)	1,3745
Österreich (öS 100)	14,223
Spanien (Pta 100)	1,590
Portugal (Esc 100)	1,180
Japan (Yen 100)	1,2985
Finnland (Fmk 100)	43,410
100 M Ost (Ank.)	9,50
100 M Ost (Verk.)	12,50

Metalle + Münzen (o. MwSt.)

Unze Gold (US-$) London	386,45
Gold (Ankauf)	22 700,00
Gold (Verkauf)	23 500,00
Silber (Ankauf)	300,00
Silber (Verkauf)	360,00
Krügerrand (neu)	691,00 — 731,00
Maple Leaf	722,00 — 762,00
Tscherwonez 1975–80	165,00 — 191,00
je 100 kg:	
Elektrokupfer	504,14 — 506,20
Alum. f. L.	362,00 — 365,00
Blei in Kabeln	136,25 — 137,25
Messing MS 58-1	436,00 — 451,00
Messing MS 58-2	462,00 — 485,00
Messing MS 63	492,00 — 499,00

Ganz besondere Brote haben Frauen in Kaufungen (Landkreis Kassel) gestern aus Sauerteig und Roggenmehl im Freien geknetet und im Backhaus gebacken. Das verwendete Mehl stammt aus einem „Roggenanbau wie vor 50 Jahren", den der Arbeitskreis Regionalmuseum Kaufungen angeregt hatte. Saat, Ernte, Verarbeitung und jetzt schließlich das Brotbacken – alles „wie zu Omas Zeiten". Ganz stilecht wurde im September vorigen Jahres der Boden mit Pferden gepflügt und das Getreide eingesät. Mit der Sense zogen die Kaufunger zur Ernte im Juli auf das Feld und schwangen anschließend die Dreschflegel. Gestern nun wurde das alte Öfchen mit Holz und Reisig eingeheizt: Mit einem vier Meter langen Holzschieber holt August Viehmann (im Bild rechts, neben ihm seine Frau Marie) die schwelende Glut aus dem Ofen; die Lehmwände haben sich inzwischen gut aufgeheizt. Mit der „Huddel" reinigt er den Backraum von Asche. Dann gibt er das Backen frei. 25 große Laibe Brot verschwinden einer nach dem anderen im heißen Ofen. Nach der Aktion treffen sich alle Beteiligten heute zum großen Brotschlemmen. ((itx / Foto: Herzog)

Thema: Auswirkungen der Entwicklung in der DDR auf Hessen

Sondersitzung des Kabinetts und Aktuelle Stunde im Landtag

Wiesbaden (Eff/lhe). Auftakt der viertägigen Plenarsitzung des Landtags in der nächsten Woche wird am Dienstag nach der Fragestunde eine Aktuelle Stunde sein, beantragt sowohl von der SPD als auch von CDU und FDP, in der die dramatische Entwicklung in der DDR und ihre Auswirkungen auf Hessen diskutiert werden sollen. Bereits heute wird sich das hessische Kabinett in einer Sondersitzung mit der veränderten innerdeutschen Situation befassen. Ministerpräsident Wallmann (CDU), der Bundeskanzler Kohl auf seiner Polen-Reise begleitet, unterbrach ebenfalls seinen Besuch und kehrte nach Wiesbaden zurück.

Die Landesregierung hatte bereits in der Nacht zum Freitag einen Arbeitsstab eingerichtet, der sich um provisorische Unterkünfte für Übersiedler kümmert. Der Arbeitsstab will Unterkünfte für rund 8000 Neubürger aus der DDR „aktivieren." Bereits in der Nacht zum Freitag sei damit begonnen worden, etwa 2500 Betten in fünf Hilfskrankenhäusern und in Schutzräumen bereitzustellen. Nach Öffnung der innerdeutschen Grenze rechne Hessen mit einem erneuten Anstieg der Übersiedlerzahlen, erklärte eine Sprecherin des Ministeriums in Wiesbaden.

„Keine Bevormundung"

CDU-Generalsekretär Jung sagte, die „Gemeinsamkeit aller Deutschen", sei jetzt gefordert. Nach ersten Kontakten mit der Ost-CDU in Berlin hob er hervor, daß die Freiheit suchenden Menschen in der DDR keine Bevormundung aus der Bundesrepublik wollten. Man müsse ihnen dabei helfen, in ihrer Heimat Lebensbedingungen zu schaffen, die ihnen das Dortbleiben erleichterten.

FDP-Fraktionsvorsitzender Wilke unterstrich das. Um deutlich zu machen, in welcher Breite geholfen werden könnte, nannte er als Beispiel ein Wohnungsbauprogramm der Bundesrepublik in der DDR.

Der SPD-Landesvorsitzende Eichel forderte gestern die sofortige Einberufung einer Sonderkonferenz der kommunalen Spitzenverbände Hessens und der Landesregierung, auf der praktisch zu lösende Probleme der *Flüchtlinge besprochen* werden müßten.

Wenn auch ein „Ausbluten der DDR" verhindert werden müßte, so sollten doch die Menschen, die in den nächsten Tagen noch kommen würden, mit offenen Armen aufgenommen werden und auch in Hessen eine Bleibe finden. Die Organisation dieser Aufnahme müsse zwingend zwischen Landesregierung, Städten, Gemeinden und Landkreisen abgestimmt werden. Er icherte zu, daß Sozialdemokraten, die auf kommunaler Ebene Verantwortung tragen, ihren Beitrag dazu leisten wollten.

Neue Partnerschaften

Eichel schlug vor, die Städtepartnerschaften zwischen der Bundesrepublik und der DDR zu intensivieren, vor allem auf der Ebene der kommunalen Betriebe, um den Menschen der DDR zu helfen. Darüber hinaus regte er an, zwischen den Bundesländern und den DDR-Bezirken Partnerschaften zu gründen. Für Hessen böten sich die drei thüringischen Bezirke an, sagte er. Zugleich könnte die Grenze zwischen Hessen und Thüringen zum deutsch-deutschen „Begegnungsraum" gemacht werden.

Ferner sprach sich Eichel dafür aus, wegen der Entwicklung in der DDR die dritte Stufe der Steuerreform auszusetzen. Die 25 Milliarden Mark, die zum 1. Januar frei würden, sollten für die „Wohlfahrt auf beiden Seiten der deutsch-deutschen Grenze eingesetzt werden."

Weserbergland-Mittelweser

Fremdenverkehrsverband mit neuem Erscheinungsbild

Rinteln (ybc). Der Fremdenverkehrsverband Weserbergland-Mittelweser mit seinen sechs Regionen zwischen Oberweser, Mittelweser-Steinhuder Meer, Deister-Osterwald, Schaumburg-Porta Westfalica und dem Osnabrücker Land soll stärker zusammenwachsen. Deshalb gehören die Reorganisation des Verbandes, die Festigung des Erscheinungsbildes und der Identität des Verbandes sowie ein besseres „Marketing" zu den Hauptaufgaben für 1990, wie in der Verbandsversammlung in Rinteln bekanntgegeben wurde.

Dazu wurde als vielfältig verwendbares Werbesymbol für die nächsten Jahre auch ein neues grün-blaues Verbandslogo mit Wellenlinien (Weser, Ufer und Berge) vorgestellt.

Bei 35 000 Betten im Verbandsgebiet wurden mit 6,8 Millionen Gästeankünften bis einschließlich Oktober vier Prozent mehr Übernachtungen als im Vorjahr gezählt. Das Weserbergland zähle deutlich zu den Gewinnern: Deutschland-Urlaub und Mittelgebirge lägen derzeitig *im Trend, Ferienorte* seien attraktiver geworden, kulturspezifische Werbemaßnahmen zeigten ihre Wirkung.

Radfernweg

Auch das für 1989 kreierte „Jahr der Weserrenaissance" und die „Straße der Weserrenaissance" seien hervorragend angenommen worden. Außerdem sei das Angebot im Weserbergland durch den 190 Kilometer langen Radfernweg erweitert worden, dessen Teilbereich von Münden bis Minden im Oktober eingeweiht wurde. Es fehle nur noch die Fortsetzung zur Mittelweser nach Bremen.

Appell an Kommunen

Land verkauft Grundstücke

Wiesbaden (lhe). Das Land Hessen will zugunsten des Wohnungsbaus 22 staatliche Grundstücke mit einer Gesamtfläche von fast 280 000 Quadratmeter an Kommunen verkaufen. Als Käufer müßten Städte, *Gemeinden und Kreise* dafür sorgen, daß auf den Arealen möglichst bald Wohnungen errichtet werden, erklärte Finanzminister Kanther (CDU) am Freitag in Wiesbaden. Angesichts des Zustroms von Überdiedlern prüften auch andere Behörden, darunter vor allem die Forstverwaltung, ob sie Grundstücke besitzen, die sich für den Wohnbau eignen.

Innenminister Milde (CDU) appellierte gestern an Städte und Gemeinden, Baulandreserven so schnell wie möglich für den Wohnungsbau auszuweisen. Der derzeitige Mangel an bebaubaren Flächen sei „in erster Linie ein kommunales Planungs- und Umsetzungsdefizit."

In Aufnahmelagern

Psychologenverband bietet kostenlose Beratung an

Frankfurt/Bad Soden (lhe). Zu kostenlosen Beratungen für DDR-Übersiedler wollen mehr als 100 Psychologen in den nächsten Wochen in die Aufnahmelager gehen. Mit dieser Aktion des Berufsverbands Deutscher Psychologen (BDP) in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz sollten depressive Reaktionen der Neuankömmlinge gerade in den ersten Tagen nach der Übersiedlung verhindert werden, kündigte BDP-Präsidentin Angela Schorr am Freitag in Frankfurt zum Auftakt des zweitägigen Bundeskongresses des Verbandes in Bad Soden an.

Die DDR-Bürger, die in die Bundesrepublik kommen, litten vor allem unter Heimweh, der Trennung von ihrer Familie oder anderen psychischen Spannungen. Gruppengespräche in den Lagern oder Übergangsheimen könnten eine Hilfe bieten, sagte Frau Schorr. Außerdem seien die Psychologen in der Lage, die Übersiedler bei der Eingliederung in die neue Gesellschaft zu beraten oder ihnen Tips für Bewerbungsgespräche zu geben.

Ferner forderten die Verbandssprecher von der Bundesregierung ein Psychotherapeutengesetz. Darin müßten Berufszulassung, Qualifikation und die Einbeziehung der Klinischen Psychologen in die Krankenversicherung einheitlich geregelt werden.

Wegen der bisherigen Regelung, die Psychologen nur als Hilfspersonen des Arztes innerhalb der Krankenversorgung vorsehe, gebe es eine Unterversorgung bei der Behandlung von psychisch Kranken. Um die richtige Anwendung von psychologischen Tests etwa bei Kindern oder bei Bewerbungen um einen Arbeitsplatz zu garantieren, setzen sich die mehr als 10 000 Diplom-Psychologen im BDP ferner für einen gesetzlichen Schutz solcher Tests ein.

Zaun bei Tann abgerissen

Grenzarbeiten stark reduziert

Kassel (m.s.). Erheblich reduziert hat die DDR-Grenztruppe seit Mitte Oktober die Arbeiten an der thüringisch-hessischen Grenze. Wie das Grenzschutzkommando Mitte und der Grenzzolldienst gestern mitteilten, waren im Oktober nur noch 300 Grenzsoldaten und Pioniere (September: 740) sowie 430 (480) Zivilarbeiter eingesetzt. Sie wurden von 300 (555) Grenzsoldaten bewacht.

Ostwärts von Tann/Rhön wurde die vordere Reihe des zweireihigen Metallgitterzauns, der nur noch in diesem Grenzabschnitt in dieser Form bestand, abgerissen. Das Gelände wurde planiert, die Versorgungspunkte für die eingesetzten Pioniere, Grenzsoldaten und Geräte abgebaut. Dieser schon baufällige Teil der Sperren hatte seine „Aufgabe" verloren, nachdem laut BGS und Grenzzolldienst der Grenzsperr- und Signalzaun etwas weiter im Landesinnern der DDR funktioniere.

Je 15 000 Mark

Kinopreis für 12 Filmtheater

Wiesbadener Redaktion

Wiesbaden (Eff). Zwölf hessische Filmtheater, darunter das „Capitol C" und der „Filmladen", beide Kassel, erhalten den erstmals in diesem Jahr vergebenen Hessischen Kinopreis des Ministers für Wissenschaft und Kunst für ihr „ausgezeichnetes Programm". Dieses Votum der Jury gab gestern Wissenschaftsminister Gerhardt (FDP) bekannt. Urkunde und einen Geldpreis von je 15 000 Mark wird der Minister am 27. November in Wiesbaden im Schloß Biebrich den Preisträgern übergeben.

Mit dem Hessischen Kinopreis werde ein weiterer Schritt im Rahmen der Neugestaltung der Filmförderung getan, erklärte Gerhardt. Im kommenden Jahr werde erstmals ein Hessischer Filmpreis verliehen werden. Der Minister unterstrich seine Absicht, gute Kinos zu erhalten und zu fördern – als Abspielstätte und bei Auswahl eines kulturell wertvollen Programms. Eine sinnvolle Filmförderung müsse auch als gewichtigen Teil die Kinoförderung umfassen, sagte er.

Geldstrafen ausgesetzt

Blockiererinnen verwarnt

Michelstadt (lhe). Das Amtsgericht in Michelstadt (Odenwaldkreis) hat am Freitag gegen vier Odenwälder Frauen wegen der Blockade eines amerikanischen Munitionstransporters eine Verwarnung ausgesprochen. Zusätzliche Geldstrafen wurden zur Bewährung ausgesetzt.

Die vier Angehörigen des „Odenwälder Friedensforums" hatten am 31. Oktober 1988 mit einer rund einstündigen Blockade einem Munitionstransporter der amerikanischen Streitkräfte die Zufahrt zur Verladestation am Michelstädter Bahnhof verwehrt.

Richter Trautmann bezeichnete die Blockade als „Gewaltanwendung im Sinne des Paragraphen 240 Strafgesetzbuch." Die Anwendung von Gewalt im politischen Kampf laufe dem demokratischen Prinzip zuwider. Zugleich hielt er den Angeklagten aber ein „besonnenes und maßvolles Verhalten vor Ort" zugute. Die Handlung sei nicht von „eigennützigen Motiven" bestimmt gewesen.

Die Frauen kündigten Berufung vor dem Darmstädter Landgericht an.

Antrag der Grünen:

‚Keine Bahnhöfe mehr schließen'

Wiesbadener Redaktion

Wiesbaden (Eff). Der Landtagsabgeordnete Reeh (Homberg) hat einen Antrag eingebracht, nach dem der Landtag die Landesregierung auffordern soll, die „weiteren eklatanten Angebotseinschränkungen im Schienennahverkehr durch Bahnhofsschließungen in Nordhessen" zu verhindern.

Das neue Nahverkehrskonzept der Bahn für Nordhessen sei zwar ein erster Schritt zur Umgestaltung des Personenverkehrs auf der Schiene, zugleich bringe es aber auch eine Verschlechterung für eine Reihe von Gemeinden und Ortsteilen mit insgesamt 15 500 Einwohnern, sagte Reeh. Sie würden davon *betroffen, weil* die Züge auf zehn Bahnhöfen wesentlich seltener oder überhaupt nicht mehr hielten, nämlich in Baumbach, Kassel-Oberzwehren, Rengershausen, Wolfershausen, Altenbrunslar, Singlis, Schlierbach, Ihringshausen, Kragenhof und Gertenbach.

Die Aufrechterhaltung der bedrohten Haltepunkte könne und müsse durch ein angebotsorientiertes Nahverkehrssystem abgesichert werden, forderte Reeh.

Günther (SPD): Neue Perspektiven für Kurhessen und Thüringen

„Gemeinsamer Wirtschaftsraum denkbar"

Kassel (m.s.). Für die gesamte Region Ost- und Nordhessen sowie Südniedersachsen hätten die deutschlandpolitischen Entwicklungen außergewöhnliche und neue Perspektiven, die jetzt genutzt werden müßten, erklärte gestern abend der Vorsitzende des SPD-Bezirks Hessen-Nord, Landtagsvizepräsident Dr. Günther. Zum erstenmal sei das bisher Undenkbare denkbar geworden, den gemeinschaftlichen Wirtschaftsraum Kurhessen-Thüringen in Zukunft wiederum so zu verbinden, daß diese Region aus ihrer Grenzlage heraus wieder zu einem Wirtschaftsraum in der Mitte Deutschlands und Europas liege.

Günther erinnerte daran, daß Kassel und Mühlhausen (Thüringen) einst einen gemeinsamen Industrie- und Handelskammer-Bezirk bildeten. Zur aktuellen Situation sagte er nach einer Sitzung des Bezirksvorstands, die SPD Hessen habe bereits beim Landesparteitag in Limburg Angebote an die DDR formuliert, in denen sie sich unter anderem für ein gemeinsames Entwicklungsprogramm Hessens mit der DDR für Städte und Gemeinden beiderseits der Grenze eingesetzt. Ferner sollen, so Günther, Partnerschaften vertieft und neue gegründet werden.

Der SPD-Bezirksvorsitzende begrüßte ausdrücklich den Vorschlag zur Öffnung weiterer Schienenübergänge zwischen der Bundesrepublik und der DDR.

Die Initiative der nordhessischen SPD vor einem Jahr, Brückenfunktionen zu unseren Nachbarn in der DDR zu übernehmen, sei jetzt in einer Weise bestätigt worden, wie sie damals selbst die SPD noch nicht habe voraussehen können, erklärte Günther. Er habe damals zu einem kulturellen Austausch, zur Zusammenarbeit der Hochschulen im Wissenschaftsbereich und zu Wirtschaftskontakten aufgerufen.

Günther sagte, erst die von den Sozialdemokraten unter Willy Brandt eingeleitete Ost- und Deutschlandpolitik habe zu einer solch positiven Entwicklung beitragen können. Damals sei diese Politik von kondervativen Kreisen verunglimpft worden.

DDR-Bürger testen neue Freiheit mit Kassel-Besuch

Einfach so in den Westen

Von Jörg Steinbach (Text) und Hans-Joachim Thienemann (Fotos)

Kassel. Der erste Trabbi wurde in der Nacht zum Freitag um 3.20 Uhr gesichtet, sinnigerweise auf dem Platz der Deutschen Einheit. Am Großen Kreisel fragte der Fahrer einen Schutzmann nach dem richtigen Weg durch die Stadt. Die Polizei plazierte einen Funkwagen als mobilen Infostand, und bis 4.45 Uhr zählten die Beamten schon 60 ratsuchende Autofahrer aus der DDR. Überall in der Stadt waren gestern den ganzen Tag die Trabants, Wartburgs und Ladas zu sehen. Die plötzliche Reisefreiheit sorgte für einen Besucheransturm der Menschen aus Eisenach, Arnstadt und anderswo in Kassel.

Am Hauptbahnhof klettern mittags vier junge Männer aus ihrem Wartburg „mit VW-Motor", wie einer stolz betont. „Jetzt fahren wir einfach mal' und gucken, ob das klappt", schildert Rüdiger Thiel den gestern früh spontan gefaßten Entschluß. „Wieso soll das nicht gehen?", fragte am Übergang Wartha/Herleshausen der Grenzpolizist zurück. Schwupp, waren die vier aus Eisenach 'drüben. „Einfach so, wir konnten das kaum fassen".

Dabei hatten sich Rüdiger Thiel, Lutz-Achim Linge, Jörg Strauß und Uwe Hans gedacht, nur mit dem Personalausweis „hat das bestimmt keinen Zweck". Jetzt aber drücken ihnen Kasseler Feuerwehrmänner der mobilen Einsatzleitstelle am Hauptbahnhof Stadtpläne in die Hand. Los geht's zum Bummel in der Innenstadt. Vorher noch rasch die Frage, die gestern wohl jeder Besucher aus dem Osten hörte: Wollt ihr denn hier bleiben? „Nee, wir müssen zurück", wir arbeiten doch alle", lautet die Antwort. Und etwas verlegen kommt hinterher: „Heut' haben wir halt mal freigemacht." Der Freitag als Feiertag in den grenznahen Städten der DDR, „drüben läuft heute 'eh nichts."

Notbetten im Bunker

Im Katastrophenschutz-Bunker unter dem Hauptbahnhof ist um diese Zeit wieder Ruhe eingekehrt. Karl Kaiser, mitten in der Nacht aus dem Bett geklingelt, hat gegen 3 Uhr die Bunkertür aufgeschlossen und mit Helfern von Katastrophenschutz und DRK den Bunker mit 960 Betten als Notunterkunft klargemacht. Jetzt ist der Leiter Zivil- und Katastrophenschutz des städtischen Brandschutzamtes reichlich müde. Um 5.30 Uhr kam eine junge Frau mit ihrem vierjährigen Jungen, um ein paar Stunden zu schlafen und dann nach Bielefeld weiterzureisen, erzählt Kaiser. Etwas später kamen vier Studenten aus der DDR. Sie waren noch im Dunkeln durch Kassel gestiefelt, wollten „nur mal sehen, ob's wahr ist." Im Bunker wärmten sie sich auf, bekamen ein kräftiges Frühstück. Dann ging's wieder heimwärts, „wir haben heute noch Vorlesung", erklärten sie der verduzten Bunkerbesatzung.

Bis gestern abend hatten sich in der Bunker-Notaufnahme ganze drei DDR-Bürger eingefunden, die nicht zurück wollten. Die drei wurden in ein Übergangslager weitergeleitet, der Bunker bleibt aber geöffnet – falls doch noch Notbetten für Flüchtlinge gebraucht werden.

Mittags in der City: Auf dem Parkplatz am Karlsplatz und im Rathaus-Innenhof parken – von Passanten neugierig beäugt – mehrere Autos mit DDR-Kennzeichen. Manche haben trotz Parkgebührenzone keinen Parkschein hinter der Windschutzscheibe liegen.

Trabbis ohne Knöllchen

„Eigentlich haben wir alle gleich zu behandeln", sagt die Hilfspolizistin, die gerade einem bundesdeutschen Pkw ein Knöllchen unter den Scheibenwischer steckt. Sie geht kontrollierend weiter. Der Trabbi um die Ecke – auch ohne Parkschein – bleibt ohne Knöllchen. Nachmittags fällt im Rathaus offiziell die Entscheidung: Kein DDR-Autofahrer ohne Parkschein wird zur Kasse gebeten.

„Nie damit gerechnet"

Im Übergangswohnheim für Übersiedler in der Jägerkaserne schreibt ein ehemaliger DDR-Bürger gerade einen Brief an die früheren Arbeitskollegen. „Die Freunde bleiben ja", sinniert der 38jährige, der mitsamt seiner Ehefrau Mitte Oktober über Ungarn geflüchtet war. „Das konnte keiner voraussehen", sagt er nachdenklich zur jetzt offenen Grenze, „damit hätten wir nie im Leben gerechnet."

„Dem Krenz traut keiner"

Zur Zeit der Flucht „hatten wir Angst, die machen ganz zu." Fühlt er sich jetzt betrogen? Der Kranführer und Rangierer, der bereits einen neuen Arbeitsplatz gefunden hat, schüttelt den Kopf. „Die haben uns 'drüben 30 Jahre verarscht, dem Krenz traut doch keiner." Zurück will er allenfalls mal „nur zu Besuch"; das Mißtrauen ist noch groß: „Wir glauben noch nicht 'dran, daß das immer so bleibt."

Westmark um Mitternacht

Spätabends richtete die Feuerwehr gestern in der mobilen Einsatzleitstelle und Informationszentrale am Hauptbahnhof sicherheitshalber noch eine „Nachtzahlstelle" der Stadtverwaltung ein. Damit die spät in Kassel eintreffenden Nachtschwärmer aus der DDR sich mitsamt Begrüßungsgeld ins westliche Nachtleben stürzen konnten...

100 MARK BEGRÜSSUNGSGELD pro Person holten sich gestern 350 DDR-Bürger im Rathaus ab. (Foto: Jochen Herzog)

TAGESBESUCH in Kassel: Aus Eisenach rollten gestern gemeinsam (von links) Uwe Hans, Jörg Strauß, Lutz-Achim Linge und Rüdiger Thiel an.

Blitzumfrage in der Kasseler Innenstadt

„Sie sollen gerne kommen, aber wieder 'rüberfahren"

Kassel (ach). Auf dem Parkplatz am Karlsplatz sitzt Fritz Grünberg in seinem Wagen und schaut zu einem gleich gegenüber geparkten DDR-Trabant 'rüber. Die plötzliche Grenzöffnung sieht er als gute Methode auf dem Weg zu demokratischen Verhältnissen in der DDR. „Ich bin überzeugt, daß die Masse der Menschen 'drüben bleibt", sagt er und findet, jeder Bundesbürger „sollte beitragen, daß die Besucher einen angenehmen Aufenthalt haben."

Zur überraschenden Reisefreiheit für DDR-Bürger gab es gestern bei einer Blitzumfrage der HNA in der Kasseler Innenstadt ohne Einschränkung nur positive Stimmen. „Find' ich in Ordnung", meint kurz und bündig Jürgen Brand, der mehrere Verwandte in der DDR-Stadt Altenburg hat. Die vielleicht schon bald mal zum Kaffeetrinken bei dem Kasseler vorbeischauen.

Daß möglicherweise sehr viele DDR-Bürger die offenen Grenzen zur Flucht nutzen könnten, sorgte freilich auch für skeptische Stimmen. Die schon angekommenen, zahlreichen Flüchtlinge, die auf Dauer in der Bundesrepublik bleiben wollen, lassen viele Bürgerinnen und Bürger im Westen nachdenklich werden.

„Sie sollen gerne kommen, aber sollen auch wieder 'rüberfahren", sagt Karola Hartmann-Kling. Und auch Ehemann Norbert Kling findet: „Es kann nicht in unserem Interesse liegen, daß die DDR entvölkert wird." Im Moment sehe es aus, als seien alle Deutschen gleich, aber DDR-Bürger gleicher, merkt die junge Frau kritisch an. Wenn nicht wirklich alle gleichbehandelt würden, „dann wird's bei uns noch ganz, ganz große Schwierigkeiten geben", sagt das Ehepaar und denkt dabei an Geldgeschenke für DDR-Bürger und die schlechten Abgaswerte der Trabbis, an Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik.

„Das wird hart für DDR-Bürger, die hierbleiben wollen", glaubt Rosemarie Mosler. Aber die Reisefreiheit „finde ich toll", sagt sie. „Die Mauer muß weg, die sollen 'rein und 'raus dürfen wie in jedem anderen Land". Es „ist mir lieb, wenn Besuch kommt", sagt die Kasselerin, die ebenfalls noch Angehörige in der DDR hat. Bloß davor, daß Besucher hierbleiben möchten, ist ihr bange: „Aufnehmen kann ich niemand."

JÜRGEN BRAND

FRITZ GRÜNBERG

KAROLA HARTMANN-KLING

NORBERT KLING

ROSEMARIE MOSLER

Hilfe am Wochenende

Wegweiser für DDR-Bürger

Kassel (b/man). Die Stadt Kassel sowie einige Gemeinden im Altkreis Kassel haben gestern spontan auf den Besucherandrang aus der DDR reagiert und beschlossen, auch am Wochenende einen Betreuungsdienst anzubieten.

Die Stadt Kassel rechnet aufgrund der Öffnung der DDR-Grenze mit rund 2000 Besuchern. Für sie wird im Lesezimmer im 2. Stock des Rathauses ein Betreuungsbüro eingerichtet, das heute von 8.30 bis 14 Uhr und morgen von 14 bis 18 Uhr geöffnet sein wird. Im betreuungsbüro erhalten die DDR-Bürger – auch die, die keine Zählkarte vorweisen können – das Besuchergeld in Höhe von 100 Mark. Klaus Angermann, der Leiter der Koordinationsstelle, betonte, es sei auch sichergestellt, daß die Besucher kostenlose KVG-Karten sowie sonstige Informationen erhalten. Auch die Unstützung auf dem Wege der Sozialhilfe für durchreisende Übersiedler sei gewährleistet.

Außerhalb der Öffnungszeiten des Betreuungsbüros im Rathaus steht für die DDR-Besucher am Hauptbahnhof ein Informationsbus bereit. Im Zivilschutzbunker am Hauptbahnhof, Eingang Ottostraße, können Besucher bis zu zwei Nächten untergebracht werden.

Heute um 11 Uhr

Kundgebung am Rathaus

Kassel (b). Aus Anlaß der Ereignisse in der DDR findet am heutigen Samstag um 11 Uhr vor dem Kasseler Rathaus eine Kundgebung mit Oberbürgermeister Hans Eichel statt.

Das Kasseler Stadtoberhaupt erläuterte gestern, er möchte nicht nur die DDR-Besucher in Kassel begrüßen, sondern vor allem auch die Demokratiebewegung in der DDR unterstützen. Eichel appellierte an die Kasseler Bevölkerung, sich an der Kundgebung zu beteiligen.

Kreisgemeinden

Die Gemeindeverwaltungen von Niestetal, Fuldatal und Fuldabrück bleiben am Wochenende ebenfalls für mehrere Stunden geöffnet, um für Wochendgäste aus der DDR ansprechbar zu sein und ihnen das Begrüßungsgeld auszahlen zu können. In Kaufungen und Schauenburg werden Bereitschaftsdienste eingerichtet.

Die Gemeindeverwaltung **Niestetal** wird heute von 8 Uhr bis zum frühen Nachmittag für geöffnet sein. Am übrigen Wochenende ist unter der Rathausnummer 05 61 / 5 20 20 ein Bereitschaftsdienst eingerichtet. Außerdem will Bürgermeister Herbst mit dem Kreis über die kurzfristige Einrichtung eines Notquartiers in der Grundschule Sandershausen verhandeln.

In **Fuldatal** bleibt das Rathaus heute von 11 bis 12 und von 15 bis 16 Uhr sowie morgen von 11 bis 12 Uhr für DDR-Gäste geöffnet, in **Fuldabrück** heute von 10 bis 12 Uhr. Die Gemeinde **Kaufungen** setzt auf Flexibilität: Über einen Bereitschaftsdienst (☎ 0 56 05 / 38 44) sind sowohl Mitarbeiter der Verwaltung (Auszahlung des Begrüßungsgeldes) als auch des Bauhofs (Einrichtung von Notquartieren) erreichbar. In der **Schauenburg** können über Bürgermeister Erich Schmidt (0 56 01 / 33 98) am Wochenende die zuständigen Mitarbeiter der Gemeinde informiert werden.

In den größten Kommunen allerdings, Baunatal und Vellmar, erkannten die Verantwortlichen keinen Handlungsbedarf. Auch ein Sprecher der Gemeinde Lohfelden stellte fest, daß besondere Vorkehrungen sich erübrigen.

Kassels Partnerstadt

Spontaner Besuch aus Arnstadt

Kassel (b). Im vergangenen Monat, als der Rat der Stadt Arnstadt die Beziehung zur Partnerstadt Kassel einseitig einfror, hätte wohl keiner für möglich gehalten, was gestern eintrat: Spontaner Besuch aus Arnstadt in Kassel. Nicht nur, daß sich unter den 350 Besuchern aus der DDR, die sich gestern im Kasseler Rathaus das Begrüßungsgeld in Höhe von 100 Mark abholten, vier Arnstädter Bürger befanden. Auch ein SED-Stadtrat aus der thüringischen Partnerstadt nutzte gestern die Öffnung der Grenze für eine Reise nach Kassel, gab Oberbürgermeister Hans Eichel preis.

Der OB zeigte sich gestern nicht nur überzeugt, daß die Kontakte schon bald auch offiziell wieder aufgenommen werden, er lüftete auch ein streng gehütetes Geheimnis: Auch in den vergangenen Tagen hat es städtepartnerschaftliche Berührungspunkte gegeben. So sei bereits vor gut zwei Wochen ein Arnstädter Vertreter des Neuen Forums in Kassel zu Gast gewesen, und am Freitag habe er mit Arnstadts Bürgermeister Bernd Markert telefoniert.

Markert habe mitgeteilt, daß die Rat der Stadt Arnstadt am Montag nächster Woche seine neue Position zur Partnerschaft festlegen wolle, anschließend sei ein weiteres Gespräch geplant.

Spontanbesuche

Für Rudolf Frank und seinen Schwager Mathias Richter aus Arnstadt war es allerdings weniger die Städtepartnerschaft, die sie gestern nach Kassel zog. In erster Linie hatten sie wegen ihrer Verwandtschaft in Baunatal den Weg nach Nordhessen eingeschlagen. Doch dann waren sie zunächst nach Kassel gefahren und „erstmal hier hängengeblieben", wie sie am Nachmittag im Rathaus erzählten, wo sie sich ihr Besuchergeld abholten.

Überhaupt sei die Partnerschaft mit Kassel in Arnstadt nur wenig bekannt, sie selbst hätten es nur erfahren, weil ihre Baunataler Verwandten ihnen Artikel der HNA geschickt hätten. Jetzt hoffen die beiden – die gestern morgen spontan ihre Arbeitsstelle verließen, um endlich mal in den Westen zu reisen – daß die Partnerschaft richtig in die Gänge kommt und regelmäßige Besuche zur Normalität werden. Frank und Richter sind sich jedoch sicher: „Wir werden wirtschaftlich noch schwere Zeiten durchmachen." Auf dem Rückweg wollten sie auch noch in Baunatal reinschauen.

Auch für Thomas Hoppe aus Arnstadt war gestern klar, daß er noch am selben Tag wieder zurückkehren wird. Noch Stunden nach dem Grenzübertritt glaubte der 24jährige CNC-Dreher zu schweben, schien ihm „einfach unbegreiflich, die Mauer von hinten gesehen zu haben". Hoppe bedauerte, daß die Partnerschaft Arnstadt-Kassel, von der er nur über den gut funktionierenden „Buschfunk" (Mundpropaganda) in der DDR erfahren habe, in den letzten Wochen „untergegangen" sei.

Daß Besuch im Westen kam für den 24jährigen so überraschend, daß er gar nicht wußte, was er sich von den 100 Mark („es ist schon ein bißchen peinlich, etwas geschenkt zu nehmen") kaufen würde. Am liebsten, so beteuerte er, „würde ich ein Stück Stacheldraht als Souvenir mit zurücknehmen".

STÄDTEPARTNERSCHAFT: Rudolf Frank (links) und sein Schwager Mathias Richter aus Arnstadt nutzten gestern die Öffnung der Grenze für einen Besuch in der Partnerstadt Kassel. (Foto: Herzog)

Schnelle Hilfe nach DKW-Panne

Kassel (b). Auch im Goldenen Westen sind die DDR-Bürger vor Ost-Problemen nicht gefeit: Kaum hatten gestern vier Heizer aus dem Heizkraftwerk Eisenach ihr Ziel Kassel erreicht, da gab auf der Kölnischen Straße die Maschine ihres DKW-Zweitakters ihren Geist auf – und keine Chance, für das historische Gefährt in Kassel Ersatzteile zu bekommen.

Was die Panne erschwerte: Erstens waren die vier Heizer fest entschlossen, pünktlich zur Nachtschicht in Eisenach zu erscheinen, und zweitens wollten sie die Rückreise unter keinen Umständen ohne ihr Auto antreten. Und einen Rücktransport durch den ADAC für 300 Mark ließen die finanziellen Möglichkeiten der vier Heizer nicht zu.

Magistratssprecher Hans-Jochem Weikert schließlich erhörte den Hilferuf und gab spontan die Order aus, die Karosse vom ADAC transportieren zu lassen. In der festen Überzeugung: „Irgendwie kriegen wir die 300 Mark schon zusammen."

Der Einfluß der Biografie auf die Geographie

Sylvia Griffin

In diesen Tagen

Meiningen habe ich immer zu finden gewußt: Auf der Höhe von Fulda direkt nach Osten. Auch Weimar, Eisenach, Erfurt brauche ich auf keiner Karte lange zu suchen. Die Heimatkunde aus den ersten beiden Meininger Schuljahren hat sich da niedergeschlagen. Aber mit dem Wechsel in der Biografie änderte sich auch der Blick für die Geographie – aus der neuen Heimat Kassel wandte er sich nicht zurück auf die gerade überwundene Grenze zu Thüringen, sondern richtete sich nach Westen.

Im Heimatkundeunterricht hing jetzt die Hessenkarte, die, als wir älter wurden, von der Deutschlandkarte verdrängt wurde. In jenen fünfziger Jahren war es noch eine dreigeteilte, die neben der Bundesrepublik die „sowjetisch besetzte Zone" aufwies und die Gebiete „unter polnischer und russischer Verwaltung." Darauf suchte ich manchmal Weimar, wo ich geboren bin, oder sagte für mich wie eine Litanei die vertraut klingenden Namen der Orte um Meiningen her, wo ich aufwuchs: Schmalkalden, Wasungen, Zella-Mehlis, Hildburghausen.

Bei einem Treffen ehemaliger Meininger in der Rhön zum 17. Juni hörte ich sie einmal über Lautsprecher in den Osten schallen: „Wir rufen Schmalkalden, Zella-Mehlis, Eisenach!" Aber im Erdkundeunterricht spielten sie keine Rolle. Die Karte hätte ebensogut an der Grenze enden können. Und so ging es auch mir, die ich doch Bindungen nach drüben hatte, wie so vielen Schulkindern meiner Generation und danach: Nur vage Vorstellungen, wo welche Städte in der DDR liegen.

Berlin, Leipzig und Dresden vielleicht noch. Aber Prenzlau, Templin, Eisleben, Ludwigslust? Und so, wie uns diese Orte optisch aus dem Blick gerieten, entschwanden sie uns ganz aus dem Blickfeld. Der Grauschleier der Politik schob sich dazwischen.

Vorgestern abend, als das Fernsehen die Öffnung der Grenze meldete, habe ich den alten Schulatlas hervorgeholt. Ich habe mich geübt im Wiedererkennen der Orte, aus denen in den letzten Wochen diese erstaunlichen Nachrichten, diese aufregenden Bilder kamen. Ich habe nachgeschaut, wo ich vielleicht bald ohne große Formalitäten hinfahren könnte. Die Vorstellung, daß dieses neue Deutschland da drüben ganz einfach erreichbar würde, nimmt mir noch immer den Atem. Als Kind habe ich „drüben" die DDR-Hymne gelernt und gesungen: „Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt". Jetzt könnte das für die Menschen dort erstmals wahr werden. Und ich könnte Zeuge sein: Nicht mit dem Finger auf der Landkarte des Schulatlas, sondern mit Augen und Ohren auf dem Marktplatz von Meiningen.

Ramona Menzel: Ich wär' so gern dabeigewesen

Zwischen Freude und Wut

Kassel (wet). So zerrissen wie jetzt hat sich die junge Frau wohl lange nicht gefühlt: Ramona Menzel, am 12. September mit ihren Töchtern Nancy (6) und Linda (4) von der DDR aus über Ungarn geflüchtet und seit ihrem Eintreffen in Kassel von der HNA bei ihren ersten Schritten in der Bundesrepublik begleitet, fühlt sich betrogener denn je zuvor. Tränen standen der 24jährigen in den Augen, als sie am Donnerstagabend im Radio die Meldung von der Öffnung der DDR-Grenze hörte.

Tränen der Freude über eine Nachricht, auf die kaum jemand zu hoffen gewagt hatte. Tränen der Wut aber auch darüber, daß offensichtlich alles umsonst war. Umsonst, sich über Nacht von ihren Freunden, ihrer Arbeit, ihren Kollegen, ihrem ganzen Hab und Gut getrennt zu haben, unter gefährlichen Umständen in eine ungewisse Zukunft geflohen zu sein. „Es sind doch noch dieselben!" Dieselben an der Macht, die verantwortlich waren für Unfreiheit, Gängelei und Angst, „die drehen und wenden sich jetzt, wie es für sie gerade am besten ist".

Und wütend bricht es aus ihr heraus: „Die haben doch immer nur auf Kosten der Leute in der DDR gelebt, die wissen gar nicht, was sie uns antun, das können sie nie wieder gutmachen! Und schlechtes Gewissen haben sie jetzt auch nicht, sondern reden immer drum rum".

Schon die Nachrichten der vergangenen Wochen hatten ihre Wirkung: „Ich hab' jetzt oft Heimweh, nachts habe ich Alpträume von zuhause. Wenn ich das gewußt hätte, wäre ich glaub' ich nicht gegangen." Doch als sie ging, war von all dem noch nichts zu ahnen.

Viel Glück gehabt...

Ramona Menzel gehört sicherlich zu denen, die Glück hatten im „goldenen Westen", der, das weiß sie nun auch, in manchen Dingen so golden nicht ist. Sie hat eine wunderschöne und dank vieler Spenden auch komplett eingerichtete Wohnung, Nancy geht zur Schule, Linda seit 14 Tagen begeistert in den Kindergarten. Und obwohl sie noch keine Arbeit hat, nicht vermittelt wird, weil die Kinder nur von 8 bis 13 Uhr betreut sind, ihr die Decke oft auf den Kopf fällt, versichert sie, „es geht mir gut, ich könnte ja schließlich immer noch im Lager sein!" Nein, undankbar möchte sie nicht erscheinen.

Aber sie wäre eben doch so gerne dabeigewesen – bei den Demonstrationen in Magdeburg und Ostberlin, an den Grenzübergängen gestern nacht, als die Menschen unbehelligt von Ost nach West gingen, den historischen Augenblick feierten: „Sie können sich gar nicht vorstellen, was das für die Leute in der DDR bedeutet! Ich wär' dann bestimmt auch mal in den Westen gefahren, hätte mir was Schönes gekauft und wär' wieder rüber. Und dann hätt' ich gesagt, guckt hier, das hab' ich aus dem Westen".

Also zurück? „Wenn ich noch im Lager wär' und allein, dann ja..., aber so?" Ramona Menzels Partner ist auch in der Bundesrepublik, und er will bleiben, mißtraut der DDR-Führung weiterhin. Sie dagegen meint, daß „die nun nicht mehr zurück können". Ihre ganze Hoffnung gilt daher einem Besuch in der DDR, der Möglichkeit, ihre Freunde wiederzusehen, „telefoniert hab' ich schon mit ihnen!"

Und wieder schweift der Blick durch die neue Wohnung, Nancy und Linda kommen, schwenken fröhlich die Laterne für den Umzug am Martinstag. Das, so die Mutter, „kannten wir auch nicht." Wie so vieles. Noch immer beispielsweise verbirgt sie ihre Freude und ihr Erstaunen über das Angebot hier, „denn ich möchte nicht als DDR-Flüchling erkannt werden"; als jemand, der auf die Hilfe der Menschen hier angewiesen ist. Denn daß angesichts der Flüchtlingsströme aus Solidarität Ablehnung zu werden droht, weiß auch Ramona Menzel.

Doch schon hat sie die Kaufhäuser wieder vergessen, ihre Sprunghaftigkeit spiegelt die zwiespältigen Gefühle: „Manchmal muß ich an meine Blumen denken, die waren so schön. Aber sie haben die Wohnung versiegelt, da werden sie alle eingegangen sein."

272 Straftaten / Angeklagte geständig

Aus Wut Großfeuer gelegt

Kassel (t). In der Nacht zum 10. Juni 1988 gegen 2.20 Uhr schreckten die Bewohner Niederzwehrens aus dem Schlaf. Großbrand in einem Teppichbodenlager am Glockenbruchweg. „Ich wollte zunächst ein paar Tapetenrollen anstecken, doch die brannten nicht gut", sagte der Brandstifter gestern vor der 3. Strafkammer des Landgerichts. Als das Feuer ausblieb, zündete er ein leicht entflammbares Verdünnungsmittel an. Mit dem Erfolg, daß das Lager ausbrannte, ein Schaden von 6,3 Millionen Mark entstand und das alles, weil der junge Mann „eine fixe Idee hatte".

Er und sein Kumpan geben an, in die Halle eingebrochen zu sein, um nach Bargeld zu suchen. Als sie eine halbe Stunde lang keine müde Mark gefunden hatten, ärgerten sie sich und kamen in Wut: „Da habe ich nicht lange überlegt und angesteckt."

Die beiden beutelosen Brandstifter gehören zu jener zehnköpfigen Truppe von jungen Männern über 21 Jahren aus Kassel und Umgebung, die, damals zumeist arbeitslos, von 1984 bis 1989 in Kassel, der Region und fast im gesamten Bundesgebiet Einbrüche verübten.

Die „Arbeitsweise" war immer gleich: in beinahe allen von bekannt gewordenen und angeklagten 272 Fällen schraubten oder drehten sie die Profilzylinder von Türen ab und gelangten so vornehmlich zu nächtlicher Stunde in Büros oder verlassene Wohnungen. Sie waren fast immer auf Bares aus, verschmähten aber auch Schmuck und andere wertvolle Gegenstände nicht, die sie später „versilberten". Sogar einige Sparschweine, die in den Büros gefunden wurden, mußten „sterben".

Die Angeklagten sind im großen und ganzen geständig. Dabei zeigte sich jedoch bei dem laut Anklageschrift angerichteten Gesamtschaden von 700 000 Mark (ohne Brandstiftung) ein Widerspruch. Die angeblich gestohlenen Summen sind in verschiedenen Fällen oftmals von den Geschädigten höher angegeben, als die Angeklagten gestehen, oder sich erinnern können. Anscheinend haben manche Bestohlenen ihren Versicherungen geschönte Zahlen genannt, um ihrerseits einen guten Schnitt machen zu können.

Staatsanwältin Wagner rattert in Kurzfassung die Taten von 100 bis 150 in so kurzer Zeit herunter (die Angeklagten nikken jeweils, oder schütteln den Kopf, oder sie sagen leicht protestierend bei der Angabe des gestohlenen Betrags „viel zu hoch"), daß Richter Knauf besorgt anfragt, ob eine Pause angezeigt sei. Die Staatsanwältin jedoch bedankt sich und setzt die Zahlenreihe fort.

So kommt man dann gestern bei der Zahl 272 an. Gelegentlich läßt Richter Knauf einen Gag einfließen, so bei der Kurz-Schilderung eines Einbruchs in das Kasseler Büro der „Neuen Heimat", bei dem zwei Täter 40 Mark erbeuteten. „Haben Sie", fragt der Kammervorsitzende, „bei der Neuen Heimat tatsächlich Geld gesucht?" Allgemeines Gelächter im Saal. Die Verhandlung wird am 17. November fortgesetzt.

Elgershäuser Sportler:

Arnstädter einladen!

Schauenburg (ing). Nur eine Stunde nach Bekanntwerden der Meldung, daß die DDR die Grenze nach Westen öffnet, faßte die Führungsspitze des TTC Elgershausen ganz spontan einen, wie sie meint, „spektakulären Beschluß". Die Tischtennisfreunde aus dem Schauenburger Ortsteil, zufällig zur Vorstandssitzung versammelt, wollen auf Vorschlag von Vereinschef Karl Schäffer umgehend Kontakt aufnehmen mit ihren Sportkollegen in Kassels Partnerstadt Arnstadt – und an einem Adventwochenende 20 Familien aus Thüringen drei Tage nach Elgershausen einladen. Es reiche nämlich nicht, lediglich Freundschaftspiele auszutragen.

„Die Welle der Sympathie für die Bürgerinnen und Bürger im anderen Teil Deutschlands schwappte über an die Theke", schildert TTC-Organisationsleiter Roland Kotaska die Stimmung im Vereinslokal „Zur Sohle". Und so wanderte denn gleich ein Sparschwein herum und schluckte die ersten Scheine für den guten Zweck.

Für Drogenabhängige

Anlaufstelle im Café Nautilus

Kassel (tox). Ein Modell-U-Boot mit dem Namen Nautilus gehörte zu den symbolträchtigen Geschenken bei der Eröffnungsfeier. Gestern füllten noch geladene Gäste die Räume des Café Nautilus. Am Mittwoch um 14 Uhr öffnet das Café seine Türen für drogenabhängige und drogengefährdete Menschen.

Als Kontaktladen des Drogenvereins Nordhessen konzipiert, soll das Café in unmittelbarer Nähe zum Hauptbahnhof Anlaufstelle sein. Angeboten werden konkrete Lebenshilfen: Mahlzeiten und Getränke zum Selbstkostenpreis, sanitärer Anlagen, Spritzenaustausch und Kondomvergabe.

Angela Waldschmidt und Heiner König vom Vorstand des Drogenvereins Nordhessen drückten die Hoffnung aus, daß das Café demnächst ebenso gut besucht sein werde wie zur Eröffnung. An die Polizei richtete König die Bitte, mit diesem neuen Projekt so sensibel umzugehen wie dies in der Vergangenheit bei anderen Einrichtungen der Kasseler Drogenhilfe der Fall war. Er bat um Verständnis dafür, daß „Zusammenarbeit" im Sinne der Vertrauensbildung darin bestehen müsse, daß man nicht zusammenarbeite.

Unterstützung zugesagt

Stadträtin Christine Schmarsow sagte auch für die Zukunft die Unterstützung der Stadt zu. Auch Angelika Mallach vom Hessischen Sozialministerium kündigte eine weitere finanzielle Förderung des Cafés an. Mittel kommen in erster Linie aus dem Topf des Bundesmodells „Booster" (Verstärkung).

Eine gute Zusammenarbeit wünscht sich Manfred Sautter vom Beratungszentrum W 23 und benannte ein gemeinsames Problem. Denjenigen, die das Drogenproblem aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängen wollten, sei das Café Nautilus genauso ein Dorn im Auge wie das W 23. Die steigende Zahl von Drogenabhängigen fordere eine intensive Kooperation der verschiedenen Einrichtungen.

Geöffnet hat „Nautilus", Werner-Hilpert-Straße 25-27, montags und donnerstags (11 bis 15 Uhr, mittwochs 14 bis 18 Uhr, sonntags 16 bis 19 Uhr. Sozialarbeit auf der Straße, die „streetwork" im Umfeld der Szenetreffpunkte, ergänzt die Aktivitäten der Nautilus-Mitarbeiter Christine Haseke, Ute Schimmele und Rolf Wehnhardt.

HNA
HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE ALLGEMEINE

HESSISCHE ALLGEMEINE

KASSEL
1 P 3713 A

UNABHÄNGIG | KASSELER ZEITUNG | NICHT PARTEIGEBUNDEN
Preis 1,10 DM | Nr. 265 · Montag, 13. 11. 1989 | Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3

Millionenfaches Wiedersehen

Deutschland feierte am Wochenende millionenfaches Wiedersehen – die Mauer bekam neue, große Löcher – und ganz Berlin war „eine Wolke": Über drei Millionen DDR-Bürger strömten am Samstag und Sonntag in endlosen Kolonnen über die offenen Grenzen in die Bundesrepublik und nach West-Berlin – allein schätzungsweise eine Million auf den Kurfürstendamm und die umliegende City. Die grenznahen Städte wie Kassel oder Lübeck platzen aus allen Nähten. Die Bilanz der Behörden im Westen war – trotz chaotischer Verkehrsverhältnisse und Massenansammlungen in den Städten – mehr als positiv: „Es war ein friedliches Wiedersehensfest. Die DDR-Bürger sind uns weiter willkommen." Über die alten und mehrere eiligst eingerichtete neue Grenzübergänge machte sich die überwiegende Zahl der zu Besuch gekommenen DDR-Bürger gestern abend auf den Heimweg.

ZU DEUTSCH-DEUTSCHEN TREFFEN ungeahnten Ausmaßes kam es gestern in den grenznahen Städten. Kassel (unser Bild) erlebte den Ansturm von über 20 000 DDR-Besuchern, die aus der nordhessischen Metropole mit ihren Fahrzeugen eine „Trabantenstadt" machten. Die Fußgängerzone glich einem unübersehbaren Menschenmeer – am Nachmittag war für die Straßenbahnen in der Königsstraße kein Durchkommen mehr. Für die meisten Gäste aus der DDR gab der Kassel-Aufenthalt allerdings nur einen Schaufensterbummel her, weil – anders als in den kleineren Städten – fast kaum Geschäfte außerplanmäßig öffneten. Foto: Koch

Weizsäcker warnt vor Triumphgefühlen

DDR öffnet neue Grenzübergänge
Staus auch bei Rückreisewelle

Berlin/Hamburg (dpa). So wie sie in Massen kamen, so verließen Hunderttausende von DDR-Bürgern gestern nach ihrem Wochenend-Besuch wieder die Bundesrepublik und Westberlin. Nur ein ganz kleiner Prozentsatz blieb hier. Übereinstimmende Reaktion in den schier endlosen Rückfahrtschlangen (hin waren die Staus bis zu 70 km lang): „Wir sind überwältigt, damit hätten wir nie mehr gerechnet. Es ist Wahnsinn, davon kommt die DDR-Führung nicht mehr weg - wir kommen wieder."

Die DDR hatte bis Sonntag nachmittag rund 4,3 Millionen Visa für Privatreisen von DDR-Bürgern in den Westen ausgestellt. Seit Donnerstag abend - mit Bekanntgabe der neuen Reisemöglichkeiten - stempelten DDR-Beamte Visa für die Bundesrepublik „im Akkord", gleichgültig ob in Reisepaß oder Personalausweis.

Nach der Öffnung der Grenzen sehen nun offenbar immer weniger DDR-Bürger einen Sinn darin, ihre Republik jetzt zu verlassen. In West-Berlin hieß es, es kämen erheblich weniger DDR-Bürger, die um Aufnahme in die Durchgangslager bäten. Dieser Trend wurde auch im übrigen Bundesgebiet deutlich.

Bundespräsident von Weizsäcker, der am Sonntag über die neuen Grenzübergänge Glienicker Brücke und Potsdamer Platz auf Ost-Berliner Gebiet ging und dort Blumen von DDR-Bürgern überreicht bekam, sagte: „Wir brauchen Zeit, um Gefühle und Gedanken zu ordnen." Im Rahmen eines Gottesdienstes in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche rief er zu einem „ernsthaften und verantwortlichen Gebrauch von Freiheit und Wahrheit" auf. Er warnte vor Triumphgefühlen und davor, die DDR „mit West-Mark an die Wand zu drücken". Mehr als die Hälfte der Gottesdienstbesucher waren DDR-Bürger.

Zuvor hatte es am Potsdamer Platz, wo früher das Leben der Reichshauptstadt Berlin pulsierte, einen historischen Händedruck gegeben. Direkt auf der Grenzlinie trafen sich West-Berlins Regierender Bürgermeister Momper (SPD) und der Ost-Berliner Oberbürgermeister Krack (SED). Beide sprachen von einem historischen Moment, als sie den fünften neuen Grenzübergang in Berlin freigaben. Drei weitere sollen folgen. Momper betonte: „Das Herz Berlins beginnt wieder zu schlagen." Krack sagte zu, als nächstes solle der freie Reiseverkehr für West-Berliner in den Ostteil der Stadt geprüft werden.

Am Samstag und Sonntag war vor allem die City von West-Berlin schwarz vor Menschen. Mehrere 100 Meter lange Schlangen bildeten sich – wie in den grenznahen Gemeinden der Bundesrepublik – vor Banken und Postämtern, die das Begrüßungsgeld für DDR-Bürger in Höhe von 100 DM auszahlten.

Jeweils am Abend zogen Tausende von DDR-Bürgern mit Plastiktüten voller Mitbringsel aus dem Westen nach Hause. Überall hatten die Behörden in der Bundesrepublik das Landenschlußgesetz aufgehoben. Ärger gab es am Sonntag, als in einigen Städten, z.B. in Kassel, die meisten Geschäfte dennoch geschlossen blieben.

Die DDR-Führung machte am Wochenende deutlich, daß die neuen Reisemöglichkeiten für ihre Bürger nicht wieder zurückgenommen werden. Inzwischen gibt es Vereinbarungen zwischen Reichs- und Bundesbahn zu einer Verbesserung des innerdeutschen Zugverkehrs.

Siehe „Zum Tage"

Zum Tage

Die Macht der Gefühle

Was wir am Wochenende in Deutschland erlebt haben, war die Macht der Gefühle. Unerwartet kam zunächst die Öffnung der Grenzen. Das war ein politischer Akt und von der DDR-Führung immer noch mit einem Kalkül versehen. Was danach geschah, durch die Menschen geschah, hatte jedoch die Kraft des Elementaren. Für das, was sich an den Grenzen in den grenznahen Orten und in Berlin abspielte, fehlen die stichhaltigen Begriffe. Es hilft ja nichts, einen beschreibenden Superlativ auf den anderen zu setzen. Die Macht der Gefühle entmachtet die Wörter.

Freilich nicht nur die Wörter, um die es am Ende gar nicht schade wäre. Außer Kraft gesetzt war an diesem Wochenende mehr, nämlich die zähe Normalität des Lebens hüben und drüben, wenigstens dem äußeren Anschein nach. Alle, so der Anschein, waren für 48 Stunden ihrem Alltag entrückt und standen ein Stück über sich selbst, gerührt, erschüttert, mitgerissen. Und für diesen Zustand gibt es sehr wohl einen Begriff, einen doppeldeutigen: den des Ausnahmezustands.

Es mag ein wunderbares Erlebnis sein, wenn die Regeln der Schwerkraft nicht mehr gelten, wenn alles fliegt und alles stürzt. Zukunft haben solche Augenblicke nicht und dürfen sie nicht haben. Der Ausnahmezustand, wo er dauerhaft würde, wäre destruktiv. Selbst in die Hochstimmung dieser Tage mischte sich bereits Mißstimmung. Mißstimmung am Grunde, leise Töne des Verdrusses, vor allem aber Fragen nach dem geregelten Weiterkommen, das alles war abgedrängt, wurde aber hörbar.

Es war nicht die Stunde der Politik, sondern die der Gefühle. Am besten stand da, wer sie halbwegs adäquat wiederzugeben vermochte. Das wird morgen vergessen sein. Was ab sofort wieder gilt, ist kühle Gedankenarbeit, sind verläßliche Entwürfe, klare Konzeptionen, und eben das, was explosiv im Gefühl stattfand, auch in einer dauerhaften Realität stattfinden kann. Gerade die oppositionellen Kräfte in der DDR sind zur Zeit eher bedrückt als begeistert. Sie fürchten, daß in Freudenfeuern verbrennt, was erst als neue Ordnung mühselig aufgebaut werden muß.

Das ist richtig. Aber die Erkenntnis des einen wird die Erkenntnis des anderen nicht mehr auslöschen. Es herrscht, längst totgesagt, zwischen Deutschen und Deutschen doch noch ein inniges Gefühl der Zusammengehörigkeit. Es ist einfach da und es hat, gibt man ihm nur Raum, eine unglaubliche Frische und Kraft. Das ist die Lehre dieser Tage.

Lothar Orzechowski

Bundesbürger / DDR

Kein freier Reiseverkehr

Berlin (AP). Die DDR hat mit Nachdruck bestritten, daß nun auch Westberliner und Bundesdeutsche ohne Formalitäten in den Osten reisen können. Die Ostberliner Nachrichtenagentur ADN meldete gestern, entsprechende „Gerüchte und Spekulationen" entbehrten jeglicher Grundlage. Die zwischen beiden deutschen Staaten und dem Westberliner Senat geschlossenen Reisevereinbarungen blieben bestehen.

Zuvor hatte der Bundesgrenzschutz mitgeteilt, Reisende hätten übereinstimmend erzählt, daß die Vorlage des Personalausweises oder des Reisepasses für eine Einreise genügt habe.

Hoffmann: Führungsanspruch könnte überholt sein

SED kündigt Sonderparteitag an

Berlin (dpa). DDR-Staats- und Parteichef Krenz hat einen Sonderparteitag der SED vorgeschlagen. Danach soll die vom 15. bis 17. Dezember vorgesehene Parteikonferenz in einen Außerordentlichen Parteitag umgewandelt werden. Nach Angaben von ADN wird das Zentralkomitee am Montag abend über den am Sonntag nachmittag vom Politbüro unterbreiteten Vorschlag beraten. Krenz sagte zu der Initiative, viele Briefe von Parteikollektiven hätten ihn „sehr beeindruckt". Am Wochenende hatten Tausende von SED-Mitgliedern auf Kundgebungen in zahlreichen Städten die Einberufung eines Sonderparteitags gefordert.

DDR-Kultusminister Hans-Hoffmann stellte im Zusammenhang mit einer möglichen Änderung der DDR-Verfassung den Führungsanspruch der SED in Frage. Die Verfassung, die die führende Rolle der Partei festschreibt, fixiere „bestimmte Zustände". „Wenn diese Zustände nicht mehr da sind, dann muß man die Verfassung ändern", sagte Hoffmann am Sonntag in Leipzig.

Die personelle Erneuerung der SED ging auch am Wochenende weiter. In den Bezirken Magdeburg, Erfurt, Halle und Karl-Marx-Stadt wurden neue Bezirkschefs gewählt.

Angesichts des ungehemmten Reisestroms von DDR-Bürgern in den Westen haben führende Vertreter des DDR-Jugendverbandes FDJ, der evangelischen Jugendarbeit und der Opposition in einer gemeinsamen Erklärung „Angst um die Existenz unseres Landes" geäußert. In dem am Sonntag in Ost-Berlin bekanntgewordenen Papier wird der SED-Spitze vorgeworfen, die neue Reisepraxis ohne flankierende politische und ökonomische Konzepte eingeführt zu haben. Darin hieß es: „Wir haben Sorge um den Ausverkauf unseres Landes."

Der Leipziger Gewandhauskapellmeister Kurt Masur, einer der Köpfe der DDR-Reformbewegung, rief die DDR-Bürger auf, die Wende im eigenen Staat mit Demonstrationen „weiter in die richtige Richtung zu lenken".

Rotes-Kreuz/Rückkehrer

Beiderseitige Hilfe vereinbart

Bonn (AP). Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) hat mit dem Roten Kreuz in der DDR eine Vereinbarung zur umfassenden Betreuung von Übersiedler getroffen, die aus der Bundesrepublik in den Osten zurückkehren möchten. Wie das DRK gestern in Bonn berichtete, wollen die beiden Gesellschaften ab sofort Rückkehrer auf ihrem Heimweg begleiten und ihnen Hilfestellung bei der Wiederbegründung ihrer Existenz in der DDR geben.

Die Organisation wies darauf hin, daß angesichts der jüngsten Entwicklungen in der DDR gegenwärtig DDR-Bürger in größerer Zahl in ihre Heimat zurückkehren wollen.

Wie die Deutschen

von hüben und drüben das große Wiedersehen feierten, schildern Berichte und Reportagen im Innern. „Blick in die Zeit" und die Landesseite sind dabei weiter nach hinten gerückt.

Lotto- und Totozahlen

Lotto: 4, 20, 26, 29, 32, 48 Zusatzzahl: 17.
Toto: 2, 1, 2, 1, 0, 0, 1, 0, 1, 1, 1.
Auswahlwette: 5, 12, 22, 38, 40, 41 Zusatzspiel: 35.
Rennquintett:
Rennen A: 10, 7, 15.
Rennen B: 33, 32, 26.
Spiel 77: 8 1 7 2 7 6 7.
Süddeutsche Klassenlotterie: Großes Los der Woche mit 1 Million DM Losnummer 381 543.

(Ohne Gewähr)

NA ENDLICH BIST DU DA, scheint dieses Bild auszudrücken. Oft wohnten Verwandte oder Freunde nur wenige Gehminuten entfernt, doch erst jetzt können sie wieder in die Arme geschlossen werden. (Foto: Koch)

„WEM GOTT WILL RECHTE GUNST ERWEISEN" – mit dieser Melodie marschierte eine Blaskapelle aus Diedorf/Wendehausen gestern durch den löchrig gewordenen „Eisernen Vorhang" zum Platzkonzert nach Wanfried. (Foto: Stier)

Volksfest-Stimmung an der deutsch-deutschen Grenze. Der „Eiserne Vorhang" hat über Nacht seinen Bann verloren. Vom „Todesstreifen" seit Jahrzehnten zerrissene Straßen öffnen sich wie im Märchen, werden binnen eines Vormittags zu Volks-Wanderwegen. Zehntausende von Menschen aus Thüringen, Hessen und Niedersachsen liegen sich mit Tränen in den Armen. Ein Wunder wird Wirklichkeit. Vollbracht haben es in bis dahin unvorstellbarer Zusammenarbeit DDR-Grenzsoldaten, bundesdeutsche Straßenbauer und um Mitternacht „drüben" aus den Betten getrommelte Hilfskräfte: Zu den langjährigen Check-Points gehören seit Sonntag neue Übergänge – für Zehntausende von Bürgern beider deutscher Staaten „vor der Haustür." Unsere Redaktionsmitglieder waren vor Ort.

Massenansturm auf die neuen Grenzübergänge in der Region

Mit Blasmusik zu den Nachbarn

Von Karl-Hermann Huhn, Thomas Stier, Frank Thonicke, Werner Keller und Hans-Jürgen Fisseler

Wanfried. Bei Wanfried, wo seit gestern Mittag Tausende über die Grenze wechselten, wurde seit kurz nach Mitternacht fieberhaft gearbeitet. Ein DDR-Bautrupp, viele Freiwillige und die Eschweger Straßenbauer schufteten beim Schwermaschineneinsatz gemeinsam. Hunderte von Westdeutschen schauten zu.

Bald gibt's erste Gespräche mit DDR-Grenzern. Der Eschweger Landrat Brosey kommt. Auf die Frage: „Wann dürft auch Ihr rüber?" die Antwort: „Hoffentlich bald, wenn es ein neues Reisegesetz gibt." Bisher gelten für die Uniformierten noch strenge Sonderbestimmungen.

Brausender Beifall

Es ist 11.30 Uhr. Es kann losgehn. Ursprünglich hieß es: Öffnung ab 12 Uhr. „Die Männer, die die ganze Nacht hier so flott gearbeitet haben, sollen die ersten sein, die rüberfahren," verkündet ein DDR-Offizier unter brausendem Beifall. Und dann kommen sie. In zwei Trabbis rollen sie durch die jubelnde Menge gen Wanfried. Die ersten Fußgänger von „drüben" sind von „drüben" im Anmarsch, Motorradfahrer folgen. Es werden immer mehr. Gegen 12 Uhr marschiert eine Blaskapelle aus Diedorf/Wendehausen mit „Wem Gott will rechte Gunst erweisen" durch den „Eisernen Vorhang" – zum Platzkonzert nach Wanfried. Dort steht die Hauptstraße voller Menschen. Die Grenze hat ihren Bann verloren. Immer mehr Besucher strömen gen Westen. Und nach „drüben"?

Was niemand für möglich gehalten hat, geschieht gegen 12.45 Uhr: „Sie können die Grenze passieren, bitte nehmen Sie den Ausweis mit," heißt es. Die Menschen, die zum Teil seit Stunden darauf gewartet haben, ziehen los – hinüber. Unter ihnen auch der 79jährige Wanfrieder Alfons Mehler. Mit dem Fahrrad und zwei Eimern voller Cox-Orangeäpfel: „Für meine Geschwister, zwei Kilometer von hier in Diedorf, die haben keine." Viele nutzen die Gunst der Stunde zur DDR-Stippvisite ohne Visum und Paß. In dieser historischen Stunde sind die Grenzer großzügig.

Vor dem DDR-Dorf haben Soldaten Zelte aufgeschlagen, eine provisorische Grenzkontrollstelle geschaffen, unter freiem Himmel gibt's Ausreise-Visa für DDR-Bürger, formlos, flott. Ein Team der Aktuellen Kamera interviewt die „Westler", die herübergekommen sind, unter ihnen der Eschweger Stadtverordnetenvorsteher Heinz Bühring. Er hat Tränen im Gesicht.

Tränen gibt es an diesem Tag noch oft, in Katharinenberg, in Diedorf, Wendehausen, überall begegnen sich ungezählte Grenzlandgänger aus Nordhessen und Thüringen, die sich seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen, nur brieflich die alten Freundschaften bewahrt hatten – gestern wurden sie erneuert. Mit dem beiderseitigen Willen: Was hier und heute erreicht wurde, kann uns keiner mehr nehmen.

Bummel im Todesstreifen

Wildeck. Punkt 10 Uhr, auf der Straße zwischen Obersuhl und Untersuhl. Dort, wo ein Gitterzaun die beiden kleinen Orte seit Jahren trennt, geschieht Historisches. Das Metall wird weggeräumt, die Grenze ist offen. Als erster strampelt ein Radfahrer gen Westen, gefolgt von ungezählten Trabbis, Mopeds. Die ersten Fußgänger bummeln durch den Todesstreifen, der zum Weg in ein neues Leben wird. Tausende erwarten die DDR-Bürger. Klatschen, Jubeln, Tränen schießen in die Augen. „Herzlich willkommen in Wildeck", hat einer ein Schild gemalt. Bananen werden verschenkt. Polizei-Hauptkommissar Klaus Lorenz, Stationsleiter in Rotenburg, begrüßt seinen DDR-Kollegen mit Handschlag. Kameras klicken. Wenig später freut sich der Vopo, als ihm ein Polaroid-Bild von diesem Moment geschenkt wird.

Ergreifende Wiedersehensszenen. Christiane Heckmann aus Obersuhl schließt ihre Großtante Erika Eimer aus Untersuhl in die Arme. Als Kind, erzählt uns Erika Eimer, habe sie in Obersuhl gespielt. Nun, nach Jahren, kommt sie zu Fuß zu ihren Verwandten: „Was für ein Gefühl: Du gehst aus einer DDR-Haustür raus und in eine West-Haustür rein".

Tränen kullern

Freude ist sicher nur ein schwaches Wort für das, was Jürgen Schmidt aus Untersuhl in diesen Momenten erlebt. Noch einen Meter hat der Mann bis zu Grenze, da stürzen Schaulustige und Journalisten auf ihn ein, stellen Fragen. Doch diesen einen Schritt in den Westen will der Mann zunächst tun. „Erstmal raus", ruft er, „erst raus..." Tränen kullern über die Wangen: „Ist das schön, hier zu sein". Er deutet zurück, auf sein Heimatdorf. „Jahre konnten wir nur hierher gucken, jetzt sind wir da".

10.45 Uhr. Immer mehr Schaulustige drängen durch den offenen Zaun, längst stehen Hunderte auf DDR-Gebiet. Die Volkspolizisten, die DDR-Grenzer, schauen zu. Man zieht sich zurück. Was von den Bundesbürgern wie ein Signal verstanden wird. „Jetzt woll'n wir mal rüber", sagt einer eher belanglos. Es wirkt wie eine Aufforderung. „Jetzt nach Untersuhl". „Jetzt wolln wir's wissen.". Ein Dritter: „Ich hab doch keine Angst mehr". Die Menge setzt sich in Bewegung, Richtung DDR. Man durchquert auf alten Betonplatten den Todesstreifen. Manchem wird mumig. Die werden doch alle Minen weggeräumt haben?

Nach 300, 400 Metern ist Schluß mit diesem sonntäglichen deutsch-deutschen Spaziergang. DDR-Grenzer stehen vor einem Stop-Schild. Passieren darf nur, wer ein Visum hat.

Trotzdem: Weitere Erfahrungen ganz neuer Art dürfen gemacht werden. Zum Beispiel Plaudereien mit DDR-Grenzbeamten. „Das bleibt hier offen", sagt ein hoher Offizier, „ist doch ganz normal. Und wenn Sie ein Visum haben, können sie von mir aus auch auf den Händen zu uns rüberkommen".

Aus dem Boden gestampft

Neu-Eichenberg. Unter dem stürmischen Beifall von 6000 Menschen wurde am Sonntagmittag auch der neue Grenzübergang bei Eichenberg im Norden des Werra-Meißner-Kreises von der DDR geöffnet worden. Rudi Müller aus der DDR-Gemeinde Vatterode rollte mit seinem Trabbi als erster in den Westen – in Gegenrichtung passierte der Vorsitzende des Werratalvereins Witzenhausen, Artur Künzel, samt Familie das Tor in die DDR, das sich über Nacht aufgetan hatte.

Binnen elf Stunden war eine provisorische Grenzkontrollstelle von Arbeitskräften der DDR sowie BGS-Angehörigen buchstäblich aus dem Boden gestampft worden. Die Nachricht von der Öffnung des neuen Übergangs löste eine Völkerwanderung aus dem hessisch-niedersächsischen Grenzgebiet nach Eichenberg aus. Es gab kilometerlange Stauungen auf den Straßen. Der Jubel kannte keine Grenzen – Ordnungskräfte hatten Mühe, den Fahrzeugen beim Passieren des Überganges die Bahn freizumachen.

Bundesbürger konnten nur mit dem Personalausweis einen Spaziergang nach drüben machen – mußten allerdings 30 Mark bezahlen (fünf Mark Visum, 25 Mark Mindestumtausch).

Starker Rückreiseverkehr

In den ersten anderthalb Stunden passierten den Übergang 1750 Personen in 400 Fahrzeugen von Osten nach Westen. In Gegenrichtung waren es 260 Personen in 85 Wagen. Am Nachmittag setzte ein starker Rückreiseverkehr ein. Dabei nahm der neue Übergang auch Fahrzeuge auf, die am über Herleshausen bzw. Worbis in die Bundesrepublik gekommen waren.

Hessens Ministerpräsident Wallmann war ebenso wie Innenminister Milde und Staatssekretär Stanitzek Zeuge des für den Grenzkreis historischen Augenblicks. Wallmann machte sogar einen kleinen Gang auf DDR-Gebiet.

Wegen seiner Nähe zur Autobahn Göttingen-Kassel und zur Bundesstraße 27 kommt dem Übergang bei Eichenberg eine zentrale Bedeutung zu. Die Grenzbehörden schätzen, daß er später einmal ein ebenso hohes Pkw-Aufkommen haben könnte wie Herleshausen.

Großer Tag

Northeim. Großer Tag für die alte Eisenbahnerstadt Northeim: Gestern um 9.55 Uhr erreichte der erste von drei Sonderzügen der Bundesbahn mit rund 350 DDR-Bürgern aus Nordhausen und Ellrich über den überraschend für den Personenverkehr geöffneten Grenzübergang Walkenried die südniedersächsische Kreisstadt. Über 1000 Menschen nutzten diese Möglichkeit zu einem Besuch im Westen.

Am Nachmittag setzte die Bundesbahn wiederum drei Züge ein, um die Besucher nach Ellrich zurückzubringen. Die planmäßigen Züge, für die all die Jahre Walkenried die Endstation war, fuhren ungehindert weiter bis zur DDR-Grenzstation Ellrich.

In der Northeimer Innenstadt setzten sich viele DDR-Bürger in Diskussionen vehement für eine Direktverbindung zwischen Nordhausen und Northeim ein. Eine solche Direktverbindung würde den alten Eisenbahnknotenpunkt Northeim zu einer neuen Dimension aufsteigen lassen.

BUNDES-REPUBLIK DEUTSCHLAND
Gadebusch/Mustin
DDR
POLEN
Berlin
Zorge
Stapelburg/Bad Harzburg
Ellerich/Walkenried
Hohengandern/Witzenhausen
Katharinenberg/Wanfried
Untersuhl/Obersuhl
Probstzella/Ludwigsstadt
Vacha/Philippsthal
Blosenberg/Hof
CSSR
Hönbach/Neustadt
INDEX FUNK 3929

Die neuen Grenzübergänge

Löcher in der Mauer und Lücken im Zaun: Die einst fast unüberwindliche Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie zwischen den beiden Teilen Berlins ist durchlässig geworden. Um den liberalisierten Reiseverkehr zu bewältigen, hat die DDR-Führung zahlreichen neuen Übergängen zugestimmt. In Berlin wurde die Mauer schon dreimal durchbrochen. An drei weiteren Stellen wird sie in den nächsten Tagen eingerissen. Auch durch weitere Buslinien wurde die Sperranlagen zur DDR durchlässiger.

An der innerdeutschen Grenze will die DDR nach Angaben des innerdeutschen Ministeriums bis heute zehn weitere Grenzübergänge einrichten oder erweitern. Folgende Übergänge waren schon am Sonntag für Pkw und Fußgänger offen:

Bezirk Schwerin: Gadebusch-Ratzeburg; Bezirk Magdeburg: Stapelburg-Bad Harzburg; Bezirk Erfurt: Hohengandern-Neu-Eichenberg, Katharinenberg-Wanfried und Untersuhl-Obersuhl; Bezirk Suhl: Vacha-Philippsthal und Höhnebach-Neustadt; Bezirk Gera: Probstzella-Ludwigstadt; Bezirk Karl-Marx-Stadt: Blosenberg-*Felitzsch/Hof*

Der Übergang Ellerich in Niedersachsen wurde für den Personenverkehr per Eisenbahn erweitert.

Gestern abend berichtete der Bundesgrenzschutz, die DDR habe am Sonntag im Harz noch zwei weitere Grenzübergänge geöffnet: Zwischen Hohegeiß und Rothe Sütte (DDR) sowie Braunlage und Elend (DDR) können allerdings nur Fußgänger die Grenze passieren. (dpa)

HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE
ALLGEMEINE

Herausgeber
Rainer Dierichs, Dr. Dietrich Batz, Achim von Roos

Chefredakteur
Lothar Orzechowski

Stellv Chefredakteure
Wolfgang Rossbach, Peter M. Zitzmann

Verantwortliche Redakteure
Chef vom Dienst: Rainer Merforth. Politik: Jochen Prater. Blick in die Zeit: Walter Schütz. Wirtschaft und Sozialpolitik: Horst Seidenfaden. Kultur: Dirk Schwarze. Frau u. Reise: Ilse Methe-Huber. Sport: Rolf Wiesemann. *Sonntagszeit: Frank Thonicke.* Kassel Stadt und Land: Wolfgang Rossbach. Bezirksredaktionen: Peter M. Zitzmann. Koordination: Helmut Lehnart. Hessen/Niedersachsen: Eberhard Heinemann. Chefreporter: Karl-Hermann Huhn. Sonderthemen: Peter Ochs.

Redaktion Wiesbaden: Rolf Effenberger. Redaktion Hannover: Harald Birkenbeul. Redaktion Bonn: Hans Ludwig Laucht.

Verlagsleitung
Dr. Dietrich Batz, Rainer Dierichs, Wigbert H. Schacht. Anzeigenleiter: Horst Prehm. Vertriebsleiter: Gerd Lühring.

Verlag Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Str. 168, Postfach 10 10 09, 3500 Kassel, Ruf 05 61 / 20 3-0. Tel. Anzeigenannahme 05 61 / 20 3-3. Fernschreib-Nr. 99 635. Telekopierer 05 61 /20 36. Teletex 5 61 81 10. Postgirokonto 155132-608 Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr. 29. Monatlicher Abonnementspreis DM 25,60 inkl. Zustellung und 7% MwSt. (Postbezugs preis 28,50 DM).

Die Beendigung des Abonnements ist nur mit schriftlicher Kündigungserklärung unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich; die Frist läuft ab Zugang der schriftlichen Kündigungserklärung.

Auflage werktags über 270 000 Exemplare in Tarifgemeinschaft mit „Oberhessische Presse", Marburg, „Hersfelder Zeitung", „Werra-Rundschau", Eschwege, „Harzkurier", Herzberg.

Auflage „Sonntagszeit" über 200 000 Exemplare.

Herstellung Druckhaus Dierichs Kassel, Frankfurter Straße 168, 35 Kassel.

Bilder des Tages vom Potsdamer Platz

Deutsch-deutsche Grenzpatrouille

Von Weizsäcker im Gespräch mit einem DDR-Polizei-Offizier

Die Mauer ist kein Bollwerk mehr: Sie fällt in Stücken

Zum ersten Mal im Westteil der Stadt

Bürgermeistertreffen: Momper und sein östlicher Kollege Krack

Die Umarmung von Kreisau

Große Gesten geraten schnell in die Nähe des Profanen, ja des Lächerlichen. Die Kreisauer Umarmung zwischen dem deutschen Bundeskanzler und dem polnischen Premier ist weit davon entfernt. Sie ist sichtbarer Ausdruck dafür, daß sich das Verhältnis der beiden Völker zu entkrampfen beginnt. Die Polen zeigten aus eigener leidvoller Erfahrung Verständnis für die Reiseunterbrechung des Kanzlers, und sie wissen es zu würdigen, daß er zurück an die Weichsel gekommen ist. Sie erweisen ihm, allen voran Tadeusz Mazowiecki, auch menschlichen Respekt.

Vergessen, so sagte Bischof Nossel, könnten seine Landsleute nicht. Wie sollten sie auch, nach allem, was sich beide Völker gegeneinander angetan haben. Aber der Wille zur Versöhnung führt über die Bereitschaft, die Sorgen und Ängste des anderen zu verstehen. Der Oberhirte sprach von der Einmaligkeit dieser Stunde im schlesischen Kreisau. Das Europäische Haus jedenfalls, das Michail Gorbatschow skizzierte, ist ohne Polen und Deutsche nicht denkbar.

Die Polen wollen nicht in der Rolle des Bittstellers auftreten. Sie haben konkrete Vorstellungen darüber, wie sie ihre desolate Wirtschaft wieder voranbringen können. Ohne Hilfe des Westens aber wird sich Warschau nicht wieder erholen können. Der Bundeskanzler hat sich einen eigenen Einblick in die Lage verschaffen wollen. Auf ihm ruhen viele Hoffnungen der Polen, aber auch der Deutschen, die noch jenseits der Grenze leben.

Nach den Pfiffen von Berlin schlug Helmut Kohl im fernen Polen viel Sympathie entgegen. Und wer die Gemütslage des empfindsamen Kanzlers kennt, der weiß, daß er sich noch immer zu revanchieren wußte.

Hans-Ludwig Laucht, Kreisau

Die Umarmung von Kohl und Mazowiecki

Mehr als eine bloße Geste

Aus Kreisau berichtet unser Redaktionsmitglied Hans-Ludwig Laucht

Ein Hilferuf aus Oberschlesien: „SOS – OS". Das Transparent drückt aus, was viele empfinden. Sie sind mit dem Auto, mit dem Motorrad, mit dem Fahrrad oder zu Fuß gekommen. Das einsame Rittergut derer von Moltke spannt für einen Tag die Brücke vom fernen Schlesien zur westdeutschen Heimat. Zwischen Breslau (Wroclaw) und dem fünfzig Kilometer entfernten Schweidnitz (Swidnica) weisen nur kleine weiß-rote polnische Fahnen und die Farben der Bundesrepublik den Weg. Gegen 10 Uhr am Sonntag morgen mögen es einige tausend sein, die den Altar unter freiem Himmel umringen. Im eiskalten Wind wehen Transparente. „Helmut, denk an uns!" ist zu lesen. „Helmut, du bist auch unser Kanzler", „vergiß uns nicht", heißt die beschwörende Mahnung. Der Kirchenchor singt „Das ist der Tag des Herrn."

Um die Gestaltung dieses Tages war lange gerungen worden. Kohl wollte ursprünglich auf den Annaberg, den Wallfahrtsort der Schlesier. Doch den empfindsamen Polen war dieser Ort zu sehr mit eigenen, schmerzlichen Erinnerungen befrachtet. Sie boten Kreisau an. Der Kanzler, innen- und außenpolitisch unter Beschuß geraten, nahm an.

Doch vielen Schlesiern war den Weg zu weit. „Zum Annaberg wären 50 000 gekommen", klagte eine Gruppe aus Beuthen. In Kreisau, schätzt die katholische Kirche, versammelten sich rund 7000 Menschen. Die Mehrheit: ehemalige Deutsche.

Einer von ihnen ist Gerhard Schneider. Er ist einer von den 30 „reinblütigen" Deutschen, die noch in Schweidnitz leben. Die Ausreisepapiere hat er in der Tasche. Aber die Frau des Rentners wurde krank. „Nun muß ich wohl für immer hier bleiben. Es ist schön, wieder einmal Deutsch zu hören." Seine Versorgung macht ihm Kummer. Es reicht kaum zum Leben.

In den Taschen der Bonner Korrespondenten sammeln sich viele Adressen von Leuten wie Gerhard Schneider, die bei der Bundesregierung Rentenansprüche geltend machen wollen. „Wir haben außer euch sonst niemanden mehr." Das Verhältnis zwischen Polen und Deutschen hat sich, wenn man den Stimmen Glauben schenken will, seit 10, 20 Jahren entspannt. Und nachdem die neue Regierung in Warschau regiert, sind die zwischenmenschlichen Beziehungen besser geworden. „Materiell geht es nach wie vor schlecht."

Der Kanzler ist bewegt

Helmut Kohl fährt im schwarzen Volvo vor. Das Wetter in Warschau war zu schlecht, um ein Flugzeug zu benutzen. Die Korrespondenten folgen dem Regierungschef in Taxis oder Omnibussen, auch ein Beweis dafür, daß die Organisation Züge des Chaotischen trägt. Die dicht an dicht stehenden Menschen applaudieren und skandieren: „Helmut, Helmut." Der Kanzler ist tief bewegt. Der Jubel kommt von Herzen. Es ist mehr stille Freude als lärmende Demonstration. Sichtlich betroffen blickt Polens Premierminister Tadeusz Mazowiecki um sich. Er spürt, daß die Menge angespannt ist. Es ist ein seltsamer Kontrast. Dort der vor Kraft strotzende westdeutsche Kanzler. Daneben das angestrengte, schmale, leidende Gesicht seines Gastgebers.

„Selig sind, die Frieden stiften", steht in großen Lettern auf dem Altar. Und um Frieden zu stiften, sind beide gekommen. Fast beschwörend mahnt während der Predigt der Bischof von Oppeln, Alfons Nossel, die Politiker und Völker zum menschlichen Miteinander. Die Worte des Oberhirten finden in der Umarmung und Kohl und Mazowiecki sichtbaren Ausdruck. Die Menge ist ergriffen. Einigen stehen Tränen in den Augen. Sie empfinden, daß dies mehr als eine bloße Geste ist.

„Großer Gott wir loben dich", singen die Menschen. Doch es schwingt auch Trauer mit. Bischof Nossel erinnert an den Terror der Naziherrschaft, an die Schrecken der Vertreibung. Aber da ist auch Kreisau. Jener Ort, der zu einer Keimzelle des Widerstandes gegen Hitler wurde. Da sind die Männer um Helmut James Graf von Moltke und dessen Freund, den Grafen York von Wartenburg. Männer, die ihren Kampf gegen das Unrechtsregime unter dem Fallbeil oder im Konzentrationslager verloren. Auch diese Seite deutscher Geschichte findet Eingang in die Worte des Geistlichen.

Heute wird das aus dem 13. Jahrhundert stammende Rittergut vom Staat bewirtschaftet. Die Witwe Moltkes, Freya, lebt seit 1960 mit ihrem Sohn Konrad in den Vereinigten Staaten. Im Herrenhaus hat man neue Fenster eingesetzt. Sie künden davon, daß hier eine Gedenkstätte entstehen soll. Die Mittel sind im Etat der Bundesregierung eingeplant.

Potsdamer Platz: Das Herz schlägt wieder

„Das Unglaubliche ist wahr geworden"

Von unserem Mitarbeiter Paul F. Duwe, Berlin

Genau um 8.21 Uhr lief der erste Schub von etwa 100 Ostberlinern über den Potsdamer Platz zur Bellevuestraße am Westberliner Tiergarten. Dort war erst wenige Minuten vor acht Uhr die letzte Betonplatte für den zwölf Meter breiten Mauerdurchbruch von einem Kran herausgehoben worden. Als die ersten „Ostler" auf Höhe des Grenzstreifens waren, wiederholte sich das bewegende Bild dieser Tage: Jubel, Freudenschreie und -tränen, Blumen wanderten hin und her, Sektkorken knallten.

Kein Halten mehr

In diesem Monat kannte auch die vieltausendköpfige Menge auf Westberliner Gebiet kein Halten mehr. Sie drückte so kräftig gegen die gemeinsame Kette von West-Polizisten und Ost-Grenzern, daß viele Hunderte auf den für 28 Jahre zum Sperrgebiet verwandelten Potsdamer Platz strömten.

Punkt acht Uhr trafen sich die Bürgermeister der beiden Teile Berlins direkt auf der Grenzlinie und schüttelten einander die Hände. Walter Momper sprach von einem historischen Moment und davon, daß „das alte Herz Berlins" wieder zu schlagen begonnen habe. Sein Ostberliner Kollege Erhard Krack hielt sich indes merklich zurück. Für ihn bedeutete das Spektakel lediglich eine „symbolische Geste".

Schon in der Nacht zum Sonntag harrten Tausende vor der Mauer aus, um den Einsturz des Sperrwerks vielleicht miterleben zu können. Aber die Ost-Grenzer brauchten Stunden, ehe sie mit leichten Preßlufthämmern die Fugen zwischen zwei Platten geöffnet hatten.

Als dann der historische Moment am Sonntagmorgen nahte, steigerte sich auch die Euphorie der Medienleute aus Amerika, Japan oder Italien. Ein amerikanischer Fernsehreporter sprach mit atemloser Stimme in seine Kamera: „Das Unglaubliche ist wahr geworden. Die Berliner Mauer fällt. Nun können noch ganz andere Träume Wirklichkeit werden, sogar die Wiedervereinigung Deutschlands."

Währenddessen verlangte die Menschenmenge: „Wir wollen Frühstücken auf dem Alex." Doch die Ost-Grenzer wollten den „Bürgern aus Berlin-West" diesen Wunsch, wie noch in der Nacht von Donnerstag auf Freitag, nicht erfüllen. Uniformierte Einheiten mit geschultertem Gewehr rückten an. Andere Trupps erschienen im Gleichschritt mit martialischen Schutzschilden. Nur von der Plattform für die Journalisten konnte man dieses Schauspiel verfolgen. Ein Beobachter meinte: „Wie bei Asterix und Obelix".

Etwas später beruhigte sich die Lage. Schilde und Karabiner wurden zumeist beiseite gelegt, doch an ein Durchkommen für Westberliner war nicht zu denken. In teilweise gereiztem Ton wurden die Menschen abgewiesen, während die Ostberliner durch ein Spalier schubweise in der Gegenrichtung passieren durften. Kurz nach zehn Uhr hatte sich die Lage normalisiert. Die ersten „Trabbis" konnten auf der notdürftig angelegten Piste über die Grenze rollen, wo immer noch Hunderte Beifall klatschten und jubelten.

Unterdessen erlebte die Stadt auch gestern wieder ein turbulentes Wiedersehensfest. Wie schon seit Tagen üblich, brach erneut der Verkehr zusammen. Im Stadtzentrum am Kurfürstendamm versammelten sich wieder Hunderttausende, insgesamt mögen es mehr als eine Million Besucher gewesen sein, die von der neuen Freiheit Gebrauch machten.

Auf den Straßen spielten sich immer wieder Szenen der Hilfsbereitschaft ab. Westberliner nahmen die Ostberliner einfach mit dem Auto mit, weil die Busse oft nicht mehr kamen. Und wenn die Besucher kein Westgeld mehr hatten, dann spendierten ihnen die Gastgeber Bier, Zeitungen oder rückten auch schon mal einen grünen oder braunen Geldschein heraus.

Wohl mehr als 30 000 Autos aus dem Osten tuckerten durch die Stadt, darunter viele Zweitakt-„Trabbis", die bläuliche Geruchsfahnen hinter sich herzogen. Aber auch das nehmen die meisten Westberliner in diesen Tagen gern in Kauf. Ein Polizist besänftigte einen „Trabbi"-Kritiker mit den Worten: „Berlin ist doch kein Luftkurort".

Die Geschwindigkeit, mit der an diesem Wochenende die Mauer bröckelt, erzeugt noch immer bei Berlinern aus allen Stadtteilen Fassungslosigkeit und ungläubiges Staunen. Ein junger Mann aus Biesenthal, nordöstlich von Berlin, drückte dieses Gefühl vor dem Brandenburger Tor in Worten aus: „Ich bin ein Jahr älter als die Mauer. Ich kann das gar nicht glauben, daß ich die Mauer jetzt von dieser Seite aus sehen kann."

Die Öffnung der neuen Grenzübergänge, all das überwältigt die Menschen auch noch Tage darauf. Etwa die Öffnung der „Brücke der Einheit" über die Havel nach Potsdam. Jahrzehntelang wurden hier Agenten ausgetauscht, jetzt macht sie ihrem Namen wieder alle Ehre.

Loch in der Mauer

Oder der Übergang an der Bernauer Straße von Wedding zum Prenzlauer Berg. Dort hatten sich am und nach dem 13. August 1961 erschreckende Szenen zugetragen, als Menschen aus den oberen Stockwerken der Häuser sprangen oder sich abseilten, weil die unteren beiden Etagen schon zugemauert waren. Und jetzt ist selbst an diesem symbolträchtigen Ort ein Loch in der Mauer.

(Aus: Kölner Stadt-Anzeiger / Hanel)

Presse-Echo

Am Wochenende gab es nur ein Thema.

DIE WELT

Ein ganz irdisches Wunder scheint geschehen. Erstmals seit einer Generation bewegten sich Deutsche im Osten frei nach Westen. Auch wenn man Anstöße von draußen berücksichtigt, der Umbruch ist durch die Deutschen zwischen Elbe, Oder, Ostsee, Erzgebirge selber verwirklicht worden ... Wie benommen läßt man die Zeit der Einsamkeit, auch der politischen, hinter sich. Man schämt sich seiner Tränen nicht.

NÜRNBERGER Nachrichten

Nichts ist stärker als eine Idee, deren Zeit gekommen ist, hat Außenminister Genscher kürzlich gesagt. Richtig. Und das gilt... auch für die SED. Der Reisefreiheit und Versammlungsfreiheit werden Koalitions- und Meinungsfreiheit folgen müssen und – auch das steht längst an – die Annullierung der gefälschten Kommunalwahl vom Sommer. Erst dann werden die Zweifler an die Wende glauben können und sich an der Umgestaltung ihres Gemeinwesens beteiligen.

WZ Westdeutsche Zeitung

Den Westen trifft die neueste Entwicklung in der DDR nahezu unvorbereitet. Zwar hat man seit Jahrzehnten die Fahne der Wiedervereinigung hochgehalten und gebetsmühlenhaft Erleichterungen gefordert für die Menschen im anderen Teil Deutschlands. Doch Strategien entwickelt oder Denkmodelle für den Fall, der jetzt eingetreten ist, hat man nicht. Man fragt sich, was im innerdeutschen Ministerium in den letzten Jahrzehnten geschehen ist.

Kölnische Rundschau

Die Freude sollte uns aber nicht so überwältigen, daß wir unfähig zur sachlichen Einschätzung der Situation werden, die uns mit unbeschreiblichen Glücksgefühlen erfüllt, zugleich aber auch mit der Sorge konfrontieren muß, wie es mit dem arg gebeutelten Staat zwischen Oder-Neisse und Elbe weitergehen soll.

Passauer Neue Presse

Dieser 9. November 1989 wird in die Geschichte eingehen als ein Freudentag für die Deutschen, weil die unmenschliche Grenze endlich offen ist.

Frankfurter Allgemeine

Es ist unwahrscheinlich, daß die DDR ihre Grenzen geöffnet hat ohne Absprache mit der Sowjetunion. Schließlich hatte nur wenige Stunden zuvor ein Sprecher des Außenministeriums in Moskau noch einmal ausdrücklich den anderen Teil Deutschlands als „strategischen Verbündeten" der östlichen Großmacht hervorgehoben. Geplant war das Unterfangen der DDR also wohl kaum. Vielmehr dürfte die Einwilligung des Kreml allein dem atemberaubenden Druck der Entwicklungen in der DDR zuzuschreiben sein.

Süddeutsche Zeitung

Die DDR ist fast mit einem Satz in eine neue Phase ihres Umbruchs getreten. Aber auch für die Bundesrepublik hat sich über Nacht – im wörtlichen Sinne – eine neue Lage ergeben.

WIESBADENER KURIER

Ob Völker glücklich sein können, wie Berlins Bürgermeister Momper es ausgedrückt hat, sei dahingestellt. Aber soviele glückliche Menschen wie seit der „verrückten Mauernacht" hat Deutschland – und besonders die DDR – seit 1945 nicht mehr gesehen.

NÜRNBERGER ZEITUNG FRÄNKISCHER KURIER

Die Dominanz militärischen Denkens ist damit abgeklungen. Mit der Öffnung der DDR-Grenzen stellt Egon Krenz auch den Warschauer Pakt in Frage. Wenn der sogenannte Schutzwall gefallen ist, fällt die wortlose waffenstarrende Konfrontation an der Zonengrenze in sich zusammen.

Nachhaltiges Echo im Ausland

Ende der Mauer überall bestaunt

Die Ereignisse an der deutsch-deutschen Grenze haben in den Auslandsmedien ein gewaltiges Echo gefunden. Auch die Sonntagszeitungen enthielten vor allem in westlichen Ländern Sonderseiten in großem Umfang, nachdem schon am Samstag die Volksfeste an der Grenze beherrschendes Thema waren; so stellte die französische „Libération" das Geschehen auf 17 Sonderseiten dar. Auch in Ländern der Dritten Welt wie Mexiko und Ägypten dominierte Deutschland die Schlagzeilen.

Sondersendungen

Weltweit widmeten Funk- und Fernsehsender ihre Nachrichten vorrangig dem DDR-Geschehen und brachten Sondersendungen auch über die historische Entwicklung im Nachkriegsdeutschland. Das Auslandsinteresse spiegelte sich auch in der großen Zahl von Berichterstattern wider, die vor Ort über das Geschehen berichten.

In den Kommentaren war das Meinungsspektrum weit gefaßt. Neben euphorischen Äußerungen („Dagens Nyheter"/Schweden: „weltpolitische Freudenstunde") wurden Sorge über eine mögliche Wiedervereinigung und Verschiebungen im internationalen politischen Gleichgewicht laut. In diesem Zusammenhang fehlten auch Hinweise auf den bevorstehenden Gipfel von Kremlchef Michail Gorbatschow und US-Präsident George Bush nicht.

Der „Corriere della Serra" (Italien) registrierte das „Ende der Ordnung von Jalta", und das französische „Journal de Dimanche" meinte: „Moskau hat schon erklärt, daß eine Änderung der Grenzen nicht in Frage kommt. Wie kann man akzeptieren, daß die beiden Supermächte, die sich die Welt geteilt haben, immer noch ohne Europa über die Zukunft Europas diskutieren?"

Sorge geäußert

Vor allem französische Blätter äußerten Sorge über ein wiedervereinigtes Deutschland „mit 80 Millionen Menschen" als „Hauptpartner Rußlands" („Le Figaro"), das mehr Exportkraft habe als „Großbritannien und Frankreich" zusammen („Le Parisien"). „Le Monde" sah die „Gefahr", daß durch die deutsch-deutsche Annäherung der „europäische Aufbau Schaden" nehme. Große Beachtung fand eine Äußerung des Deutschlandexperten Alfred Grosser, wonach die DDR-Bürger keine Wiedervereinigung fordern.

Auch „Berlingske Tidende" (Dänemark) wies darauf hin, daß die „Volkserhebung" „zu keinem Zeitpunkt die Forderung nach Wiedervereinigung erhoben hat". „Maariv" (Israel) warnte, wer eine rasche Wiedervereinigung unterstütze, ignoriere die „ernsthafte Gefahr, daß das deutsche Volk wieder mit der Illusion zu spielen beginnt, daß zum dritten Mal ... versucht werden könnte, die Welt zu zerstören".

Moskau im Visier

Die „Neue Zürcher Zeitung" unterstrich, daß von der weiteren deutschlandpolitischen „Entwicklung letztlich auch das Überleben der sowjetischen Führung abhängen könnte". Der britische „Independent" bezeichnete die Grenzöffnung als „verzweifelten Versuch, die Unterstützung der Regierten zu gewinnen".

(dpa)

Polen-Besuch / Umarmung Kohls und Mazowieckis in Kreisau

Messe im Zeichen der Versöhnung

Kreisau (dpa/AP). Als Zeichen der Versöhnung haben sich die Regierungschefs der Bundesrepublik und Polens gestern bei einer Messe auf dem ehemaligen Gutshof des Hitler-Gegners Helmuth James Graf von Moltke im niederschlesischen Kreisau demonstrativ umarmt. Die katholische Zeremonie war für Bundeskanzler Kohl der symbolische Höhepunkt seiner Polen-Reise. Vor dem Altar unter freiem Himmel begrüßte der Bischof von Oppeln, Alfons Nossol, die „beiden christdemokratischen Regierungschefs" Tadeusz Mazowiecki und Kohl. Sie saßen nebeneinander auf der Altarempore. Vor der Kommunion tauschten sie unter dem Beifall der Menge mit einer Umarmung den christlichen Friedensgruß aus. Kohl und Mazowiecki umarmten sich dann noch demonstrativ unter dem Beifall der Menge.

Nach dem Gottesdienst, der unter dem Matthäus-Wort „Selig, die Frieden stiften" stand, versicherte der Kanzler, jeder habe gespürt, „daß dies ein wichtiger Augenblick im Leben unserer Völker ist. Wir haben die Geschichte gespürt. Sie war da – gerade auf diesem Platz mitten in Europa." Der gegenseitige Gruß der Versöhnung dürfe „nicht ohne Folgen bleiben: Laßt uns aufbrechen von diesem Altar in eine gute, friedvolle, gottgesegnete Zukunft für unsere Völker, für die Polen, für die Deutschen, für uns alle in Europa." Mazowiecki meinte, dieses Gefühl der christlichen Brüderlichkeit zwischen beiden Völkern müsse auch nach der Rückkehr der Teilnehmer von diesem Gottesdienst in Kreisau bleiben.

Zu der Messe waren etwa 7000 Menschen gekommen, unter ihnen viele Deutsche von den offiziell noch nicht zugelassenen „Deutschen Freundschaftskreisen" mit Transparenten und einer Blaskapelle. Sie forderten unter anderem deutsche Schulen und Gottesdienste. Die mehr als sechsstündige Autobusfahrt nach Kreisau, zu der Kohl im nebelverhangenen Warschau nachts gestartet war, wurde in Schweidnitz (Swidnica) kurz unterbrochen. Dort besuchte der Bundeskanzler die evangelische Friedenskirche.

In seiner nacheinander auf polnisch und deutsch gehaltenen Predigt unterstrich der Bischof von Oppeln, Nossol, wie schwierig dieser Polen-Besuch des Kanzlers sei, obwohl doch beide „europäische Nachbarn sind". Es müsse sich jetzt das „Wunder der wahren Versöhnung zwischen den so lange verfeindeten Völkern" vollziehen, die sich im Zeichen christlicher Liebe gegenseitig vergeben müßten. Auch Nossol verwies auf die historische Bedeutung gerade dieses Ortes, der ein Symbol für den antifaschistischen Widerstand sei.

Am Nachmittag besuchte Kohl das Wallfahrtskloster Tschenstochau. Zusammen mit dem polnischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki betete er vor dem Gnadenbild der „Schwarzen Madonna", dem polnischen Nationalheiligtum. Am Abend holte Kohl sein Treffen mit dem polnischen Staatspräsidenten Jaruzelski nach, das wegen der Unterbrechung der Polenreise ausgefallen war.

Unterdessen forderte der polnische Außenminister Krysztoff Skubiszewski eine klare Stellungnahme zu der Grenzproblematik zwischen den beiden Staaten. Bezogen auf die jüngste Entwicklung in der DDR erklärte er in einem Interview, daß eine eventuelle Wiedervereinigung für Polen nur dann akzeptabel sei, wenn der neue Staat die polnische Westgrenze nicht in Frage stellen würde.

Siehe auch Kommentar und „Themen des Tages"

AUF DEM EHEMALIGEN GUTSHOF IN KREISAU: Bei einer Messe unter freiem Himmel umarmen sich der polnische Ministerpräsident Mazowiecki und Bundeskanzler Kohl. (dpa-Funkbild)

Äußerung „Volk der DDR"

Heftiger Streit Kohl – Momper

Bonn (dpa). Ein ungewöhnlich heftiger Streit ist am Wochenende zwischen Bundeskanzler Kohl (CDU) und Berlins Regierendem Bürgermeister Momper (SPD) ausgebrochen. Momper warf Kohl „eklatantes Versagen in der entscheidenden Situation in der deutschen Geschichte" vor. Zuvor hatte Kohl den Bürgermeister vor der Bonner Presse angegriffen und die Frage aufgeworfen, ob Momper im Sinne des Grundgesetzes „das gleiche Verfassungsverständnis hat ... wie ich".

Auslöser der Verärgerung des Kanzlers war offenbar die Kundgebung am Freitag abend vor dem Westberliner Rathaus Schöneberg. Während Momper, der SPD-Ehrenvorsitzende Brandt und Außenminister Genscher (FDP) bejubelt worden waren, hatte es Pfiffe und Buhrufe für den Kanzler gegeben.

Kohl kritisierte am Samstag vor der Presse in Bonn äußerst scharf, daß seine Ansprache vor den nur 10 000 Menschen am Rathaus von den elektronischen Medien ausführlich übertragen worden sei, eine anschließende vor 150 000 Menschen an der Gedächtniskirche aber nicht.

Auf eine Journalisten-Frage, wie er Mompers Äußerungen vor dem Rathaus beurteile, griff Kohl den Bürgermeister plötzlich scharf an, ohne genau zu sagen, welche Passage er meine: „Herr Momper spricht eine andere Sprache als ich." Dieser hatte unter anderem vom „Volk der DDR" gesprochen. Zu dem Pfeifkonzert, das auch die von ihm angestimmte Nationalhymne überdeckte, sagte Kohl, er habe sich „geschämt", daß solche „Pöbelszenen" möglich gewesen seien.

Momper reagierte am Samstag abend mit scharfen Angriffen und Enttäuschung auf die Äußerungen des Kanzlers. Dieser „lebt und denkt offenbar an den Gefühlen der Menschen in dieser historischen Stunde vorbei". Momper betonte, er habe bewußt vom „Volk der DDR" gesprochen. Der Kanzler habe nicht begriffen, daß die Menschen in der DDR nicht an die Wiedervereinigung interessiere.

Führende CDU-Politiker wie CDU-Generalsekretär Rühe wiesen am Sonntag die Kritik Mompers und anderer Sozialdemokraten an Kohl zurück. Der nordrhein-westfälische CDU-Chef, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU), erklärte, die SPD solle aufhören, den Erfolg der Menschen in der DDR parteipolitisch für sich zu beschlagnahmen.

DDR / SPD fordert nationales Programm

Waigel: Hilfe wirksam erst nach Reformen

Bonn/Berlin (AP/dpa). Die Entwicklung in der DDR und wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen für die Menschen dort standen am Wochenende bei den Bonner Parteien im Blickpunkt. CSU-Chef Waigel bekräftigte, erst wenn die aus Bonn angemahnten politischen und wirtschaftlichen Reformen verwirklicht seien, könne Unterstützung als Hilfe zur Selbsthilfe wirksam werden.

Zur Finanzierung der Reisedevisen für Besucher aus der DDR erklärte der Finanzminister, es sei der Ost-Berliner Führung zuzumuten, einen Teil ihres Devisenaufkommens zur Verfügung zu stellen. Das jeweils einmal im Jahr gezahlte Begrüßungsgeld solle auch unter den Bedingungen des Der Westberliner Regierende Bürgermeister Momper (SPD) wiederholte seinen Vorschlag, das Begrüßungsgeld entfallen zu lassen und es stattdessen der Staatsbank in der DDR zum Umtausch zu überweisen.

Ein nationales Programm zur Unterstützung von Reformen forderten die SPD-Abgeordneten Ingrid Matthäus-Maier und Wolfgang Roth, um den Bürgern in der DDR das Bleiben zu erleichtern. Bundesdeutsche Unternehmen sollten mit westlichen Know-how und umfassenden Investitionen helfen.

Auch der baden-württembergische Ministerpräsident Späth (CDU) setzte sich für eine Wirtschaftshilfe ein. Die Grenzöffnung habe auch abrüstungspolitische Bedeutung.

Um die Forderung von SPD-Parteichef Vogel nach einem „runden Tisch" in der Bundesrepublik mit Regierung, Hilfsverbänden und Tarifpartnern kam es am Wochenende zum Streit. Kohl lehnte den Vorschlag mit Hinweis darauf ab, daß in Polen mit dem „runden Tisch" die Ablösung einer Diktatur begonnen habe. Die Zusammenarbeit mit den Ländern und Verbänden funktioniere. SPD-Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs sprach daraufhin von kleinlichen parteitaktischen Motiven.

Bundeskanzler Kohl wird sich wahrscheinlich Anfang Dezember außerhalb Ost-Berlins mit DDR-Staats- und Parteichef Krenz und dem dann gewählten neuen Ministerpräsidenten Modrow treffen. Das vereinbarte Kohl, der am Freitag seinen Polen-Besuch unterbrochen hatte, vor Beginn einer Sondersitzung des Kabinetts in Bonn. Kanzleramtsminister Seiters soll zur Vorbereitung am 20. November nach in Ost-Berlin reisen.

Statt 17. Juni / Gedenktag in Ost und West

Vogel: 9. November künftig feiern

Bonn (dpa). Der SPD-Vorsitzende Vogel hat den 17. Juni als nationalen Gedenktag in Frage gestellt und stattdessen den 9. November als gemeinsamen Feiertag für beide deutsche Staaten ins Gespräch gebracht. Um den Sinn des „Tages der deutschen Einheit" habe es schon immer Diskussionen gegeben, sagte Vogel am Sonntag in einem Interview. Nun könne darüber nachgedacht werden, ob nicht der 9. November „eine höhere Bedeutung" habe. Wenn es danach ginge, „was eine Volksbewegung erreicht hat", sei es naheliegend, anstatt der erfolglosen Arbeiterunruhen vom 17. Juni 1953 die Öffnung der innerdeutschen Grenzen am 9. November 1989 zu feiern.

Dresden / Verfahren gegen Offiziere geplant

DDR läßt Demonstranten frei

Berlin (AP). Die DDR läßt alle in Dresden Inhaftierten frei, die dort bei der Durchfahrt von Zügen mit DDR-Flüchtlingen aus der Bonner Botschaft in Prag an Protesten und Ausschreitungen beteiligt waren.

Die DDR-Nachrichtenagentur ADN meldete gestern das gelte auch für die Teilnehmer späterer Demonstrationen in Dresden. Gegen Sicherheitskräfte, die ihre Befugnisse überschritten hatten, werden dem Bericht zufolge Verfahren eingeleitet. Darunter befinden sich laut ADN auch Offiziere. Der Direktor des Bezirksgerichts, Siegfried Stranovsky, habe mitgeteilt, auch bereits ergangene Urteile gegen drei junge Männer würden angefochten.

KOMMENTAR:

Glatt versagt

Man muß sie gesehen haben: Die Kinder, wie sie sich an den Schaufenstern die Nasen plattdrückten. Die jungen Leute, die den Hunderter übermütig küßten, ehe sie ihn sorgfältig im DDR-Paß verstauten. Die Älteren, die den ungewohnten Schein gründlich betrachteten, bevor sie ihn im Gedränge an der Kasse aus der Hand gaben.

Wie am Schnürchen funktionierte das Auszahlen des Begrüßungsgeldes gestern in Kassel. Greifbar nahe war für die Besucher die Erfüllung ihrer Wünsche. Aber sie standen vor verschlossenen Türen.

In Duderstadt, in Eschwege, in Witzenhausen, in Bebra – überall wurde kurzfristig Personal mobilisiert, um den DDR-Bürgern diese fast kindliche Freude zu gönnen: Einmal kaufen, was das Herz begehrt und die übervollen Läden hergeben. Einmal leichtsinnig sein dürfen mit diesem unverhofften Geschenk von hundert Mark West.

Die meisten Einzelhändler im „Oberzentrum" Kassel waren die letzten beiden Tage offenbar blind und taub. Sie hatten am Samstag abend nicht Phantasie genug, wenige Stunden weiterzudenken. Entgangen ist ihnen die Chance ihres Lebens: Geld, das der Staat verschenkt, direkt in ihre Kassen zu leiten. Aber viel schlimmer ist die Enttäuschung, die sie den Besuchern bereitet haben. Sie haben glatt versagt, geschäftlich wie menschlich.

Sylvia Griffin

Bilanz des deutsch-deutschen Volksfests in Kassel

Über 20 000 waren da

Von Burghard Holz, Armin Hingst (Text) und Jochen Herzog (Fotos)

Kassel. Deutsch-deutsches Volksfest in der Kasseler Innenstadt: Über 20 000 Menschen aus der DDR nutzten am Wochenende die Öffnung der Staatsgrenze zu einem spontanen Besuch in Nordhessen und verwandelten die City an beiden Tagen in ein riesiges fröhliches Menschenmeer.

Reibungslose Auszahlung

Die Mitarbeiter der Rathäuser in Kassel und den umgrenzenden Städten und Gemeinden sorgten trotz des Massenandrangs für eine reibungslose Auszahlung des Besuchergeldes; die Hilfsorganisationen leisteten Tausende von freiwilligen Arbeitsstunden, um die Gäste zu verpflegen und unterzubringen; die Bürger in Kassel und Umgebung empfingen die Besucher aus dem Osten mit großer Herzlichkeit. Allein der Einzelhandel träufelte einen dicken Wermutstropfen in den Freudenbecher. „Wir sind zweimal überrascht, aber nicht überrollt worden", zog ein übermüdeter Klaus Angermann, der Leiter der eigens eingerichteten Koordinationsstelle, gestern abend überaus zufrieden Bilanz.

Oberbürgermeister Hans Eichel sprach von einer „Generalprobe", auf die sich die Stadt rechtzeitig eingerichtet und die sie deshalb größtenteils mit Bravour bestanden habe. Das erste Lob richtete der OB an die Bevölkerung, die die Gäste „so freundlich aufgenommen hat, wie man es sich nur vorstellen kann". Den Besuchern aus der DDR bescheinigte er, mit „großem Verständnis und Disziplin aufgetreten" zu sein. Eine Lobeshymmne sang Eichel auch auf die Hilfsorganisationen – Johanniter Unfallhilfe, Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz, Technisches Hilfswerk, Freiwillige Feuerwehren – sowie auf die Mitarbeiter im Rathaus, im Landratsamt und bei der Berufsfeuerwehr.

Allein beim Handel habe es „nicht geklappt", zeigte sich der Oberbürgermeister enttäuscht über die überwiegend geschlossenen Geschäfte in der Innenstadt. Obwohl sich Mitarbeiter des Rathauses laut Magistratssprecher Hans-Jochem Weikert gestern morgen „die Finger wund gewählt" hatten, um die Einzelhändler aus ihrem „Tiefschlaf" zu wecken und sie zum Öffnen zu überreden, ließen sich nur einige wenige von der lukrativen Einnahmequelle locken.

Nicht nur im Rathaus und – laut Eichel – bei der Industrie- und Handelskammer stieß die Tatenlosigkeit des Handels auf Verwunderung, vor allem die Kasseler Bevölkerung reagierte stocksauer, weil sich die Gäste dadurch viele Wünsche nicht erfüllen konnten. Umso größer war Eichels Dank an diejenigen, die gestern ihre Läden geöffnet oder spontane Verkaufsstände organisiert hatten.

„Zu spät erfahren„

Dr. Karl Schumann, der Vorsitzende des Einzelhandelsverband Hessen-Nord, wies gestern abend die Vorwürfe entschieden zurück und betonte, der Einzelhandel habe zu spät von der Aufhebung der Ladenschlußzeiten erfahren und sei nicht mehr in der Lage gewesen, darauf zu reagieren.

BANANEN und anderes Obst sowie Kaffee und Toilettenartikel standen ganz oben auf der Einkaufsliste der Besucher aus der DDR. Während ein Händler gestern das Kilo Bananen für 1,49 Mark anbot, mußten die Gäste anderswo fast das Doppelte bezahlen. Einige Händler mußten sich sogar den Vorwurf gefallen lassen, die wenig zahlungskräftigen DDR-Bürgern zu übervorteilen.

Kurioses am Rande

Feuerwache als Trabbiwerkstatt

Die Kasseler Berufsfeuerwehr entwickelte sich am Wochenende zum Trabbi-Experten. Zahlreichen Autofahrern aus der DDR, die Probleme mit ihren Karossen hatten, halfen die Feuerwehrmänner fachmännisch aus der Patsche. In einem Fall wurde gar eine gebrochene Antriebswelle wieder flott gemacht.

Zitate

„Sonst muß ich für 100 Mark tausend Formulare ausfüllen, heute kriege ich 50 000 Mark einfach so in die Hand gedrückt." (Ein Mitarbeiter des Rathauses, der Begrüßungsgeld an DDR-Bürger auszahlte).

Nachdem Klaus Angermann, der Leiter der Koordinationsstelle im Kasseler Rathaus, vor der Presse mitgeteilt hatte, daß die Besucher aus der DDR kostenlos die Busse und Bahnen der KVG benutzen dürfen, kam es zu folgendem Gespräch zwischen Wolfram Bremeier, dem KVG-Vorstandsvorsitzenden, und Magistratssprecher Hans Jochem Weikert. Bremeier: „Wer hat denn das entschieden?" – Weikert: „Der Vorstandsvorsitzende der KVG, Wolfram Bremeier." – Bremeier: „Ach so."

SPONTANE HILFSBEREITSSCHAFT in Kassel-Bettenhausen: Mitglieder des Polizei-Funk-Clubs Kassel sowie private Funkergruppen fingen die Besucher aus der DDR an der Stadtgrenze ab und organisierten Autokonvois, die dann von der Polizei in die Innenstadt und die Randgemeinden geleitet wurden. Hier wie auch anderswo begrüßten zahlreiche Anwohner die Gäste mit Kuchen, belegten Broten, Kaffee und Tee. Auch am Hallenbad Ost wurden die Besucher aus der DDR am Samstag von einem privaten Begrüßungskomitee in Empfang genommen und bewirtet. Die HNA versorgte die DDR-Bürger gestern morgen mit einer Ausgabe der „Sonntagszeit", der sie wichtige Hinweise für ihren Aufenthalt in Kassel und in der Region entnehmen konnten, und lud sie zu einem kostenlosen Mittagessen ins Kasino des Presse + Druckzentrums ein.

Gutes Zusammenspiel der Helfer

Umso besser die Reaktion im Kasseler Rathaus, im Landratsamt, und in den Gemeinden des Landkreises. Überall meldeten sich freiwillige Helfer, um die Auszahlung des Besuchergeldes zu beschleunigen.

Ihren Höhepunkt erreichte die Völkerwanderung gestern gegen 6 Uhr, als sich etwa 6000 Besucher aus der DDR vor dem Kasseler Rathaus einreihten und eine mehrere hundert Meter lange Schlange bildeten. Insgesamt wurden im Rathaus gestern 8000 Gäste begrüßt, am Samstag waren es 6000 gewesen. Im Landratsamt holten sich an beiden Tagen knapp 2000 DDR-Bürger das Besuchergeld ab, in den Altkreisgemeinden wurden 4700 Anträge bearbeitet.

Die Schwerpunkte lagen zum einen – zwangsläufig – in Kaufungen (2500 Besucher) sowie in Lohfelden und Niestetal, wohin die Polizei die Besucher im Konvoi führte, um das Kasseler Rathaus zu entlasten. Um den Andrang zu bewältigen und das Bargeld von insgesamt zwei Millionen Mark zu organisieren, wurden teilweise sämtliche bürokratischen Formalitäten über den Haufen geworfen. In einem Fall transportierte die Polizei 150 000 Mark sogar in einer Plastiktüte.

Hochbetrieb herrschte an beiden Tagen auch am Info-Bus am Hauptbahnhof, der vielen Besuchern als erste Anlauf- und in den Nächten als Auszahlungsstelle diente. Nur wenige Meter entfernt, im 900 Plätze bietenden Zivilschutzbunker am Hauptbahnhof, übernachteten „in Wechselschicht" über 3000 Besucher. Zudem teilten die Hilfsorganisationen dort rund 10 000 kalte Mahlzeiten aus. Zusätzlich zu den Plätzen in Bunkern standen Betten in der Fritz-Erler-Kaserne in Rothwesten zur Verfügung. Darüber hinaus vermittelte die Berufsfeuerwehr 270 Schlafplätze, die Kasseler Privatpersonen angeboten hatten.

Mit Einbruch der Dunkelheit wurden die Trabbis, Wartburgs und Ladas, die zwei Tage das Bild auf fast allen Parkplätzen der Stadt geprägt hatten, gestartet und die Rückreisewelle setzte sich in Bewegung. Spätestens am nächsten Wochenende wollen die meisten wieder zu Besuch kommen.

Feuerwehr vermittelt Betten

Kassel (b). Da weiterhin mit Besucherandrang aus der DDR gerechnet wird, bleibt der Info-Bus der Berufsfeuerwehr vorerst Anlaufstelle am Hauptbahnhof. Unter den Rufnummern 7 16 70 und 7 88 40 nimmt die Feuerwehr Übernachtungsangebote von Privatpersonen entgegen und vermittelt sie. Die Auszahlungsstelle für das Besuchergeld im Lesezimmer des Rathauses öffnet heute um 7 Uhr.

HNA

HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE ALLGEMEINE

HESSISCHE ALLGEMEINE

KASSEL
1 P 3713 A

UNABHÄNGIG · KASSELER ZEITUNG · NICHT PARTEIGEBUNDEN

Preis 1,10 DM · Nr. 266 · Dienstag, 14. 11. 1989 · Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3

ADN-Mitteilung

Weizsäcker bald in DDR?

Berlin (AP). Bundespräsident von Weizsäcker möchte in absehbarer Zeit die DDR besuchen, nach Ostberliner Angaben möglicherweise noch vor Weihnachten. Dieser Termin wurde vom Präsidialamt in Bonn jedoch nicht bestätigt.

Wie die DDR-Nachrichtenagentur ADN mitteilte, habe von Weizsäcker seinen Wunsch bei einem überraschenden Besuch am Potsdamer Platz gestern morgen gegenüber einem DDR-Grenzer geäußert.

Nationalelf

Wirbel um Dorfner

Wirbel um Fußball-Nationalspieler Hans Dorfner (Foto) zwei Tage vor dem WM-Qualifikationsspiel gegen Wales. Der Münchner hatte aus dem Trainingslager seinen Vereinstrainer Heynckes öffentlich scharf kritisiert. Siehe Sport

Aids-Infizierung

Leben gefährdet

Zum erstenmal hat der Bundesgerichtshof die Verurteilung eines Aids-Infizierten, der einen Partner durch ungeschützten Sexualverkehr angesteckt hat, wegen gefährlicher Körperverletzung bestätigt. Siehe „Blick in die Zeit".

DDR-Probleme

Was zu tun ist

Die deutsch-deutsche Euphorie vom letzten Wochenende weicht nüchterner Betrachtung der bleibenden Probleme. Woran die DDR-Wirtschaft krankt und was sofort geschehen muß, steht auf einer Politik-Sonderseite. Siehe Kommentar.

Janssen 60

Genialer Zeichner

Der Hamburger Grafiker und Zeichner Horst Janssen (Foto), eine der großen Begabungen unserer Zeit, wird heute 60 Jahre alt. In den letzten Jahren ist Janssen auch häufiger mit literarischen Texten an die Öffentlichkeit getreten. Siehe Kultur

Zum Tage

Im Galopp

Das sozialistische System der DDR ist von galoppierender Schwindsucht befallen. Kein Tag vergeht, an dem nicht ein Götze stürzt und ein Dominostein fällt. Was eben noch Antwort war, wird bereits wieder infragegestellt.

Dabei sind Überraschungen schon die Regel. Präsident der Volkskammer wurde ein bisher fast Unbekannter. Die erste geheime Abstimmung wirkte sich aus. Doch die eigentliche Situation ist, daß die SED freiwillig die Führungsposition räumte, auf der Egon Krenz noch besteht. Sie trat zur Wahl gar nicht erst an.

Das strahlt aus. Aus den Reihen der lange gefügsamen Blockparteien ertönt der Ruf, die Nummer 1 in Staat und Verfassung zur Disposition zu stellen. Das zu Ende gedacht, bedeutet den freien Wettbewerb und damit die Zulassung unabhängiger Parteien. Diesen Sauerstoff will dem Staat der in solcher Therapie bewanderte Manfred von Ardenne zuführen. Daß Marx nur zu Murks führt, weckt seine Forderung nach einer sozialistischen Marktwirtschaft.

Statt Welten trennen demnach, in der Vision nur noch, Winkel und Nischen die DDR von der Bundesrepublik. Die Annäherung erfolgt rasant. Daß ein Reformpolitiker vom Schlage des unverdächtigen Hans Modrow Ministerpräsident werden soll, galt vor kurzem noch als Verheißung. Inzwischen sind auch Träume und Wünsche reformiert. Als Exponent der SED haftet seinem Ruf auch deren Ruch an. Seine Zeit der Bewährung wird kurz sein. Alfred Brugger

DDR / Nach Wahl zum Regierungschef

Modrow strebt Koalition an

Berlin (dpa/AP). Die DDR-Volkskammer hat gestern abend den Dresdner Reformpolitiker Hans Modrow (61) zum neuen Regierungschef gewählt. Ohne Aussprache stimmten die rund 500 Parlamentarier bei einer Gegenstimme per Handzeichen für Modrow.

Kurz nach seiner Wahl erklärte der 61jährige im DDR-Fernsehen, er habe ein schweres Amt übernommen, „das sehr harte Arbeit" bedeute. Die Kraft dafür finde er in der Bescheidenheit, sagte der SED-Politiker. Modrow strebt *nach seinen Worten* eine „echte Koalitionsregierung" an. Alle Parteien *müßten nun* „kompetente Leute" dafür vorschlagen. Erste Gespräche darüber sollen bereits heute stattfinden. Für den 17. November kündigte Modrow seine Regierungserklärung und die Kabinettsliste an.

Bei der ersten geheimen Abstimmung in der DDR-Volkskammer war es am Morgen zu einer Überraschung gekommen: In der ersten Stichwahl ihrer Geschichte wählte die Volkskammer den Vorsitzenden der DDR-Bauernpartei, Günter Maleuda, zum neuen Parlamentspräsidenten. Der allgemein als Favorit gehandelte Liberal-Demokrat Manfred Gerlach erhielt 230 Stimmen, 16 weniger als Maleuda.

Der 58jährige, der die Nachfolge des SED-Politikers Sindermann antrat, sprach sich für große Bürgernähe aus, um das verlorene Vertrauen zurückzugewinnen. Jetzt sollte nicht nur „in den Rückspiegel" geschaut, sondern beispielsweise ein neues Wahlgesetz ausgearbeitet werden.

Maleuda: „Ich verweise hier auf die oberflächliche Arbeit mit dem Reisegesetz. So etwas darf *uns in der Vorbereitung zur Ge*setzgebung nicht wieder passieren." Eine Zusammenarbeit mit den Bürgerbewegungen wie dem Neuen Forum könne er sich nicht nur vorstellen, „ich glaube, dazu sind wir verpflichtet".

Ein Porträt des neuen Volkskammerpräsidenten Maleuda finden Sie auf „Themen des Tages".

Die gestrige ganztägige Volkskammer-Debatte wurde von Abgeordneten als eine „Lernstunde der Demokratie" bezeichnet. Dabei wurde auch Kritik an den Politikern der abgetretenen Führung geübt.

Gestern abend beschloß das Zentralkomitee der SED erwartungsgemäß einen außerordentlichen Parteitag. Er soll vom 15. bis 17. Dezember in Ost-Berlin stattfinden.

dpa cg **Siehe „Zum Tage" und Bericht nächste Seite**

UNERWARTETE NIEDERLAGE für Manfred Gerlach (Mitte): Die DDR-Volkskammer wählte gestern nicht den Chef der Liberaldemokraten zum neuen Parlamentspräsidenten, sondern den Vorsitzenden der Bauernpartei, Günter Maleuda (links). Die SED von Egon Krenz (rechts) hatte keinen Kandidaten aufgestellt. (dpa-Funkbild)

DDR-Besucher / 5,2 Millionen Visa ausgestellt

Wieder kamen über 100 000

Berlin/Hamburg (dpa/AP). Auch am ersten Arbeitstag nach dem deutsch-deutschen Wiedersehensfest vom Wochenende nutzten gestern wieder über 100 000 DDR-Bürger die offenen Grenzen für einen Kurzbesuch im Westen. Einige Städte wie Lübeck waren wieder mit DDR-Autos vollgestopft. West-Berlin atmete nach dem Massenansturm auf, der Besucherstrom ging deutlich zurück.

Seit Öffnung der DDR-Grenzen am Donnerstag abend sind nach inoffiziellen Schätzungen bislang weit über drei Millionen DDR-Bürger in die Bundesrepublik und nach West-Berlin gekommen - und fast alle wieder *zurückgekehrt. Die DDR hat be*reits über 5,2 Millionen Visa für Privatreisen in den Westen ausgestellt, 10 754 Menschen wurde die Übersiedlung genehmigt.

Gleichzeitig öffnete die DDR am Montag neue Grenzübergänge, zwei in Berlin und jeweils einen in Hessen (für Fußgänger bei Altenburschla im Werra-Meißner-Kreis) und in Bayern. Zwei weitere Mauerdurchbrüche sind für heute angekündigt. Westberliner können zudem von sofort an mit Fahrrädern und Motorrädern nach Ost-Berlin und die DDR fahren, teilte Senatssprecher Kolhoff mit.

Sperrzone aufgehoben

Mit sofortiger Wirkung hob die DDR außerdem die seit 37 *Jahren* bestehende Sperrzone im Grenzgebiet zur Bundesrepublik auf - eine weitere „Maßnahme im Interesse weiterer Erleichterungen für die DDR-Bürger", wie es offiziell in Ost-Berlin hieß. Damit können DDR-Bürger jetzt wieder ohne Kontrollen und Beschränkungen bis unmittelbar zur Grenze gehen. Auch wurde der Schießbefehl nun auch offiziell außer Kraft gesetzt.

Das Innenministerium in Ost-Berlin teilte gestern zudem mit, für Angehörige und Zivilbeschäftigte der DDR-Volkspolizei sowie der anderen Organe des Ministeriums seien die liberalisierten Regelungen für Privatreisen ebenfalls gültig.

Keine Chance dagegen für *Wolf Biermann: der 1976* ausgebürgerte Liedermacher hat erneut keine Einreisegenehmigung erhalten, teilte der Ostberliner Pfarrer Reiner Eppelmann mit.

Immer weniger wollen im Westen bleiben

Bonn/Hamburg (dpa/AP). Im Strom der Millionen DDR-Besucher sind nach wie vor Tausende von Menschen, die in der Bundesrepublik bleiben wollen. Allerdings geht ihre Zahl zurück. Von Sonntag bis gestern früh kamen deutlich weniger DDR-Übersiedler in die Bundesrepublik als an den Vortagen. Von den knapp 416 000 DDR-Bürgern, die über die offene Grenze in die Bundesrepublik einreisten, wollten nach Angaben des Bundesinnenministeriums 3456 in der Bundesrepublik bleiben. Am Vortag hatten sich von etwa 280 000 Besuchern aus der DDR knapp 11 500 als Übersiedler gemeldet. Nicht enthalten ist in den Zahlen Berlin, wo die Situation unübersichtlich war. Unklar ist auch, wieviel Übersiedler in die DDR zurückkehren wollen. Das Deutsche Rote Kreuz stellt sich auf eine „beträchtige Zahl" ein.

Mit der Bereitstellung von 10 000 neuen Unterkünften für DDR-Übersiedler haben die Sozialversicherungsträger erstmals den Plan von Arbeitsminister Blüm unterstützt, Neuankommenden rasch eine vorübergehende Bleibe in Kur- und Erholungsheimen zu verschaffen.

Die Ausreisewelle hat auch die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter erfaßt. „Wir verzeichnen ein ungeheuer dramatisches Ansteigen der gemeldeten Gewaltakte aus der DDR, weil uns durch die Übersiedler mehr Informationen zur Verfügung stehen", erklärte gestern ein Sprecher der Erfassungsstelle. Er stellte bei weiterer Entwicklung in der DDR die Existenz seiner Behörde in Frage: „Wenn die Amnestie in der DDR greift und das politische Strafrecht weitgehend wegfällt, dann entfällt der größte Teil dessen, was wir zu registrieren haben."

Demonstrationen

400 000 fordern freie Wahlen

Berlin (dpa). Vier Tage nach Einführung der neuen Reiseregelung haben gestern abend über 400 000 Bürger in der DDR wieder für Reformen demonstriert. Gefordert wurden freie Wahlen und eine „dauerhafte, gesetzlich verbriefte Reisefreiheit". In Sprechchören und auf Transparenten wurden weitere wirksame Reformen verlangt. So hieß es zum Beispiel in Leipzig: „Die Mauer hat ein Loch, aber weg muß sie doch", „Freie Wahlen, wahre Zahlen" und „Egon, rück' das Westgeld raus".

Demonstrationen gab es außer in Leipzig unter anderem auch in Dresden, Cottbus, Halle und Neubrandenburg.

Besucher aus DDR

HBV für früheren langen Samstag

Düsseldorf (dpa). Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) hat angesichts des starken Besucherandrangs aus der DDR vorgeschlagen, einen der vier langen Einkaufssamstage in der Vorweihnachtszeit auf den kommenden Samstag vorzuziehen. „Vor dem Hintergrund der Öffnung der Grenze sollten wir flexibel reagieren und allen Besuchern Berlins sowie der grenznahen Gebiete am kommenden Samstag Einkaufsmöglichkeiten bis 18 Uhr bieten", erklärte der zweite Vorsitzende der Gewerkschaft HBV, Steinborn. Als Ausgleich dafür sollte auf den langen Samstag am 23. Dezember verzichtet werden.

‚Kein Gedanke an Abriß'

Modrow: Mauer bleibt vorerst

Hamburg (dpa). Die DDR plant offenbar nicht den Abriß der Berliner Mauer. „Im Moment haben wir daran überhaupt keinen Gedanken", erklärte DDR-Regierungschef Modrow in einem Interview der „Bild"-Zeitung. Berlins Regierender Bürgermeister Momper stehe in seinem Teil der Stadt doch in einer „gleichen Furcht. Der kommt ökonomisch auch nicht zurecht", meinte Modrow. Über eine Öffnung des Brandenburger Tores werde dagegen demnächst mit der Bundesregierung zu sprechen sein.

Für die DDR stelle sich noch eine andere Frage: „In unserem Staat gibt es nur geringe Kriminalität, kaum Aids, Rauschgift ist so gut wie unbekannt." Wenn eine offene Grenze all dies „herüberschleudert, dann habe ich als Ministerpräsident für meine Politik auch keine Chance".

Nach Einschätzung Björn Engholms geht die SED „konsequent den Weg zu freien Wahlen". Nach einem Gespräch mit Modrow in der Nacht zum Montag erklärte der Kieler Regierungschef, daß in Ost-Berlin seiner Ansicht nach erwogen werde, den auf das Frühjahr 1991 festgelegten Wahltermin in das kommende Jahr vorzuverlegen.

Die endgültigen Quoten

Lotto: Gewinnklasse I 1 215 701,20 DM; II 59 788,50 DM; III 9589,20 DM; IV 143,20 DM; V 10,30 DM.

Toto:

Auswahlwette: I. 1 278 843,70 DM; II. 57 370,90 DM; III. 1517,70 DM; IV. 42,10 DM; V. 4,60 DM. – **Ergebniswette:** I. 5302,80 DM; II. 181,60 DM; III. 17,90 DM.

Rennquintett:

Rennen A: Gewinnklasse I 870,50 DM; II 95,10 DM.

Rennen B: Gewinnklasse I 47,70 DM; II 16,30 DM.

Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 84 803,40 DM.

(Ohne Gewähr)

Namen und Nachrichten

Engholm mit Momper-Paß

Auf unbürokratische Weise gelangte der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Engholm (Foto) am Wochenende beim Grenzübergang Checkpoint Charlie nach Ostberlin. Da er seinen Paß vergessen hatte, half ihm eine Notiz seines Parteigenossen Walter Momper. Auf einen Flugplan schrieb der Regierende Bürgermeister Berlins: „Bitte Ministerpräsident Björn Engholm, der seinen Paß vergessen hat, einen kurzen Besuch nach Berlin (Ost) ermöglichen".

Neubauer hört auf

Nach einjähriger Amtszeit verzichtet der Bundesvorsitzende der FDP-Nachwuchsorganisation Junge Liberale (Julis), Georg Neubauer, auf eine weitere Kandidatur. Als Grund für seinen Verzicht gab der 31jährige berufliche Prioritäten an. In den Reihen der Julis waren Neubauer mangelnde Aktivitäten vorgeworfen worden.

Zahnarzt als DDR-Spion

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hat gegen einen Zahnarzt aus der DDR Anklage wegen Spionageverdachts erhoben. Der Zahnarzt soll dem DDR-Ministerium für Staatssicherheit (Stasi) nach mehreren Besuchen der Bundesrepublik über das Kontrollverfahren an der Grenze berichtet und versucht haben, alles über eine Person herauszufinden, von der der Stasi angenommen habe, daß sie beim Bundesnachrichtendienst arbeite. Der Zahnarzt befindet sich seit dem 16. Juli in Untersuchungshaft.

200 000 für Abtreibung

Mit Massenkundgebungen haben am Sonntag in 120 Städten der USA mehr als 200 000 Menschen für das Recht von Frauen auf Abtreibung demonstriert. Allein in Washington versammelten sich nach Angaben der „Los Angeles Time" 150 000 Menschen, darunter zahlreiche Politiker und Kandidaten der Gouverneurs- und Kongreßwahlen 1990. Organisiert hatte die Kundgebungen die „Pro Choice"-Bewegung, nachdem der Oberste Gerichtshof der USA den Bundesstaaten die Möglichkeit eingeräumt hatte, das liberale Abtreibungsgesetz einzuschränken.

Demo in Sofia geplant

Um Bulgariens neuen Parteichef Petar Mladenow (Bild) zur demokratischen Reformpolitik zu ermuntern, haben die sechs Oppositionsgruppen des Landes für Samstag in Sofia zu einer Großdemonstration aufgerufen. Dies teilte Professor Peter Beron von der Umweltgruppe „Öko-Glasnost" mit. Die Ablösung von Todor Schiwkow, dem früheren Parteichef, „kann nur der Anfang sein", meinte Beron. Es seien „viel radikalere Reformen nötig".

Funktionäre müssen ran

Höhere kommunistische Parteifunktionäre Chinas müssen künftig 15 Tage jährlich körperliche Arbeit leisten. Das gestern die Parteizeitung Renmin Ribao. Die Kader sollten auf diese Weise vor Ort „von den Arbeitern an der Basis lernen und ein besseres Verständnis für deren Probleme entwickeln." Die Arbeitsleistungen der Funktionäre sollen jährlich bewertet und die Beurteilung auch veröffentlicht werden.

Deutschlandpolitik / Zusicherung an EG und Nato

Genscher: Kein Bonner Alleingang

Brüssel (dpa/AP). Bundesaußenminister Genscher hat den westlichen Verbündeten zugesichert, daß die Bundesrepublik angesichts der Ereignisse in der DDR auf keinen Fall einen nationalen Alleingang unternehmen werde. Die Bundesregierung werde die Integrationspolitik in der Europäischen Gemeinschaft und in der Nato konsequent fortsetzen, erklärte Genscher gestern in Brüssel während der Ministertagung der Westeuropäischen Union.

Genscher bezeichnete es als „absolut verfrüht", schon jetzt im Kreis der ehemaligen Siegermächte USA, Frankreich, Großbritanniens und Sowjetunion über die weitere Entwicklung der Ereignisse zu beraten.

Der SPD-Politiker Bahr sprach sich für eine Vier-Mächte-Konferenz unter Beteiligung der beiden deutschen Staaten aus. Es sei jetzt an der Zeit, „daß wir von einigen Überresten der Besatzungszeit oder der Besatzungsmentalität selbst frei werden und diese Zöpfe abschneiden". Bahr: „Dieser ganze Quatsch mit diesen alten Besatzungsrechten muß jetzt zu Ende sein."

Dagegen meinte der Parteiratsvorsitzende Gansel, jetzt die Siegermächte für weiterreichende Lösungen deutsch-deutscher Probleme verantwortlich machen zu wollen, sei ein „Mangel innerer Souveränität". Wer heute noch von „Besatzungsmächten" rede, leiste Ressentiments vorschub.

Die SPD erneuerte unterdessen ihr Angebot für ein „Höchstmaß an Gemeinsamkeit" bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben. Bundesgeschäftsführerin Fuchs rückte dabei allerdings von dem Begriff des „runden Tisches" ab. Die SPD wolle aber solche Koordinationsstellen nun in den von ihr regierten Bundesländern einrichten. Der Westberliner Senat warf der Bundesregierung „Untätigkeit" in der Deutschlandpolitik vor.

Gegen die Idee des „runden Tisches" wandte sich auch FDP-Chef Lambsdorff. Der Begriff sei durch Polen „verbraucht". Der „runde Tisch" in der Bundesrepublik sei das Parlament.

Einladung zu EG-Gipfel

Der französische Staatspräsident Mitterrand hat unterdessen Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft (EG) für Samstag nach Paris zu einem Sondergipfel eingeladen, um über die neue politische Lage in Europa zu diskutieren. Auch der Präsident der EG-Kommission, Delors, soll an dem Treffen teilnehmen.

Siehe auch Kommentar

In Zigaretten

EG begrenzt Teergehalt

Brüssel (AP). Den Zigarettenrauchern in der Europäischen Gemeinschaft wird der starke Tobak entzogen. Die Gesundheitsminister der zwölf EG-Länder haben am Montag eine Verordnung verabschiedet, wonach von Ende 1992 an nur noch Zigaretten mit einem Höchstgehalt von 15 Milligramm Kondensat (Teergehalt) pro Stück verkauft werden dürfen. Bis Ende 1997 soll der höchstzulässige Teergehalt dann auf zwölf Milligramm gesenkt werden.

Vorgeschrieben sind künftig auch mindestens zwei auf der Packung aufgedruckte Warnungen vor gesundheitlichen Schäden. Unter anderem: „Rauchen verursacht Herz- und Gefäßkrankheiten". Die Minister wollen damit bis zum Jahr 2000 die Zahl der Todesfälle durch Krebserkrankung um 15 Prozent drücken.

Guerilla-Offensive

350 Tote in El Salvador

San Salvador (AP). Die salvadorianische Guerillabewegung Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) hat den Norden der Hauptstadt San Salvador unter ihre Kontrolle gebracht. Der rechtsextreme Präsident Cristiani verkündete währenddessen am Sonntag abend den landesweiten Belagerungszustand. Die Kämpfe zwischen den linken Rebellen und der Armee waren die schwersten seit Beginn des Bürgerkriegs vor zehn Jahren.

Nach amtlichen Angaben wurden mindestens 350 Menschen getötet und Hunderte verwundet. Das Rote Kreuz teilte mit, in vielen Gebieten sei medizinische Hilfe unmöglich.

Die Rebellen hatten die Offensive angekündigt, nachdem Gespräche zwischen ihnen und der Regierung kürzlich gescheitert waren.

FDP-Politiker gegen gemeinsamen Feiertag am 9. November

Als positiv bewertete Bundesinnenminister Schäuble (CDU) gestern Überlegungen für einen gemeinsamen Feiertag von Bundesrepublik und DDR am 9. November. Entscheidend sei, daß an einem „Tag der Deutschen Einheit" festgehalten werde.

Gegen das Datum 9. November wandten sich FDP-Politiker. Dies sei ein „problematischer Tag für die Deutschen", sagte Generalsekretärin Schmalz-Jacobsen. Parteichef Lambsdorff erinnerte daran, daß der 9. November auch der Tag der Kapitulation im Ersten Weltkrieg, der Tag des Hitler-Marsches auf die Feldherrenhalle und die sogenannte Reichskristallnacht gewesen sei.

EIN DREIEINHALBSTÜNDIGES GESPRÄCH führten am Sonntagabend Polens Staatspräsident Jaruzelski und Bundeskanzler Kohl. Im Mittelpunkt stand die Grenzfrage. Dazu erklärte Bonns Regierungssprecher Klein, daß trotz der Rechtslage Formeln gefunden werden könnten, die der schwierigen Situation auch psychologisch gerecht würden. (dpa-Funkbild)

Polenreise / „Internationales Judentum"

Klein zieht umstrittene Formulierung zurück

Warschau (dpa). Äußerungen von Regierungssprecher Klein (CSU) über das „internationale Judentum" haben am Montag in Warschau am Rande des Polenbesuchs von Bundeskanzler Kohl für Aufregung gesorgt. Klein nahm nach einem klärenden Gespräch mit dem Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, diese Formulierung zurück und versicherte, er werde sie nicht mehr verwenden. Galinski sagte daraufhin: „Die Sache ist aus der Welt."

Klein hatte in Pressekonferenzen zur Verschiebung der Kanzlervisite im ehemaligen KZ Auschwitz, die ursprünglich am jüdischen Feiertag Sabbat (Samstag) geplant war und dann auf heute verlegt wurde, von „Sensibilitäten des internationalen Judentums" gesprochen. Galinski, der von Kohl in die offizielle Kanzlerdelegation bei der Polenreise aufgenommen worden war, erklärte dazu: „Das war ein Begriff während der Nazizeit, um uns Juden zu diskriminieren und zu diffamieren. Diesen Begriff kenne ich nicht unter uns Juden.". Klein versicherte anschließend, er habe „nicht im Traum" daran gedacht, sich des NS-Sprachgebrauchs zu bedienen. Der heute 76jährige Galinski war von 1943 bis 1945 selbst Häftling im Konzentrationslager Auschwitz, wo seine Frau und seine Mutter umgebracht wurden.

Kohl wirbt um Verständnis

Bundeskanzler Kohl hat gestern um Verständnis für den Wunsch der Deutschen nach Selbstbestimmung geworben. Bei der Verleihung der Ehrendoktorwürde an der katholischen Universität Lublin räumte er aber ein, es gehe nicht nur die Deutschen an, „ob und wie sie ihr Schicksal frei bestimmen und ob sie ihren Weg mit oder gegen die Nachbarn gehen". Kohl forderte eine „gerechte und dauerhafte Friedensordnung, in der auch das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt". Kohl erhielt die Auszeichnung für seinen Einsatz zur Aussöhnung zwischen den Völkern.

Am Sonntag abend hatte Kohl in einem dreieinhalbstündigen Gespräch mit dem polnischen Staatspräsidenten Jaruzelski „ungewöhnlich offen" über die Lage in der DDR gesprochen.

Siehe „Themen des Tages"

Aussprache in DDR-Volkskammer / Stoph übt Selbstkritik

Abrechnung mit alten Fehlern

Berlin (AP). In der Ostberliner Volkskammer hat am Montag eine ungewöhnlich offene Aussprache über die innenpolitische Krise in der DDR stattgefunden. Redner mehrerer Fraktionen rechneten in schonungsloser Offenheit mit den Fehlern der vergangenen Jahrzehnte ab.

Der frühere DDR-Ministerpräsident Stoph (SED) übte offen Selbstkritik, griff aber auch die Politik des früheren Staats- und Parteichefs Honecker an. Der von ihm geführte Ministerrat, so Stoph, sei in der Vergangenheit seinen „verfassungsmäßigen Pflichten nicht voll nachgekommen".

Stoph erklärte, die Regierung habe „verabsäumt", der höchsten Volksvertretung „Rechenschaft über ihre Arbeit abzulegen und sie auf die neu entstandenen Entwicklungsprobleme" im Land aufmerksam zu machen. Stoph griff neben Honecker auch den inzwischen aus dem SED-Zentralkomitee ausgeschlossenen DDR-Wirtschaftsführer Mittag an. Beide hätten eine selbstherrliche Politik betrieben und einsame Entscheidungen getroffen.

SED-Politbüromitglied Werner Jarowinsky verlangte eine Stärkung des Parlaments und eine bessere Kontrolle der Regierung, in der künftig die vier kleineren Blockparteien neben der SED einen größeren Einfluß erhalten müßten als bisher. Zugleich bekräftigte Jarowinsky den Willen seiner Partei zur politischen Wende in der DDR und sprach sich für freie Wahlen in der DDR aus.

Jarowinksy sagte, die „politische Arroganz" der bisherigen Staats- und Parteiführung sei schuld an den Problemen, sie habe die Regierungsarbeit eingeschränkt und Entscheidungen ohne die erforderliche kollektive Beratung durchgesetzt. Jarowinsky verlangte die uneingeschränkte Verwirklichung der Menschenrechte in die DDR und die öffentliche Kontrolle aller staatlichen Entscheidungen.

Der bekannte Dresdner Wissenschaftler Manfred von Ardenne schlug die umfangreichsten wirtschaftlichen Veränderungen vor, die in der DDR bisher öffentlich zur Diskussion gestellt worden sind. Als Vertreter des Kulturbundes plädierte er ferner für Zulassung und Entfaltung unabhängiger Parteien und alternativer Gruppierungen auf dem Boden der Verfassung.

Notwendig sei weiter der Abbau unverdienter Privilegien und die Auswechslung inkompetenter Fachleute.

Der 82jährige sprach von einem „erschreckenden Wirtschaftsgefälle" zwischen der Bundesrepublik und der DDR.

Aussiedlerheime

Gericht erlaubt Bau in Wohngebiet

Münster (AP). Das Oberverwaltungsgericht Münster hat eine einstweilige Anordnung gegen den Bau von Übergangswohnheimen für Aussiedlerfamilien abgelehnt. Grundstücksnachbarn hatten die von der Gemeinde begonnene Errichtung von zwei Doppelhäusern in einem reinen Wohngebiet verhindern wollen. Die Bausubstanz entspräche jedoch den Festsetzungen des Bebauungsplanes, entschied das Gericht.

Bundestag / CSU

Zimmermann nicht mehr Direktkandidat

Landshut (dpa). Bundesverkehrsminister Zimmermann ist gestern abend bei der Nominierung des CSU-Direktkandidaten zur Bundestagswahl 1990 im niederbayerischen Wahlkreis Landshut gegen einen 34jährigen Bewerber unterlegen. Zimmermann (64) hatte den Wahlkreis seit 1957 in Bonn vertreten. Ihm wurde von den Delegierten vorgehalten, daß er in den vergangenen Jahren so selten im Wahlkreis war.

Außenhandels-Staatssekretär: Zunächst Annäherung

DDR hält EG-Mitgliedschaft nicht für ausgeschlossen

Paris (dpa). Die DDR hält langfristig einen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft für möglich. „Wir schließen den Gedanken langfristig nicht aus", sagte der DDR-Staatssekretär für Außenhandel, Christian Meyer, dem Wirtschaftsblatt „La Tribune de l'Expansion". „Für den Augenblick" wünsche Ost-Berlin jedoch nur eine „Annäherung an den Gemeinsamen Markt".

Meyer erklärte das Interesse der DDR, noch vor dem Jahresende mit der EG ein Wirtschaftshilfe-Abkommen zu schließen. „Wir sind bereit, die Verhandlungen so schnell wie möglich wieder aufzunehmen, um das Projekt zum Abschluß zu bringen".

HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE
ALLGEMEINE

Herausgeber
Rainer Dierichs, Dr. Dietrich Batz, Achim von Roos

Chefredakteur
Lothar Orzechowski

Stellv. Chefredakteure
Wolfgang Rossbach, Peter M. Zitzmann

Verantwortliche Redakteure
Chef vom Dienst: Rainer Merforth. Politik: Jochen Prater. Blick in die Zeit: Walter Schütz. Wirtschaft und Sozialpolitik: Horst Seidenfaden. Kultur: Dirk Schwarze. Frau u. Reise: Ilse Methe-Huber. Sport: Rolf Wiemann. Sonntagszeit: Frank Thonicke. Kassel Stadt und Land: Wolfgang Rossbach. Bezirksredaktionen: Peter M. Zitzmann. Koordination: Helmut Lehnart. Hessen/Niedersachsen: Eberhard Heinemann. Chefreporter: Karl-Hermann Huhn. Sonderthemen: Peter Ochs.
Redaktion Wiesbaden: Rolf Effenberger. Redaktion Hannover: Harald Birkenbeul. Redaktion Bonn: Hans Ludwig Laucht.

Verlagsleitung
Dr. Dietrich Batz, Rainer Dierichs, Wigbert H. Schacht. Anzeigenleiter: Horst Prehm. Vertriebsleiter: Gerd Lühring.

Verlag Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Str. 168, Postfach 10 10 09, 3500 Kassel, Ruf 05 61 / 20 3-0. Tel. Anzeigenannahme 05 61 / 20 3-3. Fernschreib-Nr. 99 635. Telekopierer 05 61 /20 36. Teletex 5 61 81 10. Postgirokonto 155132-608 Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr. 29. Monatlicher Abonnementspreis DM 25,60 inkl. Zustellung und 7% MwSt. (Postbezugspreis 28,50 DM).

Die Beendigung des Abonnements ist nur mit schriftlicher Kündigungserklärung unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich; die Frist läuft ab Zugang der schriftlichen Kündigungserklärung.

Auflage werktags über 270 000 Exemplare in Tarifgemeinschaft mit „Oberhessische Presse", Marburg, „Hersfelder Zeitung", „Werra-Rundschau", Eschwege, „Harzkurier", Herzberg.
Auflage „Sonntagszeit" über 200 000 Exemplare.
Herstellung Druckhaus Dierichs Kassel, Frankfurter Straße 168, 35 Kassel.

Aids-Infizierung

BGH: Das Leben gefährdende Behandlung

Karlsruhe (dpa). Übertragen Aids-Infizierte bei ungeschützten *Sexualkontakten den Virus* auf gesunde Partner, müssen sie mit einer Verurteilung wegen gefährlicher Körperverletzung rechnen. Komme es zu einer Infektion, sei dies eine „das Leben gefährdende Behandlung", heißt es in einer am Montag veröffentlichten Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH), mit der die Verurteilung eines Mannes durch das Landgericht Saarbrücken zu einer auf Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe von einem Jahr und sechs Monaten bestätigt wurde.

Damit entschied das Karlsruher Gericht erstmals einen Fall, in dem es tatsächlich zu einer Aids-Infektion gekommen war.

Der Angeklagte erfuhr 1985 durch den Arzt eines Gesundheitsamtes, daß er mit dem Humanen Immunmangel-Virus (HIV) infiziert sei. Zugleich wurde er über die Ansteckungsgefahr bei jedem ungeschützten Sexualverkehr unterrichtet. Gleichwohl hatte der Mann im Juni 1987 mit einem Mann zweimal ungeschützten Verkehr. Dabei ging der Partner davon aus, daß der Verkehr mit dem Angeklagten ohne gesundheitliche Risiken sei. Bereits zehn Tage nach dem letzten Geschlechtsverkehr wurden im Blut des Mannes erste Infektionsmerkmale festgestellt.

Damit habe der Angeklagte eine gefährliche Körperverletzung begangen, die das Strafgesetzbuch mit Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren bedroht, entschied nunmehr der BGH. Der Mann habe gewußt, daß er infolge seiner Aids-Infektion keinen ungeschützten Sexualverkehr haben dürfe und ganz bewußt die Gesundheitsschädigung seines Partners in Kauf genommen. (AZ: 4 StR 318/89)

Teilchenbeschleuniger

„Ins Geheimnis der Materie eindringen"

Genf (AP). Im Europäischen Laboratorium für Teilchenphysik bei Genf ist am Montag der größte Teilchenbeschleuniger der Welt offiziell seiner Bestimmung übergeben worden. An der Zeremonie nahmen Staatsoberhäupter und Minister aus 14 europäischen Staaten teil, darunter Frankreichs Staatspräsident Francois Mitterrand sowie der schwedische König Carl XVI. Gustaf.

Der 27 Kilometer lange Teilchenbeschleuniger verläuft ringförmig unter französischem und Schweizer Gebiet. Die Anlage ist bereits seit längerem in Betrieb. Mitterrand sagte, die Anlage werde den europäischen Kernphysikern dabei helfen, in Zusammenarbeit mit ihren Kollegen in aller Welt in das Geheimnis der dichten Strukturen der Materie einzudringen.

Ohne Paß und Visum über die deutsch-deutsche Grenze

Mit dem Rad das Thüringer Land „entdeckt"

Von unserem Redaktionsmitglied Andreas Leicht

Am Feldrand, wo das kleine Elektrizitätswerk von Katharinenberg steht, steige ich das erste Mal ab. Mein Blick schweift über das weite, schroffe Ackerland, das sich zwischen den sanften Hügel des Thüringer Lands erstreckt. Links unten wärmt sich das kleine Diedorf in der nachmittäglichen Novembersonne, und ganz hinten, wo schon der Dunst einem die freie Sicht nimmt, da muß wohl Treffurt liegen.

Der Anblick ist bewegend. Alles so neu und doch so vertraut. Sogar der breite Grenzstreifen mit dem meterhohen Stacheldraht paßt plötzlich an diesem wunderschönen Sonntag ins Bild. Und erst jetzt, in der Ruhe dieses Moments, wird mir bewußt, daß ich an diesem denkwürdigen Tag, wo vor der Mauer nicht das Ende, sondern der Anfang war, mit meinen Füßen und meinem Fahrrad auf dem Boden der DDR stehe.

Als sie bei Wanfried (Kreis Eschwege) mittags die Grenzen öffneten und die knatternde Trabbi-Kolonne den Berg runter in den Westen rollte, bin ich einfach rüber gefahren. Ohne Paß, ohne Visum. Noch nicht einmal gefragt hat man mich, wohin ich denn will. Gewinkt haben sie mir, die DDR-Grenzer, und gelächelt. In dieser historischen Stunde haben sie nicht mehr an Dienstvorschriften und Befehle gedacht. Sie haben sich nur noch dem Recht der Freiheit verpflichtet gefühlt.

Einfach rüber mit dem Rad. An diesem Tag ist alles erlaubt.

Ich erreiche Katharinenberg, das nur wenige Kilometer von Wanfried entfernt ist, aber wo jahrelang Welten zwischen lagen. Das sonst so beschauliche, ruhige Dorf ist zum Verkehrsknotenpunkt geworden. Von Mühlhausen, Treffurt und Dingelstädt her stauen sich hier die Autos. Die Volkspolizisten, die stundenlang in der stinkenden Abgaswolke versuchen, den Überblick zu behalten, haben's nicht leicht. Ein junger Trabbifahrer, der aus Richtung Mühlhausen kommt, meckert: „Laßt doch endlich mal von unserer Schlange ein paar durch. Wir wollen auch rüber."

„Unglaublich"

Ein älterer Mann fragt mich erstaunt, woher ich denn komme. „Von drüben." – „Mit dem Rad?" – „Ja, mit dem Rad, einfach rüber." Es sei unglaublich, sagt er, „40 Jahre lang und jetzt das." Er sei noch nicht drüben gewesen, er habe so lange gewartet, nun „kommt es auf einen Tag auch nicht mehr an." Wir verabschieden uns. „Einen schönen Tag noch und komm' bald wieder", ruft er mir noch zu, als ich schon den Berg runter nach Diedorf fahre. Auf dem Weg begegne ich immer wieder Bürgern aus dem Westen. Spontan haben sie sich für einen Sonntagsspaziergang durch die DDR entschieden. Vielen steht noch das Staunen über diese fast groteske Situation im Gesicht. „Wohin?", frage ich sie. „Soweit die Füße tragen." Jeder Blick, jeder Schritt in den Osten ist für sie ein neues Erlebnis.

Manche von ihnen treffe ich später in Diedorf wieder, bei Helmut Erdmann in der Kneipe, die einzige, die an diesem Tag geöffnet hat. Am Morgen, erzählt der Wirt, habe er noch überlegt, ob er überhaupt öffnen solle. „Es sei ja sowieso keiner da." Doch dann macht er das Geschäft des Jahres. Seine Gaststätte an der Kirche wird zum Treffpunkt deutsch-deutscher Gemütlichkeit. Sie ist so voll wie mancher Supermarkt im Westen.

Wieder auf der Straße unterhalte ich mich mit einem Facharbeiter. Fast 40 Jahre habe er hier in Diedorf in einer Strumpffabrik gearbeitet, die auch an westliche Kaufhäuser liefere. Ständig bevormundet und kontrolliert. „Wir haben Hunger gelitten, und die Oberen haben in Saus und Braus gelebt." Aber „jetzt endlich haben sie den SED-Betriebsleiter verjagt."

Und dann erzählt er noch, daß er früher oft am Sonntag mit dem Rad nach Wanfried und über Altenburschla und Wendehausen zurück nach Diedorf gefahren sei. Das Rad hat er noch...

Ich weiß nicht, mit wievielen wildfremden Menschen aus der DDR ich an diesem Sonntag bei meinem „Ausflug" ins Thüringer Land geredet habe. Ich weiß nur noch, daß sie mir alle so wundersam vertraut gewesen sind.

MÜLLEIMER: *Der Hut ist aus grünem Stroh, der Abfall ist echt. Die Absicht ist umweltfreundlich und der Designer ist Graham Smith, der in London die Hutmode für Frühjahr und Sommer '90 vorstellte. Nach seinen Vorstellungen sollen die Ladies für das Müllhütchen tief in die Geldbörse greifen. Ob sich wohl Käuferinnen finden?.* (dpa-Funkbild)

Ostfrankreich

Schäferhund biß Säugling tot

Lomiges (dpa). Ein drei Wochen alter Säugling ist am Montag in Saint-Priest-sous-Aixe (Ostfrankreich) vom Schäferhund seiner Großeltern totgebissen worden. Der Hund hatte das Kind im Maul durch die Wohnung geschleppt, bevor er mehrfach zubiß. Das Tier, das sich wie tollwütig verhielt, soll eingeschläfert werden. Die Mutter des Babys war zur Erholung von der Entbindung mit dem Kind bei ihren Eltern zu Besuch.

Nordrhein-Westfalen

Anti-Drogen-Disco für Jugendliche

Düsseldorf (dpa). Mit Musik, Videoclips und Aufklärung startet in Nordrhein-Westfalen die erste „Anti-Drogen-Disco": Das von Baden-Württemberg übernommene Pilotprojekt soll bei Jugendlichen in Verbindung mit Musik Interesse wecken, sich über Probleme von Rauschgiftkonsum und -kriminalität zu informieren. Trauriger Hintergrund: Von Januar bis Ende Oktober wurden nach Angaben des Innenministeriums in NRW bereits 196 Drogen-Todesfälle registriert. 1988 waren es 179 Rauschgiftopfer.

Nach dem Auftakt am kommenden Mittwoch in Düsseldorf sind zwölf weitere Veranstaltungen geplant. In die Musik- und Lightshow werden an jedem Abend dreimal kurze Informationsblöcke von etwa zehn Minuten eingestreut.

ADAC warnt vor DDR-Fahrzeugen

Trabbis keine Renner

München/Bonn (AP/dpa). Nachdem sich bereits die ersten Unfälle mit Trabbis und Wartburgs auf bundesdeutschen Autobahnen ereignet haben, hat der ADAC in München am Montag an alle Autofahrer appelliert, ganz besondere Rücksicht auf die zahlreichen DDR-Fahrzeuge zu nehmen. Die Wagen aus der DDR seien oft nur mit Tempo 70 bis 80 auf den Autobahnen unterwegs. Besonders bei Nacht sei erhöhte Vorsicht geboten, da die Schlußleuchten der Trabbis und Wartburgs oft nur sehr spät zu erkennen seien. Auch sollte berücksichtigt werden, daß die DDR-Besucher mit ihren Wagen auf den Strassen auch an exponierten Stellen hielten, um Landkarten zu studieren.

Schadensregulierung

Bundesbürger und West-Berliner, die durch einen Autofahrer aus der DDR einen Schaden erlitten haben, können ihre Ansprüche direkt beim Gesamtverband der Haftpflicht- und Unfallversicherer (HUK) in Hamburg geltend machen. Darauf hat die Organisation am Montag in Bonn hingewiesen. Umgekehrt erhalten DDR-Bürger, die durch einen bundesdeutschen oder westberliner Autofahrer zu Schaden gekommen sind, Schadenersatz direkt von der staatlichen Versicherung der DDR. Maßgebend für die Höhe der Schadenersatzleistungen sei jeweils das Recht des Staates, in dem sich der Unfall ereignet.

Rund 36 000 Liter Benzin sind nach Angaben des Bonner Verkehrsministeriums in den vergangenen Tagen an grenznahen Autobahntankstellen kostenlos an Besucher aus der DDR abgegeben worden. Das Verkehrsministerium hatte die für die Tankstellen zuständige Gesellschaft für Nebenbetriebe an Bundesautobahnen gebeten, dafür zu sorgen, daß Besuchern aus der DDR in Notfällen unbürokratisch geholfen wird. Aus welchem Etat der Treibstoff bezahlt wird, ist noch nicht geklärt.

Kennzeichen an DDR-Autos

Die Kennzeichen von Trabbis und Wartburgs, die jetzt auf unseren Straßen fahren, geben noch Rätsel auf. Hier die Auflösung: der erste Buchstabe auf dem Nummernschild verrät den Verwaltungsbezirk, aus dem das Auto kommt:

A = Rostock
B = Schwerin
C = Neubrandenburg
D,P = Potsdam
E = Frankfurt/Oder
H,M = Magdeburg
K,V = Halle
L,F = Erfurt
N = Gera
O = Suhl
R,Y = Dresden
S,U = Leipzig
T,X = Karl-Marx-Stadt
Z = Cottbus

Autos, die aus Ost-Berlin kommen, sind an der römischen Eins (I) zu erkennen.

Mai und Juni '90

Rockstars treten in Hannover auf

Hannover (dpa). Die Rock-Stars Tina Turner und Prince werden im Mai und Juni 1990 im Niedersachsen-Stadion in Hannover auftreten. Konzertveranstalter Fritz Rau will mit der „Rock-Weltliga" bis zu 60 000 Zuschauer in die Arena locken, in der der Zweitligaklub Hannover 96 seine Heimspiele austrägt. Das Niedersachsen-Stadion ist der einzige Ort in Norddeutschland, wo Prince auftreten wird, Tina Turner wird auch in Oldenburg zu hören und zu sehen sein. Verhandlungen liefen noch mit den Rolling Stones, sagte Rau am Montag vor Journalisten in Hannover. Neben der US-Prominenz werden im kommenden Jahr in Hannover unter anderen auch Udo Lindenberg und Peter Maffay auftreten.

Für die Fans wird es jedenfalls kein billiges Vergnügen: Jede Karte kostet 45 Mark.

Devisenskandal ab Mittwoch vor Braunschweiger Landgericht

Schaden für VW: Rund 473 Millionen DM

Braunschweig (dpa/vwd). Die Anklageschrift ist 435 Seiten dick, die sichergestellten Unterlagen reihen sich auf einhundert Meter aneinander. Der VW-Devisenskandal, der ab Mittwoch vor dem Landgericht Braunschweig verhandelt wird, gilt als einer der größten Finanzaffären in der Bundesrepublik. Der Volkswagen AG entstand insgesamt ein Schaden von rund 473 Millionen DM, annähernd ein Jahresgewinn des Unternehmens. Ausgelöst worden waren die Ermittlungen durch eine Strafanzeige von VW vom März 1987.

Vor Gericht verantworten müssen sich der Frankfurter Devisenmakler Hans-Joachim Schmidt (40) sowie vier ehemalige Mitarbeiter der VW-Devisenabteilung: der frühere Chefdevisenhändler von VW, Burkhard Junger (42), sowie Hans-Jürgen Bunk (40), Heinz-Günter Schwarz (40) und Lutz Quaquil (32). Sie sollen zwischen Ende 1983 und Oktober 1987 fortgesetzte Untreue in zum Teil besonders schwerer Art und Urkundenfälschung begangen haben; Schmidt Beihilfe zur Untreue und Urkundenfälschung. Den strafrechtlich relevanten Schaden gibt die Staatsanwaltschaft Braunschweig mit etwa 385 Millionen DM an.

Der dickste Brocken sind die „Ungarn-Geschäfte". Schmidt soll mit Unterstützung der VW-Mitarbeiter insgesamt 300 Millionen Dollar aus mißglückten Spekulationsgeschäften wegen des drohenden Verlustes beim Wolfsburger Unternehmen eingeschleust haben. Mit Hilfe gefälschter Papiere kamen der Anklage zufolge dann zu einem hohen Wechselkurs Termingeschäfte mit der Ungarischen Nationalbank zustande. Die Sache flog auf, als die Ungarn bei Fälligkeit die Annahme der Währung verweigerten. VW wurde die teuer gekauften Dollar nur mit großem Verlust wieder los und büßte rund 377 Millionen DM ein. Schmidt und Junger haben die Fälschungen bereits gestanden.

Daneben sollen die Angeklagten noch fast acht Millionen DM in die eigene Tasche gewirtschaftet haben, als sie Kursgewinne aus geglücktem Geldhandel „abschöpften". Die Differenz in Höhe von 88 Millionen DM zum VW-Gesamtschaden sind nach Angaben des Gerichts Devisengeschäfte vom Herbst 1985, die Junger in den Sand gesetzt haben soll.

Junger soll außerdem in dem Zivilverfahren zwischen dem Unternehmen und der Ungarischen Nationalbank im Oktober 1987 vor dem Landgericht Frankfurt einen Meineid begangen haben. Der VW-Vorstand geht davon aus, daß dem Unternehmen Schadensersatz zusteht.

Teils neblig, teils sonnig

Die Vorhersage für heute

Wetterlage: Ein Hoch, das sich von den Britischen Inseln bis zum Mittelmeer erstreckt, bleibt wetterbestimmend.

Vorhersage: In den Vormittagsstunden verbreitet neblig-trüb, sonst tagsüber überwiegend sonnig. 7 bis 12 Grad. In der Nacht klar, dabei erneut Nebelbildung. Nachts um minus 2 Grad. Schwachwindig. Aussichten: Wenig Änderung.

SA 7.38, SU 16.35; MA 16.52, MU 9.40

Schädlicher Aktionismus

Die Dynamik der deutsch-deutschen Wiederbegegnung wirft alle politischen Konzepte in Ost und West über den Haufen. So schnell wie die Menschen von ihrer neuen Freiheit Besitz ergreifen, können sich die Regierenden nicht aus den Schablonen gewohnten Denkens befreien. In Bonn überschattet kleinliches Gezänk um frühere Verdienste und künftige Absichten die bewegenden Ereignisse. Vom Willen zur Gemeinsamkeit in historischer Stunde sind die Parteien weit entfernt. Was soll man davon halten, daß Spitzenpolitiker wegen rhetorischer Schnitzer wie „Volk der DDR" oder organisatorischer Bagatellen wie dem „runden Tisch" mit der Streitaxt aufeinander losgehen? Wie können sie allen Ernstes erwägen, den 9. November zum Feiertag der Einheit zu erklären, anstatt sich erst einmal um die Einheit zu kümmern?

Die Mahnung des Bundespräsidenten zu Geduld und Besonnenheit gilt nicht nur für die Menschen in Ost und West, die alles Trennende überwinden wollen und bessere Lebensbedingungen erhoffen. Sie sollte auch von allen Politikern beherzigt werden, denen die Veränderungen nicht schnell genug gehen. Bloßer Aktionismus kann nur Schaden anrichten. Weder steht die Wiedervereinigung hier und heute auf der Tagesordnung, noch würde es sinnvoll sein, mit der deutschen Frage jetzt eine Konferenz der vier ehemaligen Siegermächte zu befassen.

Der auch in der SPD umstrittene Vorschlag von Gaus und Bahr verkennt, daß eine europäische Friedensordnung nicht durch Besatzungsrecht dekretiert, sondern nur in freier Entscheidung aller betroffenen Staaten geschaffen werden kann. Jetzt kommt es darauf an, den Prozeß der Selbstbestimmung in der DDR zu fördern. Die Dynamik der Volksbewegung würde durch eine Viermächte-Konferenz nur gebremst werden. Achim v. Roos

Folgt dem Glück bald der Frust?

Ausgeräumte Regale – bis zu 300 Prozent mehr Umsatz. Dank der Millionen DDR-Besucher hatten viele leidgeprüfte Kaufleute in den strukturschwachen Zonenrandregionen am Wochenende das Geschäft ihres Lebens gemacht. Und es gibt sicher nicht wenige unter ihnen, die nach Öffnung der Grenze davon ausgehen, dieser „run" setze sich nunmehr munter Woche für Woche fort. Das freilich wäre ein Irrglaube, den sie schnellstens aufgeben sollten.

Denn es ist kurzfristig keine Lösung in Sicht, wie die Besucher dauerhaft an harte Währung kommen. Natürlich könnte man das Begrüßungsgeld anheben, vielleicht sogar mehrmals im Jahr zahlen. Doch das alles bliebe unbefriedigend, weil sich am Almosen-Geruch, der mit dieser Praxis verbunden ist, nichts ändern würde.

Gefragt sind also andere Wege. Solche nämlich, die über die DDR führen und somit nicht sofort zu realisieren sind. So muß Ost-Berlin alles daran setzen, das eigene Währungs- und Bankensystem zu *reformieren. Insbesondere gilt es,* den ungeheuren Kaufkraftüberhang abzuschöpfen und Geld- und Warenmenge in vernünftige Relation zu setzen. Das Ergebnis einer solchen Radikalkur wäre eine einigermaßen harte DDR-Währung, die – frei austauschbar – auch im Westen gern akzepiert würde.

Doch an den Reformern drüben liegt's nicht allein, auch aus der Bundesrepublik muß tatkräftige Hilfe kommen, wenn das soeben erlebte Glück mittelfristig nicht in Frust umschlagen soll. Gemeint sind Kredite zur Verbesserung der Infrastruktur sowie die Bereitschaft, den Firmen im anderen Deutschland mit Know how und Kapital unter die Arme zu greifen. Dabei darf es nicht darum gehen, die DDR aufzukaufen. Dies würde die Menschen dort nämlich nicht weiterbringen. Ulrich Brehme

Das Zitat

„Die Zeitungen bei uns sind jetzt voll von Perestroika und Men*schenrechten. Dabei hatten wir* noch nie so viele Verhaftete und und so viele auf den Straßen prügelnde Polizisten wie jetzt."

Jan Urban, CSSR-Bürgerrechtler

Günther Maleuda neuer Präsident der Volkskammer

Wahl mit Schönheitsfehlern

Von unserem Berliner Mitarbeiter Peter Gärtner

Die Volkskammer, bisher von vielen DDR-Bürgern als das „einstimmigste Gremium der Welt" verspottet, beginnt jetzt Demokratie zu üben: Erstmals in der Geschichte der Volksvertretung stellten sich zur Wahl des Präsidenten gleich mehrere Kandidaten. Und die Staatspartei SED, mit 127 Abgeordneten größte Fraktion in der Volkskammer, verzichtete sogar auf einen eigenen. Ihr weitreichender Einfluß kam aber doch zum Vorschein: Denn nicht den in den letzten Wochen recht aufmüpfige Liberaldemokrat Manfred Gerlach, sondern den bislang eher unauffällig angepaßten Günther Maleuda bestimmten die Abgeordneten zum Volkskammer-Präsidenten.

Der 58jährige Maleuda ist seit 1987 Vorsitzender der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD), die erst 1948 im mecklenburgischen Schwerin gegründet wurde und bei der „Wende" in der DDR keine besondere Rolle spielt. Erst vor wenigen Tagen beklagte sich der neue Volkskammer-Präsident in der „Aktuellen Kamera", der Nachrichtensendung des DDR-Fernsehens, daß die Positionen seiner Partei auf dem Bildschirm „kein Thema" seien. Der frühere Landarbeiter hat in der DBD, der er bereits zwei Jahre nach ihrer Gründung beitrat, eine stromlinige Karriere hinter sich: Nach dem Studium in Potsdam, das Maleuda 1955 als Diplomwirtschaftler abschloß, arbeitete er als hauptberuflicher Funktionär in Kleinstädten am Rande Berlins.

Der große Sprung nach vorn gelang ihm 1976 als er zum DBD-Vorsitzenden des Bezirks Halle delegiert wurde. Ein paar Jahre später gehörte er bereits dem Parteivorstand an, bis er im März 1987 den an einem Herzleiden erkrankten Parteivorsitzenden Ernst Mecklenburg ablöste. Seit Juni 1987 war er dann auch einer der Stellvertreter des Staatsratsvorsitzenden, der bis vor wenigen Wochen noch Erich Honecker hieß. Im Gegensatz zu Manfred Gerlach, dem eigentlichen Favoriten für das eher repräsentative Amt des Volkskammer-Präsidenten, ist von Günther Maleuda nicht bekannt, daß er jemals aus der Reihe tanzte.

Es wird also erst zeigen müssen, ob ein „Wendehals" wie Maleuda wirklich dafür geeignet ist, den demokratischen Stil der letzten Wochen von den Straßen in das Parlament zu tragen. Dazu gehört dann beispielsweise auch, die Volkskammer aus der Scheindemokratie herauszuführen: Denn in den vergangenen Jahrzehnten trat das „Scheinparlament" nur zweimal im Jahr zusammen, stets nach den Tagungen des ZK der SED, um deren Beschlüsse abzusegnen. Zur „Sitte des Hauses" gehört auch, auf eigene Stellungnahmen, Anfragen und Vorschläge – obwohl in der DDR-Verfassung eigentlich vorgesehen – zu verzichten. Und bislang wurde kein einziges Gesetz auf Initiative der Volkskammer verabschiedet.

Ein weiterer grober Schönheitsfehler der Demokratieübung war gestern nicht zu übersehen: In den gläsernen Urnen steckten ihren Wahlschein auch die längst abgelöste Volksbildungsministerin Margot Honecker und der entmachtete Propaganda-Chef des Politbüros, Joachim Herrmann. Denn alle 478 anwesenden Abgeordneten waren noch über die undemokratische Einheitsliste ins Parlament gelangt, eine wirkliche Legitimation der Bürger besitzt keiner von ihnen. Das soll sich nun bald ändern, jedenfalls nach dem vorläufigen „Aktionsprogramm" des SED-Politbüros. Parteichef Egon Krenz hat die „Entflechtung" von Staat und Partei bereits mehrfach angekündigt: Vorgezogene Wahlen, vielleicht schon im nächsten Jahr, gehören dazu.

Doch in den Oppositionsgruppen wachsen die Bedenken, sich einer raschen Wahl zu stellen. „Bei sofortigen Neuwahlen", so vermutet Bärbel Bohley vom „Neuen Forum", „würden wir den kürzeren ziehen".

„Nicht zu fassen, der Krenz macht ernst!" (Karikatur: Haitzinger)

Presse-Echo

Über die Zukunft Europas schreibt die Londoner

THE TIMES

Die Zukunft Europas ... wird sowohl auf der Tagesordnung des amerikanisch-sowjetischen Gipfels vor Malta wie auch auf der des Gipfeltreffens der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft in Straßburg stehen. Drei Veränderungen sind zusammengelaufen. Die Regierungen in Osteuropa wurden beiseite geschoben von der Kraft von Reformen, die sie kaum verstehen oder kontrollieren können ... Zweitens ist die Form der Nachkriegs-Sicherheitsregelung durch die veränderte Politik Gorbatschows und die daraus folgenden Abrüstungsverhandlungen neu gestaltet worden. Drittens steht die Europäische Gemeinschaft vor der Entscheidung, welche Gestalt sie nach der Schaffung des Binnenmarktes 1991 annehmen soll. Die Zukunft Deutschlands, oder der beiden Deutschlands, ist für alle diese drei Punkte eine zentrale Frage – Grund für Hoffnung und gleichzeitig Angst in ganz Europa ...

Die Bundesrepublik ... wird im Westen am besten verankert durch die Schaffung eines politischen Verbandes der EG. Dieser würde ein wiedervereinigtes Deutschland überwachen, damit es sich nicht eine eigene Einflußzone schafft ...

Einen ganz anderen Aspekt der Entwicklung in der DDR kommentiert das Wiener Massenblatt

KURIER

In den stürmischen Tagen der DDR entstanden – in der sprachschöpferischen Kraft des Volkes – neue Worte. So etwa der Begriff des Wendehalses als Synonym dafür, sich flugs vom Saulus in den Paulus zu verwandeln – und nach Bedarf ebenso flugs wieder zurück in den Saulus.

Egon Krenz, der neue Staatschef der DDR, gilt im Volk als Wendehals. Er hatte im vergangenen Mai die Wahlen gefälscht, dem chinesischen Massaker an friedlichen Demonstranten applaudiert. Jetzt die Wendung: Krenz begrüßt freie Wahlen und den Fall der Mauer. Von seinem Luxusauto hat sich der Wendehals abgewendet und einem schlichten Lada zugewendet. So wendig ist der Wendehals, stets hängt er seinen Mantel nach dem Wind, den Wendemantel.

Polenreise / Heute gemeinsame Erklärung

Kohls Schwerstarbeit, Kleins Ungeschick

Aus Warschau berichtet Hans-Ludwig Laucht

Hanna Szymanska hält mit ihrer Meinung nicht hinter dem Berg. „Die Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland liegt in beiderseitigem Interesse. Wir brauchen die Deutschen auch, um aus unserer wirtschaftlichen Misere herauszukommen." Dann fügt die Redakteurin der Wochenzeitung „Kobieta" (Die Frau) nachdenklich hinzu: „Es geht ja nicht nur um ökonomische Dinge. Man könnte ja auch fragen, wo die Polen heute stünden, wenn es nicht den 1. September 1939 gegeben hätte."

Die hübsche blonde Frau sitzt für die Kommunisten im Warschauer Parlament. Und auch sie treibt die Furcht vor einem wiedervereinten Deutschland um, wie viele Polen in diesen dramatischen Tagen und Wochen. Polen als Puffer zwischen dem mächtigen Rußland und einem vereinigten Deutschland ist nicht nur für Politiker an der Weichsel eine Horrorvorstellung.

Stichwort Wiedervereinigung. Hanna Szymanska kann den Wunsch der Deutschen nach Einheit verstehen. Dreimal war Polen in seiner Geschichte geteilt. Dieses Trauma sitzt tief. „Die Deutschen sollten ihre alten Fehler nicht wiederholen. Der Bundeskanzler hat bei seinem Besuch Gelegenheit, die polnische Westgrenze ein für allemal zu garantieren."

Ob in der gemeinsamen Erklärung, deren Veröffentlichung für heute erwartet wird, die Oder-Neiße-Linie angesprochen wird, ist noch nicht klar. Auch das Problem der deutschen Minderheiten ist noch offen. Wie es heißt, soll diese Bezeichnung in der Abschlußerklärung nicht vorkommen. Was die Erklärung betrifft, kennt den Text zur Zeit nur der außenpolitische Berater des Bundeskanzlers, Horst Teltschik. „Der sitzt auf dem Papier wie eine Glucke", sagen die Beamten des Presse- und Informationsamtes.

Verblüffendes Ergebnis

Die Zeitung der Gewerkschaft „Solidarität" kam bei einer Umfrage unter 2213 Bürgern in 48 Städten des Landes zu einem verblüffenden Ergebnis: 39% der Befragten sprachen sich für die deutsche Wiedervereinigung aus, 36% lehnten sie ab, 24% hatten keine Meinung. Nicht minder heikel ist auch das Problem der deutschen Minderheit. Den *Polen fällt es schwer, diesen Be*griff zu verwenden. Im offiziellen Sprachgebrauch der Regierung und der katholischen Kirche kommt er nicht vor. Dennoch antworteten 55,6% auf die Frage nach der Existenz dieser deutschen Bürger polnischer Staatsangehörigkeit mit Ja, 24% mit Nein.

Der Bundeskanzler leistet in diesen Tagen Schwerstarbeit. Kohl meistert den Besuch mit einer bewundernswerten Kondition. Am Sonntagmorgen um drei saß er im Auto nach Kreisau, weil der Flug wegen Nebel gestrichen werden mußte. Den ganzen Tag über folgten Besprechungen. Die Korrespondenten in seiner Begleitung klagen derweil über chaotische Terminplanungen und schlechte Nachrichtenverbindungen mit den Heimatredaktionen.

Für zusätzliche Aufregung sorgte eine Mißstimmung zwischen Regierungssprecher Hans Klein und dem Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Heinz Galinski. Es war *nicht nur die Bemerkung* über das „Internationale Judentum", die Galinski verurteilte. Der Sprecher der deutschen Juden fühlt sich in Warschau vernachlässigt. So habe ihn die Bundesregierung erst einen Tag vor der Abreise nach Polen über das Programm unterrichtet. Auch das, so hört man, gehört zu den Ungeschicklichkeiten im Vorfeld der mehrfach verschobenen Kanzlervisite.

Heute nach Auschwitz

Heute wird Helmut Kohl das ehemalige NS-Vernichtungslager Auschwitz aufsuchen. Befürchtungen, daß ehemalige Zwangsarbeiter die Gelegenheit benutzen könnten, ihre Forderungen nach Wiedergutmachung anzumelden, wurden in der polnischen Hauptstadt nicht ausgeschlossen. Drei Milliarden Mark verlangen die ins ehemalige Reich verschleppten Männer und Frauen für die in den Konzentrationslagern geleistete Zwangsarbeit. Galinski hat inzwischen zur Mäßigung aufgerufen und appelliert, die Ruhe des Ortes nicht zu stören. Für ihn ist Auschwitz „der größte jüdische Friedhof der Welt."

KONSEQUENTE STREITERIN bis ins hohe Alter: „La Pasionaria". (dpa-Funkbild)

„La Pasionaria" ist tot

Eine spanische Nationalheldin

Die als „La Pasionaria" bekannte Präsidentin der spanischen Kommunisten, Dolores Ibarruri, ist tot; sie erlag 93jährig einem Herzversagen. Sie war zum Mythos geworden, als sie 1936 in den ersten Monaten des spanischen Bürgerkrieges in Madrid die republikanischen Kämpfer mit der Parole „No pasaran" (Sie werden nicht durchkommen) gegen die aufständischen Truppen General Francos mobilisierte. Ihre flammenden Reden und ihr Motto „Lieber aufrecht sterben, als auf Knien leben" (Mas vale morir de pie que vivir arrodillados) sind auch bei den Internationalen Brigaden unvergessen, in der Freiwillige aus aller Welt die Republik unterstützten.

Bekannt geworden war die am 9. Dezember 1895 im baskischen Städtchen Gallarta in einer Bergmannsfamilie geborene Dolores jedoch schon vorher. Nach der Grundschule wollte sie Lehrerin werden, doch der Familie fehlte es an Geld für die Ausbildung. So lernte sie Schneiderin und arbeitete als Hausmädchen. 1915 heiratete die damals noch gläubige Katholikin den Bergmann, Sozialisten und späteren Kommunisten Julian Ruiz Gabina mit kirchlichem Segen.

Mit ihm zusammen gründete sie seit 1919 erste kommunistische Zellen in Asturien. In der Partei stieg sie schnell auf, wurde 1930 ins Zentralkomitee gewählt, 1932 ins Politbüro. Daneben fing sie an, in kommunistischen Blättern unter dem Pseudonym „La Pasionaria" (Die Leidenschaftliche) Artikel zu schreiben. 1931 schickte die Partei sie nach Madrid. Sie beteiligte sich an Streiks und Aufständen und saß im Gefängnis.

1933 reist die stets schwarz gekleidete Dolores Ibarruri erstmals in die Sowjetunion, von der sie „unauslöschliche" Eindrücke mitbrachte. Nach der Niederlage der Republik floh sie 1939 über Paris in die Sowjetunion. Die spanische Exil-KP wählte sie 1942 zur Generalsekretärin und 1960 zur Präsidentin. Am 13. Mai 1977, nach 38jährigem Moskauer Exil, kehrte die schlohweiße Dolores Ibarruri in ihre Heimat zurück. Ihre Anhänger bereiteten ihr einen triumphalen Empfang.

Am 15. Juni 1977, bei den ersten freien Wahlen nach Franco, wurde „La Pasionaria" wieder als Abgeordnete gewählt, gab ihr Mandat jedoch bald ab und lebte seitdem zurückgezogen, arbeitete aber fast bis zuletzt noch in den Parteigremien mit. (dpa)

Verbindung zwischen Gemeinde und Bahnhof Großburschla bei Wanfried-Heldra geöffnet

Fünfter neuer Übergang freigegeben

Wanfried (ham). Um 15.45 Uhr, eine Viertelstunde früher als angekündigt, strömten die Massen durch das neue Loch im Zaun: Nach Eichenberg-Arnstein und Wanfried-Katharinenberg wurde gestern nachmittag nahe dem Wanfrieder Ortsteil Heldra der dritte neue Übergang von der DDR zum Werra-Meißner-Kreis – und damit der fünfte zwischen Thüringen und Hessen – eröffnet. Er verbindet den thüringischen Ort Großburschla mit seinem Bahnhof, der seit Ziehung der Grenze unerreichbar war.

Blaskapelle vorweg

Nahezu alle 1300 Einwohner Großburschlas strömten laut jubelnd durch das neue Tor, in der Hand Blumen, die die Gärtnerische Produktionsgenossenschaft für diesen denkwürdigen Augenblick zur Verfügung gestellt hatte. Voran marschierte die Heldrasteiner Blaskapelle aus Schnellmannshausen.

Auf westlichem Gebiet hatten sich im Laufe des Nachmittags Hunderte Schaulustiger versammelt, die den DDR-Bürgern einen begeisterten Empfang bereiteten. Viele von ihnen strömten durch den Zaun nach Großburschla. In den Gaststätte „Zur Farbe“ und „Zur Krone“ entwickelten sich spontan ausgelassene Feiern.

Der neue Übergang ist zunächst nur für Fußgänger zu passieren, doch ab morgen sollen ihn auch Autos benutzen können.

Für die Arbeiter der Gärtnerischen Produktionsgenossenschaft, die noch am Vorabend für die Öffnung des Übergangs demonstriert hatten, kam der Auftrag, bei der Beseitigung der Anlagen zu helfen, dennoch überraschend. Peter Stephan, 29jähriger Arbeiter: „Ich hab' geheult, als ich das Zeug weggeräumt habe.“ Um 13.30 Uhr sei er dazu von einer anderen Arbeit abkommandiert worden.

MIT BLUMEN, die die Gärtnerische Produktionsgenossenschaft gestiftet hatte, kamen nahezu alle Einwohner Großburschlas über den neuen Übergang in den Westen. (Foto: Hammerl)

Ministerpräsident Wallmann:

Land will sich an Projekten in DDR beteiligen

Von unserer Wiesbadener Redaktion

Wiesbaden (Eff). Das Land Hessen werde sich auch finanziell an bestimmten Projekten in Thüringen bei der Einführung einer freiheitlichen Ordnung in der DDR engagieren. Das kündigte gestern Ministerpräsident Wallmann (CDU) vor der Landespressekonferenz nach der Öffnung der DDR-Grenze zur Bundesrepublik an. Voraussetzung sei, daß freie Wahlen verbindlich in Aussicht stünden. „Wir finanzieren nicht den Monopolanspruch der SED“, betonte er.

Wallmann schloß nicht aus, daß in der Bundesrepublik für eine begrenzte Zeit Steuern, z. B. die Benzinsteuer, erhöht würden oder ausschließlich für diesen Zweck eine höhere öffentliche Verschuldung in Kauf genommen werde, um diese Hilfe zu finanzieren. Der Ministerpräsident wollte diese Äußerungen als „lautes Nachdenken“ verstanden wissen.

„Nicht bevormunden“

Die Bundesrepublikaner warnte Wallmann davor, gegenüber DDR-Bürgern auch nur den „Anschein von reichen Vettern“ zu erwecken. Angesichts der schlimmen wirtschaftlichen Lage in der DDR müsse mit ihnen die Sozialismus-Diskussion geführt werden. Das dürfe aber nicht zu einer Bevormundung führen. Er zeigte sich jedoch überzeugt, daß sich in diesem Diskussionsprozeß zwischen den Extremen Kapitalismus und Sozialismus der dritte Weg, die soziale Marktwirtschaft, durchsetzen werde.

Der Ministerpräsident sprach sich dafür aus, daß jedes Bundesland seine Hilfe auf eine Region der DDR konzentriere, Hessen auf das benachbarte Thüringen. Mit seinem Koalitionspartner, seinem Stellvertreter Gerhardt (FDP), habe er sich bereits über erste Schritte verständigt. Dieser arbeite als Wissenschaftsminister Vorschläge für kulturelle Kontakte aus.

Wallmann sieht eine Reihe von Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der DDR: die Schließung der Autobahnlücke zwischen Wildeck und Wartha bei Herleshausen, den Bau einer Autobahn Kassel–Eisenach, die Öffnung weiterer Grenzübergänge, die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Bebra–Eisenach, die Einrichtung eines Personennahverkehrs zwischen Städten oder Gemeinden diesseits und jenseits der Grenze und die Entsalzung der Werra.

Für Zeitungsaustausch

Einen freien Austausch von hessischen und thüringischen Zeitungen hält Wallmann für sehr wichtig. Die Bundesbürger seien über die Verhältnisse in der DDR weit weniger informiert als umgekehrt. Dieser Informationsaustausch könne dem gegenseitigen Verständnis dienen, betonte er. In diesem Zusammenhang sprach sich der Regierungschef, ebenso wie es der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Welteke, schon getan hat, für die allgemeine Einspeisung der DDR-Fernsehprogramme in die Kabelnetze der Bundespost aus.

Wallmann mahnte, über der Freude der Öffnung der DDR-Grenze nicht die Versöhnungsgespräche von Bundeskanzler Kohl in Polen untergehen zu lassen. Er hatte den Kanzler auf einem Teil der Polenreise begleitet und dabei vorgeschlagen, daß sich die Bundesländer ebenfalls in Polen engagieren, vor allem auf dem Gebiet der Kultur. Der hessische Regierungschef berichtete, er habe in Polen Gespräche darüber geführt, wie geholfen werden kann. Nun erwartet er konkrete Projekte von polnischer Seite.

Sendebetrieb beginnt morgen / Informationen und Musik rund um die Uhr

Privater Rundfunksender FFH ist startklar

Frankfurt (hpo). Der erste private Rundfunksender Hessens ist startklar. 24 Stunden Vollprogramm: Informationen und Musik rund um die Uhr – mit diesem Konzept will Radio FFH morgen früh um 4.55 Uhr seinen Sendebetrieb aufnehmen. „Guten Morgen, Hessen!“ heißt das vierstündige Magazin. FFH-Programmchef Hans-Dieter Hillmoth ist stolz auf das Sendeschema, das er und seine Mitarbeiter in den zurückliegenden Monaten entworfen haben. Gestern stellte er es erstmals der Presse vor.

Vor allem Oldies

„Ein angenehmer Begleiter durch den Tag“ will FFH den Hörern werden, ein „freundlicher Nachbar“. Die Musik von Radio FFH soll ins Ohr gehen, nicht daran vorbei, erläuterte Hillmoth. Vor allem Oldies aus den letzten 40 Jahren, aktuelle Hits, „die das Zeug haben, Oldies zu werden“ und auch deutsche Titel („allerdings kein Heino“) werden das Programm bestimmen. Zwischen 18 und 19 Uhr werden täglich „Wunschhits“ aufgelegt.

„Ohne Ladenschluß“

Der „unterhaltsame Nachrichtenkanal ohne Ladenschluß“ will seine Hörer stets auf dem laufenden halten; die aktuellen Ereignisse aus Politik, Sport und Weltgeschehen sollen ebenso wie Hessen-Themen dann in die Sendung eingestreut werden, wenn sie „frisch“ sind. Hillmoth: „Kein Warten also auf Nischen oder Sende-Kästchen.“ Ein Programm in dieser Form habe es in Hessen bisher noch nicht gegeben.

Ganz ohne Rubriken geht es aber auch bei FFH nicht. Nachrichten kommen immer fünf Minuten vor der vollen Stunde, morgens zwischen 5 und 9 Uhr auch fünf Minuten vor der halben Stunde, „Hessen aktuell“ gibt's um 16.25 und 17.25 Uhr. 40 Korrespondenten in aller Welt sowie fünf Außenstudios in Kassel, Fulda, Gießen, Wiesbaden und Darmstadt liefern der Zentrale in Frankfurt-Rödelheim zu.

Den Vorbericht zur Börse sendet FFH um 10.25 und die Börsenmeldungen um 13.39 Uhr. Der Polizeireport, ein Hörer-Wetterbericht, Umwelttips und Veranstaltungshinweise sowie Klatsch und Tratsch aus Hessen sind andere wiederkehrenden Programmpunkte.

„Behörden wachküssen“

Hörern, die Ärger mit Ämtern haben, will Radio FFH mit der Sendung „Wir küssen die Behörden wach“ helfen. Rund um die Uhr ist das Hörertelefon besetzt; die Nummer: 069-19725.

Einen Service besonderer Art bietet Radio FFH denen, die Probleme mit dem Liebesleben haben. Erika Berger, Zuschauern von RTLplus und Illustrierten-Lesern als Sex-Beraterin bekannt, wird jeden Donnerstag zwischen 22 und 1 Uhr ihre Dienste anbieten. „Zeit für Zärtlichkeit“ heißt die Sendung.

Die Stunde zwischen 21 und 22 Uhr am Montag gehört dem schwarzen Entertainer Ron Williams, vor allem bekannt für seine umwerfenden Ronald-Reagan-Parodien. In „Ron-sens“ soll Mr. Reagan eine zweite Reporter-Karriere starten.

Für die Moderation hat Radio FFH „keine Stars vom Hessischen Rundfunk“ eingestellt, sondern junge Radio-Profis, die bisher vornehmlich in Bayern und Schleswig-Holstein gearbeitet haben. Uwe Hackbarth und Diana Hartmann zum Beispiel, die morgen in der ersten Sendung zu hören sein werden, stammen aus Kassel und Bad Hersfeld.

„Rotierende Werbeinseln“

Da sich Radio FFH aus Werbung finanzieren muß, sollen pro Stunde drei eingestreut werden. Geschäftsführer Dr. Harald Jossé hofft, daß sich die Werbebeiträge „harmonisch ins Programm einfügen“. Zwölf Minuten pro Stunde seien erlaubt, mehr als sechs Minuten sollen es nach seine Worten aber nur in Ausnahmefällen werden. 85 Prozent aller Bürger Hessens werden bei Sendebeginn erreichbar sein; Radio FFH hofft, pro Werbestunde durchschnittlich 180 000 Hörer zu haben.

Die Bevölkerung der beiden deutschen Staaten ist immer noch von der unverhofften Freude über die Öffnung der Grenze ergriffen. Die Besucherwelle hält an – und langsam mischen sich sorgenvolle Äußerungen unter den Jubel. Der Grund: Die Devisenknappheit der DDR macht es den Besuchern schwer, im Westen beispielsweise umfassend einzukaufen oder sich länger aufzuhalten. Der Tausch von Ostwährung gegen DM ist zwar möglich – doch die Kursrelationen sind alles andere als attraktiv für die Deutschen aus dem Osten. Sie greifen schon in diesen Tagen zur Notlösung: Wertvoller Familienbesitz wie Bestecke oder Antiquitäten werden mit in den Westen genommen und hier gegen DM verscherbelt. Der Ausverkauf der DDR, von vielen Experten befürchtet, beginnt bereits. Der Zusammenführung der Wirtschaftssysteme dient eine solche Entwicklung aber nicht: Die Kluft zwischen reich (im Westen) und arm (im Osten) ist schon so groß genug. Politiker und führende Wirtschaftswissenschaftler zerbrechen sich die Köpfe, wie sie einen goldenen Mittelweg zur Lösung der Probleme beschreiten können. Einerseits darf die DDR nicht zum Kostgänger des reichen Partners Bundesrepublik werden. Andererseits aber scheint eine Stärkung des Systems unter den gegenwärtigen Bedingungen kaum möglich. Das Problem drängt, die Vorweihnachtszeit mit dem erwarteten Milliardengeschäft, das in diesem Jahr durch DDR-Besucher noch angeheizt wird, steht vor der Tür. Wir befragten Experten nach Lösungsvorschlägen. Das Prekäre der Situation ist allseits bekannt. Einziges Manko der Umfrage: In der DDR war gestern kein Gesprächspartner zu erreichen. Das Telefonnetz war hoffnungslos überlastet.

Wie ist der DDR-Wirtschaft schnell zu helfen?

Wichtig: „Geldschaum“ muß weg

Von unseren Redaktionsmitgliedern Ulrich Brehme, Andreas Käckell und Horst Seidenfaden

Dr. Meinhard Miegel, Leiter des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn, sieht die Dinge unkompliziert. Da die DDR-Wirtschaft nicht von heute auf morgen zu reformieren sei, müßten kurzfristig außergewöhnliche Hilfen angeboten werden. Sein Vorschlag: Die Bundesbürger sollten allesamt einen Arbeitstag ausschließlich für die DDR arbeiten. Vorgeschlagen werde hierfür der 17. Juni, der „auf diese Art und Weise sinnvoller als bis heute genutzt werden kann", erklärte er gestern gegenüber unserer Zeitung.

Und so sieht Miegels Berechnung aus: Arbeitstag für Arbeitstag schaffen und erbringen die Bundesbürger Werte an Gütern und Dienstleistungen in Höhe von zehn Milliarden Mark. Und genau diese Summe könne der DDR beispielsweise zur Verbesserung ihrer Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden. Wörtlich: „Wir sind ein reiches Land und können auf dieses Geld ohne Verlust unseres Lebensstandards verzichten. Andererseits würde es dort drüben die Menschen voranbringen."

Freilich weiß auch Miegel, daß die DDR-Wirtschaft über eine solche Hilfe grundsätzlich kaum gesunden kann: „Hierfür sind weitere Hürden zu nehmen." So gilt es laut Miegel und seinem Kollegen Hans-Karl Hartwig (Uni Münster, Abteilung „Vergleich von Gesellschaftssystemen"), den hohen Geldüberhang in der DDR aufzulösen. Möglich sei dies über zwei Wege:

- Alle Preise werden freigegeben. Dies würde zu einer Abwertung der DDR-Mark führen, gleichzeitig könnte erkannt werden, wo Abgebotsmängel bestehen.
- Nur Preise für Güter des gehobenen Bedarfs werden freigegeben, die der notwendigsten Lebensmittel nicht. Eine solche Währungsreform wurde 1948 in den Westzonen praktiziert. Der positive Aspekt: Sozialer Unmut könnte vermieden werden.

Wenn der „Geldschaum" (Miegel) dann verschwunden sei, die DDR-Mark also hart und konvertierbar wäre, könnte man sie in ein System fester Wechselkurse bringen. So wie dies in der Währungsschlange der Europäischen Gemeinschaft schon seit zehn Jahren mit Erfolg praktiziert werde. Die DDR-Bürger könnten mit ihrem Geld dann auch hier einkaufen (so wie in Belgien, wo zwei Währungen parallel umlaufen) und wären nicht mehr auf das Begrüßungsgeld oder auf Almosen angewiesen.

Das wären sie auch dann nicht mehr, wenn DDR-Bürger beispielsweise im Osten lebten, aber im Westen arbeiteten. Der für die DDR damit verbundene positive Aspekt: Diejenigen mit D-Mark in der Tasche würden im Westen einkaufen und dadurch den heimischen Konsumwarenmarkt entlasten.

Wichtiger ist es nach Ansicht beider Wissenschaftler, die Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westfirmen auf eine neue Ebene zu heben. Konkret sollte die DDR-Wirtschaft sogenannte joint ventures (Gemeinschaftsfirmen) erlauben. Dies würde Kapital und dringend benötigtes Know how ins Land bringen. In diesem Zusammenhang lehnten sie einen „Ausverkauf" der DDR ab. Wenn westdeutsche Großfirmen die besten Anlagen und Böden dort aufkauften, bringe es den Menschen dort nichts.

Miegel glaubt, daß auf diese Art und Weise in der DDR die größten Defizite in drei bis fünf Jahren überwunden werden könnten. Unser Lebensstandard sei dann bei optimaler Kooperation in zehn Jahren erreichbar. Den Sozialismus (Volkseigentum an Produktionsmitteln) brauchte die DDR dabei nicht aufgeben.

Professor Rainer Olten vom Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Gesamthochschule Kassel sieht im Aufbau einer Zweitwährung in der DDR eine Möglichkeit, die aktuellen Probleme in den Griff zu bekommen. Diese zweite Währung müßte mit der DM im Kurs 1:1 getauscht werden. Die DDR-Notenbank dürfe allerdings nicht versuchen, mit der Ausweitung der Geldmenge Zahlungsschwierigkeiten der Betriebe oder anderer Stellen zu bekämpfen. „Die Geldüberhänge müssen weg," fordert Olten.

Eine Angleichung wäre auch durch eine Änderung des Preissystems möglich: Die Abschaffung der Subventionen würde zu einem Preisanstieg der Waren führen und das Preisgefälle zwischen Ost und West abbauen. Damit allerdings, so Olten, würde eine ökonomische Kettenreaktion ausgelöst: Steigen die Preise im Osten, müßten Löhne und Gehälter angehoben werden. Waren würden teurer, die internationale Wettbewerbsfähigkeit gemindert.

Die DDR-Misere

Viel Geld – wenig Waren

Eines der Hauptprobleme der DDR-Wirtschaft ist das Mißverhältnis zwischen Geld- und Warenmenge. Offiziell hatten die DDR-Bürger 1987 bei einem Bargeldumlauf von 15 Milliarden Ostmark rund 142 Milliarden DDR-Mark teils auf Giro-, teils auf Sparkonten gehortet. Dem stand ein Einzelshandelsumsatz (gilt als Indikator für den privaten Verbrauch) von 121,9 Milliarden Mark gegenüber. Dies zeigt nach Angaben von dem aus Kassel stammenden Prof. Karl-Hans Hartwig (Uni Münster, Chef der Abteilung „Vergleich von Wirtschaftssystemen"), daß die Gütermenge viel zu gering ist. Die Menschen haben zwar Geld, können sich dafür aber nicht *in ausreichendem Maß* Güter und Waren kaufen.

Zwei Gründe

Dieses Mißverhältnis ist laut Hartwig auf zwei Gründe zurückzuführen. Zum einen produziert die DDR Geld en masse. Dies sei systembedingt. So bekommen Betriebe in der Planwirtschaft östlicher Prägung selbst dann Geld, wenn nichts erzeugt wird oder wenn die produzierten Güter unverkäuflich sind. Der Verlust wird vom Staat, sprich: von der Notenpresse, getragen. Diesem System dient selbstverständlich auch das dortige einstufige Bankensystem (in der DDR gibt es nur eine Bank, die Staatsbank, die über zahlreiche Filialen verfügt). Während sich die Banken bei uns refinanzieren müssen, entfällt dies für die Institute in der DDR. Konkret: Kredite an Staatsbetriebe brauchen nicht abgesichert zu werden. Im Zweifel hilft die Staatsbank.

Wenig Produktivität

Der zweite Grund für die desolate Situation in der DDR ist laut Hartwig das fast fehlende marktwirtschaftliche Denken der Betriebe. Die Unternehmen sind personell aufgebläht und verfügen entsprechend nur über eine geringe Arbeitsproduktivität. Hinzu kommt, daß für sie der Plan und nicht die Nachfrage das Maß aller Dinge ist. Dies lähmt die Eigeninitiative und damit den Anreiz, Güter herzustellen, die von den Konsumenten begehrt sind.

Rangfolge im Osten

Auto-Standard: Pkw auf je 1000 Einwohner (1986)		Telefon-Standard: Hauptanschlüsse auf je 1000 Einwohner (1988)		Fleisch-Standard: Verbrauch je Einwohner 1986 in kg	
DDR	209	Bulgarien	190	DDR	97,0
ČSSR	190	ČSSR	130	ČSSR	87,3
Ungarn	135	Rumänien	119	Ungarn	76,9
Bulgarien	121	DDR	102	Bulgarien	72,8
Polen	105	UdSSR	100	Polen	66,0
UdSSR	47	Ungarn	76	UdSSR	62,5
Rumänien	44	Polen	74		
Zum Vergleich: Bundesrepublik Deutschland	404		451		102,1

© Globus 7884

Weit hinter dem Standard des Westens zurück

Zuverlässige Statistiken darüber, wie es den Menschen in den Staaten des Ostblocks geht, wieviel sie verdienen, wieviel sie dafür kaufen können (also wieviel ihr Geld wert ist), gibt es nicht. Wohl aber Statistiken, die indirekt über die materielle Lage der Menschen im Osten etwas aussagen.

So zum Beispiel die Kfz-Statistik. Von je 1000 Bürgern der DDR haben immerhin über 200 einen Pkw; damit ist die Ausstattung mit diesem wichtigen Indikator privaten Wohlstands halb so groß wie in der Bundesrepublik. In der Sowjetunion und in Bulgarien hat das Privatauto dagegen noch Seltenheitswert.

Bei der Telefonausstattung nimmt die DDR einen bemerkenswert schlechten Platz ein: Mit 102 Hauptanschlüssen je 1000 Einwohner liegt sie nur knapp vor der UdSSR (100 Anschlüsse).

Aber beim Fleischverbrauch, der für gehobenen Nahrungsmittelkonsum kennzeichnend ist, steht sie mit 97 Kilogramm je Einwohner wieder ganz oben; die Sowjetrussen müssen sich mit 62,5 Kilogramm zufrieden geben, und zwar einschließlich Schlachtfett. Vermutlich steht es in Rumänien noch schlechter, aber für den Fleischverbrauch in diesem Land gibt es keine Zahlen.

(Globus)

Wie Hessen und Niedersachsen reagieren

Erste Pläne hier, wenig Konkretes dort

Im hessischen Wirtschaftsministerium hat man zweigleisig auf die Ereignisse des Wochenendes reagiert.

Einmal will man den hessischen Unternehmen helfen, die DDR als neues Betätigungsfeld zu entdecken. Ministeriumssprecher Thomas Pier meinte gestern gegenüber unserer Zeitung, man wolle Gesprächspartner in der DDR suchen und den Unternehmen anbieten. Auch Bonner Politiker mit guten DDR-Kontakten hätten ihre Hilfe bereits zugesagt.

Wegbereiter

Wie schon in der Sowjetunion, als das Ministerium hessischen Unternehmen bei mehreren Besuchen in Moskau die Türen zum UdSSR-Markt öffnete, möchte das Ministerium Wegbereiter für Kooperationen sein.

Doch auch strukturpolitisch denkt man in Wiesbaden über geeignete Maßnahmen nach: Denn betroffen von der Reisewelle sind vor allem der ost- und der nordhessische Raum. Hier, so Pier, *sei mit erheblichen Investitionsschüben* zu rechnen.

Gruppe tagt

Gestern tagte eine Arbeitsgruppe im Ministerium; sie wird ihre Ergebnisse heute vorstellen. Eines ist für Wiesbaden laut Pier jedoch klar: Die Zonenrandförderung dürfe jetzt erst recht nicht angetastet werden, weil man sie gerade jetzt für die strukturschwachen Räume an der Grenze und die immensen Aufwendungen zur Bewältigung des Grenzverkehrs benötige.

Noch keine konkreten Angaben zu zukünftigen wirtschaftlichen Kontakten zwischen Niedersachsen und der DDR konnte der Sprecher des Wirtschaftsministeriums in Hannover, Henning-Werner Schwarze, machen.

Gute Kontakte

Er verwies auf die bereits in der Vergangenheit zustande gekommenen Beziehungen zwischen niedersächsischen Großunternehmen und der DDR-Wirtschaft. „Die guten Kontakte, die beispielsweise die Salzgitter AG und VW seit Jahren pflegen, werden jetzt bestimmt weiter ausgebaut", gibt sich Schwarze optimistisch. Darüberhinaus verfüge Niedersachsen über weitere Wirtschaftszweige, die für die DDR von großem Interesse sein könnten.

Noch zu früh

Noch sei es aber zu früh und die *Entwicklung in der DDR zu* jung, als daß bereits klare, gemeinsame Wirtschaftsprojekte mit dem Nachbarland ins Auge gefaßt werden könnten: „Im Moment ist die Situation eben noch etwas schwierig, was aber weniger an uns als vielmehr an der DDR liegt."

Was sagen die Experten der Parteien? Verschiedene Rezepte, aber:

Lösung des Devisenproblems ist das Gebot der Stunde

„Man darf die DDR nicht hängen lassen, sie darf nicht ausbluten oder ausverkauft werden." Für den deutschlandpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag, Heinz Büchler (Hof), ist die Lösung des Devisenproblems das Gebot der Stunde. Sein Vorschlag: DDR-Bürger müßten beim Besuch in der Bundesrepublik die Möglichkeit haben, 500 DM zum Kurs 1:1 eintauschen zu können. Ohne doppelte Absicherung allerdings ist dies nicht möglich, sieht Büchler ein. Denn: Die Bundesbank müßte verpflichtet werden, die eingetauschten Ostmark abzukaufen. Um die DDR-Notenbank nicht in Versuchung zu bringen, das Devisenproblem angesichts des attraktiven Umtauschkurses im Westen durch Betätigung der eigenen Notenpresse zu lösen, müßte man laut Büchler auch die DDR in diese Vereinbarung einbinden.

Die DDR solle sich verpflichten, ihr Geld zurückzukaufen. Durch ein solches Zugeständnis würde man inflationsschürendes Verhalten der DDR-Notenbank verhindern. Büchler jedoch hat noch mehr im Sinn: Am einfachsten wäre es, wenn die DM in der DDR als Zweitwährung zugelassen werden würde. Die ersten Ansätze eines Ausverkaufs hat Büchler am Wochenende im grenznahen Hof selbst miterlebt: DDR-Besucher fragten gleich, wo man beispielsweise alte Uhren günstig verkaufen könnte.

Die Lösung des Parlamentariers: Die DDR müsse wirksame Zollkontrollen entwickeln, die die Ausfuhr profitträchtiger Ware verhinderten. Gleichzeitig sollten die bundesdeutschen Einzelhandelsketten schnellstmöglichst mit den HO-Läden in der DDR zusammenarbeiten, damit die Versorgung der DDR-Bevölkerung mit Nahrungsmitteln gesichert werden könne.

Für den deutschlandpolitischen Sprecher der FDP-Bundestagesfraktion, Uwe Ronneburger (Tetenbüll, Schleswig-Holstein) kommt dagegen eine Erhöhung des Begrüßungsgeldes nicht in Frage. Solche Gelder hätten immer den Anschein von Almosen und machten von daher auch die DDR-Bürger ein wenig verlegen. Stattdessen müsse die DDR die Voraussetzungen dafür schaffen, daß in ihre Betriebe von westlicher Seite investiert werde. Das würde dann auch das Devisenproblem lösen. Je besser die Wirtschaft laufe, desto höher steige der Wert der DDR-Mark.

Für ein deutsch-deutsches Reisewerk, das von „allen gesellschaftlich relevanten Gruppen" beider deutscher Staaten getragen werden müßte, machen sich die Grünen stark. Nach Angaben der Abgeordneten Karitas Hensel (Pfungstadt) soll dieses Reisewerk über Konten bei allen Banken verfügen. DDR-Bürger könnten hier ihr Geld im Verhältnis 1:3 tauschen. An den Einlagen sollte sich auch die Bundesregierung beteiligen. Das Geld wäre durch Streichung anderer Posten (Häftlingsfreikauf, Begrüßungsgeld u.a.) aufzutreiben.

Keine Änderungen zum gegenwärtigen Zustand erstrebt die Union. Ihr deutschlandpolitischer Sprecher Eduard Lindner (Bad Kissingen) meinte, es sei Sache der DDR-Führung, ihre Bürger mit Devisen auszustatten.

Einzelhandel macht Zusagen für Wochenenden

Nach Kritik: Läden länger offen

Kassel (f). Was viele Kasseler mit Empörung quittierten, die Tatsache nämlich, daß die meisten Geschäfte in der Stadt am Sonntag trotz der unzähligen DDR-Besucher geschlossen blieben, hat jetzt beim nordhessischen Verband der Einzelhändler zu hektischen Reaktionen geführt.

Nachdem die erste Chance verpaßt wurde, will der Verband nun durchstarten. An den kommenden Wochenenden, so der der Vorsitzende Dr. Karl Schumann, sollen die Geschäfte jeweils samstags bis 16 Uhr und auch an den Sonntagen zwischen 11 und 16 Uhr geöffnet bleiben.

Dieser Appell schließe auch Geschäfte ein, die keinen zusätzlichen Umsatz zu erwarten hätten, wie Juweliere oder Pelzgeschäfte. Viele DDR-Gäste wollten „einfach einmal gukken", und diese Möglichkeit solle ihnen gegeben werden, so Schumann.

Mit dem Beschluß, der von allen Mitgliedern akzeptiert worden sei, wolle man den Besuchern aus der DDR auch demonstrieren, „was eine Marktwirtschaft kann, und was eine Planwirtschaft nicht kann".

Bitte um Verständnis

Schumann betonte gestern gegenüber der Presse, die Enttäuschung über die geschlossenen Geschäfte sei verständlich. Gleichzeitig bat er jedoch um Verständnis für die Einzelhändler, die erst im Laufe des Samstagvormittags erfahren hätten, daß sie ihre Geschäfte am Samstag länger und auch am Sonntag offenhalten konnten. Dies sei zu kurzfristig gewesen, zumal die Meldung ausschließlich über den Rundfunk verbreitet worden sei und viele deshalb überhaupt keine Kenntnis davon erhalten hätten.

Zudem sei nicht etwa das Ladenschlußgesetz außer Kraft gesetzt worden, sondern lediglich eine Anweisung der Landesregierung an die Ordnungsämter ergangen, die zusätzlichen Ladenöffnungen zu dulden. Dies ändere jedoch nichts daran, daß man die öffentliche Kritik, sich nicht flexibel genug gezeigt zu haben, akzeptieren müsse, räumte Geschäftsführer Edgar Donath ein.

Befremdet über die Absicht der Einzelhändler, nun auf einmal auch die Sonntage zum Verkaufstag zu machen, äußerte die Fachsekretärin für den Einzelhandel der Gewerkschaft Handel, Banken und Verkehr (HBV), Erika Preuß. Dafür gebe es keine gesetzliche Grundlage. Zum einen berate die Hessische Landesregierung erst heute über die weitere Handhabung der Ladenöffnungszeiten, im übrigen seien die Beschäftigten des Handels nicht unbegrenzt belastbar.

Sie hätten sich zwar am Samstag spontan bereiterklärt, die DDR-Bürger auch über ihre normale Arbeitszeit hinaus zu bedienen und dies mit großer Herzlichkeit getan, doch dürfe dieses Engagement von den Händlern nicht dazu ausgenutzt werden, auf diese Weise das Ladenschlußgesetz ganz auszuhebeln und das ganz normale Weihnachtsgeschäft auf sieben Tage auszudehnen.

Im Dezember kämen vier lange Samstage; angesichts der dauerhaft offenen Grenze biete dies den DDR-Besuchern genügend Gelegenheit einzukaufen. Erika Preuß: „Das werden die DDR-Besucher auch akzeptieren." Über mögliche zusätzliche lange Samstage werde man mit den Betriebsräten reden, wenn sich die Landesregierung entschieden habe.

Inzwischen erklärte eines der Kasseler Kaufhäuser, die am Sonntag geschlossen hatten, man habe mit dem Betriebsrat vereinbart, am kommenden Samstag bis 16 Uhr und auch am Sonntag von 11 bis 16 Uhr zu öffnen.

Sonntag in der City

Das Arbeiten wurde zum Fest

Kassel (f). Es war am Sonntagmorgen ein paar Minuten nach neun. Karl-Heinz Wagner, Filialleiter eines Schuhgeschäfts in der Kasseler Innenstadt, sah die vielen DDR-Besucher „mit traurigem Gesicht" vor den Schaufenstern der verschlossen Geschäfte stehen. Spontan entschloß er sich, zunächst allein, den Laden *aufzumachen*, nicht weil er damit rechnete, die Gäste aus der DDR würden in Massen *Schuhe kaufen wollen*, sondern um ihnen Gelegenheit zu geben, sich einfach mal im Geschäft umzusehen.

Enormer Andrang

Daß er mit seiner Entscheidung richtig lag, nicht aber mit der Vermutung, es werde nichts gekauft, stellte sich bald heraus: „Die Leute sagten sich, wenn ich sonst nichts kaufen kann, dann eben Schuhe". Schon bald kam es zu seltsamen Situationen. „Passen Sie doch bitte auf die Kasse auf, ich muß mal eben ins Lager", bat er die Kundschaft „von drüben", als der Andrang immer größer wurde. Wieviele es am Ende tatsächlich waren, die in sein Geschäft strömten – er weiß es nicht. „Tausende", schätzt er.

Schon bald mußte er um Verstärkung nachsuchen – und die kam. „Alle Verkäuferinnen, die ich anrief, erklärten sich sofort bereit, auszuhelfen." Die allgemeine Euphorie hatte alle erfaßt, selbst das Arbeiten wurde zum Fest. Klar, es wurde schließlich guter Umsatz gemacht, wie Wagner bestätigt. Doch im Vordergrund stand, wie er betont, das Bemühen, die Menschen aus der DDR einfach willkommen zu heißen, sie nicht auf der Straße stehen zu lassen.

Ärger am Nachmittag

Eine Situation fast wie im Märchen, eitel Freude – zunächst. Was danach kam, hat Wagner allerdings gründlich geärgert. „Am Nachmittag, als die Kasseler ausgeschlafen hatten, kamen dann immer mehr Einheimische, um einzukaufen", erzählt Wagner. Und diese Kunden, die ihre Besorgungen doch auch zu anderen Zeiten erledigen können, hätten sich dann „nobel bedienen lassen".

Vielen sei es schlicht egal gewesen, daß die Verkäuferinnen dem Ansturm sowieso schon kaum gewachsen waren. Ungerührt hätten sie sich immer wieder andere Schuhe aus dem Lager holen lassen. „Da war der Laden voll, und die Verkäuferinnen mußten laufen, nur um diese Leute zufriedenzustellen", regt sich Wagner auf. Die Gesichter der anfangs trotz der großen Belastung gutgelaunten Verkäuferinnen seien schließlich immer länger geworden.

Schockierender Kontrast

Der Kontrast zwischen den staunenden, dankbaren und höflichen Besuchern und den Einheimischen, die mit der Attitüde des verwöhnten Kunden autraten, hat die Leute im Schuhgeschäft schockiert. Und dennoch, als das Geschäft um 16 Uhr geschlossen wurde, empfanden sie diesen Sonntag als etwas ganz Besonderes. Bei einem gemeinsamen Abendessen – „wir waren naßgeschwitzt und hatten seit dem Frühstück nichts gegessen" – ließen sie das Erlebte Revue passieren, Chronik eines Feier-Tages.

Am Tag nach dem Ansturm

Trabbis gehören jetzt schon dazu

Kassel (f). Der erste große Ansturm ist vorüber, und dennoch versiegte auch gestern der Strom an Besuchern aus der DDR nicht. Schon hat man sich an die Trabbis und Wartburgs in unserem Straßenbild gewöhnt.

Auf dem Parkplatz am Friedrichsplatz, in der Leipziger Straße und an vielen Plätzen der Stadt waren sie zu sehen, teils als „Nachzügler" des ersten großen Reisewochenendes, teils aber auch eben angereist und mit den gleichen überschwenglichen Gefühlen wie ihre Landsleute in den Tagen zuvor.

Die jetzt neu Angekommenen erlebten dabei eher die Normalität des Kasseler Alltags als die Wochenendbesucher, vor allem aber fanden sie offene Geschäfte vor.

Einer, der sich in aller Frühe mit seiner Frau und dem wenige Wochen alten Baby aus einem Dorf bei Dresden auf den Weg gemacht hatte, fand diese Normalität schon erstaunlich genug. „In einem Geschäft wollte ich einen Ölradiator kaufen", berichtete er. Der Verkäufer hatte ihm gesagt, er habe ihn momentan nicht vorrätig, er solle in zwei Stunden wiederkommen. „Bei uns hätte das mindestens ein halbes Jahr gedauert" – eine Erfahrung, die ihm sichtlich zusetzte.

Kontakte zu „verschollenen" Verwandten werden nach und nach wieder geknüpft. Ein junger Mann suchte verzweifelt eine bestimmte Straße, von der er wußte, daß dort einmal Verwandte wohnten, mehr Informationen hatte er nicht – jahrelang hatte man nichts mehr voneinander gehört.

Spontane Hilfsangebote

Zahllose spontane Hilfsangebote von Kasseler Bürgern führten in den vergangenen Tagen jedoch zu neuen Kontakten zuhauf. 214 Übernachtungen bei Kasseler Familien waren allein am Wochenende beim Info-Bus der Kasseler Feuerwehr am Hauptbahnhof, der Anlaufstelle für viele DDR-Besucher, vermittelt worden. Gestern nachmittag hatten bereits wieder 67 Bürger 199 Betten angeboten, die ersten 20 Gäste waren sofort vermittelt worden.

Aber auch ohne Vermittlung durch Organisationen kam es zu zahlreichen Begegnungen, sei es privat mit einer Einladung zum Übernachten oder zu einem Glas Bier, sei es bei verschiedenen Institutionen. Allein im Presse+Druckzentrum der HNA konnten am Sonntag rund 400 Besucher begrüßt werden. Werkstätten reparierten Trabbis, ein Kasseler lotste zwei Pulks von DDR-lern nach Hann. Münden, weil dort die Geschäfte offen hatten.

Bilanz zu ziehen und gleichzeitig den Blick nach vorn zu richten, damit waren gestern auch die Verantwortlichen der Stadt und zahlreicher Organisatoren beschäftigt. Während Regierungspräsident Ernst Wilke gestern von knapp 13,5 Millionen Mark für den Regierungsbezirk sprach, die am Wochenende als Begrüßungsgeld an die Gäste von drüben ausgezahlt wurden, kam der Leiter der Koordinationsstelle des Kasseler Magistrats, Klaus Angermann, für die Stadt Kassel auf eine Summe von rund 1,7 Millionen Mark, die 270 000 Mark bereits eingerechnet, die auf die rund 2700 Neuankömmlinge bis Montag abend entfielen. Angermann: „Ein paarmal wurde es knapp mit dem Geld, aber wir haben immer wieder welches beschafft."

Abschlag beantragt

Das Begrüßungsgeld, das vom Bund bezahlt wird, mußte allerdings von der Stadt über kurzfristige Bankkredite vorgeschossen werden. Regierungspräsident Wilke kündigte an, er wolle beim Bund eine Abschlagszahlung von 26 Millionen Mark beantragen, um für das kommende Wochenende gerüstet zu sein.

Inzwischen bemüht sich die Stadt um eine Regelung ähnlich der in Berlin, wo die Auszahlung des Begrüßungsgeldes den Banken übertragen wurde. Auch Verkehrsprobleme könnten dadurch reduziert werden, etwa wenn die DDR-Bürger ihr Geld bereits bei Bankfilialen im Kasseler Osten in Empfang nehmen könnten. Die Stadt hat sich bereiterklärt, bei der Auszahlung mit städtischen Bediensteten auszuhelfen. Eine Entscheidung darüber soll heute fallen.

Ebenfalls für heute vormittag wurde von der Stadt ein Gespräch mit Vertretern verschiedener Ämter sowie mit Vertretern des Landkreises angesetzt, um über das weitere Vorgehen zu beraten. Dazu gehört laut Angermann, daß am nächsten Wochenende auch „Kultur in die Stadt kommt"; Musik und Aktionen, woran es am vergangenen Wochenende noch gefehlt habe. Im Gespräch sind auch kostenlose Stadtrundfahrten.

„Wir kommen wieder"

Möglichkeiten einer verbesserten Verkehrslenkung bei der An- und Abreise sollen ebenfalls diskutiert werden. Apropos Abreise: Nur ein verschwindend kleiner Teil der Besucher aus der DDR hat sich entschieden, hierzubleiben. Nach Schätzungen der Feuerwehr und der Stadt handelte es sich um etwa 20 Personen. Die anderen, die zurückkehrten, taten es unter dem Motto: „Wir kommen wieder."

ANSTURM der DDR-Gäste auf die zu Hause oft entbehrten Obststände. Vorübergehend wurde die Bundesrepublik so zur „Bananenrepublik". (Fotos: Herzog)

ANSTELLEN: Den ersten Platz in der Kolonne räumten die Taxifahrer am Hauptbahnhof einem Kollegen aus der DDR ein, der mit seinem Wartburg zu Besuch gekommen war.

Am Wochenende

Freiwillige Helfer „über Gebühr" belastet

Kassel (hei). Ein Dank den freiwilligen Helferinnen und Helfern, die sich in den vergangenen Tagen bereit fanden, Tausende von Besuchern aus der DDR in Kassel zu betreuen und zu versorgen. Die meisten der über 100 ehrenamtlichen Mitarbeiter des Deutschen Roten Kreuzes seien am Wochenende über Gebühr belastet worden und hätten vielfach nur wenige Stunden schlafen können, hob gestern der Vorsitzende des Kasseler DRK, Wolfgang Schäfer hervor.

Dieser engagierte Einsatz am zurückliegenden Wochenende habe bewiesen, wie notwendig es sei, daß sich Menschen abgesehen von Spenden persönlich einsetzen, sagte Schäfer und verband damit die Bitte an Frauen und Männer, sich ebenfalls zu einer ehrenamtlichen Hilfstätigkeit bereitzufinden. Die Gemeinschaft sei gefordert, etwas zu tun.

Die Bilanz des Arbeiter-Samariter-Bundes in Kassel ist nicht weniger beeindruckend. Über 60 Helferinnen und Helfer boten einen durchgehenden Hilfsdienst an, verzichteten auf ihre Freizeit, leisteten über 1000 Arbeitsstunden und gaben rund 1500 Essensportionen aus. Gar nicht zu reden von Tausenden von Litern kalter und warmer Getränke, die an den verschiedenen eilig errichteten Stationen in unseren Landsleuten dankbare Abnehmer fanden.

HNA
HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE ALLGEMEINE

HESSISCHE ALLGEMEINE

KASSEL
1 P 3713 A

UNABHÄNGIG | KASSELER ZEITUNG | NICHT PARTEIGEBUNDEN
Preis 1,10 DM | Nr. 267 · Mittwoch, 15. 11. 1989 | Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3

Schienbeinbruch

Müller fällt aus

Hiobsbotschaft für Fußball-Zweitligist KSV Hessen: Abwehrspieler Jörg Müller (31) erlitt gestern nachmittag im Training bei einem Zweikampf einen Schienbeinbruch und fällt für die restlichen sechs Spiele dieses Jahres aus. Siehe Sport.

Gegen Wales

Reuter dabei

Die deutsche Fußball-Nationalmannschaft wird heute abend in Köln das entscheidende WM-Qualifikationsspiel gegen Wales mit dem Münchener Stefan Reuter bestreiten. Auf der Reservebank sitzt somit wieder der „Römer" Thomas Berthold. Siehe Sport.

Bücher/DDR

Alles für die Leser

Ins Buchangebot der DDR-Verlage werden in absehbarer Zeit nach Überzeugung des Schriftstellers Stephan Hermlin prinzipiell alle Autoren gelangen: Die eigenen bisher verbotenen, die in den Westen übergesiedelten und die bundesdeutschen. Siehe Kultur.

Renten-Serie

Heute Abschluß

In der vergangenen Woche verabschiedete der Deutsche Bundestag in Bonn die Reformgesetze zur Alterssicherung. Das Reformwerk tritt zum großen Teil zum 1. Januar 1992 in Kraft. Nähere Einzelheiten (letzter Teil) dazu auf der Wirtschaftsseite.

Trabi-Fahrer

Klappern beachten!

Trabis sind laut Hersteller wirtschaftlich, robust und schnell. Praxisnaher Hinweis im Wartungsbuch des Autos für Fahrer: Auf Klappern achten. Wenn es plötzlich unter der Motorhaube poltert, ist die Lichtmaschine verlorengegangen. „Blick in die Zeit".

Zum Tage

Bilanz positiv

Die Polen-Reise des Bundeskanzlers hatte ein denkwürdiges Ereignis werden sollen. Alle Mißverständnisse schienen ausgeräumt, die Vereinbarungen sorgfältig vorbereitet, der *Zeitpunkt* günstig gewählt. Daß dem Neubeginn der deutsch-polnischen Beziehungen dennoch kein überragendes Echo beschieden war, lag weder an Helmut Kohl noch an *seinen* polnischen Gastgebern. Beide wurden von den deutsch-deutschen Veränderungen überrascht, wenn nicht überrollt.

Der Kanzler mußte seinen Besuch unterbrechen, um in Berlin und Bonn präsent zu sein. Seine Gesprächspartner in Warschau sahen sich vor eine ganz neue Situation gestellt. Das mögliche Zusammenrücken der beiden deutschen Staaten *machte* sie in der Grenzfrage noch sensibler als zuvor. Daher konnten sie sich mit der Anerkennung durch die Bundesrepublik nicht zufriedengeben. Eine Bindungswirkung für die Zukunft wollte der Kanzler wiederum nur indirekt versprechen. Im Rahmen einer europäischen Friedensordnung sollen die Grenzen unantastbar sein. Was aber das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen dann noch bewirken könnte, ließ Kohl offen. So bleibt im „Kursbuch" der deutsch-polnischen Versöhnung leider immer noch ein Rest von Undeutlichkeit zurück.

Dagegen gelang es dem Bundeskanzler, die Furcht der Polen vor einer Konkurrenz der DDR in der Wirtschaftshilfe zu zerstreuen. Das Kreditvolumen, mit dem Bonn den polnischen Reformprozeß unterstützen will, soll durch die deutsch-deutsche Annäherung nicht beeinträchtigt werden. Insgesamt kann der Kanzler mit der Bilanz seines Besuchs trotz aller Schwierigkeiten zufrieden sein.

Achim v. Roos

DAS EHEMALIGE KZ AUSCHWITZ besuchte Bundeskanzler Kohl gestern am letzten Besuchstag in Polen. Er legte Blumen an der Todesmauer im Stammlager und am internationalen Denkmal im ehemaligen Vernichtungslager Birkenau nieder. An diesen Zeremonien nahmen auch der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski (Mitte), und der Rabbiner von Warschau, Menachem Joskowicz, teil. (dpa-Funkbild)

Kohl-Reise / ‚Interpretationsprobleme'

Polen sieht Grenzfrage gelöst

Warschau (dpa/AP). Durch die gestern von Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Mazowiecki unterzeichnete deutsch-polnische Erklärung sieht Warschau die Frage der Oder-Neiße-Grenze als gelöst an.

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz sagte Mazowiecki in der polnischen Hauptstadt: „Die Grenzfrage als solche besteht nicht. Es gibt nur das Problem irgendwelcher eventueller Interpretationen". In der Erklärung, die nach den Worten Kohls ein „Kursbuch" für die Zusammenarbeit ist, haben beide Seiten mit einem detaillierten Maßnahmenkatalog den Weg für ihre künftige engere Zusammenarbeit freigemacht.

Darin bekräftigen beide Länder den Warschauer Vertrag von 1970 und bekennen, daß „die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden sind". Kohl bekräftigte auf entsprechende Fragen seinen Standpunkt, daß er nur für die Bundesrepublik sprechen könne.

In der 20 Seiten-Erklärung wird die Hilfe der Bundesrepublik zur wirtschaftlichen Gesundung Polens beschrieben. Die Zusage für Hermes-Kreditbürgschaften in Höhe von drei Milliarden DM ist nicht in dem Dokument festgeschrieben, sondern in einem Brief Kohls, den der Kanzler dem polnischen Ministerpräsidenten übergeben hat.

Weitreichend sind die polnischen Zusagen gestern zum Schutz der deutschen Minderheit. Sie darf künftig Vereine bilden, ihre Sprache und Tradition pflegen, Büchereien und eigene Medien schaffen und erhält dafür Unterstützung der Bundesrepublik. In allen Landesteilen Polens soll Deutsch als Fremdsprache in Schulen angeboten werden.

Gespräch mit Schlesiern

Zwölf Vertreter der deutschen Minderheit aus Schlesien wies Kohl gestern auf die Chancen hin, die sich für sie aus der wenige Stunden vorher unterzeichneten gemeinsamen Erklärung ergeben. Die Deutschen hatten vor allem um Deutschlehrer gebeten, denn es sei wichtig, daß die Kinder in den Schulen schon möglichst früh Deutsch lernen.

Fortsetzung nächste Seite
Siehe auch „Zum Tage" und „Themen des Tages"

Ostberliner DRK: Aufnahmelager mit bis zu 10 000 Plätzen

DDR erwartet jetzt Rückkehrer

Berlin/Hamburg (dpa/AP). Das Rote Kreuz der DDR richtet sich auf bis zu 10 000 Menschen ein, die ihre Übersiedlung in die Bundesrepublik wieder rückgängig machen und in die DDR zurückkehren wollen.

Das Präsidium des DDR-Roten Kreuzes teilte im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" am Dienstag mit, es richte jetzt Aufnahmelager für ehemalige Bürger ein, die zurückkehren. Es sei daran gedacht, eventuell auch Kasernen der Nationalen Volksarmee dafür zur Verfügung zu stellen.

Interessant in diesem Zusammenhang ist eine neue Anordnung des DDR-Finanzministeriums: Das Vermögen ehemaliger DDR-Bürger wird nicht mehr beschlagnahmt.

Wenige Tage nach Öffnung der innerdeutschen Grenzen scheint der deutsch-deutsche Besuchsverkehr schon ein Stück Normalität zu werden. In Berlin wurden am Dienstag wieder zwei neue Übergänge eröffnet, nun stehen insgesamt 22 Passierstellen in der geteilten Stadt zur Verfügung.

An den innerdeutschen Grenzen riß der Strom von Besuchern zu Fuß, per Bahn oder Auto nicht ab. Das Bundesinnenministerium zählte – ohne Berlin – am Dienstag allein innerhalb von zehn Stunden 183 500 DDR-Reisende. Bundesinnenminister Schäuble (CDU) berichtete der Unionsfraktion in Bonn, daß seit Samstag morgen innerhalb von drei Tagen mehr als 1,5 Millionen DDR-Besucher im Bundesgebiet waren. Behörden und Polizei rechnen am kommenden Wochenende erneut mit einem Millionen-Andrang. Die DDR hat laut DDR-Nachrichtenagentur ADN bislang 5,7 Millionen Visa für Privatreisen ausgestellt und 11 754 Ausreiseanträge genehmigt.

Verringert hat sich die Zahl der DDR-Bürger, die in der Bundesrepublik bleiben wollen. Nach Angaben Bonns kamen bis zum Mittag 1364 Neubürger. Nur fünf wählten den Weg über die CSSR, kein einziger über Ungarn.

Erlaubnis in vier Ländern

Läden länger offen

Berlin (AP). Der seit Wochen heißumkämpfte Ladenschluß gerät unter dem Ansturm der Massen von DDR-Besuchern ins Wanken: Berlin, Hamburg, Hessen und Niedersachsen kündigten *gestern verlängerte Öffnungszeiten an.* Dagegen laufen die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) und die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft allerdings Sturm: Nach übereinstimmender Meinung der Westberliner Landesverbände hat die Belastung der Angestellten bereits ein Ausmaß erreicht, das nicht mehr zu verkraften sei. In Hessen dürfen die Geschäfte bis zum 23. Dezember sonntags von 11 bis 16 Uhr geöffnet sein, an den beiden restlichen Samstagen im November bis 17 Uhr. Die Erlaubnis gilt nicht für Buß- und Bettag. Verlängerten Öffnungszeiten muß immer der Betriebsrat zustimmen. Ähnliche Regelungen gelten für Niedersachsen.

Begrüßungsgeld / Um 479 Millionen

Bonn stockt Mittel auf

Bonn (dpa). Wegen der hohen Besucherzahlen aus der DDR ist das in diesem Jahr mit 300 Millionen DM eingeplante Begrüßungsgeld um 479 Millionen erhöht worden. Das teilte die Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, Wilms (CDU), am Dienstag abend mit. Allen Banken und Sparkassen, die diese Hilfe von 100 DM an die Besucher aus der DDR ausgezahlt haben und noch auszahlen, würden die Gebühren und Zinsverluste erstattet. Im übrigen wurde festgelegt, daß von heute an das Begrüßungsgeld durch alle Postämter im Bundesgebiet und in Berlin ausgezahlt wird. Dies soll vor allem die Berliner Banken entlasten. Diese zahlen nur noch bis einschließlich Samstag Begrüßungsgeld aus, um den normalen Kundenverkehr nicht noch weiter zu beeinträchtigen. Die Berliner Kreditinstitute haben seit Freitag rund 150 Millionen DM an DDR-Bürger ausgegeben.

Wirtschaftshilfe für DDR nach Reformen

Haussmann legt 6-Punkte-Katalog vor

Bonn/Berlin (AP/dpa). Bundesregierung und Industrie haben der DDR bei konsequenter Fortsetzung ihrer Reformpolitik umfassende Wirtschaftshilfen in Aussicht gestellt. Bundeswirtschaftsminister Haussmann schlug Ost-Berlin gestern einen Sechs-Punkte-Katalog zur Förderung von Privatbetrieben in der DDR, Investitionen bundesdeutscher Firmen sowie Gemeinschaftsunternehmen vor.

In einer in Bonn veröffentlichten Erklärung forderte Haussmann, der sich in Tokio aufhält, die DDR zur möglichst baldigen „Entrümpelung" der Bestimmungen auf, die die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten bisher noch behindern. Dann könnte die Bereitstellung von Geld, Sachleistungen und technologischem Wissen maßgeblich zu einer „wirtschaftlichen Aufbruchstimmung" in der DDR beitragen. Bedingung seien aber „gesellschaftliche und wirtschaftliche Reformen". Ähnlich äußerte sich Bundesfinanzminister Waigel (CSU).

Auch der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Stihl, meinte, die DDR müsse erst einmal ihre Vorstellungen für eine Wirtschaftsreform formulieren, „bevor wir uns hier die Köpfe zerbrechen". Der Bundesverband der Deutschen Industrie wandte sich gegen eine wirtschaftliche Bevormundung der DDR und gegen jedes übertriebene Engagement, das in der DDR die Angst vor einem Ausverkauf schüren könnte.

Fortsetzung nächste Seite
Siehe auch Wirtschaft

SED / Neue Verfassung?

Maleuda gegen Führungsrolle

Berlin (dpa). Der neue DDR-Volkskammer-Präsident Günther Maleuda, der der Bauernpartei angehört, unterstützt eine Änderung des Artikels 1 der DDR-Verfassung über die führende Rolle der kommunistischen SED. Dies meldete am Dienstag die DDR-Nachrichtenagentur ADN, ohne Einzelheiten mitzuteilen.

Auf einer Vorstandstagung der Bauernpartei sagte Maleuda, *seine Partei* müsse zu einer in allen Fragen souveränen Partei werden, die Regierungsverantwortung übernehme und in allen Leitungsgremien maßgeblich vertreten ist.

Der Führungsanspruch der SED soll in der neuen Satzung des DDR-Gewerkschaftsbundes nicht mehr enthalten sein. Dies kündigte die neue FDGB-Vorsitzende Kimmel an.

Gestern abend begannen bereits erste Koalitionsgespräche der DDR-Blockparteien. Der neugewählte Ministerpräsident Modrow (SED) legte seine Konzeptionen vor.

Kabinettsbeschluß

Niedersachsen wählt am 13. 5.

Hannover (dpa). In Niedersachsen wird am 13. Mai 1990 ein neues Landesparlament gewählt – zeitgleich mit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Diesen Termin beschloß das Kabinett in Hannover.

Namen und Nachrichten

Bahro will zurück

Der 1977 aus der SED ausgeschlossene und 1979 in die Bundesrepublik übergesiedelte Rudolf Bahro will in die DDR zurückkehren. Dies erklärte er gestern im ARD-Fernsehmagazin „Report". Seine Rückkehrabsicht begründete Bahro damit, daß es jetzt darum gehe, „das andere Fundament der DDR zu bewahren und eine ökologische Wende herbeizuführen".

Zwei Brandanschläge

Die „Revolutionäre Zellen" (RZ) haben sich zu Brandanschlägen auf Behörden in Köln und Hamburg bekannt, durch die sie gegen die Behandlung von Roma und Sinti protestierten. In der Nacht zum Dienstag stiegen sie in die Hamburger Sozialbehörde ein und legten Feuer. An eine Wand sprühten sie „RZ wg. Roma". Ein ähnlicher Anschlag am Sonntag auf eine Kölner Betreuungsstelle für Roma und Sinti geht ebenfalls auf das Konto der „RZ". In Hamburg wird seit längerem um ein Bleiberecht für Roma und Sinti gestritten.

SEW-Spitze tritt ab

Die Führungsspitze der SEW, des Westberliner Ablegers der SED, ist zurückgetreten. Auf einer außerordentlichen Parteivorstandstagung sagte der amtierende SEW-Vorsitzende Dietmar Ahrens, ohne diesen Schritt entstünden ungerechtfertigte Spannungen in der Partei. Die Vorstandstagung war einberufen worden, um über die neue Situation in der Partei, die durch die Entwicklung in der DDR entstand, zu diskutieren. Auch die Reformkräfte der DKP fordern von ihrer Führung unmittelbare Konsequenzen aus dem Umbruch in der DDR.

Wechmar „Raucher 89"

Die „Erste Raucher Lobby" hat den FDP-Politiker Rüdiger von Wechmar zum „Raucher des Jahres 1989" gekürt. Wie die Organisation mitteilte, bekenne sich der Europa-Parlamentarier zu seinem Rauchgenuß mit den Worten: „Ich rauche gern und lasse auch Nichtraucher gewähren".

Honecker weiter krank

Der frühere DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker ist nach seiner Gallenoperation vor drei Monaten gesundheitlich stärker angeschlagen, als bislang offiziell eingeräumt wurde. Dies teilte seine Frau, die frühere Volksbildungsministerin Margot Honecker, der DDR-Zeitung „Junge Welt" mit. Er befinde sich nicht im Krankenhaus, werde zu Hause aber medizinisch betreut.

Späte Evakuierung

Erst jetzt, dreieinhalb Jahre nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl, soll die Bevölkerung von weiteren 526 verstrahlten Dörfern umgesiedelt werden. Seit mehr als einem Jahr fordern Bewohner der Gebiete Mogiljow und Gomel eine Evakuierung, da sie ihre Äcker wegen der Verseuchung nicht bewirtschaften können.

Frist für Trabis läuft ab

660 von DDR-Übersiedlern in Ungarn zurückgelassene Autos werden verkauft, wenn sie bis zum 20. November nicht über den ungarischen Automobil-Club in die Bundesrepublik überführt worden sind. Die Einnahmen können sich die rechtmäßigen Eigentümer abholen.

Namibia

Swapo verfehlt Wahlziel

Windhuk (dpa). Bei der Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung in Namibia hat die Unabhängigkeitsbewegung Swapo ihr Ziel verfehlt: sie errang 41 der 72 Mandate und ist damit auf die Unterstützung von sieben anderen Mitgliedern der Versammlung angewiesen, um bei der Verabschiedung einer Verfassung für ein unabhängiges Namibia die notwendige Zweidrittel-Mehrheit zu erreichen.

Der Sprecher der südafrikanischen Verwaltungsmacht, Gerhard Roux, gab am Dienstag abend das endgültige Ergebnis bekannt. Danach wurde die prowestliche Demokratische Turnhallen-Allianz (DTA) mit 21 Sitzen zweitstärkste Partei. Es folgen die linksnationale United Democratic Front (UDF) mit vier und die von Weißen gebildete Aktion Christlich-National (ACN) mit drei Sitzen. Drei andere Parteien, die linksstehende National Patriotic Front (NPF), die von Mischlingen beherrschte Federal Convention of Namibia (FCN) und die der politischen Mitte zugerechnete Namibia National Front (NNF) errangen je ein Mandat.

CSU-Vize / Kandidatur

Zimmermann tritt nicht an

München/Landshut (dpa). Bundesverkehrsminister Zimmermann wird auf dem CSU-Parteitag am Samstag nicht mehr als stellvertretender CSU-Vorsitzender kandidieren. Nachdem Zimmermann am Vorabend bei der Nominierung des CSU-Direktkandidaten für die Bundestagswahl 1990 in seinem bisherigen Wahlkreis Landshut-Kelheim überraschend deutlich gescheitert war, bestätigten am Dienstag sowohl Parteichef Waigel als auch Generalsekretär Huber, der 64jährige werde nicht wieder als CSU-Vize antreten. Waigel erklärte, er gehe davon aus, daß Zimmermann „als Verkehrsminister seinen Aufgaben mit voller Kraft nachkommen wird."

Für den Posten des CSU-Vize bewirbt sich – voraussichtlich als einziger Kandidat – der Chef der CSU-Fraktion im bayerischen Landtag, Glück (49).

Siehe auch Kommentar

Negativliste verschoben

Naturheilmittel werden bezahlt

Bonn (dpa). Die meisten Naturheilmittel sollen auch weiterhin von den Krankenkassen bezahlt werden. Sie werden nach Angaben des FDP-Bundestagsabgeordneten Cronenberg nicht auf der von Bundesarbeitsminister Blüm (CDU) geplanten Negativliste stehen. Diese Liste, die bestimmte Arzneimittel von der Erstattung durch die Krankenkassen ausschließt, werde außerdem erst zum 1. Juli 1991 in Kraft treten und damit um eineinhalb Jahre verschoben, teilte Cronenberg am Dienstag in Bonn mit.

Cronenberg begrüßte diese Entscheidung Blüms. Damit werde den Arzneimittelherstellern und den Ärzten Gelegenheit gegeben, sich auf die neuen Vorschriften langfristig einzustellen. Bei Naturheilmitteln sind die Begrenzung auf sechs Wirkstoffe in einem Präparat wegfallen.

Andere Arzneimittel mit nicht erforderlichen Bestandteilen oder nicht nachgewiesenem therapeutischen Nutzen sowie Kombinationspräparate der Schulmedizin mit mehr als drei Wirkstoffen sollen allerdings auf der Negativliste bleiben.

Arbeitskreis-Schätzung / 1989 und 1990:

22 Mrd. DM mehr Steuereinnahmen

Bonn (dpa/vwd). Bund, Länder und Gemeinden können 1989 und 1990 mit 22 Milliarden DM mehr Steuern in ihren Etats rechnen als bisher offiziell angenommen. Laut Arbeitskreis Steuerschätzungen werden im laufenden Jahr insgesamt 533,6 Milliarden DM an Steuern eingenommen. 9,3 Prozent mehr als 1988. Das ist um 8,3 Milliarden DM höher als nach der Schätzung vom Mai. Für 1990 korrigierte der Arbeitskreis seine Erwartungen gegenüber dem Mai-Wert sogar um 11,4 Milliarden DM nach oben. Da der Bonner Anteil an die EG-Kasse geringer ausfällt als ursprünglich angenommen, bleiben im Netz des bundesdeutschen Fiskus' rund 22 Milliarden hängen.

Möglich sei es auch, die neuen Schulden des Bundes gegenüber der bisherigen Planung deutlich zu senken: Für 1989 auf 23 bis 24 Milliarden DM gegenüber gesetzlich vorgesehenen 27,8 Milliarden DM und für 1990 auf unter 30 Milliarden DM, während der Regierungsentwurf ursprünglich von 33,7 Milliarden ausging.

Deutlich nach oben korrigiert gegenüber der Steuerschätzung vom Mai wurden die Annahmen für das nominale Bruttosozialprodukt (einschließlich der Preisentwicklung): für 1989 von plus 5,6 auf 6,5 Prozent und für 1990 von 4,7 auf 5,7 Prozent.

Nach Ansicht von Bundesfinanzminister Waigel (CSU) hat sich die „wachstums- und beschäftigungsfördernde Steuerpolitik der Bundesregierung" nicht nur für die Steuerzahler, sondern auch für die öffentlichen Etats ausgezahlt. Die Mehreinnahmen hätten entgegen SPD-Behauptungen nichts mit Steuermehrbelastungen der Arbeitnehmer zu tun, sondern seien das Ergebnis von Finanzpolitik und darauf aufbauender wirtschaftlicher Entwicklung.

Die SPD-Finanzexpertin Matthäus-Maier forderte von der Regierung, die Einnahmen zur Lösung drängender Probleme wie die Bekämpfung von Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit einzusetzen.

Siehe auch Kommentar

IN BESTER STIMMUNG verlief ein Treffen zwischen US-Präsident Bush und dem Chef der polnischen Gewerkschaft Solidarität, Walesa, im Weißen Haus in Washington; links Barbara Bush. Walesa, der sich seit Montag zu einem mehrtägigen Besuch in den Vereinigten Staaten aufhält, wurde wegen seiner Verdienste um die Demokratie in Polen von Bush mit dem höchsten zivilen Orden der USA, der Freiheitsmedaille, ausgezeichnet. (dpa-Funkbild)

Wirtschaftshilfe / Neue Vorschläge

Steinkühler warnt vor „Ausverkauf" der DDR

Fortsetzung

Vor einem „Ausverkauf" der DDR warnte der Vorsitzende der IG Metall, Steinkühler: Um ein paar Devisen zu ergattern, könnten DDR-Bürger, wie bereits Tausende von Polen, „alles, was nicht niet- und nagelfest ist", im Westen verkaufen.

Auch der SPD-Parteivorsitzende Hans-Jochen Vogel meinte, daß ohne schnelle Regelungen im Währungsbereich ein „Ausverkauf" der DDR drohe. Vor der Presse in Bonn schlug Vogel erneut vor, einen Devisenfonds in der DDR aus dem Mindestumtausch und dem Begrüßungsgeld zu schaffen.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Momper, hat Bundeskanzler Kohl inzwischen gebeten, den Berliner Senat zu einer Kabinettssitzung nach Bonn einzuladen. Die Problemlage nach Öffnung der DDR-Grenze sei mittlerweile so breit, daß es sinnvoll wäre, wenn das Kabinett einlade, sagte Momper. Er erneuerte seine Forderung, daß sich die Bundesregierung „jetzt ganz schnell mit der DDR-Führung an einen runden Tisch" setzen müsse, um die drängenden Probleme der Devisenfrage, des Verkehrs sowie der Wirtschaft auch der DDR zu klären.

Momper lobte, daß die Berliner Bundessenatorin Pfarr (SPD) zu der Staatssekretärs-Runde in Bonn zugezogen worden ist, die Gespräche von Kanzleramtsminister Seiters (CDU) nächste Woche in Ost-Berlin vorbereitet. Dabei geht es vor allem um die Abstimmung möglicher Hilfsmaßnahmen für die DDR.

Bundesbürger / Reisen in die DDR

Berechtigungsschein erforderlich

Kassel (mwe). Bundesbürger, die in die DDR reisen wollen, benötigen – wie früher auch – einen von den DDR-Behörden ausgestellten Berechtigungsschein. Das betonte gestern das niedersächsische Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten.

Nachdem Ostberlin bereits am Sonntag darauf verwiesen hatte, daß die zwischen beiden deutschen Staaten beschlossenen Reisevereinbarungen bestehen bleiben, hatten gestern Berichte von Bundesbürgern, die von einem Aufenthalt in der DDR zurückkehrten, erneut zu Verunsicherung geführt: sie waren eigenen Angaben zufolge ohne große Formalitäten eingereist. Nachfragen unserer Zeitung ergaben jedoch, daß sich eine solche Möglichkeit nur vorübergehend während der Turbulenzen am Wochenende und bei der Öffnung neuer Grenzübergänge ergeben hatte.

Nach Auskunft des niedersächsischen Ministeriums gibt es allerdings gewisse Erleichterungen für Bundesbürger: sie können künftig auch mit Fahrrad, Moped oder Motorrad in die DDR einreisen und dürfen sich dort mit Verwandten oder Freunden bereits unmittelbar hinter der Grenze treffen, nachdem Ost-Berlin die Sperrzone aufgehoben hat.

In Ostberlin abgelöst

Schabowski in Regierung?

Berlin (dpa). Neuer SED-Bezirkschef in Ost-Berlin und damit Nachfolger von Günter Schabowski ist seit Dienstag der 54jährige Funktionär Heinz Albrecht. In Anwesenheit von SED-Generalsekretär Egon Krenz hatte die Ostberliner Parteibezirksleitung zuvor Schabowski für sein „erfolgreiches Wirken an der Spitze der Berliner Parteiorganisation seit 1985 gedankt und ihn im Zusammenhang mit der Übernahme eines neuen Aufgabengebietes als Sekretär des ZK der SED von dieser Funktion entbunden". Schabowski wurde kürzlich als Politbüromitglied bestätigt. Er ist für Medienpolitik zuständig. Erwartet wird, daß er künftig eine wichtige Position in der Regierung übernimmt.

Armee / „Dritte Söhne"

Freistellung wieder möglich

Bonn (dpa). Dritte und weitere Söhne einer Familie, von der bereits zwei Söhne Wehr- oder zivilen Ersatzdienst geleistet haben, werden jetzt wieder auf Antrag vom Grundwehrdienst freigestellt. Das bestätigte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU, Wilz. Damit kehrt die Bundeswehr wieder zu einer Regelung zurück, die bis vor einem Jahr gegolten hatte. „Dritte Söhne", die in der letzten Zeit eingezogen worden waren, brauchen nicht mehr mit Wehrübungen zu rechnen.

Wilz erläuterte, daß das Verteidigungsministerium damit einem Wunsch der Koalitionsfraktionen nachgekommen sei, die vor allem familien- und sozialpolitische Gründe ins Feld geführt hatten.

Westliches Ausland

Prag verspricht Reisefreiheit

Prag (dpa). Der tschechoslowakische Ministerpräsident Adamec hat in einer Regierungserklärung vor dem Parlament in Prag den Bürgern des Landes freie Reisemöglichkeiten ins westliche Ausland versprochen. Die bisher erforderlichen Ausreisevisa sollen abgeschafft werden. Die Neuregelung tritt am 1. Januar 1990 in Kraft, verlautete ergänzend aus dem Amt des Ministerpräsidenten.

Bisher wurde bei Nachweis der vorgeschriebenen Devisenmenge – mindestens 30 DM für jeden Tag – das für den Grenzübertritt benötigte Ausreisevisum von der Polizei ausgestellt. Der Weg zur Polizei soll in Zukunft entfallen. Nötig sind nach wie vor Einreisevisa der Reiseländer.

Bundesrepublik und Polen

Verbesserungen beim Tourismus

Fortsetzung

In der Erklärung räumen beide Seiten das Recht zur Kriegsgräberpflege auf ihrem jeweiligen Gebiet ein. In Polen liegen etwa 400 000 deutsche Soldaten begraben. Hemmnisse für den Tourismus sollen abgebaut werden. Dies dürfte auch den Zwangsumtausch und den Devisennachweis durch polnische Reisende betreffen. Bundespräsident von Weizsäcker wurde zu einem Staatsbesuch nach Polen eingeladen.

Zur Frage einer Entschädigung für polnische Naziopfer, die in der gemeinsamen Erklärung nicht erwähnt ist, versicherte der Kanzler, er sehe die menschliche Tragödie, doch die Bundesrepublik habe schon enorme Belastungen auf sich genommen.

Vogel: Grandiose Idee

Wird SPD-Parteitag nach Berlin verlegt?

Bonn (dpa). Die SPD wird ihren Parteitag Mitte Dezember voraussichtlich von Bremen nach Berlin verlegen. SPD-Chef Vogel bezeichnete entsprechende Vorschläge vor dem Hintergrund der Ereignisse in der DDR als „grandiose Idee". Gegenwärtig würden die organisatorischen Voraussetzungen geprüft.

HESSISCHE/NIEDERSACHSISCHE
ALLGEMEINE

Herausgeber
Rainer Dierichs, Dr. Dietrich Batz, Achim von Roos

Chefredakteur
Lothar Orzechowski

Stellv. Chefredakteure
Wolfgang Rossbach, Peter M. Zitzmann

Verantwortliche Redakteure
Chef vom Dienst: Rainer Merforth. Politik: Jochen Prater. Blick in die Zeit: Walter Schütz. Wirtschaft und Sozialpolitik: Horst Seidenfaden. Kultur: Dirk Schwarze. Frau u. Reise: Ilse Methe-Huber. Sport: Rolf Wiesemann. Sonntagszeit: Frank Thonicke. Kassel Stadt und Land: Wolfgang Rossbach. Bezirksredaktionen: Peter M. Zitzmann. Koordination: Helmut Lehnart. Hessen/Niedersachsen: Eberhard Heinemann. Chefreporter: Karl-Hermann Huhn. Sonderthemen: Peter Ochs.
Redaktion Wiesbaden: Rolf Effenberger. Redaktion Hannover: Harald Birkenbeul. Redaktion Bonn: Hans Ludwig Laucht.

Verlagsleitung
Dr. Dietrich Batz, Rainer Dierichs, Wigbert H. Schacht. Anzeigenleiter: Horst Prehm. Vertriebsleiter: Gerd Lühring.

Verlag Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Str. 168, Postfach 10 10 09, 3500 Kassel, Ruf 05 61 / 20 3-0. Tel. Anzeigenannahme 05 61 / 20 3-3. Fernschreib-Nr. 99 635. Telekopierer 05 61 /20 36. Teletex 5 61 81 10. Postgirokonto 155132-608 Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr. 29. Monatlicher Abonnementspreis DM 25,60 inkl. Zustellung und 7% MwSt. (Postbezugspreis 28,50 DM).

Die Beendigung des Abonnements ist nur mit schriftlicher Kündigungserklärung unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich; die Frist läuft ab Zugang der schriftlichen Kündigungserklärung.

Auflage werktags über 270 000 Exemplare in Tarifgemeinschaft mit „Oberhessische Presse", Marburg, „Hersfelder Zeitung", „Werra-Rundschau", Eschwege, „Harzkurier", Herzberg.
Auflage „Sonntagszeit" über 200 000 Exemplare.
Herstellung Druckhaus Dierichs Kassel, Frankfurter Straße 168, 35 Kassel.

„Gesundes Klassenfrühstück" heißt eine Aktion, die jetzt von Gesundheitsdezernentin Margarethe Nimsch (Mitte) in Frankfurt gestartet wurde. Die Kinder der Grunelius-Schule, die auf einem Wunschzettel ihren Eltern mitteilen sollen, was sie künftig als gesundes Schulfrühstück haben wollen, sind von der Aktion hellauf begeistert. (dpa-Funkbild)

Grüne enthielten sich der Stimme

Landtag fordert für Menschen in der DDR Selbstbestimmung

Von unserer Wiesbadener Redaktion

Wiesbaden (Eff). Nach fast vierstündiger ruhiger und sachbezogener Debatte verabschiedete gestern nachmittag der Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP eine Entschließung, in der Freiheit und Selbstbestimmungsrecht der Menschen in der DDR gefordert und die Unverletzlichkeit der gegenwärtigen Grenzen in Europa bekräftigt werden. Darüber hinaus werden konkrete Schritte zur Intensivierung der Beziehungen zur DDR, insbesondere zu Thüringen, verlangt. Die Grünen enthielten sich der Stimme.

Der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Fischer, erklärte, es wäre unehrlich, diesem Antrag zuzustimmen und somit die unterschiedlichen Positionen zur Wiedervereinigung zwischen Grünen und den drei anderen Fraktionen zu vertuschen. Für die Grünen habe die staatliche Einheit der Deutschen nie im Vordergrund gestanden. Es gebe keinen vernünftigen Grund für eine Wiedervereinigung, sagte Fischer. Sie könne keines der vorhandenen oder künftigen Probleme lösen, dabei eher hinderlich sein.

„Auf Frieden hinwirken"

In der Öffnung der deutsch-deutschen Grenze sieht Ministerpräsident Wallmann (CDU) erst eine Forderung der Deutschlandpolitik erfüllt. Ihr oberstes Ziel bleibe es, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung die Einheit wiedererlangt. Jetzt stünden wir in der historischen Pflicht, denen in der DDR zu helfen, die beim Aufbau der Demokratie vorankommen wollten.

„Ängste noch real"

Vor zuviel Überschwang warnte der SPD-Abgeordnete Krollmann (Kassel): Die Grenze zwischen zwei militärischen Machtblöcken und zwei Wirtschaftssystemen trenne immer noch die zwei deutschen Staaten. Die Ängste unserer Nachbarn vor einem deutschen Sonderweg seien immer noch real. Für die Bewahrung des Friedens müßten die Deutschen bereit sein, einen Preis zu zahlen –„auch wenn es der Verzicht auf die Einheit, die neue Vereinigung der beiden deutschen Staaten wäre."

Es müsse klar sein, daß sich die deutsche Entwicklung nicht gegen die Nachbarn richte, stellte der stellvertretende Ministerpräsident Gerhardt (FDP) fest. Die Polen müßten wissen, daß ihr Recht auf sichere Grenzen nicht in Frage gestellt werde. Eine Politik, die die deutsche Einheit ermögliche, sei jedoch ein legitimes Ziel und nicht der Ausfluß von Revanchismus.

„Schon vollzogen"

Für den Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Nassauer (Wolfhagen), hat sich die Wiedervereinigung der Menschen schon am vergangenen Wochenende in Berlin, Helmstedt, Herleshausen und an jedem Grenzübergang vollzogen. Insofern sei die Wiedervereinigung in der Tat kein Thema. Der Kern der deutschen Frage seien Freiheit und Menschenrechte für alle Deutschen. Sie bleibe offen, solange diese Rechte den Bürgern der DDR vorenthalten würden.

Zwei Thüringer

Bei Heimfahrt in DDR getötet

Eschwege (lhe). Bei der Heimfahrt in die DDR sind am Dienstagabend zwei Bürger aus Arnstadt (Thüringen) in der Nähe des Grenzübergangs Herleshausen (Werra-Meißner-Kreis) tödlich verunglückt. Wie die Polizei in Eschwege mitteilte, hatte eine 37jährige Trabant-Fahrerin versucht, einen Lastwagen zu überholen. Dabei streifte sie das Heck des Lkw und stieß auf der Gegenfahrbahn frontal mit einem entgegenkommenden 40 Tonnen schweren Lastzug zusammen.

Nach Mitteilung der Polizei schwebt die Fahrerin in Lebensgefahr, ihr gleichaltriger Begleiter und eine ältere Frau starben noch an der Unfallstelle. Die Bundesstraße 27 war wegen des Unfalls mehr als drei Stunden lang gesperrt.

Hitzige Debatte über Wallmanns umstrittene Göring-Zitate

Abstimmung auf heute vertagt

Wiesbaden (lhe). Der Landtag hat die Abstimmung über Anträge zu umstrittenen Göring-Zitaten von Ministerpräsident Wallmann (CDU) auf heute vertagt. Die Verschiebung wurde während der Plenarsitzung am Dienstag von den Koalitionsfraktionen CDU und FDP gegen das Votum der Oppositionsparteien SPD und Grüne beschlossen. Nach zweieinhalbstündiger und überwiegend hitziger Debatte hatte die Union die Vertagung vorgeschlagen.

In einer gemeinsamen Beschlußvorlage der Sozialdemokraten und Grünen wird der Landtag aufgefordert, Wallmanns Einlassungen zum Verhalten der SPD bei der Sitzung des Reichstags am 17. Mai 1933 „nachdrücklich" zu mißbilligen. Außerdem liegt den Abgeordneten ein Antrag der FDP vor, in dem es heißt, Teile der Geschichte dürften nicht als Waffe im Kampf für eigene parteipolitische Vorteile benutzt werden. Geschichte solle nicht durch Schuldzuweisungen aufgearbeitet oder zur Bildung von Legenden mißbraucht werden.

Wallmann hatte am 12. Oktober während einer Parlamentsdebatte über die Behandlung der Nationalhymne im Schulunterricht gesagt, während der Reichstagssitzung am 17. Mai 1933 hätten auch Sozialdemokraten das Deutschlandlied gesungen. Er zitierte aus dem Protokoll der Versammlung den Reichstagspräsidenten Hermann Göring mit den Worten: „Männer und Frauen! Ich habe dem nichts mehr hinzuzusetzen. Die Welt hat gesehen: Das deutsche Volk ist einig, wenn es sein Schicksal gilt!"

SPD und Grüne warfen dem Regierungschef vor, den unzutreffenden Eindruck zu erwecken, Sozialdemokraten hätten gemeinsame Sache mit den Nazis gemacht.

Der Regierungschef wies das Verlangen der Opposition zurück. Die Behauptung, er habe die SPD in die Nähe der Nazis gerückt, sei „abwegig" und eine „Unterstellung". Er habe die SPD nicht beleidigt.

Land will Ausbau kommunaler Verkehrswege fördern

Straßenkarten für DDR-Bürger

Wiesbadener Redaktion

Wiesbaden (Eff). Schnelle Hilfe für die DDR-Bürger, deren Ansturm auf hessische Städte und Gemeinden nach der Öffnung der Grenze auch an den kommenden Wochenenden erwartet wird. Das Wirtschaftsministerium und der ADAC bringen gemeinsam Straßenkarten heraus und verteilen sie an die Besucher, damit sie sich in den ihnen unbekannten Regionen der Bundesrepublik zurechtfinden können. Das teilte Minister Schmidt (FDP) gestern vor der Landespressekonferenz in Wiesbaden mit.

Schilder und Ampeln

Die Verkehrsprobleme, die die Flut der „Trabis" an der Grenze zur DDR ausgelöst hat, sollen sofort „in den Griff genommen" werden, erklärte der Minister. In den Grenzgebieten werde die Beschilderung – zunächst provisorisch, dann endgültig – den neuen Erfordernissen eines starken Ostverkehrs entsprechend ergänzt. Dazu gehörten auch neue Ampelanlagen an den auf den Nord-Süd-Verkehr ausgerichteten Bundesstraßen, um die neuen Verkehrsströme aus dem Osten aufnehmen zu können.

Neue Ortsumgehungen würden notwendig und der Ausbau von kommunalen Straßen ebenso wie Verkehrsberuhigung in den Ortschaften, stellte Schmidt fest. Sie sollen projektbezogen finanziell vom Land gefördert werden. Im Grenzbereich von Witzenhausen bis in die Rhön würden die Kommunen nach derartigen Vorhaben abgefragt, um sie möglichst schnell realisieren zu können. Bei der Finanzierung sieht der Minister zunächst keine Schwierigkeiten. Gegebenenfalls müßte sie durch einen Nachtragshaushalt gesichert werden.

Zonenrandförderung

Nachdrücklich betonte Schmidt „gerade jetzt" die Notwendigkeit der Zonenrandförderung, um die Rahmenbedingungen für eine positive Wirtschaftsentwicklung zu setzen. Darüber hinaus könnte sich eine neue Perspektive für die Zonenrandförderung in Form einer Zusammenarbeit über die Grenze hinweg ergeben, meinte er. Thüringen und Hessen seien ja einmal ein Wirtschaftsraum gewesen.

Die Öffnung der Grenze ergebe auch neue Aspekte für das Schienengrundnetz Hessens, sagte der Minister und wies auf die Möglichkeit hin, daß durch die neuen Verkehrsbeziehungen von der Stillegung bedrohte Bahnstrecken nun doch erhalten werden könnten.

Autobahn nach Eisenach

Mit Hilfe der Bundesregierung will Schmidt Gesprächspartner in der DDR suchen, um im sogenannten Thüringer Zipfel die Autobahnverbindung zwischen Bad Hersfeld und Eisenach zu schließen. Das liege im Interesse beider Seiten. Bisher sei das an den von der DDR verlangten Grenzsicherungsanlagen gescheitert, die aber nun überflüssig geworden seien.

Zu künftigen wirtschaftlichen Beziehungen mit Betrieben in der DDR äußerte sich der Minister zurückhaltend. Hierbei müsse zunächst die weitere Entwicklung abgewartet werden. Zusammenarbeit dieser Art gebe es aber bereits vereinzelt.

Ausnahmen vom Ladenschluß bis Weihnachten

Wiesbaden/Frankfurt (Eff/lhe). Angesichts des auch an den kommenden Wochenenden erwarteten Ansturms von Besuchern aus der DDR hat die hessische Landesregierung gestern eine bis einschließlich 23. Dezember befristete Ausnahme vom Ladenschlußgesetz beschlossen.

Wie Regierungssprecher Müller im Anschluß an die Kabinettsitzung mitteilte, dürfen in ganz Hessen die Geschäfte sonnabends bis 17 Uhr – an den langen Sonnabenden vor Weihnachten wie üblich bis 18 Uhr – geöffnet sein und sonntags von 11 bis 16 Uhr. Ausdrücklich ausgenommen von dieser Regelung ist der Buß- und Bettag am 22. November.

Müller sagte, gegenwärtig sei an eine Verlängerung dieser Ausnahmeregelung über den 23. Dezember hinaus nicht gedacht – als Geste der menschlichen Begrüßung für die DDR-Bürger. Sie sei ein Angebot der Geschäftswelt, aber kein Muß. Die Landesregierung bitte jedoch die Geschäftsleute darum, von der Ausnahmeregelung Gebrauch zu machen.

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) lehnt die Ausnahmeregelung in der vorliegenden Form ab. Das Kabinett habe übereilt entschieden und weder Gewerkschaften noch Betriebsräte angehört, heißt es in einer Stellungnahme vom Dienstag in Frankfurt. Die DAG würde in grenznahen Bereichen eine verlängerte Öffnungszeit an Samstagen mittragen, wenn dafür die verlängerten Öffnungszeiten an den Donnerstagen der betroffenen Wochen und der lange Samstag am 23. Dezember fallen würden.

Offener Brief / Dankesworte

„Im Namen aller DDR-Gäste ..."

In einem offenen Brief „an den Bürgermeister und die Bürger der Stadt Kassel" hat Georg Breiter aus Frankfurt an der Oder, der zehn Tage in Niestetal zu Gast war, seine Eindrücke vom vergangenen Wochenende in Kassel niedergeschrieben. Wir wollen sie unseren Leserinnen und Lesern nicht vorenthalten.

„... Es ist mir ein Bedürfnis, aus Anlaß der historischen Ereignisse am 9.November 1989 in Deutschland, die wir in Kassel miterlebt haben, ein paar Dankesworte im Namen aller DDR-Gäste zu sagen.

Tief bewegt haben wir die Nachricht in Fernsehen und Presse erhalten, daß alle DDR-Bürger ab sofort in die BRD reisen dürfen. Desto mehr erstaunt und erfreut waren wir, wie der Rat der Stadt Kassel, die Polizei, das Rote Kreuz, der Samariter-Arbeiterbund, die Verkehrsbetriebe und viele Kasseler Bürger diese Situation so schnell mit viel Freude und Fleiß gemeistert haben. Der langersehnte Tag kam doch zu überraschend, und unsere Landsleute kamen sehr schnell und zahlreich in die Stadt Kassel geeilt. Auch unser zweiter Sohn kam über Nacht noch hier an, und alle freuten sich über die Gastfreundschaft und Aufnahmebereitschaft aller Kasseler.

So begann es mit dem Info-Bus der Polizei, die Zeitungsnotiz über die Betreuungs- und Auszahlungsstelle beim Rat der Stadt, die Übernachtungsmöglichkeiten am Bahnhof, die kostenlose Ausgabe von Imbiß und Tee, die Befestigung von Landkarten an den Autos und vieles mehr. Auch sehr erfreut waren wir, daß in vielen Kaufhäusern die DDR-Gäste über Lautsprecher begrüßt wurden und die Mitarbeiter des Handels sich bereiterklärten, am Samstag bis 16 Uhr und auch am Sonntag für ihre Gäste zu öffnen. Auch der Einsatz der Kasseler für einen abgeschleppten Lieferwagen aus der VR Ungarn hat uns sehr beeindruckt...

Zusammenfassend können wir sagen, daß rundum alles geklappt hat, ... daß es ein Erlebnis war, in Ihrer schönen Stadt betreut und umsorgt worden zu sein. Wir verabschieden uns mit einem Wort, das an vielen Trabis und Wartburgs stand: Danke!"

DDR-Bürger / Märchenstraße

Appell: Einladen zum Kurzurlaub

Kassel (m.s.). Städte und Gemeinden, die zwischen Hanau und Bremen der Arbeitsgemeinschaft Deutsche Märchenstraße angehören, sollen Bürgern aus der DDR einen kostenlosen oder preisgünstigen Kurzurlaub ermöglichen. Dazu hat die Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft gestern in Kassel spontan in einer Entschließung an die 48 Mitglieder aufgerufen.

Mit diesem Angebot wolle man die vom Land Hessen gestartete Aktion „Begegnungen in Deutschland" unterstützen, erklärten der neue Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft, Kassels Werbeamtschef und Magistratspressesprecher Hans-Jochem Weikert, und der scheidende Vorsitzende, Kreisbeigeordneter Oswald Schröder (Wolfhagen).

Mit der Einladung an DDR-Bürger sollen die Städte und Gemeinden an der Märchenstraße ihre Gastfreundschaft erweisen. Die Öffnung der Grenze eröffne auch der Märchenstraße völlig neue Perspektiven. Die weltweit bekannten Attraktionen könnten nunmehr auch die Bürger der DDR kennenlernen. Ihnen müsse man ihren Einkommens- und Währungsverhältnissen entsprechende Angebote machen.

Einen noch größeren Bekanntheitsgrad verspricht sich die 1975 vom damaligen Landrat Dr. Herbert Günther gegründete Arbeitsgemeinschaft von einem 1990 beginnenden Angebot der Deutschen Touring. Die Bundesbahn-Tochter wird nach dem Vorbild des Angebotsheftes „Romantische Straße" auch ein entsprechendes Heft in deutscher und englischer Sprache für die Deutsche Märchenstraße entwickeln.

„Gefahr der Aushöhlung"

Der scheidende Geschäftsführer Wolfgang Müller betonte, in einer Zeit, in der die freiwilligen Leistungen der Kommunen immer stärker eingeschränkt würden, drohe der Arbeitsgemeinschaft die Gefahr der Aushöhlung. Den kommunalen Vertretungskörperschaften müsse deshalb deutlich gemacht werden, daß jede Kündigung „dem Herausbrechen eines Steines aus der Mauer gleicht". Nur der Zusammenhalt garantiere auch weiterhin eine erfolgreiche Arbeit.

Geplant sind 1990 eine durchgängige Beschilderung der Märchenstraße nach den Richtlinien für touristische Hinweise, die Herausgabe eines neuen Unterkunftsverzeichnisses sowie der Sonderverzeichnisse Camping, Jugendherbergen und Wandern, eine verstärkte Werbung im Inland, zusätzliche Werbung bei den US- und britischen Stationierungsstreitkräften, mehr Informationen in skandinavischen Ländern und Werbeaktionen in der Schweiz und in Österreich.

Der Haushalts- und Werbeplan 1990 umfaßt „nur" 152 000 Mark. Deshalb, so Weikert, sei viel Phantasie gefragt. Nach 15 Jahren des Aufbaus folge nun die Phase des Ausbaus der Märchenstraße „auf einem sehr stabilen Fundament". Wichtig sei, die vier Bundesländer dazu zu bewegen, kontinuierlich Zuschüsse zu zahlen. Hessen sei hier Vorbild.

Der hohe Bekanntheitsgrad der Märchenstraße im In- und Ausland, der Stellenwert unter den mehr als 50 deutschen Touristikstraßen sowie die Erfolge der Arbeitsgemeinschaft seien auf das unermüdliche Wirken von Heinrich Fischer zurückzuführen. Mit diesen Worten würdigte Oswald Schröder die 15jährige Arbeit des Geschäftsführers. Der langjährige Landkreis-Pressesprecher hatte das Geschäftsführer-Amt bis zu seiner Pensionierung im Sommer 1989 inne. Mit Dank und Anerkennung wurde er gestern offiziell verabschiedet.

Nach 15 Jahren geht die geschäftsführende Tätigkeit des Landkreises Kassel auf die Stadt über. Neuer Vorsitzender und Nachfolger von Oswald Schröder ist Oberbürgermeister Hans Eichel.

MÄRCHENHAFT: Elf Märchenfiguren der Deutsche Märchenstraße kamen gestern zur Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft nach Kassel – ein beliebtes Fotomotiv. Hier am Brüder-Grimm-Denkmal auf dem Grimm-Platz. (Foto: Koch)

Harry Düsterdieck und Hans Klipp

Zwei Männer warten auf den großen Hit

Kassel (ach). Ihr Lied „My home is my Kassel" ist schon vor vier Jahren entstanden. In der Region wurde bisher kaum Notiz davon genommen, dafür spielt RTL plus den Titel. „Hier in Nordhessen fehlt halt jede Unterstützung", meint Harry Düsterdieck achselzuckend. Entmutigen läßt sich der 38jährige Selfmade-Komponist deshalb noch lange nicht: Zusammen mit seinem Partner Hans Klipp produziert er Musik am laufenden Band. Mit ihrem

Menschen in unserer Stadt

„Vampir-Studio" hoffen die beiden Kasseler darauf, irgendwann mal einen großen Hit zu landen.

Seit er seinen Job als Lkw-Fahrer an den Nagel gehängt hat, widmet sich „Harry Harper" – den Künstlernamen hat er sich zugelegt, „weil sich Düsterdieck ziemlich schlecht vermarkten läßt" – voll und ganz der Musik. Das Wohnzimmer seiner Mietwohnung hat er kurzerhand zum Studio umfunktioniert und mit Tontechnik vollgestopft. Nach Feierabend kommt Hans Klipp – 36 Jahre alt und hauptberuflich bei der KVG im Vertrieb beschäftigt – dazu und bringt öfter einen neuen Liedtext mit.

Wenn Texter Hans seine Ideen zu Papier gebracht hat, sind die musikalischen Ideen gefragt. „Mal sehen, was ich mit dem Drum-Computer machen kann", beginnt dann Harry seine Arbeit. Da wird viel mit Instrumenten und Stimmen experimentiert, Multi-Instrumentalist Düsterdieck („ich hab' eigentlich alles gespielt") steuert meist Tasten und Gesang bei. Und steht auch schon mal nachts um drei Uhr auf, weil ihm gerade eine flotte Melodie oder ein guter Bläsersatz eingefallen ist.

200 Titel hat das Duo schon im Kasten und bei der Gema, der Gesellschaft für musikalische Aufführungsrechte, angemeldet. Das muß sein, erklärt Klipp, damit keiner die Ideen klauen kann. Das Geschäft ist hart und das Geld der beiden Musikmacher knapp. „Platten sind viel zu teuer", deshalb lassen sie ihre Titel von Volksmusik über Pop bis Country vorzugsweise in Kleinst-Auflagen auf Kassetten erklingen.

Viele davon sind „bisher gut angekommen, wenn wir auch den großen Schlag noch nicht gelandet haben", erzählt Harry. Das Lob von vielen Freunden und Bekannten bringt den beiden die Motivation, weiter zu texten und zu komponieren.

Vor drei Jahren haben sie sich den Namen „Vampir"-Produktion zugelegt und sind damit inzwischen in der Szene bekannt. Die Idee zum eher düsteren Namen kam daher, daß „ich schon immer ein Faible für das Mystische hab'", sagt der Komponist. Und schließlich paßt auch der Slogan von der „Musik mit Biß" so schön dazu.

Nach einem Live-Auftritt von „Harry Harper" kamen die Musikfreunde zum ersten Mal zusammen, weil Hans Klipp den Musiker mit der Einschätzung konfrontierte: „Aus deiner Musik ist mit besseren Texten mehr zu machen." Seither können sich die beiden auch gegenseitig Mut machen und sich immer wieder zu neuen Kompositionen aufraffen. Motto: „Jetzt versuchen wir den Durchbruch."

WOHNZIMMER ALS TONSTUDIO: Komponist Harry Düsterdieck (rechts) und Texter Hans Klipp arbeiten seit drei Jahren als Team und haben in ihrem „Vampir"-Studio bereits über 200 Musiktitel erdacht und produziert. (Foto: Herzog)

Länderspiel

Mit Musikkorps aus Kassel

Kassel (f). Wenn heute abend beim Fußball-Länderspiel kurz vor 20 Uhr Deutschland – Wales die Nationalhymnen erklingen, dann sind es Musiker aus Kassel, die für diesen feierlichen Rahmen sorgen: Im Müngersdorfer Stadion in Köln spielt das Musikkorps des BGS vom Grenzschutzkommando Mitte. Die 36 Musiker unter der Leitung von Polizeihauptkommissar Jürgen Deeg sorgen mit schmissigen Fußball-Hits („Einer geht noch rein...") auch für die musikalische Unterhaltung vor dem Spiel und in der Halbzeitpause.

Die Leute vom Musikkorps sind überzeugt, daß ihr Auftritt im Stadion ein gutes Omen ist. Polizeimeister Franz Kraus, der heute abend die Lyra schlägt: „Die Nationalmannschaft hat noch nie ein Länderspiel verloren, wenn wir vom Grenzschutzkommando Mitte mit von der Partie waren."

Volksbund-Sammlung

Spenden für Soldatengräber

Kassel (m.s.). Oberbürgermeister Hans Eichel und Landrat Willi Eiermann haben die Bevölkerung dazu aufgerufen, die Haus- und Straßensammlung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) durch Spenden zu unterstützen. Die Sammlung beginnt heute und dauert bis zum 26. November. Die Spenden dienen nach Angaben des VDK der Erhaltung und Pflege der Soldatenfriedhöfe, den Gräbern der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft.

Jürgen Damm, Geschäftsführer des VDK-Kreisverbandes Kassel, bedauerte, daß in diesem Jahr der Anteil der sammlungswilligen Schülerinnen und Schüler „sehr zurückgegangen" sei. Schülerinnen und Schüler, die das 12. Lebensjahr erreicht haben, können sich an der Sammlung beteiligen. Ansprechpartner für Interessenten: Jürgen Damm, ☎ 77 16 75.

Oberbürgermeister und Landrat weisen in ihrem Unterstützungsappell auf die von Kassel ausgehende weltweite Friedensarbeit des VDK hin.

Tierschützer:

Zeit reif für Winterfutter

Kassel (eg). Mit der Winterfütterung der Vögel sollte jetzt bereits begonnen werden. Darauf weist der Verein der Tierfreunde in einem Schreiben hin und gibt Tips zur sinnvollen Fütterung.

Der Futterplatz sollte vor Wind, Regen, Schnee und Katzen geschützt sein. Bevorzugt werden Plätze mit freier Umsicht, Bäume und Sträucher in der Nähe bieten Schutz und Deckung. An den gekauften Häuschen fehlen meist Anflug-Lande-Stangen, die für die Tiere sehr wichtig sind.

Täglich zur gleichen Zeit

Die Fütterung, so in dem Appell, muß täglich zu den gleichen Zeiten angeboten werden, und zwar am frühen Morgen, mittags und eine Stunde vor Sonnenuntergang. Getrennt werden sollten die Futterstellen von Körnerfressern, wie Meise, Grünfink oder Dompfaff, sowie Weichfutterfressern wie Amsel, Rotkehlchen oder Zaunkönig.

Eine Gefahr für die Vögel stelle ein verschmutzter Futterplatz dar, da er ein Infektionsherd sein kann. Auf keinen Fall gefüttert werden darf laut dem Verein der Tierfreunde: gesalzenes Fett, Butter oder Margarine, Speiserest, Brot- oder Kuchenkrümel. Bei Meisenknödel in Netzbeuteln bestehe die Gefahr des Hängenbleibens mit den Krallen und Verschmutzung des Gefieders durch das Fett.

HNA
HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE ALLGEMEINE

HESSISCHE ALLGEMEINE

KASSEL
1 P 3713 A

UNABHÄNGIG · KASSELER ZEITUNG · NICHT PARTEIGEBUNDEN

Preis 1,10 DM · Nr. 268 · Donnerstag, 16. 11. 1989 · Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3

0:3-Niederlage in Wien

DDR verpaßt WM-Teilnahme

Kassel (em). Durch eine 0:3-Niederlage vor 55 000 Zuschauern gegen Österreich im Wiener Praterstadion verpaßte die Fußball-Nationalmannschaft der DDR erneut die Teilnahme an der Weltmeisterschaft. Neben den Österreichern fährt aus der Gruppe 3 noch die UdSSR (2:0-Sieger über die Türkei) nach Italien. Ebenfalls qualifizierten sich gestern Irland (Gruppe 6, 2:0 auf Malta) und Rumänien (Gruppe 1, 3:1 gegen Dänemark).

40%-Steigerung

VW mit Gewinn

Der Volkswagen-Konzern hat in den ersten neun Monaten dieses Jahres Umsatz und Gewinn stark steigern können. Gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum erhöhte sich der Gewinn um mehr als 40 Prozent. Siehe Wirtschaft.

Spanien: 5 Tote

Schwere Unwetter

Sintflutartige Niederschläge und Stürme haben in Spanien schwere Schäden in Industrie und Landwirtschaft angerichtet. Fünf Menschen verloren bisher ihr Leben. In Malaga standen die Straßen unter Wasser. Siehe „Blick in die Zeit".

Kunstmarkt

Kölner Aufgebot

Köln und Frankfurt in harter Konkurrenz – im Kunstgeschäft. Die Kölner „Art Cologne" (bis 22. November) setzt im Angesicht der neuen Frankfurter Messe stark auf Expansion. Über 200 Galerien sind dieses Jahr zugelassen. Siehe Kultur.

UdSSR/Denken

Heidegger als Idol

Die parteiphilosophischen Pflichtübungen in der UdSSR finden vor fast leeren Sälen statt, doch bei einer wissenschaftlichen Konferenz in Moskau wurde Martin Heidegger plötzlich zum neuen Meisterdenker erhoben. Siehe Kultur.

Peter Hofmann

Star im Musical

Soviel scheint sicher: Wagnertenor und Rocksänger Peter Hofmann (Bild) soll die Hauptrolle im neuen Hamburger Andrew-Lloyd-Webber-Musical „Phantom der Oper" (Nachfolger von „Cats") werden. Premiere: 29. Juni nächsten Jahres.

Zum Tage

Erleichtert

Geschafft! Ein kollektives Gefühl der Erleichterung erfaßte gestern abend die Fußball-Freunde von der Nordseeküste bis zu den Alpen. Obgleich am Nachmittag durch einen rumänischen Sieg über unseren nördlichen Nachbarn Dänemark in Siegzwang versetzt, nahmen Beckenbauers Balltreter die letzte und entscheidende Qualifikations-Hürde gegen Wales.

Abgewendet war die zwar von *niemandem so recht für möglich* gehaltene, aber doch in Sichtweite gerückte Staatstrauer im Falle einer Nichtteilnahme beim rauschenden Fest im Sommer nächsten Jahres. Nicht auszudenken der Frust, den die Abwesenheit des letztmaligen Vize-Weltmeisters in Italien hierzulande ausgelöst hätte.

Nun kann die Weltmeisterschaft 1990 im gelobten Fußball-Land ruhigen Herzens erwartet werden. Natürlich auch vom Veranstalter selbst, der den gestrigen Abend wohl mit bangem Herzen verfolgt hat. Den Organisatoren der großen Sport-Party steht jetzt zweifellos *eine Invasion deutscher Fans und* damit große Kasse ins Haus. Die Lira-Ströme werden sich in Milliarden-Dimensionen bewegen.

Und auch die Leitfigur der Szene, Teamchef Franz Beckenbauer, darf nun wieder freier atmen. Er, der sein Wohl und Wehe an die 90 Kölner Minuten geknüpft hatte, bleibt von einem Arbeitsplatzwechsel verschont. Jörg Allmeroth

DFB-Team nach Italien

Durch einen 2:1-Sieg über die Fußball-Nationalmannschaft Wales' sicherte sich die Elf der Bundesrepublik vor 60 000 im Kölner Müngersdorfer Stadion die Fahrkarte zur Weltmeisterschaft in Italien 1990. Die Tore für das DFB-Team hatten Rudi Völler (25.) und Thomas Häßler (48.) erzielt. Den Treffer der Gäste markierte Allen (11.). Der Kölner Pierre Littbarski setzte in der 77. Spielminute einen Foulelfmeter an den Pfosten. Unser Bild zeigt das 1:1-Ausgleichstor für das DFB-Team durch Rudi Völler (Mitte, am Boden). (dpa-Funkbild)

Aufforderung an EG / Gorbatschow:

„Deutsche Grenzen festschreiben"

Moskau/Paris (dpa/AP). Moskau hat am Mittwoch die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft aufgefordert, bei ihrem Gipfel am Samstag in Paris die Unverrückbarkeit der deutschen Grenzen festzuschreiben. Es sei „jetzt nicht die richtige Zeit", bestehende politische und wirtschaftliche Gebilde zu zerstören.

Dies erklärte laut Parteizeitung „Prawda" Staats- und Parteichef Gorbatschow. Er habe gewarnt, die Frage einer Wiedervereinigung zu propagieren. Dies sei „gefährlich".

Laut Nachrichtenagentur Tass äußerten der französische Außenminister Dumas und sein sowjetischer Amtskollege Schewardnadse bei Gesprächen in Moskau konträre Ansichten über die Wiedervereinigung. Außenminister Schewardnadse bezeichnete die Versuche „gewisser Kreise in der Bundesrepublik", die Frage einer Wiedervereinigung auf die Tagesordnung zu setzen, als „Bestrebung, die territorialpolitische Ordnung des ganzen Kontinents in Frage zu stellen".

Dumas habe bemerkt, jedes Volk habe das Recht frei über sein Schicksal zu entscheiden. Doch dürfe das Schicksal des einen Volkes nicht von anderen als Bedrohung empfunden werden. Interessanterweise äußerte sich das sowjetische Politbüromitglied Jakowlew in Japan ähnlich wie Dumas. Die Wiedervereinigung sei Sache der Deutschen, und die Sowjetunion werde sich nicht einmischen. Die Bemerkung fiel gestern in einem Gespräch mit der sozialistischen japanischen Oppositionsführerin Takako Doi.

US-Sprecher Fitzwater sagte in Washington, die „großen Themen" des Ost-West-Verhältnisses seien dringlicher als der Gedanke einer Wiedervereinigung Deutschlands.

EG-Kommissionspräsident Delors wird beim Pariser Gipfel ein Konzept für eine neue Ostpolitik der Gemeinschaft vorlegen. Die DDR habe dabei eine Sonderstellung, erklärte der belgische EG-Kommissar van Miert am Mittwoch in Brüssel. Für sie gehe es „um mehr als ein Handelsabkommen". „Wir müssen über die Lebensmittelhilfe hinausgehen", sagte Miert. Willy Brandt, Vorsitzender der Sozialistischen Internationalen, hat nach Gesprächen in Brüssel die EG zu einer „deutlicheren Ostpolitik" aufgefordert.

Hilfe für DDR / Anfang nächster Woche Gespräche in Ost-Berlin

Seiters macht noch keine Angebote

Bonn (dpa). Bundeskanzler Kohl hat am Mittwoch in Bonn mit den zuständigen Ministern zwar den Rahmen für Hilfeleistungen an die DDR abgesteckt, konkrete Angebote wird die Bundesregierung bei ihrer ersten direkten Kontaktaufnahme mit der neuen DDR-Spitze aber nicht vorlegen.

In welchen Bereichen und in welchem Umfang geholfen werden soll, wird unter anderem von den Gesprächen abhängen, die Kanzleramtsminister Seiters Anfang nächster Woche in Ost-Berlin mit DDR-Ministerpräsident Modrow und Staats- und Parteichef Krenz führen wird. Bundeskanzler Kohl wird zu Begegnungen mit den beiden DDR-Spitzenvertretern noch in diesem Jahr in die DDR reisen. Der zunächst ins Auge gefaßte Termin Anfang Dezember scheint aber fraglich zu sein.

Regierungssprecher Klein erklärte nach der Sitzung Kohls mit den acht zuständigen Ministern und den Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen, daß bei der Erörterung von Hilfsmaßnahmen den Reform-Forderungen der Bürger in der DDR und der tatsächlichen Reformbereitschaft der DDR-Führung „Rechnung getragen werden" müsse.

Bundeskanzler Kohl gibt heute eine Regierungserklärung zur Entwicklung in der DDR ab. Aus dem Bundestag berichtet das Erste Deutsche Fernsehen ab 9 Uhr.

Entscheidende Themen der Gespräche Seiters' in Ost-Berlin seien freie, gleiche und geheime Wahlen, die Einordnung der laufenden Projekte wirtschaftlicher Hilfe in den Reformprozeß sowie Reiseerleichterungen für Bundesbürger in die DDR. Auf die Frage, ob es sich um Vorbedingungen oder Bedingungen für Bonner Hilfe handele, wollte sich Klein nicht einlassen. Es sei aber klar, daß gemeinsame deutsch-deutsche Firmen oder westliche Investitionen in der DDR keinen Sinn machten, wenn die Rahmenbedingungen dafür nicht gegeben seien.

CDU-Generalsekretär Rühe kündigte gestern nach einer Sitzung des Bundesvorstands der Partei an, man wolle überlegen, welche wirtschaftlichen Hilfen für die DDR schon jetzt möglich seien. Dabei gehe es um „Investitionen für Deutschland", die immer ihren Wert behielten, egal, wie die Entwicklung in der DDR verlaufe. Als Beispiele nannte er Projekte im Umweltschutz sowie eine Erneuerung des Telefonnetzes der DDR.

DGB-Chef Breit und Arbeitgeberpräsident Murmann haben sich gestern auf eine gemeinsame Arbeitsgruppe ihrer Organisationen verständigt, die sich mit den Folgen der Veränderungen in der DDR befassen soll.

Besucheransturm hält unvermindert an

7,7 Mio. DDR-Bürger besitzen Reisevisum

Berlin (AP/dpa). Fast jeder zweite der rund 16,6 Millionen DDR-Bürger hat sich bis zum Mittwoch morgen ein Reisevisum für die Bundesrepublik besorgt. Die Ostberliner Nachrichtenagentur ADN meldete, für Privatreisen seien seit dem 9. November gut 7,77 Millionen Visa erteilt worden. Nach weiteren Angaben des DDR-Innenministeriums hätten im selben Zeitraum 13 579 Menschen die Übersiedlung genehmigt bekommen.

Mit Lastwagenladungen von Bananen, Apfelsinen und exotischen Südfrüchten rüsten sich inzwischen Geschäfte in Grenznähe auf den erwarteten Massenansturm am kommenden Wochenende ein. Auch werktags hält der Besucherstrom an. Gestern sind in der Zeit zwischen 4 und 14 Uhr nach Angaben des Bundesinnenministeriums insgesamt 242 545 DDR-Bürger in die Bundesrepublik eingereist. 654 von Ihnen wollten als Übersiedler bleiben. Von den Besuchern kamen 241 455 über die innerdeutsche Grenze und 1090 über die Grenze zur Tschechoslowakei. Von den Übersiedlern kam nur noch einer über die CSSR-Grenze. An den Grenzübergängen stauten sich die Wagen auf mehrere Kilometer. Insgesamt sind seit Öffnung der Grenzen 3,5 Millionen DDR-Bürger in die Bundesrepublik eingereist.

Wie erwartet sind gestern die ersten DDR-Bürger in ihre ehemalige Heimat zurückgekehrt. Der vermutete große Ansturm fand jedoch noch nicht statt. Im Laufe des Tages fuhren Busse aus Niedersachsen in den Bezirk Magdeburg.

Fortsetzung nächste Seite
Siehe „Themen des Tages"

Noch keine Öffnung des Brandenburger Tores

Berlin (dpa). Die DDR hat am Mittwoch abend die Erwartungen gedämpft, daß eine unmittelbare Öffnung der Mauer vor dem Brandenburger Tor bevorsteht. Ein Angehöriger der DDR-Grenztruppen wandte sich über Lautsprecher an die auf westlicher Seite ausharrende Menge von Schaulustigen und Journalisten: „Ich bin ermächtigt, Ihnen mitzuteilen, daß sich heute und in den nächsten Tagen am Zustand der Grenzsicherungsanlagen hier nichts ändern wird. Die DDR-Fernsehnachrichtensendung „Aktuelle Kamera 2" hatte diese Durchsage live übertragen.

UdSSR / Sowjet-Experte

Perestroika oder Diktatur?

Osnabrück (lni). „In den kommenden drei Monaten wird sich in der Sowjetunion das Schicksal der Perestroika (Umgestaltung) entscheiden. Zur Zeit geht das Land wegen direkter Sabotage und negativen Bilanzen auf allen Ebenen der eingeleiteten Wirtschaftsreformen den Weg in die Katastrophe". Das erklärte der sowjetische Wirtschaftswissenschaftler Professor Maslow vom Institut für Internationale Arbeiterbewegung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (Moskau) auf einer Veranstaltung in der Osnabrükker Universität.

Der Wissenschaftler zitierte eine Umfrage der Akademie der Wissenschaften, nach der in diesem Jahr 52 Prozent aller Arbeiter in 1200 sowjetischen Betrieben eine „härtere Hand" von der politischen Führung forderte. „Noch vor einem Jahr glaubte die Mehrheit an Demokratisierung. Heute bewegen wir uns zwischen Perestroika und einer Militärdiktatur", so Maslow.

Siehe auch Kommentar

Genfer Gericht

Fall Barschel wird aufgerollt

Genf (dpa). Die Ermittlungen über den Tod des früheren schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Barschel am 11. Oktober 1987 in Genf müssen wieder aufgenommen werden. Ein Genfer Gericht nahm den Einspruch der Familie Barschel gegen den Abschlußbericht der Richterin teilweise an.

Siehe „Themen des Tages"

Lotto am Mittwoch

Ziehung A: 2, 25, 30, 34, 36, 44 Zusatzzahl: 47.
Ziehung B: 8, 10, 30, 31, 33, 42 Zusatzzahl: 24.
Spiel 77: 4 1 8 8 5 8 8.
(Ohne Gewähr)

Namen und Nachrichten

Papst zu Aids: Werte-Krise

Papst Johannes Paul II. hat Maßnahmen zur Aids-Vorbeugung scharf kritisiert, die den „wahren menschlichen Sinn der Sexualität verletzen". Dies erklärte er zum Abschluß des internationalen Aids-Kongresses im Vatikan. Seine Rede wurde als Bekräftigung der Position der katholischen Kirche verstanden, wonach der Gebrauch von Kondomen abzulehnen sei. Die Ausbreitung von Aids mache, so der Papst, „eine besorgniserregende Krise der Werte" deutlich.

US-Marine legt Pause ein

Wegen einer Unfallserie, bei der seit Oktober mindestens zehn Soldaten umgekommen sind, hat die US-Marine am Mittwoch eine 48stündige Übungspause eingelegt, um ihre Sicherheitsmaßnahmen zu überprüfen. Der Stopp wurde auch mit Blick auf den Mittelmeer-Gipfel von US-Präsident Bush und dem sowjetischen Staats- und Parteichef Gorbatschow auf einem US-Kriegsschiff am 2./3. Dezember vor Malta angeordnet.

Gerling zahlt 280 000 DM

Das Verfahren gegen den Chef des Kölner Gerling-Versicherungskonzerns, Hans Gerling (74), wegen Steuerhinterziehung ist eingestellt worden. Das Kölner Amtsgericht folgte damit einer Anregung der Bonner Staatsanwaltschaft. Als Auflage muß Gerling 280 000 DM an die Kinder- und Jugendpsychiatrie der Uni Köln zahlen.

Nordkorea: Nacheifern

Nordkorea hat dazu aufgerufen, dem deutschen Beispiel zu folgen und die Grenze zwischen den beiden koreanischen Staaten zu öffnen. Beim einem Treffen mit südkoreanischen Diplomaten machte der nordkoreanische Delegationsleiter Nam Jun allerdings keine konkreten Angebote für eine Grenzöffnung.

Bankgewerbe: 4,6 % mehr

Gehaltserhöhungen von 4,6 Prozent für die rund 400 000 Beschäftigten des Bankgewerbes – rückwirkend vom 1. November an – haben die Tarifparteien am Mittwoch in Düsseldorf vereinbart. Dabei würden die Einkommen in den unteren Lohngruppen zusätzlich angehoben, so die DGB-Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) und die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG).

Erneut vor Gericht

Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hat das Urteil des Oberlandesgerichtes (OLG) Stuttgart gegen die 26jährige Luitgard Hornstein wegen Mitgliedschaft in der Roten Armee Fraktion aufgehoben. Das OLG muß das Verfahren erneut aufrollen, weil es eine mögliche Beteiligung Hornsteins am Anschlag auf das Dornier-Werk in Immenstaad im Juli 1986 nicht geprüft hatte. Die Beschuldigte war zu vier Jahren Haft verurteilt worden.

Janka rehabilitiert

Die Generalstaatsanwaltschaft der DDR hat den bisher verfemten und wegen „Staatsverbrechens" verurteilten Walter Janka nun endgültig rehabilitiert. Der ehemalige Leiter des Aufbau-Verlags war 1956 zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden, weil er „dem Ungan-Aufstand Vorschub geleistet habe".

Bundestag / SPD rügt Zeitdruck bei Beratungen

CDU: Gentechnikgesetz noch 1990

Bonn (dpa). Das Gentechnikgesetz der Bundesregierung, das gestern bei der ersten Lesung im Bundestag von der Opposition als unzureichend kritisiert wurde, soll noch 1990 verabschiedet und in Kraft gesetzt werden. Dies kündigte der CDU-Abgeordnete Seesing an, der zugleich vorschlug, an der Zentralen Kommission für Biologische Sicherheit auch Kritiker der Gentechnik zu beteiligen. Catenhusen (SPD) forderte einen parlamentarischen Unterausschuß, um die Experten zu konzentrieren und sachgerechte Beratungen sicherzustellen.

Zur Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs, die geplante Insulinproduktion bei der Firma Hoechst wegen fehlender bundesgesetzlicher Regelungen zu stoppen, kündigte der Parlamentarische Staatssekretär des Gesundheitsministeriums, Pfeifer (CDU), eine gesonderte Stellungnahme der Regierung an.

Catenhusen warf der Bundesregierung vor, durch ein unnötiges Kompetenzgerangel der beteiligten Ministerien mit dem Gesetz in erheblichen zeitlichen Verzug geraten zu sein. Jetzt sei es unter Zeitdruck *„mit der heißen Nadel gestrickt"* in den Bundestag gebracht worden. Das Parlament befaßte sich außerdem mit diesen Themen:

Katastrophenschutz

Eine Hilfeleistungspflicht für alle Bundesbürger im Katastrophen- und Kriegsfall sowie eine Meldepflicht für Angehörige medizinischer Berufe sind Kernpunkte des Katastrophenschutz-Ergänzungsgesetzes, das der Bundestag gegen die Stimmen der Opposition beschloß. Die Fraktion der Grünen kündigte wegen der von ihr als verfassungswidrig angesehenen Dienstpflichten eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht an.

Vereinsförderung

Rund 90 Prozent der gemeinnützigen Vereine in der Bundesrepublik haben künftig mit dem Finanzamt nichts mehr zu tun: Sie brauchen ihre Überschüsse aus wirtschaftlicher Tätigkeit nicht mehr zu versteuern, wenn sie beispielsweise die Umsatzgrenze von 60 000 DM pro Jahr unterschreiten. Das sieht das neue Vereinförderungsgesetz vor, das der Bundestag gestern mit der Mehrheit der Stimmen von Koalition und SPD verabschiedete.

Befristete Arbeitsverträge

Befristete Arbeitsverträge mit einer Dauer bis zu 18 Monaten dürfen auch weiterhin ohne besonderen Grund abgeschlossen werden. Der Bundestag verlängerte das seit 1985 geltende Beschäftigungsförderungsgesetz bis Ende 1995.

Giftmüllverbrennung

In einer Aktuellen Stunde forderten die Grünen einen sofortigen Stopp der Verbrennung von *gefährlichem Industriemüll* auf der Nordsee. Die Abgeordnete Charlotte Garbe warf Umweltminister Töpfer (CDU) vor, die Verbrennung noch bis Ende 1994 zuzulassen. Töpfer will das Problem in einer Konferenz erörtern: Länder-Amtskollegen sowie Vertreten des Verbandes der Chemischen Industrie und der Industriegewerkschaften Chemie und Metall sollen am kommenden Dienstag nach Bonn kommen.

WARTEN MACHT MÜDE. Nach anstrengender Nachtwache vor dem Brandenburger Tor machten sich diese beiden Fotojournalisten am Morgen erst einmal lang. An der Westseite der Mauer hielten sich vergangene Nacht viele hundert Journalisten auf, um den historischen Zeitpunkt der Wiedereröffnung nicht zu verpassen. (dpa-Funkbild)

Flugtage / Stoltenberg:

Vorführungen eingeschränkt

Bonn (dpa). Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg (CDU) hat ein neues Konzept für „Tage der offenen Tür" bei der Bundeswehr und den alliierten Streitkräften angekündigt. In der Bundestagsdebatte über den Abschlußbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Flugtagkatastrophe von Ramstein am 28. August vergangenen Jahres erklärte gestern der Vorsitzende dieses Gremiums, Biehle (CSU), Stoltenberg habe ihm in einem Brief mitgeteilt, gegenüber der bisherigen Praxis der „Flugtage" würden in Zukunft Flugvorführungen deutlich eingeschränkt. Die Sicherheitsbestimmungen zum Schutz der Zuschauer würden erheblich verschärft.

Auch DDR drosselt Flüge

Unterdessen hat das DDR-Verteidigungsministerium erstmals öffentlich auf Beschwerden über militärischen Fluglärm reagiert und eine Einschränkung des Flugbetriebs angekündigt. Die Nachrichtenagentur ADN veröffentlichte am Mittwoch eine Mitteilung des Ministeriums, nach der unter anderem künftig für Sonn- und Feiertage ein generelles Flugverbot festgelegt wurde.

Kriegsgräberpflege

VDK wird in Polen tätig

Kassel (m.s.). Erstmals nach dem Krieg wird der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) voraussichtlich schon 1990 in Polen tätig werden können. „Die Tür in Polen ist für uns geöffnet", freute sich VDK-Präsident Weber gestern in Kassel nach Gesprächen, die er in Begleitung Bundeskanzler Kohls mit dem Präsidium des polnischen Roten Kreuzes führte. Dessen Präsident Gura habe sich für eine dauerhafte Zusammenarbeit mit dem VDK ausgesprochen. Die Rot-Kreuz-Gesellschaften beider Länder werden die Federführung in der Kriegsgräberfürsorge übernehmen.

In Polen sind etwa eine halbe Million deutscher Soldaten begraben. Bereits Anfang 1990 sollen konkrete Projekte erarbeitet werden. Fest steht bereits, daß gefallene deutsche Soldaten, deren Gräber in der Nähe von Warschau dem Bau einer Schnellstraße weichen müssen, 1990 in eine würdige Grabstätte umgebettet werden.

Weber wird Polen schnellstmöglich eine Zusammenstellung der Gräber aller polnischen Kriegsopfer in der Bundesrepublik überreichen. Der VDK wird dafür Unterlagen über Grabstätten deutscher Soldaten in Polen erhalten.

Berlin erwartet Besucheransturm

Auch Momper zahlt Begrüßungsgeld aus

Fortsetzung

Wegen des erwarteten Besucheransturms aus Ost-Berlin werden am kommenden Wochenende im Westteil der Stadt neben Banken, Postämtern und Bezirksämtern auch Senatsbehörden öffnen, um die jeweils 100 DM Begrüßungsgeld auszuzahlen. Selbst in der Senatskanzlei im Rathaus Schöneberg werde eine Zahlstelle eingerichtet, teilte Momper mit. Er und sein Senatssprecher Werner Kolhoff wollen selbst mit auszahlen. Insgesamt werden es über 300 Stellen sein.

Zur Entlastung der Straßenverbindungen sollen in Berlin am Wochenende möglicherweise Schiffe auf der Spree eingesetzt werden. Die Bundesbahn hat in Zusammenarbeit mit der DDR-Reichsbahn für das Wochenende elf neue Zugpaare für den Verkehr zwichen der Bundesrepublik und der DDR vorgesehen. Über Berlin fahren auch mehrere Züge.

Eine Blitzumfrage, die am Mittwoch in DDR-Medien veröffentlicht wurde, ergab, daß 87 Prozent der über 600 interviewten Ostberliner ihre Heimat nicht auf Dauer verlassen wollen. 48 Prozent der Befragten gaben an, mit den Entwicklungen der vergangenen Wochen vor allem Hoffnungen zu verbinden. Ein beinahe ebensogroßer Teil (47 Prozent) hegt angesichts der Umwälzungen allerdings sowohl Hoffnungen als auch Befürchtungen. 71 Prozent gaben an, sich über erste Rückkehrer in die DDR zu freuen. Für ein wesentlich verändertes Wahlgesetz sprachen sich nach Angaben des Blattes „Der Morgen" 93 Prozent aus.

Ost-Liberale wollen Gesetzesvorlage einbringen:

„SED-Führungsanspruch streichen"

Berlin (AP/dpa). Die Liberalen in der DDR machen ernst: Mit einem Gesetzesantrag wollen sie erreichen, daß der Führungsanspruch der SED aus der Verfassung gestrichen wird. Die Volkskammerfraktion der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) will nach einem Bericht der DDR-Nachrichtenagentur ADN auf der nächsten Sitzung der Volkskammer am Freitag eine Gesetzesvorlage zur Verfassungsänderung einbringen. Anliegen der Initiative sei die Beseitigung des festgeschriebenen Führungsanspruches einer Klasse oder Partei im Staat, erklärte die Pressestelle der LDPD.

Zudem will die Fraktion einen zeitweiligen Ausschuß beantragen, der der Volkskammer so schnell wie möglich ein neues Wahlgesetz vorlegen soll. Ein Volksentscheid zum Wahlgesetz solle freie und geheime Wahlen schon im Sommer 1990 ermöglichen.

Nach freien Wahlen werde es „natürlich eine ganz andere Zusammensetzung der Volkskammer als jetzt geben", meinte der Vorsitzende der Liberalen, Gerlach, in einem Interview des ARD-Hörfunks in Ostberlin. Die SED könnte dann die Mehrheit in einer künftigen Regierung verlieren.

Die künftige DDR-Regierung unter Hasns Modrow wird Gerlach zufolge wesentlich kleiner sein als bisher. Sie werde statt 45 Mitgliedern nur noch „etwa 23" Minister haben. Die Liberalen, die in der alten Regierung nur das Justizministerium innehatten, beanspruchen Gerlach zufolge drei zusätzliche Ressorts.

Veränderungen sind auch in der Justiz der DDR geplant. Sie soll von Staat und Partei unabhängig werden und zu Unrecht Verurteilte sollen rehabilitiert werden. Das kündigte der Staatssekretär im Ostberliner Justizministerium, Wittenbeck im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" an. Er schlug vor, Richter nicht mehr von den örtlichen Volksvertretungen wählen zu lassen. Statt dessen solle das Justizministerium sie für unbefristete Zeit ernennen.

CDU lädt Reformer ein

Die CDU will zu ihrem „Kleinen Parteitag" am 11. Dezember in Berlin, der „ganz im Zeichen der Veränderungen in Deutschland" stehen soll, Reformer aus der DDR einladen. Dies kündigte CDU-Generalsekretär Rühe nach der Sitzung des Bundesvorstandes an. Dazu sollen auch, wie er auf Fragen erklärte, „unbelastete" Mitglieder der Ost-CDU gehören.

Für Menschen in DDR / Biedenkopf und Leber

Vorschlag: Am 17. Juni arbeiten

Bonn (dpa). Der CDU-Bundestagsabgeordnete Kurt Biedenkopf und der SPD-Politiker Georg Leber haben gestern vorgeschlagen, den 17. Juni für die kommenden fünf Jahre zum Tag der aktiven Solidarität mit den Menschen in der DDR zu machen. Der „Tag der deutschen Einheit" solle ein Arbeitstag werden, die an ihm verdienten Löhne und Gehälter sollten an eine „Solidaritätsstiftung des deutschen Volkes" zur Verbesserung der Lebensbedingungen in der DDR abgeführt werden. Auch die privaten und öffentlichen Arbeitgeber sowie Selbständige sollten entsprechende Beträge einzahlen. Auf diese Weise könnte zehn Milliarden DM im Jahr zusammenkommen. SPD und CDU äußerten Sympathie für den Vorschlag. Die Grünen lehnten ihn ab und verlangten statt dessen eine drastische Kürzung des Verteidigungsetats.

Libanon

Zwei Deutsche entführt?

Beirut (AP). In Beirut sind offenbar zwei Bundesbürger libanesischer Abstammung und eine amerikanische Journalistin von einer bislang unbekannten Gruppe entführt worden. In einem gestern veröffentlichten Schreiben erklärte eine „Organisation der gerechten Rache", sie habe die Drei verschleppt. Danach handelt es sich bei den Deutschen um den in Libanon geborenen 39 Jahre alten Mounir Shamseddin Sami sowie seinen in Berlin geborenen siebenjährigen Sohn Daniel.

Weiße Minderheit / Swapo:

„Aussöhnung in Namibia"

Windhuk (dpa). Die namibische Unabhängigkeitsbewegung Swapo will nach ihrem Wahlsieg an der „nationalen Aussöhnung" arbeiten und hat der weißen Minderheit die „Hand der Freundschaft" angeboten. Die Weißen sollten „ohne Furcht" in ihrer Heimat bleiben, erklärte Swapo-Chef Nujoma. Bundesaußenminister Genscher forderte alle UNO-Staaten auf, das Ergebnis der Wahlen in Namibia zu akzeptieren.

Siehe auch Kommentar

HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE
ALLGEMEINE

Herausgeber
Rainer Dierichs, Dr. Dietrich Batz, Achim von Roos

Chefredakteur
Lothar Orzechowski

Stellv. Chefredakteure
Wolfgang Rossbach, Peter M. Zitzmann

Verantwortliche Redakteure
Chef vom Dienst: Rainer Merforth. Politik: Jochen Prater. Blick in die Zeit: Walter Schütz. Wirtschaft und Sozialpolitik: Horst Seidenfaden. Kultur: Dirk Schwarze. Frau u. Reise: Ilse Methe-Huber. Sport: Rolf Wiesemann. Sonntagszeit: Frank Thonicke. Kassel Stadt und Land: Wolfgang Rossbach. *Bezirksredaktionen:* Peter M. Zitzmann. Koordination: Helmut Lehnart. Hessen/Niedersachsen: Eberhard Heinemann. Chefreporter: Karl-Hermann Huhn. Sonderthemen: Peter Ochs.
Redaktion Wiesbaden: Rolf Effenberger
Redaktion Hannover: Harald Birkenbeul.
Redaktion Bonn: Hans Ludwig Laucht.

Verlagsleitung
Dr. Dietrich Batz, Rainer Dierichs, Wigbert H. Schacht. Anzeigenleiter: Horst Prehm. Vertriebsleiter: Gerd Lühring.

Verlag Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Str. 168, Postfach 10 10 09, 3500 Kassel, Ruf 05 61 / 20 3-0. Tel. Anzeigenannahme 05 61 / 20 3-3. Fernschreib-Nr. 99 635. Telekopierer 05 61 /20 36. Teletex 5 61 81 10. Postgirokonto 155132-608 Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr. 29. Monatlicher Abonnementspreis DM 25,60 inkl. Zustellung und 7% MwSt. (Postbezugspreis 28,50 DM).

Die Beendigung des Abonnements ist nur mit schriftlicher Kündigungserklärung unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich; die Frist läuft ab Zugang der schriftlichen Kündigungserklärung.

Auflage werktags über 270 000 Exemplare in Tarifgemeinschaft mit „Oberhessische Presse", Marburg, „Hersfelder Zeitung", „Werra-Rundschau", Eschwege, „Harzkurier", Herzberg.

Auflage „Sonntagszeit" über 200 000 Exemplare.

Herstellung Druckhaus Dierichs Kassel, Frankfurter Straße 168, 35 Kassel.

Gorbatschow in Gefahr

Ein Gespenst geht um in der Sowjetunion. Erst war es nur ein leeres Wort, aber in ständiger und zunehmend drängender Wiederholung nimmt es Gestalt an. Daß dem vom inneren Verfall und äußeren Zerfall gezeichneten Riesenreich eine Militärdiktatur drohe, befand jetzt auch einer der Reformer um Gorbatschow auf deutschem Boden. Dabei werden die Fristen immer kürzer. Maslow gibt dem Prediger der Perestroika nur noch drei Monate der Bewährung.

Seine Warnung kommt aus düsterem Himmel. Ein harter Winter bricht heran, es fehlt an allen Ekken und Enden. Die Wirtschaftsreform hat die Not vergrößert, die Versorgung ist so schlecht wie kurz nach dem Krieg. Streiks lähmen die Betriebe, Sabotage greift um sich, im Süden herrscht Bürgerkrieg, ganze Völker wollen los von Moskau. Die Stimmung nähert sich dem Gefrierpunkt. Was im Westen noch immer Aufmerksamkeit und Begeisterung weckt, läßt die Sowjetmenschen kalt. Nach fünf Jahren Perestroika starren sie auf leere Regale und ein vom Chaos regiertes Land.

Der Ruf nach einer starken Hand greift um sich. Er könnte Gorbatschow gefährlicher werden als die Konservativen und Apparatschiks. Denn damit fallen einstige Verbündete von ihm ab. Auf die Massen gestützt, hat er den Kampf mit Nomenklatura und Bürokratie aufgenommen. Doch sie verweigern ihm in dem Maße die Gefolgschaft, wie Erfolge im Alltag ausbleiben. Als totale Erschöpfung kennzeichnet ein Kundiger die Situation. Da rückt, wie die Geschichte lehrt, die Stunde der Diktatoren näher. Daß die Perestroika unumkehrbar sei, klingt bereits wie eine Beschwörungsformel. Führt sie der Katastrophe zu, wie Maslow befürchtet, ist ihr Schicksal besiegelt. Wer Gorbatschow zu raten und helfen weiß, sollte es rasch tun. Das gilt auch für die Politiker im Westen.

Alfred Brugger

Namibias Weg zur Demokratie

Welche Bedeutung haben die Wahlen in Namibia für uns? Die seit 1915 von Südafrika besetzte ehemalige deutsche Kolonie Südwestafrika soll endlich in die Unabhängigkeit entlassen werden. Da ist es nicht gleichgültig, welche Kräfte das Schicksal des Landes bestimmen und wie seine Verfassung aussehen wird. Wir wünschen Namibia demokratische Verhältnisse, die auf dem afrikanischen Kontinent durchaus nicht selbstverständlich sind.

Die Vereinten Nationen, unter deren Kontrolle freie und faire Wahlen zustande kamen, hatten die sozialistische Swapo als alleinige und authentische Vertretung des Volkes bezeichnet. Das war voreilig. Die populäre Organisation Nujomas bekam zwar die absolute, nicht aber die erhoffte Zweidrittelmehrheit. So wird sie bei der Verabschiedung der künftigen Verfassung auf Koalitionen angewiesen sein und Kompromisse schließen müssen.

Aus vielen Gründen kann man das nur begrüßen. Namibia braucht demokratische Institutionen und regelmässige Wahlen. Diese setzen ein funktionierendes Mehrparteiensystem voraus. Die Vorherschaft einer einzigen Partei würde die Entwicklung dahin erschweren, vielleicht sogar verhindern. Indem andere Parteien wie die Demokratische Turnhallen-Allianz mitwirken, ist gewährleistet, daß bürgerliche Grundrechte und Minderheitenschutz in der Verfassung verankert werden.

Ab April nächsten Jahres soll Namibia ein freies Land sein. Bis dahin will die Swapo für nationale Aussöhnung wirken. Sam Nujoma, der sicher erster Staatspräsident werden wird, bietet der weißen Minderheit die Hand zur Freundschaft an. Wenn es ihm gelingt, den friedlich verlaufenen Wahlen eine freie und faire Verfassung folgen zu lassen, befindet sich Namibia auf einem guten Weg.

Achim v. Roos

Das Zitat

„Wir stehen heute demonstrierend vor dem Haus des KGB, damit wir nie wieder drin stehen müssen."

Der sowjetische Dichter Jewgenij Jewtuschenko

Schwierigkeiten mit der „Wende" / Argwohn gegen rasche Wahlen

Strudel bedroht DDR-Oppositionsbewegung

Von unserem Mitarbeiter Peter Gärtner, Berlin

Der rasante Wandel in der DDR bringt die oppositionellen Sammlungsbewegungen ins Schleudern. Gehörten noch vor wenigen Wochen Bespitzelung durch die Staatssicherheit zum Alltag der Gruppen, so wird jetzt der Stasi-Chef selbst in der Volkskammer verlacht. Die lange Liste der Forderungen, über Jahre erstellt, wird durch die bereits verwirklichten und anstehenden Reformen Tag für Tag kürzer. „Der Schritt der Grenzöffnung nimmt uns auch ein wenig Wind aus den Segeln", räumt Bärbel Bohley, Mitbegründerin des „Neuen Forums", offen ein, „aber ein Besinnungs- und Schrumpfungsprozeß könnte uns auch gut tun".

Die mit rund 150 000 potentiellen Mitgliedern größte Oppositionsbewegung sammelte am Wochenende in Ost-Berlin erste Erfahrungen mit der neuen Situation: Zum groß angekündigten Treffen in die Gethsemanekirche kamen nur knapp tausend Interessierte, die Veranstalter vom „Forum" hatten „mindestens" mit dem Fünffachen gerechnet. So paart sich die Freude über die offene Stadt vor allem mit der Sorge, daß die politische Auseinandersetzung und Perspektivbestimmung in den Hintergrund gedrängt werde. Auch der Wittenberger Theologe Friedrich Schorlemmer, einer der Vordenker der Opposition und Sprecher der Gruppe „Demokratischer Aufbruch" mahnt: „Wir dürfen uns nicht in diesen Strudel hineinreißen lassen, wir müssen jetzt nachdenken."

Eine zentrale Frage

Immer stärker rückt jetzt eine zentrale Frage in den Mittelpunkt der Diskussionen: Außerparlamentarische Bewegung oder Partei? Für das „Neue Forum" könnte dies zur Zerreißprobe werden. „Wir wollen zumindest vorläufig", so einer der Sprecher, „eine Vereinigung bleiben, aber uns auch bei freien und geheimen Wahlen zur Wahl stellen". Ähnlich äußerte sich der Rechtsanwalt Rolf Henrich, Gründungsmitglied des „Forums", der zugleich skeptisch bleibt: „Wir dürfen nicht den Fehler machen, Verantwortung für den Trümmerhaufen zu übernehmen." Die im Aufbau stehende Sozialdemokratische Partei der DDR (SDP) hat sich hingegen längst festgelegt, auch die Gruppe „Demokratischer Aufbruch" steht vor ihrem Gründungsparteitag, der für Mitte Dezember anberaumt ist.

Dies sei eine „Mehrheitsentscheidung", erklärte Christiane Ziller vom „Demokratischen Aufbruch". Es gebe zwar eine allgemein beobachtete Parteimüdigkeit – nach vierzig Jahren SED-Herrschaft –, aber auch „einen sehr starken Basisdruck nach einer alternativen Partei", ist sich Frau Ziller während einer Gesprächsrunde in Ost-Berlin sicher. Pfarrer Schorlemmer sieht jedoch bereits die Gefahr einer Zersplitterung: „Wenn die Blockparteien Profil gewinnen und unsere Positionen aufgreifen, müssen wir nicht extra noch andere Gruppen bilden."

Nahezu alle oppositionellen Sammlungsbewegungen haben in der letzten Zeit von den Liberaldemokraten (LDPD) und auch der DDR-CDU Angebote zu Mitarbeit, Mitgliedschaft und Kandidaturen über deren Listen erhalten.

Einen Schritt voraus

„Ihnen geht es ähnlich wie uns", sagt der Sprecher des „Neuen Forums" in Magdeburg, „sie haben zu wenig kompetente Leute, die Verantwortung übernehmen könnten". Dennoch sind sie den Gruppierungen um einen großen Schritt voraus: Die Blockparteien arbeiten in festen Organisationsstrukturen und verfügen zumindest über eine halbwegs unabhängige Tagespresse. „Wir müssen hingegen auf ein neues Medien-, Wahl- und ein bisher in der Verfassung noch gar nicht vorhandenes Parteiengesetz warten", meint ein „Forum"-Mitbegründer. Und: „Auch im veränderten Hörfunk- und Fernsehprogramm kommen wir fast nicht vor."

Von daher wächst in diesen Tagen unter den Oppositionsgruppen die Unlust, sich einer schnellen Wahl zu stellen, vor allem einer vorgezogenen Volkskammer-Wahl. Zwar sind sich die Gruppen weitgehend einig, daß der Führungsanspruch der SED fallen müsse – selbst SED-Genossen bezweifeln die demokratische Legitimität der Volkskammer –, doch solle ein neues Wahlgesetz zuerst im Volk diskutiert werden, so argumentieren die SED-Gegner. „Als zweiter Schritt wären im Sommer oder Herbst nächsten Jahres Kommunalwahlen notwendig und 1991 erst Volkskammerwahlen", schlägt Hans-Jochen Tschiche vom „Neuen Forum" vor.

Presse-Echo

Ein neues Kapitel in den deutsch-polnischen Beziehungen? Mit großen Worten sollte man vorsichtig sein, schreibt die

Badische Zeitung

Aber die Behauptung ist nicht zu weit hergeholt, daß sich in diesen Tagen zwischen Bonn und Warschau so viel bewegt wie kaum je zuvor. Des Kanzlers Lieblingsvorstellung, jetzt vollziehe sich zwischen Deutschen und Polen jener historische Prozeß einer Versöhnung wie ehemals zwischen Deutschen und Franzosen, eilt jedoch der Wirklichkeit weit voraus.

Dazu die

Kölnische Rundschau

Ein Mißerfolg war Kohls Besuch ganz bestimmt nicht, eine überragende historische Bedeutung wird ihm jedoch auch nicht zukommen.

Dasselbe Thema beleuchtet die

Aachener Volkszeitung

Kohl überwand die Klippen nicht mit großen Gesten oder rhetorischer Bravour, sondern mit politischer Klugheit. Er hat in der Schlußerklärung nicht nur den Frieden und die Versöhnung betont, er hat auch Rechte für die totgeschwiegenen deutschen Minderheiten erwirkt, hat der deutschen Sprache und der deutschen Geschichte neues Ansehen vermittelt – ohne dabei über geltendes Recht hinweg neue Grenzbekenntnisse ablegen zu müssen oder Milliarden ins Ungewisse zu werfen.

Anderer Meinung ist die

Abendzeitung

Kohl hat es versäumt, über seinen Schatten zu springen und ohne Wenn und Aber die West-Grenze zu garantieren, so wie es der Bundestag kürzlich getan hatte. Gerade dies hätte den Polen sehnlichst erhofft, zumal jetzt, wo die beiden deutschen Staaten... zusammenzuwachsen scheinen und Polen im Westen ein übermächtiger Nachbar ins Haus stehen könnte.

Schließlich der

Kölner Stadt-Anzeiger

Helmut Kohl hat die wohl schwierigste Reise seiner Amtszeit hinter sich. Und er hat den Polen-Besuch, den ersten eines Bundeskanzlers seit zwölf Jahren, gemeistert. Zwar nicht mit Bravour – dem standen die Belastungen der Vergangenheit, die widrigen Umstände der Reise und die Vielzahl der ungelösten Probleme entgegen. Doch muß es Kohl auf der Habenseite seiner Politik angerechnet werden, daß er in den deutsch-polnischen Beziehungen endlich ein Kapitel aufgeschlagen hat, das erfolgversprechend in die Zukunft weist.

Die nächsten Schritte (Karikatur: Wolf)

DDR: Die Euphorie weicht der Nachdenklichkeit

Furcht vor Währungsreform

Von dpa-Mitarbeiterin Sabine Heimgärtner

Euphorie ist in der Kleinstadt Bernau bei Ost-Berlin nicht ausgebrochen. Obwohl sich zum historischen Wiedersehens-Wochenende fast alle der rund 20 000 Einwohner auf den Weg in den „goldenen" Westteil Berlins aufmachten, ist inzwischen der Alltag wieder eingekehrt. Mit einem Unterschied: Das sonst verschlafene Bernau hat endlich ein Gesprächsthema – die Stippvisiten seiner Bürger in den Westen.

Wie ein Blitz

Die Nachricht von der Öffnung der Grenzen hatte in Bernau wie ein Blitz eingeschlagen. Noch in derselben Nacht fuhren Jugendliche mit der letzten S-Bahn der Sensation entgegen. Für sie ist die Schule am Freitag ausgefallen. Die Älteren reagierten langsamer und planten den ersten Westbesuch als Familienausflug am Wochenende.

Erfahrungen ausgetauscht

Alle wieder vereint, nach wenig Schlaf und ausgelaugt vom West-Taumel sitzen sie nun beim Bier für 50 Pfennig Ost und tauschen Preiserfahrungen und Sonderangebote aus. Konserven-Ananas rangieren an der Spitze, weil es im Bernauer „Südfrüchte"-Laden nur Kohlrüben und Weißkraut gibt. Groß ist aber auch die Zahl der DDR-Bürger, die ihren „Begrüßungs-Hunderter" erstmal nach Hause geschafft haben und kommende Westbesuche zum „Gucken" nutzen wollen. Gleich kaufen, das wollen die wenigsten. Eher einteilen, jedesmal nur eine Kleinigkeit kaufen.

Nur die jungen Bernauer reagierten anders auf die überraschende Möglichkeit zum Westkonsum: Kassettenrecorder, Walkman und Autoradios wurden gekauft, „im Januar gibts ja wieder 100 Westmark". Am wichtigsten allerdings: Endlich raus aus der öden Provinz, in der außer einem Jugendclub und einem Kino nichts geboten wird. Auch die Kneipenszene ist nicht mehr das, was sie einmal war: Zwei von den sieben Gaststätten mußten in den vergangenen Wochen dicht machen, nachdem sich der überwiegende Teil der Mitarbeiter in den Westen abgesetzt hatte.

Schnell ist bei den Gesprächen klar geworden, daß die DDR-Heimat so schlecht gar nicht ist. Ein Taxifahrer erzählt entsetzt von seinen Beobachtungen am Bahnhof Zoo, wo sich junge DDR-Bürger zum Abschied noch eine Bockwurst „leisteten": Zum offiziellen Umtauschkurs, für 20 Mark Ost. „Dafür hätten die bei uns so viele Wiener bekommen, die hätten sie gar nicht aufessen können". Fazit der Gesprächsrunde: Lebensmittel, Arbeit, Wohnung – alles ist da. Und jetzt sogar die Reisefreiheit!

Zu viele Türken...

Nur dies zählt in der kleinen Provinzstadt. Politische Kundgebungen hat es nach Angaben der „Stern"- Wirtin in Bernau noch nie gegeben – „für Demos sind unsere Leute zu faul". Die Reise in den Westen, damit ist die Bernauer Wirtin zufrieden, und „drüben" leben will sie schon gar nicht. Als Kind bereits kannte sie die Bezirke Wedding und Neukölln, zum Wiedersehen sagt sie: „Ich bin enttäuscht". Zu viele Türken, Spray-Graffitis an den Häuserwänden und Neonazi-Sprüche, nein danke.

Angst geht um

Durch die Öffnung der Grenzen, so befürchtet nicht nur die 48jährige, könnten sich bald „schlechte Einflüsse" aus dem Westen in die DDR „einschleichen". Drogenprobleme, Aids und Kriminalität - schon jetzt geht Angst um unter besonnenen DDR-Bürgern. Noch größer ist die Panik vor den wirtschaftlichen Folgen der millionenfachen Grenzüberschreitungen. Viele fürchten die Entwertung ihrer Sparkonten aufgrund einer Währungsreform, andere rüsten sich auf den Run auf die Westmark. Groß ist die Angst, daß clevere DDR-Bürger die flotte Mark im Westen machen könnten, Handwerker in Schwarzarbeit zum Beispiel, und dann wäre die Arbeit in der DDR noch weniger wert.

Richtig glücklich weiß sich nur die Wirtin vom „Goldenen Stern" zu schätzen, für die sich die Lage ihrer Eckkneipe außerhalb des Zentrums zum ersten Mal ausgezahlt hat: Im Nachbarhaus ist die Paßstelle untergebracht, wo die Bernauer seit vier Tagen für ein Visum Schlange stehen: Der Umsatz hat sich verdoppelt.

Fall Barschel

Alte Fragen neu gestellt

Von Ocke H.H. Peters

Der Fall Barschel ist wieder auf dem Tisch. Zwei Jahre nach dem Tod in der Badewanne, in einer Zeit, in der die weltbewegende Affäre zu verblassen begann, ist entschieden worden, die Umstände dieses Todes noch einmal zu untersuchen. Was kann von dieser Entscheidung erwartet werden, wenn die Untersuchungen dort wieder anlaufen, wo sie vor einigen Monaten abgeschlossen worden sind? Was kann von einer Untersuchungsrichterin erwartet werden, wenn sie sich nach wie vor auf eine Polizei stützen muß, die offenbar elementare Regeln verletzt hat?

Es werden die alten Fragen neu gestellt – Wasser auf die Mühlen derer, deren Fragen nie verstummt sind, die aber nie eine Antwort bekommen haben. Hat Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Uwe Barschel, der nach der Entdeckung seiner „schmutzigen Tricks" im Herbst 1987 in der Sackgasse geraten war, selbst Hand an sich gelegt oder ist er ermordet worden? Hat er vielleicht bei seinem Selbstmord einen Helfer gehabt?

Wer hat die Beaujolais-Flasche beseitigt, die ein Kellner des Beau Rivage aufs Zimmer gebracht hatte? Wo hat sich Barschel in den letzten zehn Stunden seines Lebens aufgehalten? Von wem stammen die Fingerabdrücke auf seinem Terminkalender und auf seinem Buch? Wie lassen sich die differierenden Temperaturangaben des Badewassers und seines Körpers erklären?

Keine leichte Aufgabe

Die Genfer Untersuchungsbehörde wird es nicht leicht haben, diese und andere offene Fragen zu beantworten. Es gibt weder einen Verdächtigen noch ein Motiv. Es gibt nur wilde Spekulationen um Waffenschieber und andere Dunkelmänner, die angeblich auch im Beau Rivage zu nächtigen pflegten, und es gab einen Uwe Barschel, der mit seinem Ehrenwort seine Ehre verpfändet hatte und entlarvt worden war.

Seine Witwe Freya hat trotzdem unerschütterlich an der Mordthese festgehalten. Sie steht unter dem Zwang, den Kindern ein positives Bild ihres Vaters zu malen. Verstummen allerdings will auch nicht das Gerücht, daß eine Versicherungssumme in Millionenhöhe Triebfeder für den immer wieder geäußerten Zweifel am Selbstmord sei. Weil die berühmte Drei-Jahresfrist, innerhalb derer ein Versicherungsnehmer keinen Selbstmord verüben darf, noch nicht abgelaufen gewesen sei, müsse unbedingt ein Mord ermittelt werden, damit das Geld fließt.

HNA
HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE ALLGEMEINE

HESSISCHE ALLGEMEINE

Fernseh-Rundfunk Wochen-Programm

KASSEL
1 P 3713 A

UNABHÄNGIG
Preis 1,10 DM

KASSELER ZEITUNG
Nr. 269 · Freitag, 17. 11. 1989

NICHT PARTEIGEBUNDEN
Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3

Bis zwei Liter

Neue Förderung von Kat-Autos

Bonn (dpa). Der Bundestag hat gestern befristete Steuererleichterungen für alle neuen, schadstoffarmen Personenwagen bis zwei Liter Hubraum und die Förderung der Umrüstung von Gebrauchtwagen mit Katalysatoren beschlossen. Von den Begünstigungen sollen die Halter von rund 2,2 Millionen Fahrzeugen profitieren. Die Einnahmeausfälle für die Länder sind bis 1995 mit insgesamt 818 Millionen DM eingeplant.

Der Schwerpunkt des neuen Gesetzes liegt beim geregelten Drei-Wege-Katalysator. Beim nachträglichen Einbau gibt es dafür 1100 DM direkte Zuschüsse. Die Nachrüstkosten sollen dadurch nahezu abgedeckt werden. Bei der Nachrüstung mit ungeregelten Katalysatoren bekommt der Autobesitzer einen Barbetrag von 550 DM. Mit dem Gesetz sollen insbesondere bisherige Nachteile für Pkw mit einem Hubraum unter 1,4 Liter beseitigt werden.

Aus- und Übersiedler

Bald nur noch Geldpauschale

Bonn (dpa). Aus- und Übersiedler sollen künftig nicht besser und nicht schlechter gestellt sein als die einheimische Bevölkerung. Das ist Ziel der von Koalition und SPD im Bundestag beschlossenen Eingliederungsnovelle. Kern ist die Zahlung eines pauschalen Eingliederungsgeldes anstelle von Arbeitslosen- oder Krankengeld. Allein davon erwartet Bonn Einsparungen von mindestens 430 Millionen DM pro Jahr.

Das Eingliederungsgeld soll künftig zwölf Monate lang unabhängig von der beruflichen Qualifikation gewährt werden. Ein Verheirateter bekommt statt bisher 1232 DM Arbeitslosengeld nur noch 1011 DM Eingliederungsgeld und einen Familienzuschlag von 130 DM. Ein Lediger erhält statt bisher 1047 DM nur noch 928 DM. Unter anderem sieht das Gesetz weiter eine pauschale Entschädigung für den Verlust des Hausrates in Höhe von 1400 DM vor. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge werden selbständige Aussiedler, die länger als 15 Jahre hier sind, nicht mehr bevorzugt.

Demo / Im Oktober

NVA gab Munition aus

Berlin (dpa). Einheiten der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR sollten offenbar im Oktober notfalls gegen die Montagsdemonstranten in Leipzig eingesetzt werden. Wie die Leipziger Zeitung „Die Union" dem West-Berliner Informationsbüro West zufolge berichtete, wurde für die Soldaten in der Stadt „beginnend am 4. und 5. Oktober" der Ausnahmezustand verkündet. Es sei scharfe Munition ausgegeben worden.

Die Soldaten seien zudem darauf hingewiesen worden, „daß im Einzelfall und bei entsprechendem Befehl auf das Volk geschossen werden muß". Die Zeitung wertete dies als „Steigerungsform zu den Praktiken der Volkspolizei in diesen Tagen".

Kunstmarkt

DDR im Wandel

Auch auf dem Kunstmarkt wandelt sich das Angebot der DDR. Auf der „Art Cologne" ist der Staatliche Kunsthanel der DDR mit einer Auswahl an Kunstwerken vertreten, die westlichen Maßstäben sehr nahekommen. Siehe Kultur

Unfälle

Vorsicht: Rauhreif!

Autofahrer Vorsicht! Durch Rauhreif und Eisglätte kam es gestern in den Morgenstunden zu zahlreichen Unfällen in weiten Teilen des Bundesgebiets. Bei Karlsruhe wurden allein 38 Unfälle gezählt, im Raum Gießen 39. „Blick in die Zeit".

DFB großzügig

Geldregen auf Spieler

Nachdem sich die Beckenbauer-Elf für die WM-Endrunde qualifiziert hat, zeigt sich der Deutsche Fußball-Bund (DFB) großzügig: Er schüttet 690 000 Mark Prämie aus – 36 000 Mark pro Spieler, wenn er alle Treffen mitgemacht hat. Siehe Sport.

Tiefstand

Lohnquote gesunken

Bei der Lohnquote, die den Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen beziffert, erwartet das Münchener Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung 1989 einen neuen Tiefstand. Siehe Wirtschaft und Kommentar.

Daimler

Keine Verluste

Daimler-Benz wird 1989 einen Konzernjahresüberschuß in der Größenordnung des Vorjahres von etwa 1,7 Milliarden DM ausweisen. Diese Prognose stellte gestern der Vorstand des Konzerns in Stuttgart. Siehe Wirtschaft.

Telefone

Ruft DDR Siemens?

Siemens möchte das Telefonnetz der DDR ausbauen. Kurzfristig könnten die notwendigen Komponenten geliefert werden. In der DDR kommen elf Telefone auf 100 Einwohner (Bundesrepublik: 46 Apparate). Siehe auch Wirtschaft.

BEGEHRTE SOUVENIRS sind in diesen Tagen Teile der Berliner Mauer. Auf unserem Bild haben sich Mädchen und Jungen der John-F.-Kennedy-Schule (Bezirk Zehlendorf) am Potsdamer Platz eine Betonrolle „gesichert". Inzwischen warten Journalisten und Schaulustige weiter auf eine Öffnung der Grenze am Brandenburger Tor. (dpa-Funkbild)

Zweites „deutsches Wochenende"

Grenzgemeinden rüsten sich für Massenansturm

Hamburg (dpa/AP/eg). Vor dem zweiten „deutsch-deutschen Wochenende" bemühen sich Städte und Gemeinden fieberhaft, das vielerorts befürchtete Chaos zu vermeiden. Mit vielfältigen Angeboten für DDR-Besucher lädt die gesamte Grenzregion zum großen Wiedersehensfest.

In der Bundesrepublik und West-Berlin werden wieder weit mehr als eine Million Besucher erwartet. Bis gestern hatte mit über 8,6 Millionen bereits mehr als die Hälfte der DDR-Bürger ein Visum für einen Besuch im Westen bekommen.

Bus-Pendelverkehr

Viele Städte wie Kassel und Göttingen wollen die Trabis aus den Citys heraushalten und richten von Großparkplätzen aus einen Buspendelverkehr ein. Fast überall können DDR-Besucher kostenlos mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren.

Entlang der gesamten Grenze dürfen Geschäfte am Samstag

Weitere Berichte zum Besucherstrom und aus der DDR finden Sie im Innern.

bis in die späten Nachmittagstunden - zum Teil auch sonntags - öffnen. Viele halten Sonderangebote für DDR-Bürger bereit, wollen Ost-Mark annehmen oder Wechselstuben einrichten. Vielerorts werden Bundesbürger gebeten, Betten für DDR-Besucher bereitzustellen.

Die Besucher können in zahlreichen Gemeinden, z.B. in Kassel, Museen, Theater und andere Kulturveranstaltungen kostenlos besuchen. Stadtrundfahrten werden angeboten, Musikgruppen sollen in den Innenstädten aufspielen.

Inzwischen sind die Versorgungsengpässe mit Südfrüchten, die es am vergangenen Wochenende zum Beispiel in Eschwege gegeben hatte, behoben. Der Nachschub rollt kontinuierlich, die Geschäftsleute haben sich auf einen heißes Verkaufswochenende vorbereitet.

Aus einigen Städten in Bayern werden Versorgungsengpässe bei Weihnachtsartikeln gemeldet. In anderen Gemeinden, so in Witzenhausen, werden hingegen nur die Lagerbestände bei preiswerten Radiorecordern und Uhren aus Japan knapp.

Einen besonderen Ansturm erwartet West-Berlin. Zusätzlich werden hier 50 U- und S-Bahnen fahren, unterstützt von 116 Bussen, die aus dem Bundesgebiet herbeigeschafft werden. Händeringend suchen die Wohlfahrtsverbände noch Helfer, die unter anderem 300 000 Becher Tee verteilen sollen. Knapp ist das Personal auch in Kaufhäusern und Läden, die am Samstag bis um 18 Uhr geöffnet sein dürfen.

Gewarnt hat unterdessen die Berliner Aids-Hilfe: Viele DDR-Besucher wüßten noch zu wenig über die Immunschwächekrankheit. Die Aids-Hilfe will deshalb Kondome und ein speziell für DDR-Besucher erstelltes Flugblatt verteilen.

Neue Grenzübergänge

Um den Besucheransturm zu bewältigen, werden immer neue Grenzübergänge angekündigt und eingerichtet. Dies sind unter anderem Rittmannshausen (Werra-Meißner-Kreis) – Ifta (DDR), Widdershausen (Kreis Hersfeld-Rotenburg) – Dankmarshausen, Günthers – Motzlar und Rasdorf – Butlar.

Ost-Berlin / Neue Kabinettsliste

Etwa 12 Minister nicht aus der SED

Ost-Berlin (dpa). Die Liste des neuen, deutlich verkleinerten DDR-Kabinetts ist offenbar unter Dach und Fach. Nach gemeinsamen Verhandlungen haben die Vertreter der fünf in der Volkskammer vertretenen Parteien dem Vorschlag des neuen Ministerpräsidenten Modrow (SED) zugestimmt, teilte die Pressestelle des Staatsrates gestern mit. Etwa ein Dutzend Minister gehörten nicht der SED an. Im zurückgetretenen Ministerrat (43 Minister) waren 40 SED-Mitglieder.

Der Vorsitzende der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD), Gerlach, erklärte am Abend im ZDF, daß seine Partei vier statt bisher einen Minister stellen werde. Die Liberalen sollten u.a. das Justizministerium erhalten.

Er bestätigte westliche Zeitungsberichte, daß der Ostberliner Konsistorialpräsident Stolpe von der Ost-CDU für ein Ministeramt vorgeschlagen worden sei. Stolpe hätte stellvertretender Ministerpräsident und Beauftragter für Kirchenfragen werden sollen, da aber kirchliche Gremien dieser Amtsübernahme durch einen Geistlichen *zustimmen müßten*, werde er voraussichtlich nicht der neuen Regierung angehören.

Nach Angaben von ADN waren bei den Verhandlungen für die neue Regierung SED-Generalsekretär Krenz sowie die Vorsitzenden der vier anderen Parteien vertreten. Dies sind neben der LDPD die Demokratische Bauernpartei (DBD), die National-Demokratische Partei (NDPD) sowie die DDR-CDU.

Die Parteichefs kamen über ein, eine Kommission zur Änderung der Verfassung einzusetzen. Hier geht es vor allem um Artikel 1, der die Führungsrolle der SED festlegt. Der von der Kommission erarbeitete Entwurf zur Verfassung soll zur öffentlichen Diskussion gestellt und in der Volkskammer behandelt werden.

Fortsetzung nächste Seite

Magdeburg / Aufnahmelager blieb leer

Nur sieben kehrten zurück

Magdeburg (dpa). Ratlosigkeit und Enttäuschung über den bisher ausgebliebenen Strom rückkehrender DDR-Bürger sind im anderen deutschen Staat zu beobachten. Von den in Magdeburg erwarteten etwa 2000 Rückkehrern sind am Donnerstag nur sieben eingetroffen. Dort wurden deshalb die Sondermaßnahmen zur Versorgung Rückkehrwilliger wieder eingestellt.

Das Deutsche Rote Kreuz der DDR hatte im Bezirk Magdeburg und drei weiteren grenznahen Bezirken – Gera, Schwerin und Erfurt – zahlreiche Aufnahmelager eingerichtet, um eine vermutete Zahl von rund 10 000 Heimkehrern unterzubringen.

Zum Tage

Solidarisch

Unsere Freude über die Öffnung der deutsch-deutschen Grenze beflügelt unser Mitgefühl für die Menschen in der DDR. Überall wird darüber nachgedacht, wie wir ihnen helfen und ihre Lage verbessern *können. Da muß der Vorschlag*, künftig am „Tag der deutschen Einheit" zu arbeiten und den verdienten Lohn in eine „Solidaritätsstiftung des deutschen Volkes" einzubringen, auf fruchtbaren Boden fallen. Niemand möchte sich der patriotischen Pflicht entziehen, die Not im anderen Deutschland durch Opfer zu lindern.

Es ehrt die Politiker Biedenkopf (CDU) und Leber (SPD), daß sie der Hilfsbereitschaft einen kräftigen Impuls geben wollen. Nur dürfen sie ein freiwilliges Solidaritätsopfer nicht mit einer Sondersteuer verwechseln. Wenn alle Arbeitnehmer und Unternehmer bereit wären, den Ertrag eines zusätzlichen Arbeitstages für die Entwicklung der DDR zu stiften, wäre das eine großartige Sache. Aber zwingen *könnte man sie nicht dazu.*

Ob es notwendig und sinnvoll ist, staatliche Kredite und private Investitionen für die DDR durch steuerliche Sonderabgaben zu ergänzen, kann heute noch nicht entschieden werden. Das Volumen unserer Wirtschaftshilfe wird auch von den Rahmenbedingungen abhängen, die Ost-Berlin anzubieten bereit ist.

Achim v. Roos

DDR/Am 17.6. arbeiten?

Arbeitgeber und DGB uneinig

Mainz (AP). Die stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Brusis, hat den Vorschlag begrüßt, am 17. Juni zu arbeiten und dieses Geld einer Solidaritätsstiftung für die DDR zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig schlug sie gestern vor, auf die dritte Stufe der Steuerreform zu verzichten, um auf diese Weise 20 Milliarden DM zur Unterstützung der DDR zu gewinnen.

Der Sprecher der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, Thomas Groß, lehnte dagegen „freiwillige Aufbauleistungen" nachdrücklich ab. Solidarität sei nötig, doch werfe eine Solidaritätsstiftung bei der Umsetzung eine Reihe von Problemen auf.

Siehe „Zum Tage"

Im Oktober

Inflationsrate stieg auf 3,2%

Wiesbaden (dpa). Auch nach der preisdämpfenden Umstellung des Warenkorbs erreichte die Inflationsrate in der Bundesrepublik im Oktober den höchsten Anstieg seit sechs Jahren. Die Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte zogen allein im Oktober um 0,4 Prozent an und lagen damit um 3,2 Prozent höher als vor einem Jahr, teilte das Statistische Bundesamt gestern in Wiesbaden mit. Preistreiber waren Nahrungsmittel und Ölprodukte.

Quoten vom Mittwochslotto

Ziehung A: Gewinnklasse I unbesetzt, Jackpot 1 009 710,70 DM; II 63 106,90 DM; III 5736,90 DM; IV 78,60 DM; V 5,30 DM.
Ziehung B: Gewinnklasse I 3 997 141,60 DM; II 63 106,90 DM; III 5082,40 DM; IV 76,50 DM; V 4,90 DM.

(Ohne Gewähr)

Namen und Nachrichten

„Mauerblümchen Krenz"

Der Bekanntheitsgrad von DDR-Staats- und Parteichef Egon Krenz schlägt sich in Wien bereits in der Werbung nieder. Mit „Egon, das Mauernblümchen" wirbt eine Kette von Blumenmärkten für einen Strauß Blumen zum Sonderpreis. Dabei handelt es sich um bunte Herbstblumen.

Entführung war keine

Zwei Deutsch-Libanesen und eine Amerikanerin, die angeblich in Libanon entführt worden waren, haben sich gestern unversehrt in der Bonner Botschaft in Beirut gemeldet. Wie es zu den Berichten über eine Entführung gekommen war, könnten sie sich nicht erklären, sagten sie nach Angaben eines Sprechers des Auswärtigen Amtes.

Kohlepfennig wird gesenkt

Der von den Stromverbrauchern als Zuschlag zur Stromrechnung bezahlte „Kohlenpfennig" wird in den kommenden vier Jahren schrittweise gesenkt. Zur Zeit beträgt er 8,5 Prozent im Bundesdurchschnitt, 1993 sollen es nur noch 7,5 Prozent sein. Dies sieht eine Novelle zum dritten Verstromungsgesetzes vor, die der Bundestag gestern in dritter Lesung annahm.

China auf Distanz zur DDR

Peking ist zu der rasanten Entwicklung in der DDR deutlich auf Distanz gegangen. Der chinesische Ministerpräsident Li Peng betonte, sein Land werde sich auf dem eigenen sozialistischen Weg nicht beeinflussen lassen. „China wird sein System nicht ändern, nur weil in Osteuropa Wandlungen eintreten", wurde Li Peng von der amtlichen chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua zitiert.

Stoiber oder Gück

Der bayerische Innenminister Edmund Stoiber (Bild) wird sich beim morgen beginnenden CSU-Parteitag in München um den durch den Verzicht von Bundesverkehrsminister Friedrich Zimmermann frei werdenden Posten des stellvertretenden CSU-Vorsitzenden bewerben. Damit stellt er sich einer Kampfkandidatur gegen der Vorsitzenden der CSU-Landtagsfraktion, Alois Gück.

Ungarn will in Europarat

Die Republik Ungarn hat als erstes Land Osteuropas die offizielle Mitgliedschaft im Kreis der 23 Europaratsländer beantragt. Der ungarische Außenminister Gyula Horn überreichte gestern in Straßburg den Antrag an die Generalsekretärin des Europarates, Catherine Lalumiere. Nach Angaben Horns könnte sein Land noch im Jahr 1990 als 24. Mitglied in den 1949 gegründeten Europarat einziehen. Dies sei ein „mögliche Hilfestellung für eine Annäherung an die EG".

CSSR: Keine Reisefreiheit

Die CSSR-Regierung ist Berichten entgegengetreten, wonach die Bürger des Landes künftig ohne besonderes Visum in den Westen reisen können. Auch künftig benötigen sie für Westreisen die Genehmigung des Arbeitgebers - Rentner die Erlaubnis der lokalen Behörden - sowie die Bestätigung einer Bank, daß sie über die vorgeschriebene Devisenmenge (mindestens 30 DM pro Tag) verfügen.

DDR-Bürger / Bundestag

Ruf nach Selbstbestimmungsrecht

Bonn (dpa). In einer streckenweise erregt geführten Debatte haben die Bundesregierung und alle vier Fraktionen des Bundestages an Donnerstag einmütig das vollständige Selbstbestimmungsrecht für die DDR-Bürger gefordert.

Deutliche Meinungsverschiedenheiten zwischen CDU/CSU und der Opposition gab es aber in der Frage, welche Bedingungen die Bundesrepublik für eine wirksame Hilfe zur Unterstützung des Reformprozesses in der DDR stellen sollte. Weitgehende Zustimmung – mit Ausnahme der Grünen – erhielt Bundeskanzler Kohl für die positive Bilanz seiner Polenreise.

In einer Regierungserklärung bot Kohl der DDR schnelle direkte Hilfe bei der Überwindung von Engpässen an. Bonn sei zu unverzüglichen Gesprächen über den Einsatz von Ärzten und Hilfskräften aus der Bundesrepublik in der DDR bereit. Der Kanzler unterstrich noch einmal die Bereitschaft zu umfassender Hilfe und Zusammenarbeit, wenn der Wandel in der DDR verbindlich und unumkehrbar in Gang gesetzt werde.

Bei den Gesprächen von Kanzleramtsminister Seiters (CDU) am kommenden Montag in Ost-Berlin gehe es vor allem darum, zu erfahren, wie sich die DDR-Führung „die Durchführung der angekündigten freien Wahlen im einzelnen vorstellt". Als wichtiges Ziel der Bundesregierung bezeichnete es Kohl, die visafreie Einreise von Bundesbürgern in die DDR zu erreichen.

„Respektieren Entscheidung"

Der Kanzler unterstrich, daß die Bundesregierung an ihrem deutschlandpolitischen Kurs unbeirrt festhalte. Dazu gehöre das Ziel der Einheit. Die Bundesregierung werde aber auch in dieser Frage „jede Entscheidung, die die Menschen in der DDR in freier Selbstbestimmung treffen, selbstverständlich respektieren". Das heiße aber auch, ihnen jetzt nicht einzureden, „das Beste sei die staatlichen Teilung unseres Vaterlandes".

Der frühere Bundeskanzler und SPD-Ehrenvorsitzende Brandt wandte sich gegen den Begriff „Wiedervereinigung". Er suggeriere, daß etwas wieder entstehen könnte, was es einmal gegeben habe. Man müsse so seriös wie möglich prüfen, was jetzt möglich sei. Brandt rief angesichts der Veränderungen in der DDR zum Zusammenwirken aller politischen Kräfte auf. Berlins Regierender Bürgermeister Momper (SPD) warf dem Kabinett Kohl Passivität trotz der nicht mehr umkehrbaren Demokratieentwicklung in der DDR vor. Er wandte sich ebenso wie die Grünen-Sprecherin Vollmer gegen jede Bevormundung der Demokratiebewegung in der DDR und warnte davor, sie mit der Wirtschaftskraft der Bundesrepublik zu erdrücken.

Auch Bundesaußenminister Genscher warnte vor der Versuchung, den DDR-Bürgern „hineinzureden". Dagegen betonte CSU-Chef Waigel, in der DDR seien marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen nötig. CDU-Generalsekretär Rühe äußerte die Überzeugung, daß die große Mehrheit der Menschen in der DDR sich für die Wiedervereinigung entscheiden würde.

Weiterer Bericht und Kommentar auf „Themen des Tages"

In Ballungsgebieten

Mehr Geld für Beamte

Bonn (dpa). Beamte in Ballungsgebieten sollen mehr Geld bekommen. Das betonte das Bundesinnenministerium am Donnerstag in Bonn bei Gesprächen mit den Beamtenorganisationen. Wie Bundesinnenminister Schäuble (CDU) anschließend erklärte, soll mit den geplanten Zulagen und Einmalzahlungen „nachvollzogen werden, was für private Arbeitgeber in diesen Gebieten bereits seit langem selbstverständlich ist".

Wie es hieß, sollen Beamten bis zum Dienstgrad A 10 in den Großstädten Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, München und Stuttgart vorübergehend je nach Rang und Familienstand gestaffelte Zulagen zwischen 40 und 140 DM gewährt werden. Außerdem sollten Beamte bis zum Dienstgrad A 12 bei einem Umzug in diese Ballungsräume eine Einmalzahlung in Höhe von 5000 DM erhalten.

Eine Zulage auch für die Angestellten des Öffentlichen Dienstes in den Ballungsgebieten forderte die von der DAG angeführte Tarifgemeinschaft.

Südafrika

Apartheid soll teilweise fallen

Johannesburg (dpa). Einer der Grundpfeiler der Apartheid **in Südafrika, die Rassentrennung** in öffentlichen Einrichtungen, soll fallen. Staatspräsident de Klerk kündigte gestern vor dem Präsidialrat an, daß seine Regierung „so bald wie möglich" das seit 1953 geltende Gesetz aufheben werde. Er appellierte an die Küstengemeinden, schon jetzt die Strände für Menschen aller Hautfarben zu öffnen.

Nur das im September neu gewählte Parlament kann das Gesetz aufheben. Der Präsidialrat, eine Art Schlichtungsstelle zwischen den drei Parlamentskammern für Weiße, Mischlinge und die aus Indien stammenden Südafrikaner, hat lediglich eine beratende Funktion.

Mit dem Gesetz erhielten die Gemeinden die Rechtsgrundlage, ihre Parks, Schwimmbäder, Strände, Sportanlagen, Verkehrsmittel, Kinos und Toiletten nur für bestimmte Bevölkerungsgruppen freizugeben. Vor allem die weiße Minderheit genoß das Exklusivrecht an ihren luxuriöseren Anlagen und schöneren Stränden.

El Salvador: Menschen flüchten vor Bürgerkrieg

Auch am sechsten Tag sind die Kämpfe zwischen Truppen der rechtsextremen Regierung in El Salvador und linken Aufständischen nicht abgeflaut. Nach Schätzungen sind bereits mehr als 700 Menschen getötet und rund 1600 verletzt worden. Zahlreiche Menschen sind auf der Flucht vor den Kämpfen (unser Foto). In San Salvador kam es in der Nacht zum Donnerstag zu den schwersten Gefechten seit Beginn der Offensive der Nationalen Befreiungsorganisation Farabundi Mart (FMLN). Nach eigenen Angaben haben die Rebellen ihre Stellungen in der teilweise eroberten Hauptstadt San Salvador gefestigt und wollen ihre Offensive verstärken. Das Militär setzte die Luftangriffe gegen dichtbevölkerte Stadtviertel fort, die in Händen der Rebellen sind. FMLN ist zu Waffenstillstandsverhandlungen nur bereit, wenn Präsident Alfredo Chritiani und die Militärführung zurücktreten. US-Präsident Bush dagegen sicherte Christiani weitere Unterstützung zu. (dpa-Funkbild)

Zu Lande, zu Wasser und in der Luft

Verkehrsverbindungen für Besucherstrom ausgeweitet

Kassel (the/dpa). Der deutsch-deutsche Verkehr rüstet sich für den erwarteten Besucherstrom aus der DDR: Ab heute rollen nach einer Vereinbarung zwischen Bundesbahn und DDR-Reichsbahn täglich 24 neue Schnellzüge zwischen beiden deutschen Staaten; 20 weitere Züge werden zusätzlich im grenznahen Verkehr eingesetzt. In Niedersachsen sollen mindestens 94 Sonderzüge fahren.

Im Fernverkehr führen unter anderem neue Verbindungen von Duisburg bzw. Düsseldorf über Kassel und Bebra bis nach Erfurt, Jena und Karl-Marx-Stadt. Über den neuen Grenzübergang Walkenried-Ellrich verkehren sechs Züge von Northeim nach Nordshausen und zurück.

Die ersten Fahrten in Richtung Osten werden wenig gefragt sein, prophezeit ein Bundesbahnsprecher. Denn Reisen von Bundesbürgern in die DDR beschränkt weiterhin die Visapflicht. Fahrkarten gibt es für West- wie Ost-Mark. DDR-Bürgern wird die Hälfte des Fahrpreises erlassen.

Allein die Technik setzt der Zusammenarbeit beider deutschen Bahnunternehmen eine Grenze: An jedem Übergang müssen die Lokomotiven ausgetauscht werden. Denn während die Reichsbahn der DDR ihre Kundschaft mit Dieselkraft befördert, dominieren im bundesdeutschen Schienennetz die Elektroloks.

Unterdessen beantragte die Deutsche Lufthansa beim Bundesverkehrsministerium die unbefristete Genehmigung der Flüge zwischen Frankfurt und Leipzig. Das erklärte gestern ein Sprecher der Fluglinie. Die derzeitige Genehmigung gilt lediglich bis zum 31. Januar. Außerdem sind im Berlinverkehr 44 Sonderflüge geplant.

Zur Bewältigung des Besucherstroms wird jetzt auch eine Schiffslinie zwischen den Ostsee-Städten Wismar in der DDR und Lübeck-Travemünde eingerichtet. Künftig soll hier an Wochenenden regelmäßig ein DDR-Fahrgastschiff mit 600 Plätzen verkehren.

Für österreichische Lkw

Bonn ordnet Nachtfahrverbot an

Bonn (dpa/AP). Als Antwort auf den Beschluß Österreichs, Lkw ab 1. Dezember mit einem siebenstündigen Nachtfahrverbot zu belegen, hat Verkehrsminister Zimmermann gestern ein Nachtfahrverbot für österreichische Lkw in der Bundesrepublik angeordnet. Das Fahrverbot für die Zeit von 22 bis 5 Uhr gilt ab 1. Januar 1990 für 212 000 österreichische Lkw. Das entspricht der deutschen Zahl von Lkw, die von dem Wiener Schritt betroffen sind.

In einem vom Verkehrsministerium veröffentlichten Brief an seinen österreichischen Kollegen Rudolf Streicher bedauerte Zimmermann, daß er sich wegen der unnachgiebigen Haltung Wiens zu diesem Schritt genötigt sehe.

Streicher beharrte in einer ersten Reaktion auf seiner Entscheidung. Die von Bonn angekündigten Maßnahmen dienten nicht, wie das österreichische Nachtfahrverbot, dem Schutz der Umwelt. Streicher kündigte die Prüfung rechtlicher Schritte an.

Volkskammerparteien / Wahlgesetz

Opposition gegen zu frühe Neuwahl

Fortsetzung

Eine weitere Empfehlung fordert das Parlament auf, einen Beschluß über die Ausarbeitung eines neuen Wahlgesetzes zu fassen. Zunehmend umstritten ist der bisherige Verteilungsschlüssel, der die Stärke der Parteien und Organisationen in der Volkskammer bestimmt. Danach hat die SED insgesamt 127 Sitze, CDU, DBD, LDPD und NDBD je 52. Die Massenorganisationen wie FDJ und FDGB kommen auf 165 Sitze, darunter ein beträchtlicher Teil von SED-Mitgliedern.

Frühzeitige freie Wahlen zur Volkskammer liegen nach den Worten von Vertretern der oppositionellen Sozialdemokratischen Partei (SDP) und der Gruppe Demokratischer Aufbruch (DA) nicht im Interesse der Reformbewegung. Ihnen fehle noch die nötige Organisationstruktur, sagte Thomas Krüger von der SDP in Hannover. Seine Partei wünsche Wahlen erst im Frühjahr 1991. Reinhold Weidauer vom DA befürwortet Herbst 1990.

„Kampfgruppen auflösen"

Inzwischen haben die Liberal-Demokraten in der DDR die Auflösung der sogenannten Kampfgruppen der Arbeiterklasse gefordert. In Leitsätzen der Partei, die in der liberaldemokratischen Zeitung „Der Morgen" veröffentlicht wurden, heißt es: „Milizeinheiten, die einer Partei unterstehen, sind aufzulösen." Die Kampfgruppen sind nach dem Verständnis der SED das „unmittelbare bewaffnete Organ der Arbeiterklasse" in Betrieben, Produktionsgenossenschaften, staatlichen Verwaltungen und Institutionen.

Die Veränderungen in der DDR haben jetzt auch vor der Chefredaktion des SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" nicht Halt gemacht. In ihrer Donnerstagausgabe informierte die Zeitung ihre Leser über die Ablösung des bisherigen Chefredakteurs Herbert Naumann. Redaktion und Verlag hätten sich zuvor „intensiv mit ihrer Arbeit in der Vergangenheit auseinandergesetzt, die Ursachen der ernsten Mängel zu analysieren versucht und ein neues Konzept erarbeitet, wie wir als Journalisten... zur Erneuerung des Sozialismus in der DDR... beitragen können", hieß es.

Bloch und Havemann posthum wieder in DDR-Akademie

Berlin (dpa). Der als Systemkritiker von der DDR-Akademie der Wissenschaften ausgeschlossene Philosoph Ernst Bloch sowie der politisch verfolgte Chemiker und Schriftsteller Robert Havemann sind posthum wieder in die Mitgliederliste der Akademie aufgenommen worden.

Damit folgte das Gremium einer Empfehlung der „Klasse Philosophie, Ökonomie, Geschichte, Staats- und Rechtswissenschaften und der Klasse Chemie", berichtete die DDR-Nachrichtenagentur ADN am Donnerstagabend.

HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE
ALLGEMEINE

Herausgeber
Rainer Dierichs, Dr. Dietrich Batz, Achim von Roos

Chefredakteur
Lothar Orzechowski

Stellv. Chefredakteure
Wolfgang Rossbach, Peter M. Zitzmann

Verantwortliche Redakteure

Chef vom Dienst: Rainer Merforth. Politik: Jochen Prater. Blick in die Zeit: Walter Schütz. Wirtschaft und Sozialpolitik: Horst Seidenfaden. Kultur: Dirk Schwarze. Frau u. Reise: Ilse Methe-Huber. Sport: Rolf Wiesemann. Sonntagszeit: Frank Thonicke. Kassel Stadt und Land: Wolfgang Rossbach. Bezirksredaktionen: Peter M. Zitzmann. Koordination: Helmut Lehnart. Hessen/Niedersachsen: Eberhard Heinemann. Chefreporter: Karl-Hermann Huhn. Sonderthemen: Peter Ochs.

Redaktion Wiesbaden: Rolf Effenberger
Redaktion Hannover: Harald Birkenbeul
Redaktion Bonn: Hans Ludwig Laucht

Verlagsleitung
Dr. Dietrich Batz, Rainer Dierichs, Wigbert H. Schacht. Anzeigenleiter: Horst Prehm. Vertriebsleiter: Gerd Lühring

Verlag Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Str. 168, Postfach 10 10 09, 3500 Kassel. Ruf 05 61 / 20 3-0. Tel. Anzeigenannahme 05 61 / 20 3-3. Fernschreib-Nr 99 635. Telekopierer 05 61 / 20 36. Teletex 5 61 81 10. Postgirokonto 155132-608 Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr 29. Monatlicher Abonnementspreis DM 25,60 inkl. Zustellung und 7% MwSt. (Postbezugspreis 28,50 DM)

Die Beendigung des Abonnements ist nur mit schriftlicher Kündigungserklärung unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich; die Frist läuft ab Zugang der schriftlichen Kündigungserklärung.

Auflage werktags über 270 000 Exemplare in Tarifgemeinschaft mit „Oberhessische Presse", Marburg, „Hersfelder Zeitung", „Werra-Rundschau" Eschwege, „Harzkurier", Herzberg

Auflage „Sonntagszeit" über 200 000 Exemplare

Herstellung Druckhaus Dierichs Kassel, Frankfurter Straße 168, 35 Kassel

Im Vorhof der Geschichte

Bevormunden will man die eben mündig gewordenen Deutschen in der DDR nicht. Darüber waren sich alle Bundestagsparteien einig. Das andere, daß nämlich eine freie Entscheidung respektiert werde, sollte selbstverständlich sein. Insofern weckt die ständige Hervorhebung eher Zweifel. Denn natürlich gibt es auch feine Formen der Einflußnahme. Vor allem bleibt zu bedenken, was eines noch fernen Tages geschehen würde, wenn die Deutschen drüben nicht so wollen, wie es unser Grundgesetz vorsieht.

Bei genauem Hinhören löste sich die deutsche Frage in ein Bündel von Fragen auf. Das freigewählte Parlament ist auf manche von ihnen verbindliche Antworten schuldig geblieben. Es bewegt sich im Vorhof der Geschichte, während die dramatischen Ereignisse uns täglich neu überrollen. Von einer historischen Stunde zu reden, heißt noch nicht ihr gerecht zu werden. Es verdichtet sich der Verdacht, daß die deutsche Politik wenig auf die Situation vorbereitet war, die sie als Vision beschwor.

Wenn Volker Rühe von der CDU den Willen der Menschen in der DDR vorwegnimmt, wenn der CSU-Vorsitzende Theo Waigel eine Marktwirtschaft zur Vorbedingung für umfassende Hilfe macht, können solche Signale mehr verstören als die Reformer ermuntern. Sie müssen ihren eigenen Weg gehen auf einer langen Strecke und bei noch ungewissem Ziel. Anspruch an die Bonner Politiker ist es, im Moment das Notwendige zu tun, nichts zu versäumen, aber zu unterlassen, was den Reifeprozeß behindert. Die Tagesordnung ist wichtig auch in der Geschichte. Konkret bedeutet das, auf den Grundrechten wie freien Wahlen und Selbstbestimmung zu bestehen, ansonsten aber einen Vorschuß zu gewähren. An Geld fehlt es doch nicht. Bringen wir noch Geduld und Einsicht mit auf, würden wir den Zipfel vom Mantel der Geschichte fassen. Alfred Brugger

Es geht um Prozente

Diese Meldung paßt so richtig rein in die Vorgeplänkel zur Tarifrunde 1990. Die Fronten – vor allem in der Metallindustrie – sind klar abgesteckt. Es geht um Arbeitszeitverkürzung und kräftige Lohn- und Gehaltsanhebungen auf der einen, um satte Prozente und Abeitszeit-Flexibilisierung auf der anderen Seite.

Die Untersuchung des Ifo-Instituts liefert eine interessante, weil total auf einen Punkt der Auseinandersetzung fixierte Argumentationshilfe. Die Lohnquote beim Volkseinkommen hat sich in den letzten Jahren stetig verringert. Ein Grund ist die zunehmende Mechanisierung der Fertigung – die wichtigste Ursache ist aber in den Tarifabschlüssen der vergangenen Jahre zu suchen. Die Arbeitnehmer kamen schlecht weg; erst marschierte die Konjunktur mit entsprechend satten Unternehmergewinnen vorweg, dann überholte die Preisentwicklung plötzlich die vereinbarten Lohnzuschläge. Es stimmt also etwas nicht im Tarifgefüge und die Gewerkschaften müßten eigentlich alles daransetzen, das Mißverhältnis zu bereinigen.

Fatal an der gegenwärtigen Situation aber ist, daß sie genau das nicht tun, was mit Blick auf die Spannungen in der Tariflandschaft notwendig wäre. Es geht nämlich um Umverteilung der Gewinne: Die Arbeitnehmer haben ein Anrecht darauf, für die Zurückhaltung ihrer Vertreter in den Verhandlungsrunden der Vergangenheit und für den Erfolg der Unternehmen in den Aufschwungjahren endlich mit Mark und Pfennig entlohnt zu werden. Normalerweise wäre eine Einigung oberhalb der Fünf-Prozent-Marke möglich. Doch normal ist in dieser Tarifrunde wenig. Denn es geht den Gewerkschaften um Arbeitszeitverkürzung. Ihren Mitgliedern aber dürfte es eher um volle Lohntüten gehen. Dumm ist nur, daß sie keine Fürsprecher haben.

Horst Seidenfaden

Das Zitat

„Wann immer in Deutschland der Zeitgeist weht, er bläst durch das Brandenburger Tor."

Die „Süddeutsche Zeitung" gestern in ihrem „Streiflicht" auf Seite 1

Debatte im Bundestag / Momper und Rühe im Clinch

Kohl und ein ihm wohlwollender Brandt

Von Hans-Ludwig Laucht, Bonner Redaktion

Der Kanzler zeigt sich dem Parlament im schicken Zweireiher. Dunkel ist elegant und macht schlank. Die Stimmung ist gelöst. Die Union begrüßt den Regierungschef ostentativ mit Beifall. Den hat er, auch im Urteil Willy Brandts, verdient. Die Polen-Exkursion hat Substanz gekostet, die Verwerfungen in der DDR zehren an den Nerven. Innerhalb von einer Woche gibt Helmut Kohl seine zweite Regierungserklärung ab. Das erlebt der Bundestag nicht alle Tage. Da werden Gefühle frei.

Auf der Bank des Bundesrates sitzt Walter Momper. Die SPD hat den Berliner Regierenden einfliegen lassen. Er soll die Keule schwingen, falls die Koalition zu selbstgefällig werden sollte.

Selbstwertgefühl

Doch zunächst ist der Kanzler dran. Er spannt den Bogen von Berlin bis Warschau, von Dresden bis Auschwitz. Etwas vom Selbstwertgefühl eines Mannes, der sich sicher ist, mehr als seine Pflicht getan zu haben, ist nicht zu überhören. In den Beifall schaltet sich da und dort auch die größte Oppositionspartei ein. Gedämpft zwar, aber immerhin. Die Grünen rühren keine Hand.

Ministerriege merkte auf

Die Genossen schicken nicht den Fraktionschef, sondern den Ehrenvorsitzenden ins Gefecht. Kohls Minister-Riege merkt auf. Der Bundeskanzler nimmt einen Schluck Wasser und schiebt die Akten beiseite. Wenn sich einer in der Ostpolitik zu Hause weiß und das Innenleben der Berliner aus eigener Anschauung kennt, dann Brandt. „Ich gebe offen zu: Ich habe meiner Tränen kaum Herr werden können", bekennt der Ex-Kanzler, als er die Freudenstürme in Berlin erwähnt.

Unerwartet Trost

Helmut Kohl wird unerwartet Trost zuteil. „Ich habe die Pfiffe vor dem Rathaus nicht gerne gehört", sagt Brandt. Aber Pöbel, belehrt er den Regierungschef, sei das nicht gewesen, der seinen Unmut über Kohl geäußert habe. „Da waren auch Landsleute aus dem anderen Teil der Stadt dabei." Und nachdenklich fragt der Große Mann der SPD, ob die politische Sprache mit der veränderten Lage der Nation Schritt gehalten habe. Brandts Einschätzung: „Überheblichkeit ist ebenso wenig angebracht wie die Attitüde der beleidigten Leberwurst." Kohl nickt. Der Rat ist angekommen.

„Es war ein Erfolg"

Die Anspannung des Kanzlers löst sich. Was er zur Polenreise hört, färbt ihm die Ohren rot. „Die eine oder andere Panne hat nicht verhindert, hat nicht verhindern können, daß der Besuch ein Erfolg wurde", verteilt der erste bundesdeutsche Regierungschef der SPD lobende Zensuren an den „Enkel" Adenauers. Kohl vernimmt es mit dem mühsam unterdrückten Stolz des Primaners, dem in Geschichte ein Einser gelungen ist. Die Union jubelt. Die SPD macht süß-saure Mine zum Brandtschen Spiel. Soll heißen, soviel Komplimente hat er nun auch wieder nicht verdient.

Hinweis auf König Artus

Dem studierten Historiker Kohl, dem Gespräche mit der anderen Seite am runden Tisch nach dem polnischen Beispiel suspekt sind, gibt Brandt – „ich bin ein bißchen älter" – den Tip: „Die Tradition des runden Tisches geht in das sechste Jahrhundert zurück, nämlich auf König Artus." Und weil Pingeligkeit nicht Brandts Sache ist: „Die Form des Tisches ist wirklich schnuppe." Kohl und Genscher heben und senken die Köpfe im Takt. Einen so wohlwollenden Willy Brandt erlebt man selten.

Momper wird diese traute Zweisamkeit zu viel und er nimmt die Keule. „Wo bleibt das Konzept, wo bleibt die Beschleunigung der Gespräche?", fragt er barsch und trifft den Kanzler an seiner empfindlichsten Stelle: „Wir in Berlin konnten die Probleme nicht aussitzen."

Mit schwerem Hammer

Aussitzen, das ist das Stichwort. CDU und CSU machen mobil. „Aufhören, Unverschämtheit" rauscht es durch den Plenarsaal." Musik in den Ohren Volker Rühes, des Kanzlers General und Ausputzer. „Sie haben sich nicht wie ein Regierender Bürgermeister, sondern wie ein kleinkarierter Parteipolitiker benommen", schwingt Rühe freudig den schweren Hammer.

Applaus für Genscher

Hans-Dietrich Genscher bleibt es vorbehalten, den Nagel auf den Kopf zu treffen. „Wir werden uns im Respekt vor der freien Entscheidung der Bürger in der DDR nicht aufdrängen." In den Applaus stimmen alle Fraktionen des Hauses ein.

Brandenburger Tor

Ein Symbol der Hoffnung

Von Paul F. Duwe, Berlin

Wie kein anderes Bauwerk hat das Brandenburger Tor in Berlin die dunklen wie die hellen Tage der deutschen Geschichte gesehen. Zwischen 1788 und 1791 von Carl Gotthard Langhans im Stile des preußischen Klassizismus erbaut, setzte es Friedrich dem Großen ein Denkmal, der Preußens Macht weit nach Ost ausgedehnt hatte.

Die Quadriga, das vierspännige Gefährt mit der Wagenlenkerin Victoria, stammte aus der Hand des Bildhauers Gottfried Schadow. Die als „Triumph des Friedens" gedachte, nach Osten zur Stadtmitte blickende Siegesgöttin, entstand in den Jahren 1789 bis 1794. Das ganze Ensemble wog mehr als 100 Zentner.

Das 65,5 Meter breite Tor befand sich zwischen der Residenz der preußischen Könige und dem Berliner Tiergarten, dem beliebtesten Ausflugsziel der Monarchen-Familie. Die mittlere Durchfahrt war ausschließlich seiner Exzellenz, dem König, vorbehalten.

Vorbei mit der stolzen Pracht war es im Jahre 1806, als Napoleon siegreich durch das Brandenburger Tor marschierte. Die Quadriga ließ er nach Paris bringen. Aber dort mußte sie nicht einmal acht Jahre bleiben. Im Frühjahr kehrte das Gespann im Triumphzug nach Berlin zurück. Im Frühjahr 1919 erstürmten aufständische Arbeiter die Quadriga und plazierten in luftiger Höhe ein Maschinengewehr. Am 30. Januar 1933 mußte das Tor wohl seine dunkelste Stunde erleben. Im Siegesrausch zogen kilometerlange SA-Kolonnen mit brennenden Fackeln hindurch. Nur sechseinhalb Jahre später brannte es überall in Europa. Hitler hatte seinen schrecklichen Krieg entfesselt.

Am Ende dieses Wahnsinns war auch die Quadriga nur noch ein Trümmerhaufen. Sie wurde 1950 heruntergeholt. Am 17. Juni 1953 zerrten Ostberliner Arbeiter dann auch die rote Fahne vom Tor. 1958 schließlich wurde in Berlin-Friedenau nach alten Gipsabdrücken ein neues Gespann mit der Siegesgöttin gegossen. Adler und Eisernes Kreuz ließ die SED entfernen, weil diese Symbole zu sehr an den preußischen Militarismus erinnerten, wie die Partei meinte.

Später flatterte die DDR-Fahne mit dem Arbeiter- und Bauernsymbol Hammer, Zirkel und Ährenkranz hoch über der Quadriga, auch gestern noch. Besonders nach dem Mauerbau wurde das Brandenburger Tor, das berühmteste Wahrzeichen Berlins, ein Symbol der Hoffnung. Seit Tagen zogen auf beiden Seiten des Tores Tausende von Menschen vorbei. Für viele würde sich ein Lebenstraum erfüllen, könnten sie wieder durch das historische Bauwerk hindurchgehen.

DAS WAHRZEICHEN BERLINS ANNO 1907 zeigt dieses Bild von der Ostseite des Brandenburger Tores. (Foto: Titzenthaler / nh)

Presse-Echo

Zum Thema der deutschen Wiedervereinigung schreibt die spanische Zeitung

EL PAIS

Die Öffnung der Mauer hat vielleicht bei vielen den völlig falschen Eindruck erweckt, daß sich das Problem der deutschen Einheit sofort stellt... Es wäre wirklich gefährlich, wenn sich die Deutschen in einen Kampf um ihre Einheit inmitten eines feindlich gesinnten Europas stürzen würden.

Wie es im Osten Europas nun weitergehen könnte, beleuchtet der Wiener

KURIER

Hat der Sozialismus noch eine Chance? Ist er ein „schrottreifes Auto" (Maggie Thatcher) oder ist er „das System der Fehler", wie kürzlich in Wien der ehemalige DDR-Wirtschaftsexperte Hermann von Berg sagte? Dieser „Sowjetsozialismus"... ist in der Tat bankrott. Auf der demokratische Sozialismus in Westeuropa war ja nur dort halbwegs erfolgreich, wo er mit möglichst wenig Staat und mit möglichst viel Markt operierte. Was bleibt dann also vom Sozialismus? Der Humanismus.

Vor der Auflösung der Nato warnt der

LE FIGARO

Das Ende der Mauer könnte eine Schwächung der Militärbündnisse mit sich bringen. Wenn Gorbatschow auf dem Malta-Gipfel Bush vorschlagen sollte, die auf dem alten Kontinent stationierten sowjetischen und amerikanischen Truppen gleichzeitig abzuziehen, hätte Europa nichts zu gewinnen. ... Die Rote Armee wird für immer vor seiner Tür bleiben.

Erste Konturen der DDR-Wirtschaftsreform

Leistung muß sich lohnen

Von dpa-Korrespondent Claus Höcker

Leistung muß sich wieder lohnen – das ist der Tenor einer Flut von Vorschlägen, die seit der Ankündigung einer Wirtschaftsreform in der DDR die Medien überschwemmt. Es geht um Transparenz, Eigenverantwortung der Kombinate, Stimulierung des privaten Handwerks, Gewerbes und Handels.

Wahrheit und Klarheit sind bei der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik (SZS) nach dem Sturz des Sündenbocks Günter Mittag angesagt. Er habe eigenmächtig Berichte verfälscht und davon erfuhr man erst aus der Presse, so ihr empörter Leiter Arno Dond.

Der Regierung wird vorgeschlagen, „die Geheimhaltung für nahezu alle Kennziffern aufzuheben". Die nicht bekannte Zahl der mit Verlust arbeitenden Betriebe soll veröffentlicht, die von Mittag 1979 „willkürlich" eingestellte Zeitschrift „Statistische Praxis" neu herausgegeben werden.

Um international vergleichen zu können, wird künftig das Bruttosozialprodukt und das Bruttoinlandsprodukt berechnet. Ob das übliche Produzierte Nationaleinkommen, das Dienstleistungen nicht enthält, entfällt, ist unklar. Der Lebensstandard der Rentner wird 1990 durch eine Befragung untersucht.

Prinzipieller Nachholbedarf wird bei Umweltdaten und Einzelhandelspreisen eingeräumt. Beides soll sich schon im nächsten Jahr ändern. Auf „oktroyierte (aufgezwungene, Red.) Meldungen mit vorwiegend propagandistischem Charakter wie Bürger- und Jugendinitiativen" wird verzichtet.

Die Kompetenzen der Generaldirektoren der Kombinate, werden ausgeweitet. In der für die Konsumgüter wichtigen Leichtindustrie sollen sie Produktionsvolumen und Sortimente „in eigener Verantwortung" festlegen.

Zur Stärkung des Leistungsprinzip wird die Autorität der Meister gesteigert. Ihr Grundgehalt soll mindestens 150 DDR-Mark höher als der Nettolohn der Kollektivmitglieder liegen und ein weiterer Gehaltszuschlag von bis zu 30 Prozent möglich sein. Er soll vorrangig an die Verhinderung von Stillstands- und Ausfallzeiten sowie Qualitätserfüllung und mengenmäßige Planerfüllung gebunden werden.

Die Eigenerwirtschaftung der Mittel stößt in vielen Betrieben auf Grenzen durch die Grundmittelausstattung und den Verschleißgrad. Diese Überalterung von Maschinen und Werkzeugen ist auch bei der Absicht zu bedenken, die Jahresendprämien ab 1990 zu erhöhen und deutlicher vom Betriebsergebnis abhängig zu machen. Seit 1982 beträgt die Prämie 800 DDR-Mark und wird wie ein 13. Monatsgehalt ausgezahlt.

Der vernachlässigte private Wirtschaftssektor hat in den von der SED umworbenen National-Liberalen und Liberal-Demokraten neuerdings einflußreiche Fürsprecher. Sie verlangen ein übersichtliches Steuerrecht, die Abflachung der Steuerprogression und ein neues Zollgesetz, das die DDR vor „weiterer Ausplünderung" schützt.

Die Steuerprogression beträgt bei einem jährlichen Gewinn von 20 000 DDR-Mark bei Handwerkern 48 Prozent, bei Gewerbetreibenden sogar 80 Prozent und steigt bis auf 90 Prozent. Das Finanzministerium denkt an Freibeträge. Er könnte die Hälfte des Gewinnzuwachses gegenüber dem vorangegangenen Jahr, höchstens jedoch 5000 DDR-Mark, betragen.

Was kommt nicht? Die 40-Stunden-Woche. Sie bleibt „wichtiges Ziel". Die Ausstattung der Haushalte mit Telefonen ist „nicht heute, nicht 1990 und nicht in ein paar Jahren zu lösen". Die Autoproduktion läßt sich nicht im nötigen Umfang aufstocken. Privat importierte Westautos werden mit einer Luxussteuer belegt. Die Konvertibilität der DDR-Mark bleibt noch lange Zeit ein Traum.

Über Nacht verschwinden

soll die DDR-Sperranlage auf der Bundesstraße 7 zwischen Rittmannshausen und Ifta/DDR. Hier wird für den an diesem Wochenende erwarteten Besucherstrom aus Thüringen ein neuer Übergang geöffnet, der Verkehr auf diesem alten europäischen Handelsweg wieder fließen. Seit dem Mittelalter zogen auf dieser Route zwischen den Niederlanden und Mitteldeutschland Kaufleute und Reisende. Auch Luther und Goethe passierten hier die Grenze zwischen Hessen und Thüringen. Gestern rückte der erste Trupp der DDR-Grenzeinheiten an. Heute muß hier fieberhaft gearbeitet werden, wenn, wie geplant, der Übergang am Samstag um 6 Uhr geöffnet werden soll. Verschwinden müssen bis dahin der Sperrzaun, Graben und Erdwälle. Die B 7 ist ein ausgezeichnetes Entlastungsventil für den aus Richtung Eisenach zum „alten Checkpoint" Wartha/Herleshausen drängenden Fahrzeugstrom. Er kann dann ab Autobahnausfahrt Eisenach gespalten werden. (h/Foto: Herzog)

CDU und FDP stimmten für, SPD und Grüne gegen den Entwurf

Hessischer Doppeletat 1990/91 in zweiter Lesung angenommen

Wiesbaden (lhe). Der hessische Landtag hat den von der CDU/FDP-Landesregierung vorglegten und von den Koalitionsfraktionen zum Teil geänderten Doppelhaushalt für die Jahre 1990/91 in zweiter Lesung angenommen.

Für das Etatgesetz stimmten während der Plenarsitzung am Donnerstag die Abgeordneten der Union und der Liberalen. Die Oppositionsparteien SPD und Grüne lehnten das Budget ab. Ihre Änderungsvorschläge fanden keine Mehrheit. Der Haushalt soll im Dezember in dritter Lesung endgültig beschlossen werden.

Nach dem ursprünglichen Kabinettsentwurf sollten die Einnahmen und Ausgaben des Landes während der nächsten zwei Jahre im Durchschnitt um jeweils 3,8 Prozent auf insgesamt rund 56,7 Milliarden Mark steigen.

Die Landtagsfraktionen der Christ- und Freidemokraten hatten nach der ersten Lesung die Ausweitung des Budgets um 28,5 Millionen Mark sowie Umschichtungen in Höhe von zusammen rund zwölf Millionen Mark vereinbart. Damit will die Koalition den Haushalt vor allem in der Sozial-, Umwelt- und Kulturpolitik „noch mehr Konturen" geben. Größter Einzelposten unter den Änderungen ist die Anhebung der Mittel zur Bekämpfung von Drogenproblemen um 2,5 Millionen Mark.

Die Steigerungen dienen vor allem dem Schutz der Umwelt, der Wissenschaft, den Schulen und Kindergärten, der inneren Sicherheit, dem Wohnungsbau und dem ländlichen Raum. Dazu kommen erhöhte Ausgaben für Umsiedler und Flüchtlinge sowie stärkere Zahlungen des Landes an die Kommunen. Die von der dritten Stufe der Steuerreform verursachte Zunahme der Neuverschuldung soll im nächsten Jahr auf etwa 1,65 Milliarden Mark und 1991 auf 1,55 Milliarden Mark begrenzt werden.

SPD und Grüne begründeten ihre Ablehnung des Doppeletats damit, das Zahlenwerk sei ein „reiner Wahlhaushalt" und „bloßer Wählerkauf". Es reiche weder im Umweltschutz noch in der Sozialpolitik oder beim Wohnungsbau aus.

„Unbürokratische Hilfe"

Hessen arbeiten an DDR-Straßen

Wiesbaden (Eff). Hessische Straßenbauer arbeiten bereits auf dem Gebiet der DDR. Als erstes Land der Bundesrepublik unterstützt Hessen mit seiner Straßenbauverwaltung die Instandsetzung der neuen Grenzübergänge, die in den vergangenen Tagen von Thüringen nach Nord- und Osthessen geöffnet wurden. Das teilte gestern Wirtschaftsminister Schmidt (FDP) mit. Unbürokratisch und schnell werde bei der Wiederherstellung von Straßendecken und auch Parkplätzen auf DDR-Seite geholfen.

Nach Angaben von Schmidt werden von heute 15 Uhr an in einer Gemeinschaftsaktion des Wirtschaftsministeriums und des ADAC Hessen an die Besucher aus der DDR die angekündigten Karten verteilt, die Informationen über die Grenzübergänge und die dazugehörigen Wegweisungen enthalten.

„Thüringen einladen"

In der kommenden Woche will Schmidt Gespräche mit Behördenvertretern von jenseits der Grenze führen, um zu erfahren, welche weiteren konkreten Hilfen das Land Hessen für Thüringen leisten könnte. Der Wirtschaftsminister regte bei seinen Kollegen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen an, zu der nächsten Regionalkonferenz Nordhessen, Südniedersachsen und Ostwestfalen im Frühjahr auch Vertreter Thüringens an „den berühmten runden Tisch" einzuladen.

Hartmut Boehmer endgültig abgewählt

SPD stellt künftig den Bad Hersfelder Bürgermeister

Bad Hersfeld (hpn). Hartmut H. Boehmer (Foto) ist mit Ablauf des gestrigen Tages nicht mehr Bürgermeister der Stadt Bad Hersfeld. In offener namentlicher Abstimmung votierten 41 Stadtverordnete in einem zweiten Wahlgang nach vier Wochen für seine Abberufung. Nur die drei Vertreter der NPD stimmten vor rund 250 Zuhörern in der Stadthalle gegen die Abwahl Boehmers, der am 28. September mit den Stimmen von CDU und NPD für eine dritte Amtszeit gewählt worden war. Diese Wahl verursachte bundesweite Proteste.

Bereits im ersten Wahlgang am 12. Oktober hatten die Stadtverordneten Boehmer das Vertrauen entzogen. Trotz einer inzwischen gegründeten Bürgerinitiative „pro Boehmer", die rund 5000 Stimmen für den 48jährigen früheren CDU-Politiker gesammelt hatte, blieb die überwältigende Mehrheit des Stadtparlaments bei ihrer Entscheidung.

In einer gemeinsamen Presseerklärung von CDU und SPD sprachen sich die Fraktionen für einen „unbelasteten Neuanfang" aus. Beide wollen wichtige Sach- und Personalentscheidungen gemeinsam tragen. Dies bedeutet, daß die SPD den neuen Bürgermeister stellt, die CDU die neuzuschaffende Position eines hauptamtlichen Ersten Stadtrats. Außerdem erhalten die Christdemokraten wieder den Posten des Stadtverordnetenvorstehers.

Die CDU-Fraktionsvorsitzende Ursula Gesser beschuldigte Boehmer, er habe die CDU zum Wählerbetrug aufgefordert. Sie warf ihm weiter Unverständnis in seinen politischen Entscheidungen vor.

Die SPD-Fraktionsvorsitzende Christa Bittner hielt dem scheidenden Bürgermeister vor, er habe seine Wiederwahl nie ernsthaft betrieben. Boehmer habe sich maßlos selbst überschätzt, und ihm seien die Spielregeln der Demokratie immer noch unbekannt.

Der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Hans-Jürgen Schülbe, bescheinigte den beiden großen Fraktionen die erschreckende Unfähigkeit, Fehler einzugestehen und zu korrigieren. „Die Koalition der Verlierer ist geboren".

Unter großem Gelächter setzte sich der Fraktionsvorsitzende der NPD, Franz Knoll, für Boehmer ein. „Der CDU paßt die Hebamme (NPD) nicht, und sie will jetzt das Kind aussetzen." Ministerpräsident Wallmann und Staatssekretär Stanitzek (beide CDU) seien „die falschen Souffleure" gewesen.

Nach seiner engültigen Abwahl erhält der nach Besoldungsgruppe B 3 (rund 9000 DM brutto) bezahlte Jurist Boehmer fünf Jahre lang 75 Prozent seiner Bezüge, danach etwa 65 Prozent.

Abgeordnete und Minister kommen bei Etatdebatte in Zeitnot

‚Halten zu Gnaden, Herr Präsident'

Von unserem Redaktionsmitglied Rolf Effenberger

Wiesbaden. Der „Fahrplan" für die zweite Lesung des 56,7-Milliarden-Mark-Doppelhaushalts für die Jahre 1990/91 geriet durch die unvorhergesehene zweistündige Schlußdebatte zu den Zitaten von Ministerpräsident Wallmann (CDU) am Mittwochmorgen völlig durcheinander, und Landtagsabgeordnete wie auch Minister kamen in Zeitnot, Kritik, Gegenkritik und Argumente vorzutragen.

„720-Sekunden-Ritual"

Zwei Tage waren vorgesehen, gestern und vorgestern. Mit freundlicher Strenge wachte der jeweils amtierende Präsident darüber, daß die von Fraktionsgeschäftsführern und Ältestenrat vereinbarten Zeiten eingehalten wurde. Das glückte nicht immer. „Halten zu Gnaden, Herr Präsident", entschuldigte sich Wirtschaftsminister Schmidt (FDP), als er gemahnt wurde, er habe seine Redezeit mit 20 Minuten schon um fast 100 Prozent überschritten. „Ich habe versucht, auf alle Fragen zu antworten." Seine Rede gab der Minister dann zu Protokoll.

„Schweren Herzens" werde er sich an das „720-Sekunden-Ritual" halten, kündigte der Grünen-Abgeordnete Hertle an, bevor er massive Kritik an Kultusminister Wagners (CDU) Schulpolitik übte. Dafür hätte er viel mehr Zeit gebraucht.

„Über Reform reden"

„Ich halte den Sozialetat für ausgewogen, zukunftsweisend und einleuchtend und empfehle die Annahme", erklärte die FDP-Abgeordnete Babel kurz und bündig und gab ihre Rede ebenfalls zu Protokoll. Zuvor hatte sie darauf hingewiesen, daß der Themenbereich Gesundheit, Pflege alter Menschen, Jugend, Kindergärten, Drogen und Tierschutzbeauftragter nicht in zwölf Minuten abzuhandeln sei. Man hätte vielmehr jetzt über den Sinn einer Haushaltsdebatte und eine Parlamentsreform zu reden, meinte sie.

Monologe gehalten

Gelegentlich entspann sich eine kurze Sachdebatte, häufig aber wurden Monologe gehalten. Gemeinhin wird behauptet, die Haushaltsdebatte sei die Stunde des Parlaments. Wenn das so sein sollte, müßten sich die Abgeordneten Gedanken darüber machen, wie das zu verwirklichen wäre.

Gestern zeigte sich abermals, daß die Verabschiedung des Etats mit ihren rhetorischen Zugaben lediglich ein Ritual ist – diesmal von 720 Sekunden pro Fraktion und Einzelplan.

Hessischer Rundfunk

Wunschtitel für 50-DM-Spende

Frankfurt (lhe). Unter dem Motto „Begegnung in Hessen" veranstaltet der Hessische Rundfunk (hr) Hilfsaktionen für DDR-Bürger. In den dritten und vierten Hörfunk-Programmen können die Hörer für eine Spende von 50 Mark ihren Wunschtitel spielen lassen. Das Geld wird auf einem Konto des Paritätischen Wohlfahrtsverbands gesammelt und soll für Transport, Übernachtungen und Verpflegung von Kurzbesuchern aus der DDR benutzt werden. An Übersiedler aus der DDR wendet sich die Aktion „Starthilfe", zu der in der Fernsehsendung „Hessenschau" aufgerufen wird. Nach Darstellung des hr sollen dabei Gutscheine in Höhe von mindestens 50 Mark bei Einzelhandelsgeschäften gekauft und über das Deutsche Rote Kreuz an die Übersiedler weitergeleitet werden.

Für dieses Wochenende hat der Sender zu Begegnungen bei einer hr3-Disco-Party (Samstag, 19 Uhr) und einem hr4-Tanztee (Sonntag, 16 Uhr) in Eichenberg (Werra-Meißner-Kreis) eingeladen.

Schadstoffe in der Luft

Neues Hoch läßt Belastung steigen

Kassel (m.s.). Der frischen Meeresluft von Nordwesten folgte ein Hoch. Doch meist blauer Himmel und strahlender Sonnenschein trügen. Die „goldene" Novemberluft enthält Schadstoffe. Die Arbeitsgruppe Luft der Gesamthochschule Kassel sprach gestern von einer Inversionslage, also einer luftaustauscharmen Wetterlage. Die hatten wir schon zum Beginn der Woche, allerdings mit etwas höheren Belastungen als gestern.

Die Winde in Bodennähe wehten gestern aus östlichen Richtungen. Trotzdem gab es nach Angaben der Universitäts-Arbeitsgruppe „eine relativ hohe Luftbelastung". Am Holländischen Platz wurde gestern Spitzenwerte von 8 Milligramm Kohlenmonoxid pro Kubikmeter Luft gemessen. Der Grenzwert nach der Smog-Verordnung beträgt bei Kohlenmonoxid 30 Milligramm.

Die Kohlenmonoxid-Halbstunden-Mittelwerte schwankten gestern an den Kasseler Meßstationen Bettenhausen und Nord (die Station in der Südstadt ist derzeit außer Betrieb) zwischen 2,2 und 10,8 Milligramm. Dagegen hätten, so Umweltdezernent Ludolf Wurbs gestern abend, die Drei-Stunden-Mittelwerte am Mittwoch und Donnerstag zwischen 1,2 und 2,2 Milligramm gelegen.

Laut Wurbs sind es auch die vielen Fahrzeuge aus der DDR, die diese Werte beeinflussen. Dem Halbstunden-Mittelwert dürfe man aber nicht die Bedeutung beimessen, die er auf dem ersten Blick habe: Durch die Anhäufung von Trabis beispielsweise rund ums Rathaus werde dieser Halbstunden-Mittelwert „plötzlich total verändert". Dies sei derzeit der Fall.

Beim Schwefeldioxid lagen die Werte gestern bei durchschnittlich 0,09 Milligramm pro Kubikmeter, während es am Mittwoch nur zwischen 0,02 und 0,03 mg gewesen waren. Bei 0,6 mg liegt der Grenzwert nach der Smog-Verordnung. All die Meßwerte, so stuft es Umweltdezernent Wurbs ein, „bereiten uns im Moment keinerlei Sorgen". Um diese Jahreszeit habe es früher schon wesentlich höhere Belastungswerte gegeben.

Überwiegend sonnig und trocken bleibt das Wetter – so gestern abend die Vorhersage. Die Tageshöchsttemperaturen werden danach bei etwa sechs Grad liegen, nachts muß weiter mit Frost bis zu minus vier Grad gerechnet werden. Ein kräftiges Hoch mit Schwerpunkt über Dänemark bestimmt derzeit unser Wetter. Und daran soll sich am Wochenende wenig ändern.

Kurz gefragt

Wolfram Bremeier

Auto oder Bus?

Ludolf Wurbs

Morgens und abends wird in der Kasseler Luft derzeit eine erhöhte Schadstoffbelastung gemessen. Deshalb gilt weiter der Appell, beim Weg zur Arbeit möglichst aufs Auto zu verzichten und mit Bussen und Bahnen zu fahren. Nehmen sich Kassels Umwelt- und Verkehrsdezernent Ludolf Wurbs und KVG-Chef und Stadtkämmerer Wolfram Bremeier selbst beim Wort?

Wie sind Sie heute früh ins Büro gekommen?

Wurbs: Ich bin heute mit dem Auto gekommen, weil ich jeweils nach meinem Terminkalender entscheiden muß, ob ich mit der Straßenbahn oder mit dem Auto fahre. Und so bin ich diese Woche nur einmal mit der Straßenbahn gefahren.

Bremeier: Heute morgen bin ich mit dem Auto gekommen.

Können Sie denn bei den Terminen nicht mal aufs Auto verzichten, Herr Wurbs?

Wurbs: In dem einen oder anderen Fall geht das zu Fuß, mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Manchmal geht das nicht, wenn es Entfernungen sind, wo ohne längere Fußwege oder umständliches Umsteigen die Zeiten einfach nicht einzuhalten sind.

Sie meinen also, da müßte sich was ändern bei der KVG, weil sie gerade länge Zeiten und umständliches Umsteigen ansprachen?

Wurbs: Das ist das eine. Das andere: Es gibt auch Bereiche innerhalb der Stadt, die vom Netz nicht erschlossen sind.

Bei Terminen sieht man Sie meist mit der Dienstlimousine, Herr Bremeier. Warum?

Bremeier: Das kommt darauf an. Die meisten Termine liegen im Königstor oder im Rathaus, und da pendle ich immer zu Fuß hin und her. Wenn es Termine sind, die sehr knapp sind, dann kommt es schon vor, daß ich auch mit dem Auto fahre.

Meinen Sie nicht auch, daß Sie als Vorbild sozusagen mit Bussen und Bahnen voranfahren müßten, gerade jetzt zur Smog-Zeit?

Wurbs. Dies ist richtig, deshalb habe ich ja gesagt, ich bin diese Woche auch schon Straßenbahn gefahren.

Bremeier. Selbstverständlich ist das nötig. Und für jeden von uns kommt es darauf an, daß wir umdenken. Das gilt für den Vorstandsvorsitzenden der KVG wie für jeden Arbeitnehmer.

Altmarkt

Raub auf der Kreuzung

Kassel (ach). Mitten auf der Altmarkt-Kreuzung wurde in der Nacht zum Donnerstag gegen 1.45 Uhr ein 21jähriger Autofahrer aus Kassel von drei Männern gestoppt, aus dem Wagen gezerrt, verprügelt und seiner Jacke sowie 500 Mark Bargeld beraubt.

Einen der Tatverdächtigen, einen 25jährigen Mann aus Frankfurt, nahm die Polizei wenige Minuten später fest. Nach den beiden weiteren Tätern wird noch gefahndet.

Laut Darstellung des 25jährigen, der sich heute vor einem Haftrichter verantworten muß, hätten sich die drei Autoinsassen des Frankfurter Wagens über den Fahrstil des 21jährigen geärgert. Bei der Prügelei auf der Kreuzung soll nach Angaben der Polizei auch die 19jährige Beifahrerin des 21jährigen Kasselers Schläge abbekommen haben.

Fahndung erfolgreich

Nach zehnminütiger Fahndung entdeckte eine Funkstreife des 1. Reviers den gesuchten Frankfurter Pkw am Steinweg. Im Auto saß freilich nur noch der 25jährige, der Aussagen über die Identität seiner Mitfahrer verweigert. Auch die Jacke und die 500 Mark des Opfers sind noch nicht wieder aufgetaucht.

Die Polizei will den 25jährigen in Haft nehmen lassen, weil der Mann bereits mehrfach wegen Körperverletzung vorbestraft sei, so ein Polizeisprecher. Der Autofahrer aus Frankfurt mußte sich wegen Alkoholverdachts auch einer Blutentnahme unterziehen, sein Führerschein wurde sichergestellt.

Zeugen gesucht

Die Polizei hofft, daß sich Zeugen melden, die das nächtliche Geschehen im Bereich der Altmarkt-Kreuzung und den roten Opel-Kadett des Tatverdächtigen beobachtet haben. Hinweise auf Täter oder Tathergang werden unter der Kasseler Telefonnummer 78 11 erbeten.

Gastronomen aus Arnstadt leiten Hotel in Pforzheim

Im Westen wuchs das Heimweh

CHRISTEL UND GERHARD SCHMIDT aus Kassels Partnerstadt Arnstadt haben im Westen schnell Fuß gefaßt. Vor sechs Wochen haben sie die Geschäftsführung des 230-Betten-Hotels „Goldene Pforte" im baden-württembergischen Pforzheim übernommen. (Fotos: Holz)

Kassel / Pforzheim (b). Christel und Gerhard Schmidt aus Kassels DDR-Partnerstadt Arnstadt haben es scheint's geschafft. Wenige Wochen nach ihrer Flucht über Ungarn in den Goldenen Westen – und einer Zwischenstation in Kassel – hat das Ehepaar in der Goldstadt Pforzheim einen neuen Lebensweg eingeschlagen. Die Übersiedler, die in der DDR den noblen Hotel- und Gaststättenbetrieb „Veste Wachsenburg" leiteten, stehen seit dem 1. Oktober an der Spitze des First-class-Hotels „Goldene Pforte", das „erste Haus am Platze", wie Direktor Schmidt nicht ohne Stolz belehrt.

Der wesentliche Grund, warum es Christel und Gerhard Schmidt leichter als viele ihrer Landsleute hatten, im Westen sofort Fuß zu fassen, liegt in ihrem Beruf. „Gastronomen werden gesucht, wir hatten sogar die Qual der Auswahl", zieht Gerhard Schmidt eine positive Bilanz der vergangenen Wochen.

Freundschaft geschlossen

Und dann sind da noch Rosemarie und Herbert Rosenthal, die die Übersiedler nicht nur sechs Wochen in ihrer Hotelpension „Kö 78" aufnahmen, sondern ihrem beruflichen Glück auch erheblich auf die Sprünge halfen. „Wir haben Freundschaft geschlossen", sagt die 34jährige über ihr Verhältnis zu den Rosenthals, die sie bereits in Pforzheim bewirten konnten.

Obwohl die Schmidt's vom Fach sind, waren sie anfangs doch beeindruckt über den Stand der Gastronomie in der Bundesrepublik, vor allem der Einsatz der EDV-Technik war ihnen fremd. Doch inzwischen haben sie die technologischen und betriebswirtschaftlichen Defizite ausgeglichen. „Wir haben uns freigeschwommen und fühlen uns der Aufgabe gewachsen", versichert Gerhard Schmidt nach „sechs Wochen ohne einen freien Tag".

Mit der Goldstadt Pforzheim haben sie dagegen noch Probleme. Erfurt und Kassel seien sich vom Dialekt her ähnlicher, und es sei nun mal ein bißchen komisch, wenn er seine Gäste – wie sich das in Baden-Württemberg gehört – mit „Grüß Gott" empfange und mit „Adele" verabschiedete.

Auch hätten ihnen die Mitarbeiter und Gäste anfangs eher die „gemischte Gefühle" entgegengebracht. Andererseits glauben sie aber, daß sie „vom Prinzip her" im Schwabenland nicht fehl am Platze sind, weil es ein „emsiges Völkchen" sei.

Dennoch: Ins Schwärmen gerät das Ehepaar Schmidt nur dann, wenn es von Kassel erzählt. „Kassel ist eine bemerkenswerte und liebenswerte Stadt, mit seiner Wilhelmshöhe, man kann da sehr schnell zu Hause sein, Kassel fehlt uns", resümiert der 44jährige und erntet zustimmendes Nicken seiner Frau. Auch sind beide immer noch gerührt von der Herzlichkeit, die ihnen als Arnstädtern in Kassel entgegengebracht wurde: „Es besteht eine echte Partnerschaft."

Und so hoffen sie, daß das Pflänzchen Partnerschaft zwischen Kassel und Arnstadt zur vollen Blüte kommt, daß vor allem auch die Menschen davon profitieren können und nicht nur Funktionäre.

Trotz des Glücks, das sie in den vergangenen drei Monaten im Westen hatten, kommt aus dem Munde der Übersiedler eine erstaunliche Bemerkung: „Wenn wir mit Bestimmtheit gewußt hätten, wie sich die Dinge in der DDR entwickeln, wären wir dort geblieben...Wir haben voreilig gehandelt." Auch macht Gerhard Schmidt keinen Hehl aus seinen Tränen, die er am Abend des 9. November „aus tiefster Überzeugung" vor dem Fernseher vergossen hat.

Und noch etwas ist bemerkenswert. Vor einem Vierteljahr war es Christel Schmidts größter Wunsch, endlich einmal nach Paris zu reisen. Jetzt heißt ihr erstes Reiseziel: Arnstadt.

HNA HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE ALLGEMEINE

HESSISCHE ALLGEMEINE

KASSEL 1 P 3713 A

heute mit 2591 Kleinanzeigen

UNABHÄNGIG · KASSELER ZEITUNG · NICHT PARTEIGEBUNDEN

Preis 1,40 DM · Nr. 270 · Samstag, 18. 11. 1989 · Ruf (05 61) 203-0 · Anzeigen 203-3

DDR-Übersiedler

37 000 binnen einer Woche

Bonn (AP). Seit Öffnung der DDR-Grenzen vor einer Woche sind bis gestern morgen rund 37 200 Übersiedler in die Bundesrepublik gekommen. Gestern waren es laut Bundesinnenministerium etwa 700 Menschen. Rund 2,4 Millionen reisten diese Woche als Besucher aus der DDR ein – die Besucher in Berlin nicht eingerechnet.

Das Deutsche Rote Kreuz in Bonn dementiert derweil DDR-Schätzungen von über 10 000 Rückkehrwilligen.

St. Pauli 1:0

Golkes Siegtor

Nach fünf sieglosen Spielen in der Fußball-Bundesliga sorgte der FC St. Pauli durch ein Tor von Golke mit 1:0 gegen Fortuna Düsseldorf wieder für ein Erfolgserlebnis. Nürnberg und Kaiserslautern trennten sich 0:0. Siehe Sport.

Ehrenpreis

„Bambi" für Teddy

Der „engagierte und unermüdliche Kämpfer für ein lebendiges Jerusalem", Teddy Kollek (78, Bild), Bürgermeister der Stadt seit 1965, ist vom Verlagshaus Burda mit dem Ehren-Bambi ausgezeichnet worden. Siehe „Blick in die Zeit".

Jugoslawien

90 Tote in Bergwerk

Bei einem Feuer in den Kohlenbergwerken von Aleksinac im Süden der jugoslawischen Teilrepublik Serbien sind am Freitag etwa 90 Kumpel ums Leben gekommen. Das meldete am späten Abend Tanjug.

Siehe Blick in die Zeit.

HNA-Serie

Wohin mit dem Müll?

Die Müllberge wachsen, auch in Kassel. Wie die Verantwortlichen der Stadt darauf reagieren und ob ihre Konzepte erfolgversprechend sind, beleuchtet die HNA in einer dreiteiligen Serie. Die erste Folge steht heute im Lokalteil.

Nordhessen:

Europas Treffpunkt

Nordhessens Metropole Kassel, mitten in Deutschland, entwickelt sich zum Europa-Treffpunkt im Ost-West-Verkehr. Die Politik der Entspannung als eine Chance der Region! – Bericht in der **Sonntagszeit**

Für „Vertragsgemeinschaft" mit Bonn

Modrow will DDR-Wirtschaft radikal umbauen

Berlin (dpa). Der neue DDR-Regierungschef Hans Modrow plant radikale Reformen zur Bewältigung der Wirtschaftskrise und einen demokratischen Neubeginn. In seiner Regierungserklärung erteilte Modrow am Freitag in Ost-Berlin einer Wiedervereinigung eine klare Absage, schlug Bonn jedoch eine „umfassende Vertragsgemeinschaft" vor.

Nach einer rund fünfstündigen Aussprache nahm die Volkskammer die Regierungserklärung einstimmig an. Über das Kabinett, das Modrow zu Beginn der zweitägigen Sitzung der Volkskammer präsentiert hatte, wird heute abgestimmt. Die neue Regierung soll mit 28 Mitgliedern deutlich kleiner werden als die alte mit 44. Künftig soll die SED außer dem Regierungschef nur noch 16 Minister stellen. Die anderen vier in der DDR zugelassenen Parteien sind nunmehr auf elf Posten vertreten.

Der Kern der neuen Regierungsmannschaft wird auf „Themen des Tages" vorgestellt. – Über eine Kundgebung des Neuen Forums in Leipzig berichtet das ARD-Fernsehen heute ab 10 Uhr.

Modrow betonte, die Wirtschaftsreform in der DDR bedeute nicht die Abschaffung der Planung. Seine Regierung wolle aber „den Markt mit seiner Ware-Geld-Beziehung zum organischen Bestandteil sozialistischer Planwirtschaft" machen.

„Zusammenarbeit ausbauen"

Eine „Überlebensfrage" sei außenwirtschaftliche Stabilität. Mit Unternehmen kapitalistischer Länder sollte die Zusammenarbeit ausgebaut werden. Die DDR sei offen für Vorschläge wie Gemeinschaftsunternehmen (Joint Ventures), Investitionsbeteiligung und Projekte im Umweltschutz. Seine Regierung bekenne sich zu einem „sozialistischen Unternehmergeist".

Modrow gestand ein, daß sich die DDR in großen finanziellen Schwierigkeiten befinde. Ein Volkswirtschaftsplan und der Staatsetat 1990 könnten gegenwärtig nicht aufgestellt werden. Bei den Staatseinnahmen gebe es ein Defizit von 15 Milliarden DDR-Mark. Alle kurzfristig möglichen Maßnahmen für eine höhere Produktion und zur Erhöhung der Stabilität der Wirtschaft sollten verfolgt werden. Wegen der neuen Reisefreizügigkeit müßten Maßnahmen „zum Schutz unserer Währung" ergriffen werden.

„Entwicklung unumkehrbar"

Modrow kündigte Änderungen des Medien-, Reise- und Paßgesetzes sowie des Strafrechts an. Das gefürchtete Ministerium für Staatssicherheit wird durch ein deutlich verkleinertes Amt für Nationale Sicherheit ersetzt. Zudem soll ein Verfassungsgericht geschaffen werden. Die demokratische Entwicklung sei unumkehrbar, betonte Modrow: „Das Volk würde jeden beiseite fegen, der eine Wiederherstellung alter Verhältnisse zu versuchen wagt." Die Bevölkerung bat er um einen Vertrauensvorschuß.

Fortsetzung nächste Seite Siehe „Zum Tage"

Von nun an täglich:

Eine Seite mit dem Titel ‚DDR'

Über Jahrzehnte gab es in der DDR kein öffentliches Leben in unserem Sinne. Entsprechend karg oder einförmig waren die Nachrichten aus dem anderen Teil Deutschlands. Das hat sich radikal geändert. Die DDR ist eine pausenlos sprudelnde Nachrichtenquelle. Wir als Zeitung wollen dem entsprechen, indem wir unser Redaktionsprogramm erweitern und ab sofort eine Seite mit dem Titel „DDR" einrichten. Aus technischen Gründen können wir ihr innerhalb der üblichen Seitenfolge leider keinen festen Platz zuweisen. Aber erscheinen soll sie jeden Tag.

Die Redaktion

DDR-Bürger / Bereits gestern Millionengrenze erreicht

Größte Reisewelle rollt

AUF DIE EISWIESE am Kiessee wurden die DDR-Besucher in Göttingen gelotst. In den Innenstädten von Göttingen (Foto) und Duderstadt gab es gestern den ersten Riesenansturm des Wochenendes. (Fotos: Otto)

Hamburg/Kassel (dpa/Eig. Ber.). Die größte Reisewelle in der deutsch-deutschen Geschichte rollt: Noch vor Feierabend kamen gestern nach Mitteilung des Innenministeriums knapp 480 000 Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik. Am Abend war die Millionengrenze erreicht, davon allein die Hälfte in West-Berlin. Der Massenaufbruch hat auf beiden Seiten der Grenze zu einer chaotischen Verkehrslage geführt. Die Zentren der grenznahen Städte waren überfüllt.

Vor den Grenzübergängen reichten die Autoschlangen bis zu 80 Kilometer tief in DDR-Gebiet hinein. Völlig überfüllte Sonderzüge trafen mit mehrstündiger Verspätung ein. Zugtüren hatten wegen Überfüllung nicht geschlossen werden können. Wie die DDR-Nachrichtenagentur ADN berichtete, war die Lage zwischen Dresden, Halle, Leipzig, Rostock und Berlin sowie auf der Strecke Plauen in die Bundesrepublik besonders kritisch.

Die bundesdeutsche Polizei bezeichnete die Situation an vielen Grenzübergängen als „verheerend" oder „totales Chaos". Über den südniedersächsischen Grenzübergang Duderstadt sind gestern rund 30 000 Menschen eingereist.

An den Autobahnübergängen Herleshausen (Werra-Meißner-Kreis) und Rudolphstein (Bayern) bildeten die Trabis und Wartburgs gegen Mittag jeweils 70 Kilometer lange Schlangen. Viele DDR-Bürger mußten bis zu sechs Stunden trotz aufgegebener Kontrollen auf die Passage warten. Auch auf Bundesgebiet ging es oft nur im Schrittempo vorwärts, so auch zwischen Hess. Lichtenau und Kassel. Kassels Innenstadt war „zu". Geschätzt wurde die Zahl der DDR-Bürger auf rund 30 000. Am Grenzübergang Witzenhausen/Hohengandern setzte der Ansturm am Nachmittag mit dem Ende der Arbeitszeit ein. Schwarz vor Menschen waren die Einkaufsstraßen in Witzenhausen.

„Alles brechend voll"

Die Züge aus der DDR waren nach Darstellung der Bundesbahn „brechend voll". Reisende, die keinen Platz mehr fanden, hatten in Reichenbach/Sachsen die Gleise blockiert, bis neue Waggons angehängt wurden.

In West-Berlin setzte am Mittag der Ansturm von DDR-Besuchern ein. Die Stadt rechnet mit mehr als den zwei Millionen vom letzten Wochenende. Um einen immer länger werdenden Stau von DDR-Fahrzeugen am Übergang Invalidenstraße aufzulösen, vergrößerten DDR-Bauarbeiter das Loch in der Mauer. Laut ADN will Ost-Berlin weitere U-Bahnhöfe öffnen.

Entlang der innerdeutschen Grenze wollte die DDR nach Angaben von ADN am Freitag ursprünglich 18 neue Grenzübergänge für Straße oder Schiene öffnen. Damit würden über 50 Grenzübergangsstellen bestehen. Die Öffnung einiger der neuen Übergänge verzögerte sich jedoch. Nach Angaben des Bundesgrenzschutzes in Kassel ist für heute um 6 Uhr die Öffnung des Übergangs Ritzmannshausen/Ifta für Fußgänger und Fahrzeuge geplant. Außerdem gibt es Hinweise, daß im Laufe des Tages neue Durchgänge für Fußgänger bei Bad Sooden-Allendorf, Frieda, Heldra, Widdershausen und Rittmannshausen geschaffen werden sollen. In Südniedersachsen wartet man ebenfalls gespannt auf 6 Uhr: Weitere Grenzübergänge für Fußgänger zwischen Duderstadt und Ecklingerode sowie Besenhausen und Kirchgandern sollen eröffnet werden.

Die bundesdeutschen Behörden in den grenznahen Orten haben für das zweite deutsche Wiedersehens-Wochenende Vorbereitungen für einen noch größeren Besucheransturm als am vergangenen Wochenende getroffen, als über vier Millionen Menschen kamen. Nach Angaben des Ost-Berliner Innenministeriums stellten die DDR-Behörden seit Grenzöffnung am 9. November fast 9,6 Millionen Visa für Privatreisen und 16 151 Genehmigungen zur ständigen Ausreise aus.

Zum Tage

Hoffnungen

Hans Modrow, der Hoffnungsträger der Reformkräfte in der DDR, hat den Menschen neue Hoffnungen gemacht, aber noch keine Hoffnungen erfüllt. Der Regierungschef scheint bereit, in die richtige Richtung zu marschieren, vom gesteckten Ziel ist er noch weit entfernt. Mit seinem neuen Kabinett aus Reformern und anerkannten Fachleuten wirbt er um Vertrauen, doch er muß wissen, daß es sich nur um eine Übergangsregierung handeln kann.

Vom Machtmonopol der SED wird die DDR erst befreit sein, wenn neben den bisherigen Blockpartnern neue, unabhängige Parteien in der Regierung vertreten sind. Die jetzige Koalition bleibt eine Scheinkoalition, solange sie sich allgemeinen, freien und geheimen Wahlen verweigert. Erst am Wahlgesetz wird sich erweisen, ob dem Volk nur neuer Wein in alten Schläuchen kredenzt wird oder ob die versprochene Demokratisierung ernstgemeint ist.

Mit Halbheiten wird die Wende auch auf dem Feld der Wirtschaft nicht gelingen. Modrow hat recht, wenn er mehr betriebliche Eigenverantwortung und mehr Markt verlangt, um das Interesse der Menschen zu mobilisieren und die Produktion zu steigern. Nur mit einer Reform an Haupt und Gliedern wird es ihm jedoch gelingen, die Versorgungskrise zu beheben und den Staatsbankrott abzuwenden.

Die Bundesrepublik ist zur Hilfe bereit. Vernünftige Regeln der Kooperation sind dabei wichtiger als neue Vertragsformen. Ein erster Prüfstein wird die Umwandlung des Begrüßungsgeldes sein. Die DDR-Regierung muß dazu beitragen, daß den Besuchern ein möglichst hoher DM-Betrag zu einem möglichst günstigen Kurs angeboten werden kann.

Achim v. Roos

Verwirrung

hatte gestern der erwartete Millionenansturm von DDR-Besuchern bei den bundesdeutschen Behörden ausgelöst. Der Strom Hunderttausender, der schon am Freitag einsetzte, überforderte das bundesweite Meldesystem. Gestern nachmittag teilte das Innenministerium mit, daß allein zwischen 4.00 und 14.00 Uhr 3 014 424 DDR-Bürger eingereist seien. Wenige Stunden später mußte *diese Zahl korrigiert werden.* Es waren bis 14 Uhr genau 479 630, räumte ein Sprecher ein. Als Grund für die Falschmeldung gab er Fehler im Meldesystem zu.

DDR-Mark

Kurs stark gefallen

Hamburg (dpa/vwd). Der zunehmende Reisestrom aus der DDR in die Bundesrepublik hat Konsequenzen für das bisherige Umtauschverhältnis DDR-Mark gegen D-Mark. Lag anfänglich das Verhältnis in etwa bei zehn DDR-Mark für eine DM, so ist der Kurs der Ost-Mark zum Wochenschluß auf 20 zu eins gefallen, das heißt für zehn DDR-Mark gibt es nur noch 50 Pfennig. Hintergrund ist eine starke Verunsicherung des Marktes, da bei den Banken Abnehmer für das Ost-Geld zur Zeit nicht zu sehen sind. Außerdem - so heißt es - wollten Kaufhäuser und Tankstellen von den Banken Abnahmegarantien zu festen Preisen für die DDR-Mark. Dies ist offenbar nicht erreicht worden.

Namen und Nachrichten

Rakowski enttäuscht

Der polnische KP-Chef Mieczyslaw Rakowski hat bedauert, daß Bundeskanzler Kohl bei seinem Besuch in Warschau nicht im Namen der Bundesrepublik „den Polen, Europa und der Welt feierlich zugesichert hat, daß ein vereinigtes Deutschland höchstens bis an Oder und Neiße grenzt". Das Fehlen einer solchen Erklärung habe bewirkt, daß der Besuch nicht zu einem Durchbruch geworden sei.

Vom Sockel gestürzt

Unter dem Beifall tausender Menschen wurde gestern vor dem Warschauer Rathaus das Denkmal des polnischen Lenin-Mitkämpfers und Begründers der bolschewistischen Geheimpolizei „Tscheka", Fliks Dzierzynski, vom Sockel gestürzt. Die Figur brach auseinander, als sie von einem Kran hochgehoben wurde.

Lehr fordert Teilzeitarbeit

Bundesfamilienministerin Ursula Lehr hat an die Wirtschaft appelliert, mehr Teizeitarbeitsplätze zu schaffen. Jährlich wollten etwa 320 000 Frauen nach der Familienphase wieder in ihren Beruf zurückkehren. Dieser Schritt werde jedoch durch das noch geringe Angebot an Teilzeitarbeit erschwert.

Bahn: Keine Altersgrenzen

Für Begleitpersonen, die Schwerstbehinderte kostenlos in öffentlichen Verkehrsmitteln begleiten können, gelten keine Altersgrenzen. Die bestätigte die Bundesbahn am Freitag, bat aber gleichzeitig darum, sich nur von Personen betreuen zu lassen, die in gefährlichen Situationen umsichtig handeln könnten. Anlaß der Nachfrage des Deutschen Blindenverbandes war ein Fall, bei dem ein Zugschaffner den achtjährigen Enkel eines blinden Mannes als Begleitperson als zu jung abwies.

Nicht mehr Staatschef

Nach seiner Ablösung als Chef der Kommunistischen Partei Bulgariens ist Todor Schiwkow (Bild) nun auch aus dem Amt des bulgarischen Staatspräsidenten abberufen worden. Mit einer umfassenden Regierungsumbildung ist gestern auch die Ablösung der als Dogmatiker geltenden Politiker in Staat und Partei abgeschlossen worden. Gestern abend demonstrierten fast 10 000 Menschen in Sofia für Reformen.

Umweltschutz mit DDR

Die Umweltminister des Bundes und der Länder wollen die politischen Veränderungen in der DDR zu verstärkter Zusammenarbeit beim Umweltschutz nutzen. Diese Absicht bekräftigten sie am Freitag auf einer Konferenz in Wiesbaden. Dazu wollen sie eine gemeinsame Arbeitsgruppe einrichten, die alle Bemühungen um die Wiederherstellung und Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts abstimmen soll.

Presseball vorab gefeiert

Das Fest war aus, noch ehe es begonnen hatte: Eine Koblenzer Zeitung meldete bereits am Freitag morgen, daß sich die gut 2800 Gäste auf dem Bundespresseball am Vorabend gut amüsiert hätten. Das gesellschaftliche Ereignis fand allerdings erst gestern abend statt.

Thema bei Seiters' Gesprächen in Ost-Berlin

Änderung beim Begrüßungsgeld?

Bonn (dpa). Zu den Themen, die Kanzleramtschef Seiters (CDU) am Montag nachmittag mit DDR-Staats- und Parteichef Krenz in Ost-Berlin besprechen wird, gehört auch eine Neuregelung für das bisher einmalige Begrüßungsgeld von 100 DM, das DDR-Bürger bei einer Reise in die Bundesrepublik erhalten.

Die Überlegungen in der Bonner Regierungskoalition gehen dahin, daß DDR-Reisende vom 1. Januar 1990 an in den Banken der Bundesrepublik in einem bestimmten Umfang zu einem günstigeren Kurs DDR-Mark in West-Währung umtauschen können. Der Wechselkurs werde „irgendwo zwischen 1:1 und 1:10 Ost-Mark" liegen, hieß es dazu. Der künftige Geldumtausch soll auf jeden Fall in der Bundesrepublik und nicht in der DDR erfolgen, wird betont: „Es muß klar bleiben, woher das Geld kommt." Im Bundesetat 1990 stehen für das Begrüßungsgeld 700 Millionen DM zur Verfügung, der Betrag kann auf eine Milliarde DM aufgestockt werden.

Die Gespräche Seiters' in Ostberlin – auch mit Regierungschef Modrow – sollen der Erkundung der weiteren Reformschritte der DDR-Führung und der Vorbereitung der Begegnung von Bundeskanzler Kohl mit Krenz in der DDR noch in diesem Jahr dienen. Dabei werden Zeitpunkt und Bedingungen freier Wahlen eine wesentliche Rolle spielen.

Seiters versicherte am Freitag nach der Sitzung der DDR-Volkskammer, es bleibe bei dem Angebot des Kanzlers, „daß wir zu einer völlig neuen Dimension der Hilfe und Zusammenarbeit bereit sind, wenn ein grundlegender Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems in der DDR entsprechend dem Willen der Bevölkerung unumkehrbar in Gang gesetzt wird".

Prag / Festnahmen

Zehntausende demonstrierten

Prag (AP). Aus einer offiziellen Gedenkveranstaltung hat sich am Freitag in Prag eine Großdemonstration für Freiheit und einen Wechsel in der Führung der Tschechoslowakei entwickelt. Im Anschluß daran kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, die mit Tränengas vorging. Es handelt sich um den größten Protest gegen das kommunistische Regime seit 1969, dem Jahr nach dem Einmarsch sowjetischer und anderer Truppen. Die Zahl der Teilnehmer wurde auf mehrere zehntausend geschätzt. Eine weitere Demonstration fand in der slowakischen Hauptstadt Preßburg statt.

Die meist aus Studenten bestehende Menge in Prag verlangte in Sprechchören das Abtreten des KP-Chefs Milos Jakes und der anderen „Dinorauier", wie die Führung in Anspielung auf ihr hohes Durchschnittsalter genannt wurde. Weiter riefen die Demonstranten: „Wir wollen Freiheit und freie Wahlen. Kommunisten raus! Schluß mit der Einparteienherrschaft!" Sie forderten die Einleitung eines echten Dialogs mit der Opposition.

Zu der Kundgebung hatten die offiziellen Studentenorganisationen aufgerufen. Sie diente dem Gedenken an den Studenten Jan Opletal, der vor 50 Jahren während der ersten tschechischen Rebellion gegen die deutsche Besatzung ums Leben kam.

DDR / Studenten-Initiative

Bald unabhängiger Hochschulbund

Berlin (AP/dpa). In der DDR soll in der kommenden Woche ein landesweiter unabhängiger Studentenbund gegründet werden. Das kündigte nach einem Bericht der amtlichen Nachrichtenagentur ADN gestern abend Sprecher einer Studenten-Initiative während einer Demonstration in Ost-Berlin an.

Mehrere Tausend Studenten waren für politische Umgestaltung sowie mehr Mitbestimmung und Reformen an den Hochschulen auf die Straße gegangen. Sprecher erklärten, die Jugendorganisation FDJ sei für die Studenten aufgehoben. Die Hochschüler waren einem Aufruf von Kommilitonen der Ostberliner Kunsthochschule gefolgt.

MIT NACHDENKLICHEN MIENEN verfolgten der Vorsitzende der DDR-Liberalen, Gerlach, und SED-Chef Krenz die Aussprache in der Volkskammer über die Regierungserklärung Modrows. (dpa-Funkbild)

Regierungserklärung / Wirtschaftliche Misere in DDR

Modrow: Mittag verantwortlich

Fortsetzung

Der neue Regierungschef ging nicht auf Einzelheiten des geplanten Wahlgesetzes und die Frage nach dem in der Verfassung verankerten Führungsanspruch der SED ein. Einen Wahltermin - den oppositionelle Gruppen Ende 1990 oder auch erst 1991 wünschen - nannte Modrow auch nicht. Dafür forderte der Vorsitzende der Liberaldemokraten LDPD, Manfred Gerlach, in der Aussprache der Volkskammer über die Regierungserklärung freie Wahlen im nächsten Jahr. Es dürfe keine Einheitsliste mehr geben. Die neuen Bürgerbewegungen müßten einbezogen werden, sagte Gerlach. Seine Partei soll vier Minister stellen.

In einer Abrechnung mit der alten Ostberliner Führung machte Modrow das frühere Politbüromitglied Günter Mittag für die wirtschaftliche Misere der DDR verantwortlich. An die in den Westen übergesiedelten DDR-Bürger appellierte er, sich nicht aus Trotz von einer Heimreise abhalten zu lassen. Wer einen neuen Anfang wünsche, sei als Mitbürger willkommen, betonte Modrow. Wer mitarbeiten wolle, möge die Ärmel hochkrempeln, „jetzt lohnt es sich".

In der Aussprache versicherte ZK-Sekretär Wolfgang Herger für die SED, weder das Politbüro noch das Zentralkomitee werde sich in die Regierungsarbeit einmischen.

Der Vorsitzende der CDU in der DDR, Lothar Maiziere, dessen Partei drei Mitglieder der künftigen Regierung stellen soll, schlug in der Aussprache die „Wiedereinführung der Länder" vor, ohne jedoch auf Einzelheiten einzugehen. In der DDR solle ein pluralistischer Sozialismus geschaffen werden, in dem Andersdenkende respektiert würden, sagte der künftige stellvertretende Ministerratsvorsitzende, der für Kirchenfragen zuständig sein soll. Auch der Fraktionschef der Nationaldemokratischen Partei NDPD, Günter Hartmann, sprach sich dafür aus, den „Konföderationsgedanken" wieder ins Spiel zu bringen. Die NDPD stellt wie die Bauernpartei je zwei Minister.

Vertreter von DDR-Oppositionsbewegungen, die das Kabinett Modrow als „Übergangsregierung" ansehen, sagten eine intensive Prüfung der Regierungserklärung zu. Als „halbherzig" lehnte der DDR-Wirtschaftsexperte Gernot Schneider die Ankündigungen für eine Modernisierung der DDR-Wirtschaft ab. Die DDR müsse den Weg in die Marktwirtschaft gehen.

Positives Echo bei Bundesregierung und Parteien

Die Bundesregierung begrüßte die Regierungserklärung. Modrow habe klar ausgesprochen, daß die Veränderungen in der DDR vom Volk erzwungen und unumkehrbar seien, sagte Regierungssprecher Dieter Vogel. Die Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, Wilms (CDU), sagte zu den angekündigten Reformschritten allerdings, entscheidend sei die praktische Durchführung.

SPD-Parteichef Vogel betonte, die Regierungserklärung entspreche in wichtigen Punkten Forderungen der demokratischen Volksbewegung in der DDR.

Berlins Regierender Bürgermeisters Momper (SPD) meinte, Modrow habe viele längst überfällige Reformvorhaben verkündet, auf die die Bevölkerung sehnsüchtig warte. Trotz allemdem werde die neue Regierung „nur eine Übergangsregierung bis zur Abhaltung freier Wahlen sein".

FDP-Fraktionschef Mischnick sprach von einem entscheidenden Schritt vorwärts, wobei er nicht erwartet habe, daß Modrow „ein Bekenntnis zur Marktwirtschaft nach liberalen Vorstellungen" ablege.

Modrow erklärte am Abend vor Journalisten, nach den personellen Veränderungen in Ost-Berlin und den angekündigten Reformen sei jetzt die Bundesregierung am Zuge. Ost-Berlin habe genug gesagt; jetzt erwarte die DDR, daß sich die andere Seite äußere.

Wiedervereinigung

Kohl: Kein Alleingang

Bonn (dpa). Bundeskanzler Kohl hat die Bonner Bereitschaft bekräftigt, die reformorientierten Länder Osteuropas und die DDR zu unterstützen. Zugleich versicherte er gestern beim Jahresempfang des Diplomatischen Korps im Palais Schaumburg, daß es in der „existentiellen Frage" der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands keinen nationalen Alleingang geben werde: „Wir brauchen hierfür den Schulterschluß mit unseren Verbündeten, wir brauchen auch das Vertrauen aller unserer Nachbarn in West und Ost." Vor den Diplomaten aus mehr als 100 Ländern würdigte Kohl die Reformpolitik des sowjetischen Staats- und Parteichefs Gorbatschow.

Unterdessen warnte Gorbatschow vor westlicher „Bevormundung und Besserwisserei" beim Reformprozeß in der UdSSR. In einem 90minütigen Gespräch mit Bundestagspräsidentin Süssmuth und dem Präsidenten der französischen Nationalversammlung, Fabius, erklärte der Kremlchef gestern in Moskau: „Wer unseren Mißerfolg will, bekundet dies, indem er sagt, der Sozialismus sei gescheitert und das wir westliche Modelle übernehmen sollen."

CSU-Parteitag / Waigel:

„DDR-Reformen ungenügend"

München (AP/dpa). Die CSU hält die von der neuen DDR-Staats- und Parteiführung eingeleiteten Reformen für ungenügend. Zum Auftakt ihres 53. Parteitages in München forderte sie gestern die vollständige Beseitigung der Berliner Mauer und die Freilasung aller politischen Gefangenen in der DDR.

Zwar wertete der Parteivorsitzende Waigel die bisherigen Erneuerungen als Schritt in die richtige Richtung, doch müsse die DDR klarstellen, daß die Verfassung tatsächlich geändert und das Machtmonopol der SED abgeschafft werden. Waigel forderte weiter freie Wahlen und die Zulassung eigenständiger Parteien in der DDR.

Am Abend verabschiedeten die rund 1000 Delegierten einstimmig die CSU-Grundsätze *zur Deutschlandpolitik*. Darin fordert die Partei die Wiedervereinigung beider deutschen Staaten. Die endgültigen Grenzen Deutschlands könnten erst in einem Friedensvertrag festgelegt werden.

Weiter verabschiedeten die Delegierten ihr Programm zur Kommunalwahl 1990, worin sie sich gegen ein kommunales Ausländerwahlrecht wenden.

Siehe auch Kommentar

Heftige Kämpfe

1000 Tote in El Salvador

San Salvador (dpa). Bei den heftigen Kämpfen zwischen Militär und linken Rebellen in El Salvador sind nach Angaben von Beobachtern in der Hauptstadt des mittelamerikanischen Landes bis Freitag rund 1000 Menschen umgekommen. Die Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) beschuldigte die USA, sich an der Abwehr ihrer seit Samstag laufenden Offensive zu beteiligen. Die USA wiesen dies zurück.

Die Ermordung von sechs Theologieprofessoren und zwei Mitarbeiterinnen der Universität von San Salvador durch eine paramilitärische Todesschwadron hat weltweit Empörung ausgelöst.

Sechs Bundesbürger, unter ihnen ein Pfarrer aus Hessen-Nassau, wurden in El Salvador verhaftet. Bonn geht jedoch davon aus, daß die Deutschen bald frei kommen.

Fusion perfekt

Daimler-Benz übernimmt MBB

Ottobrunn (dpa/vwd). Die größte Fusion in der deutschen Unternehmensgeschichte ist am Freitag perfekt gemacht worden. Der Stuttgarter Automobilkonzern Daimler-Benz übernimmt zum 1. Januar 1990 das Luft- und Raumfahrtunternehmen Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB). Die MBB-Anteilseigner haben dazu am Sitz der Gesellschaft in Ottobrunn ihre Zustimmung gegeben. Mit dem Mehrheitseinstieg baut Daimler-Benz, das künftig auf über 80 Milliarden DM Umsatz kommt, seine Spitzenstellung unter den deutschen Industriekonzernen weiter aus und wird gleichzeitig siebtgrößter Luft- und Raumfahrtkonzern der Welt.

Daimler-Chef Reuter und der MBB-Geschäftsführungsvorsitzende Schäffler zeigten sich erleichtert. Bis zuletzt hatte es Probleme gegeben.

Siehe auch Wirtschaft

Morgen Volkstrauertag / Volksbund

„Weg zum Frieden finden"

Kassel (m.s.). Der Volkstrauertag am Sonntag solle die Bevölkerung auf die immerwährende Verpflichtung gegenüber den Kriegstoten und deren Angehörigen hinweisen, betont der Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Weber, in seinem Aufruf zum Volkstrauertag. Alles Unrecht, alle Intoleranz, Gleichgültigkeit und Unmenschlichkeit, die zu millionenfacher Unterdrükkung, Verfolgung und Vernichtung geführt hätten, dürften nicht vergessen werden, „damit wir gemeinsam den Weg zum Frieden finden und gehen".

1989 sollte, so Weber, zu einem Jahr der Erinnerung an Zerstörung und unsagbares menschliches Leid sein. Es gelte, der 65 Millionen Toten sowie der 55 Millionen Versehrten der beiden Weltkriege zu gedenken.

Mit der Formulierung Bundespräsident Weizsäckers „Ohne Erinnerung gibt es keine versöhnende Zukunft" beschreibt der Volksbund-Präsident „unsere Aufgabe, aus Solidarität mit den Betroffenen und aus Verantwortung für die Lebenden unaufhörlich zu erinnern".

HESSISCHE/NIEDERSÄCHSISCHE
ALLGEMEINE

Herausgeber
Rainer Dierichs, Dr. Dietrich Batz, Achim von Roos

Chefredakteur
Lothar Orzechowski

Stellv. Chefredakteure
Wolfgang Rossbach, Peter M. Zitzmann

Verantwortliche Redakteure
Chef vom Dienst: Rainer Merforth. Politik: *Jochen Prater. Blick in die Zeit:* Walter Schütz. Wirtschaft und Sozialpolitik: Horst Seidenfaden. Kultur: Dirk Schwarze. Frau u. Reise: Ilse Methe-Huber. Sport: Rolf Wiesemann. Sonntagszeit: Frank Thonicke. Kassel Stadt und Land: Wolfgang Rossbach. Bezirksredaktionen: Peter M. Zitzmann. Koordination: Helmut Lehnart. Hessen/Niedersachsen: Eberhard Heinemann. Chefreporter: Karl-Hermann Huhn. Sonderthemen: Peter Ochs.

Redaktion Wiesbaden: Rolf Effenberger
Redaktion Hannover: Harald Birkenbeul.
Redaktion Bonn: Hans Ludwig Laucht

Verlagsleitung
Dr Dietrich Batz, Rainer Dierichs, Wigbert H. Schacht. Anzeigenleiter: Horst Prehm. Vertriebsleiter: Gerd Lühring.

Verlag Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Str 168, Postfach 10 10 09, 3500 Kassel, Ruf 05 61 / 20 3-0. Tel. Anzeigenannahme 05 61 / 20 3-3. Fernschreib-Nr 99 635. Telekopierer 05 61 /20 36. Teletex 5 61 81 10. Postgirokonto 155132-608 Frankfurt/M. Anzeigenpreisliste Nr. 29. Monatlicher Abonnementspreis DM 25,60 inkl. Zustellung und 7% MwSt. (Postbezugs preis 28,50 DM).

Die Beendigung des Abonnements ist nur mit schriftlicher Kündigungserklärung unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende möglich; die Frist läuft ab Zugang der schriftlichen Kündigungserklärung.

Auflage werktags über 270 000 Exemplare in Tarifgemeinschaft mit „Oberhessische Presse", Marburg, „Hersfelder Zeitung", „Werra-Rundschau", Eschwege, „Harzkurier", Herzberg.

Auflage „Sonntagszeit" über 200 000 Exemplare

Herstellung Druckhaus Dierichs Kassel, Frankfurter Straße 168, 35 Kassel

Zulage gerechtfertigt

Beamte haben es nach Ansicht nicht weniger Mitbürger besser als der Rest der Bevölkerung. Erstens – so das bekannte Urteil – arbeiten sie, bedingt durch das System, langsamer. Zweitens sind sie unkündbar und drittens ist ihre Laufbahn, sprich Karriere, auch ohne besondere Leistung gewährleistet. Und so kocht denn auch regelmäßig die Volksseele über, wenn neue Vorteile ins Gespräch gebracht werden. Die Rede ist von Plänen der Bundesregierung, Beamten in Ballungsgebieten Zulagen zukommen zu lassen.

Die Vergangenheit hat gezeigt, daß die Kritik an „Beamten-Geschenken" häufig berechtigt war. Dieses Mal aber wäre schroffe Ablehnung fehl am Platz. Denn diejenigen, die davon profitieren (kleine und mittlere Beamte), haben es objektiv auch bitter nötig.

Alle Beamten erhalten neben ihrem Gehalt noch sogenannte Ortszuschläge. Diese Zulagen sind aber überall gleich. Das heißt, der Staatsdiener in Frankfurt erhält hier das gleiche Geld wie sein ranggleicher Kollege in Frankenberg, obwohl die Lebenshaltungskosten nicht zuletzt aufgrund der unterschiedlichen Miethöhen gigantische Differenzen aufweisen.

Natürlich gilt dies auch für alle übrigen Arbeitnehmer. Doch diese entscheiden – anders als Beamte, die jederzeit versetzt werden können – selbst, ob sie in Ballungszentren arbeiten wollen oder nicht. Dabei haben es „freie" Arbeitnehmer selbst in der Hand, die Frage der hohen Lebenshaltungskosten über höhere Löhne und Gehälter selbst zu lösen.

Von daher gibt es eigentlich keinen vernünftigen Grund, den kleineren und mittleren Polizei- und Postbeamten in Großstädten den zusätzlichen Betrag nicht zu gönnen. Abgesehen davon, daß sie objektiv auch mehr zu tun als ihre rangmäßig gleichgestellten Kollegen auf dem flachen Land.

Ulrich Brehme

Im Jahre 1 nach Strauß

Die CSU befindet sich im Jahre 1 nach Strauß. Eigentlich sollte es ein Parteitag der ersten Bilanz sein, mit scharfem Blick auf drei Wahlen im nächsten Jahr und einer Musterung ihrer Führungsriege. Doch die Bayern gerieten in den Sog der deutschen Frage und den Strudel der Geschichte. Ihre Tagesordnung wurde umgestoßen durch höhere Gewalt.

Daß auch die CSU erst wie betäubt reagierte, will sie nun wettmachen durch doppelten Eifer. Schon ist das Wort gefallen, sie müsse Motor sein bei einem Prozeß ständiger Bewegung. Das zielt in zwei Richtungen. Sie sind markiert durch die Themen Wiedervereinigung und soziale Marktwirtschaft. Die Vorgaben kommen in beiden Fällen vom Vorsitzenden Theo Waigel, der Abweichungen des Miterben und bayerischen Ministerpräsidenten Max Streibl so behutsam wie entschlossen korrigierte.

Das stärkt seine Position. Denn in der CSU verbreitet sich die Stimmung, den westdeutschen Part voll auszuspielen. Die Präambel des Grundgesetzes soll ebenso ins Gewicht fallen wie die wirtschaftliche Macht. Besorgnisse von drüben, ein Riese könne den Zwerg vereinnahmen, geraten da leicht an den Rand. Wenn es so sein sollte, daß eine Mehrheit über die deutsche Einheit befindet und Kapitalismus den Sozialismus begräbt, wird sich in die Turbulenz bald Irritation mischen.

Dieser Gefahr zu begegnen, ist eine heikle Aufgabe für die führenden Politiker der CSU. Denn sie sehen sich nicht nur plötzlich wieder im Schatten eines Franz Josef Strauß. Ebenso müssen sie einer nationalistischen Versuchung widerstehen, die von rechts kommt. Balanceakte sind schwierig in stürmischer Zeit. Die CSU wird genauer als bisher sagen müssen, was sie will – aber auch, was nicht.

Alfred Brugger

Das Zitat

„Nun gehen die Leute nach West-Berlin und nicht mehr auf die Straße "

Der Ostberliner Generalsuperintendent Werner Krusche

Der neue DDR-Regierungschef und seine Mannschaft

Modrow ganz klar: „Meine Regierung"

Von dpa-Korrespondent Heinz Joachim Schöttes

Die neue DDR-Regierung steht vor schier unlösbaren Aufgaben. Grundlegende Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft sind notwendig, um das fast leck geschlagene Schiff DDR wieder auf richtigen Kurs zu bringen. Der neue Regierungschef Hans Modrow (SED) hat sich dafür eine Mannschaft ausgesucht, die aus ausgewiesenen Reformern für den innenpolitischen Bereich besteht und in der routinierte Fachleute für Kontinuität in der Außenpolitik sorgen sollen.

Harte Abrechnung

Der Reformer Modrow wurde in seiner etwa 90minütigen Rede seiner ihm zugedachten Rolle gerecht. Hart ging er mit den alten Zuständen ins Gericht, schob dem alten Politbüromitglied Günter Mittag die Schuld für die wirtschaftliche Misere zu. Als seine Stellvertreterin für das von 44 auf 28 Regierungsmitglieder deutlich verkleinerte Kabinett hat sich Modrow die ausgewiesene Wirtschaftsexpertin Christa Luft (SED) ausgesucht. Die Wissenschaftlerin gilt nicht als „Apparatschik", sondern als wirtschafliche Spitzenexpertin. Das unterstreicht auch die klare Akzentuierung der vordringlichsten Aufgabe der neuen Regierung: Die Stabilisierung und Gesundung der maroden DDR-Wirtschaft.

Den auffälligen Verfall der DDR-Städte und Kommunen soll der Architekt Gerhard Baumgärtel (CDU) stoppen, der sich als Oberbürgermeister von Weimar einen Namen gemacht hatte. Auch er gilt als Experte, der sein „Ohr am Volke" hat.

Spontanen Applaus bei der Vorstellung der Ministerriege bekam der bisherige Außenminister Oskar Fischer (SED), der das Amt schon seit 1975 inne hat. Auch Außenhandelsminister Gerhard Beil (SED) steht dem neuen Kabinett mit seinem seit Jahren bewiesenen Fachwissen zur Verfügung. Er soll die DDR-Wirtschaft auch weiter nach außen öffnen. In der Innenwirtschaft soll wie bisher Gerhard Schürer (SED) die Staatliche Plankommission leiten. Er weiß bestens über die unerfüllten Wirtschaftspläne, die begangenen Schludrigkeiten, unsaubere Bilanzierungen und willkürliche Investitionen Bescheid. In der letzten Volkskammersitzung legte er schonungslos Bericht ab.

Die einstmals hohe Stellung der Staatssicherheit wurde zurecht gestutzt. Es gibt kein „Stasi"-Ministerium mehr, sondern nur noch ein Amt für Nationale Sicherheit. Der 59jährige „Amtsleiter" Wolfgang Schwanitz, promovierter Jurist, kennt die gefürchtete Stasi, gegen die sich der Volkszorn besonders richtete, aus eigener Erfahrung. Seit 1951 gehört er dem Ministerium an.

Für klare Abgrenzung

Dem bisherigen Dresdener SED-Chef Modrow, der als umgänglich, aber hart in der Sache gilt, scheint es sehr ernst mit den angekündigten Reformen zu sein. Seine Regierung werde nichts versprechen, was sie nicht halten könne, kündigte er an. Daß er den Ton im Kabinett angeben und die Richtlinien festsetzen will, machte sich auch daran deutlich, daß er mehrfach von „meiner Regierung" sprach. Der bisherigen Praxis der Vermengung von Staats- und Parteiführung erteilte er eine eindeutige Absage. Fast verächtlich sprach der unter dem alten SED-Chef Erich Honecker in seinem Reformwillen gebremste Modrow von der alten Garde. Offenheit, Ehrlichkeit, Fachkompetenz statt Losungen, Qualitätsarbeit und Bescheidenheit soll die neue Regierung leisten.

Die abgesetzten „Betonköpfe" mußten sich die Reformrede Modrows nicht anhören. Um neun Uhr nahm Modrow im blauen Anzug allein auf der Regierungsbank in der Volkskammer Platz. Bevor er endlich um 09.17 Uhr seine Regierungserklärung verlesen konnte und bei der Bevölkerung um Vertrauensvorschuß für seine Arbeit bat, wurde er sichtlich nervöser, aber nicht unkonzentrierter. Er schlug die grüne Mappe auf, in der seine Rede lag, schlug sie wieder zu, dann wieder auf, las noch einmal einige Passagen nach. Bei jeder der Abstimmungen, die seiner Rede vorausgingen, schien er aber genau zu wissen, worum es ging. Nicht einmal verpaßte er, die Hand zur Zustimmung zu geben.

Presse-Echo

Die Bundestagsdebatte über die Lage der Nation wird von vielen Blättern kommentiert

Frankfurter Neue Presse

Selbstverständlich hat Kohl auch recht, wenn er die Bonner Hilfe an die DDR von einem grundlegenden Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems abhängig macht. Was denn sonst. Die Menschen drüben wollen Freiheit und Wohlstand. Das führen sie uns seit dem 9. November vor. Momper und andere warnen vor „Bevormundung". Wichtiger als der Wunsch der DDR-Bürger nach einem auch materiell besseren Leben ist ihnen nämlich, daß es auch künftig einen sozialistischen deutschen Staat gibt. Das ist der Egoismus der Ideologen.

OFFENBACH-POST

Kleinkariertes Parteiengezänk, öffentliche Profilierungsanstrengungen und politische Alleingänge sind angesichts der Bedeutung der Ereignisse völlig fehl am Platz. Darum war es wohltuend zu sehen und zu hören, wie... Willy Brandt über die vorhandenen Auffassungsunterschiede zwischen Regierung und Opposition hinweg eine Brücke schlug und für die Ergebnisse der Kohl-Reise nach Polen lobende Worte fand.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Vielleicht war die Annahme ja naiv, die Eruptionen in der DDR könnten die Parteien des Bundestages zu einer neuen Form der Gemeinsamkeit ermuntern, die nichts zukleistert, aber von allen ein Stück Selbstbescheidung verlangt. Von der Koalition das Zugeständnis, daß die Weichenstellung dieser Tage nicht ausschließlich der Bundesregierung obliegen sollte, von der SPD die Einsicht, daß nicht allein die Ostpolitik der 70er Jahre die Umwälzungen ausgelöst hat. Mag sein, daß man auch erst so alt werden muß wie Willy Brandt, um eine Kanzler-Reise erfolgreich nennen zu können, während die eigenen Fronde noch dabei sind, die Pannen... aufzulisten.

Hannoversche Allgemeine Zeitung

Von einem guten Tag des Parlaments zu reden, würde kein Anlaß sein, wären nicht zwei Redner hervorgetreten – zunächst Brandt und später Genscher. Ohne anderen Patriotismus und Verständnis für die Umwelt der Deutschen absprechen zu wollen, erwiesen sich diese beiden als unüberhörbare Wortführer einer in die Zukunft weisenden nationalen Politik.

Deutschstunde mit Modrow (Karikatur: Wolf)

Mehr Geld für Beamte in Ballungsgebieten

Das letzte Wort nicht gesprochen

Von unserem Redaktionsmitglied Andreas Günther

Recht verlockend klang der Vorschlag aus dem Innenministerium: Beamte in Großstädten in der unteren und mittleren Besoldungsgruppe sollen mehr Geld bekommen. Wer bis zur Besoldungsgruppe A 10 im Staatsdienst das teure Leben in den Ballungsgebieten tragen muß, darf mit einer Zulage von 130 DM rechnen, pro Kind kommen noch 40 DM dazu. Beamte, die in Ballungsgebiete ziehen, erhalten einen einmaligen Zuschuß in Höhe von 5000 DM. So sieht es der Entwurf des Strukturgesetzes 1990 vor, der nach Meinung von Minister Schäuble „maßvolle, aber deutliche Verbesserungen" enthält, um den „extrem hohen Belastungen der unteren und mittleren Einkommensgruppen" abzuhelfen.

Keine rechte Freude

Die Gewerkschaften hören das zwar nicht ungern, wagen aber keine rechte Freude auszudrücken. Im Gegenteil: Die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies sieht den Innenminister die „lange geforderten Strukturverbesserungen im Einkommensgefüge" hintertreiben. Schäuble versuche gar, die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst zu spalten.

Der Deutsche Beamtenbund (DBB) hadert nicht so heftig mit dem Plan des Innenministers für ein neues Strukturgesetz. Sogar ein wenig Zufriedenheit zeigt der DBB über den „ersten, aber noch nicht ausreichenden Schritt".

Überhaupt sei das Ganze noch nicht spruchreif, versichert DBB-Sprecher Eckart Kempf. „Formulierungshilfe" wäre wohl die beste Definition, „denn das letzte Wort ist noch nicht gefallen". So sind weitere Gespräche zwischen den Gewerkschaften und dem Innenministerium geplant, in denen etliche Knackpunkte noch geklärt werden sollen. Beispielsweise müsse der Kreis derer erweitert werden, die Vergünstigungen erhalten sollen: „Warum nur Verheiratete, und warum nur in Städten über 500 000 Einwohnern", fragt Kempf. Und wo endet zum Beispiel das Ballungsgebiet Frankfurt? Auch die Form der Finanzunterstützung sei noch offen. So „wäre auch denkbar", daß für Beamte speziell Wohnungen in den Ballungsgebieten gebaut werden.

Der Beamtenbund pocht weiterhin auf ein Gesamtkonzept. Anzustreben seien keine punktuellen Verbesserungen, sondern ein neues Gesamtkonzept, das den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes „eine funktionsbezogene und leistungsgerechte Bezahlung sichert". Der Entwurf des Innenministeriums sei bisher, so Kempf, „nicht das Gelbe vom Ei."

Die Idee für das Zulagenmodell entstand in der Bayrischen Landeshauptstadt, wo Münchens Bürgermeister und die Landesregierung hunderte Stellen nicht besetzen können; die Privatwirtschaft lockt eher die qualifizierten Arbeitskräfte an, und Nachwuchs ist rar.

„Der Dienst am Staat ist unattraktiv geworden", gesteht der Sprecher des Bundesinnenministeriums, Roland Bachmeier. In Stuttgart sei die Situation ähnlich angespannt.

Finanzmittel sollen helfen

Finanzmittel sollen nun aus der Not helfen: 95 Millionen DM sind in dem Entwurf des Innenministeriums allein für München und Stuttgart veranschlagt. Schäuble: „Hiermit soll nachvollzogen werden, was für private Arbeitgeber in diesen Gebieten bereits seit langem selbstverständlich ist." Der ÖTV-Sprecher Rainer Hillgärtner sagt es deutlicher: „Die Tarifpolitik gibt den Ton an, nicht der Gesetzgeber."

Siehe auch Kommentar

DDR-Rückkehrer

Alle warten – aber bisher kommt keiner

Von S. Heimgärtner (dpa)

Vorbereitet war alles - gekommen ist keiner. Für 500 rückkehrwillige DDR-Bürger standen im Berufsschulzentrum Magdeburg am Lorenzweg schon am Donnerstag vormittag dampfende Teekannen und Batterien von Plastikbechern bereit. Stunden später kam kleinlaut das Küchenpersonal und räumte wieder ab. Ähnlich erging es vielen anderen freiwilligen Helfern im Bezirk, wo insgesamt mit 2000 Rückkehrern gerechnet wurde.

Die nach dem Massenexodus von den DDR-Behörden und vielen Gebliebenen so sehnlichst erwarteten Mitbürger, die angeblich zu Tausenden nach einer längeren Stippvisite im Westen wieder nach Hause kommen wollten, sind bisher in keinem der vom Deutschen Roten Kreuz der DDR eingerichteten Aufnahmelager eingetroffen. Warum, weiß eigentlich keiner. Und am schlimmsten wäre es für den Verantwortlichen im Rat des Bezirkes Magdeburg, Klaus Burgmann, wenn sich herausstellen würde, „daß es sich viele doch noch anders überlegt hätten".

„Ziemlich enttäuscht"

„Wir sind ziemlich enttäuscht", so sein Kommentar. Ganz besonders, weil die DDR im Moment „jeden einzelnen Bürger" brauche. Am meisten aber sicherlich, weil es die ganze Stadt in einer Blitzaktion innerhalb weniger Tage geschafft habe, „für alle Fälle vorbereitet zu sein". Das hieß für Magdeburg: Fünf öffentliche Einrichtungen, darunter zwei Schulen, wurden zu Wohnquartieren umfunktioniert.

Die Schüler der Berufsschule beispielsweise mußten ihre Zimmer im Lehrlingsheim frei machen und wieder zu den Eltern ziehen. Statt Unterricht standen für mindestens zwei Wochen Praktika auf dem Stundenplan. Rund um die Uhr außerdem ein Versorgungsservice in der Schulmensa und provisorisch eingerichtete Büros der Verwaltungsbehörden, die bei der Wiedereingliederung helfen sollten. Im Bezirk Schwerin habe die Rückkehr-Planer sogar an „Extras" gedacht: Vom neu installierten Münzfernsprecher über Bügelbretter bis zur Kindernahrung.

Rückzug angeordnet

Nun haben die Behörden zunächst zum Rückzug geblasen: In Magdeburg wurden die Sondermaßnahmen eingestellt, weil man davon ausgeht, daß sich die bisher nur vereinzelt aufgetretenen Rückkehrer dann auch direkt in ihrem Heimatort melden können. Dort sollen die gleichen Spielregeln gelten wie bei den in den Übergangsunterkünften zuständigen Behörden: Keine Bevorzugung der Heimkehrer und der Versuch, sie am ursprünglichen Wohn- und Arbeitsplatz wieder unterzubringen. Nur dann allerdings, wenn die Heimgekommenen damit einverstanden sind.

Andere Orte besser

Nach Angaben des Magdeburger Ratsmitgliedes Lutz Bartel ist zu erwarten, daß etliche Rückkehrer den Heimatort wechseln wollen, weil sie sich vor möglicher Kritik von Nachbarn und Arbeitskollegen fürchten. „Wer bei Nacht und Nebel über die Grenze gegangen ist, kann nicht unbedingt damit rechnen, daß er gleich wieder begeistert empfangen wird", meint Bartel.

Deutsch-deutsches Fest in Kassel

Welle der Hilfsangebote

Kassel (f). Die Welle der Aktionen und Hilfsangebote für die Besucher aus der DDR reißt nicht ab. Genauso unübersehbar wie die Besucherströme sind inzwischen die Initiativen von Privatleuten, Firmen, Vereinen und Verbänden, die sich zusätzliche zu den öffentlichen Stellen und Hilfsdiensten für Empfang, Versorgung und Unterbringung der Gäste von drüben engagieren.

Da macht die Lutherkirchen-Gemeinde ihr Gemeindehaus zum Besuchertreff, die Schülervertretung des Friedrichsgymnasiums verwandelt den Schulpavillon in einen Kontaktpavillon, Vereine verteilen Obst und Erbseneintopf auf dem Rathausplatz, eine Firma stellt ihre Räume als Wärme- und Wickelräume zur Verfügung, eine Taxizentrale teilt am Hauptbahnhof Suppe aus, die vom Studentenwerk gekocht wird, Autofirmen bieten Pannenhilfe, Stadtteilvereine bewirten Ankommende mit Kuchen und heißen Getränken, die Liste ließe sich noch verlängern.

Was vergangenes Wochenende noch völlig unvorbereitet an Hilfe geleistet wurde, wird an diesem Wochenende organisiert – Beiträge zum zweiten deutsch-deutschen Fest in Kassel.

Dreiste Angebote an Besucher aus der DDR

Zweifelhafte Geschäfte

Kassel (f). Mit der Zahl der Hilfsangebote für DDR-Bürger wächst auch die Grauzone der zweifelhaften Geschäfte, die mit den Besuchern gemacht werden. Schon finden die oft ahnungslosen Westreisenden Handzettel unter die Scheibenwischer ihrer Trabis geklemmt, die sie auffordern, beim nächsten Besuch Silberbestecke, Meißener Porzellan, Antiquitäten und sogar Militaria mitzubringen und zu verkaufen – gegen West-Mark versteht sich, Telefon-Nummer und ein dreistes „Herzlich Willkommen in der BRD" inklusive.

Da wird von Wechselangeboten berichtet, mit denen DDR-Bürgern zu Kursen bis 1:20 die Ost-Mark aus der Tasche gezogen werden soll.

Während viele Geschäfte beliebte Einkaufsartikel wie Obst, speziell Südfrüchte, in Sonderangeboten feilbieten, sind gelegentlich auch Berichte von überhöhten Preisen zu hören – manchmal allerdings auch Gerüchte, die sich nicht bestätigen.

Inzwischen ist es notwendig, Besucher vor Geschäftemachern zu warnen, die, um einen Satz des Spiegel abzuwandeln, bei denen von drüben, „im Drüben fischen."

Letzte Meldung

Pkw erfaßt Radlerin: Tot

Kassel (jds). Eine 20jährige Radfahrerin aus Kassel starb gestern gegen 20.30 Uhr auf der Loßbergstraße, nachdem sie von einem Pkw erfaßt und 25 Meter durch die Luft geschleudert worden war. Bei dem Unfall wurden zwei Personen schwer und eine leicht verletzt.

Eine 28jährige Kasselerin befuhr, so die Polizei, mit ihrem Wagen die Loßbergstraße stadteinwärts, als sie vermutlich infolge überhöhter Geschwindigkeit kurz vor der Zentgrafenstraße auf die Gegenfahrbahn geriet. Dort prallte ihr Pkw mit dem entgegenkommenden Auto eines 26jährigen aus Kassel zusammen.

Danach schleuderte der Wagen der 28jährigen quer über die Straße und erfaßte auf der Gegenseite die junge Radfahrerin. Dann durchbrach das Auto eine Hecke und eine Mauer, um schließlich an einer Hauswand zum Stehen zu kommen. Die Fahrerin und ihre 21jährige Beifahrerin erlitten dabei schwere Verletzungen, während der 26jährige mit leichten Blessuren davonkam.

Gäste aus der DDR

Die City war voll

Kassel (ach). Der erwartete Wochenend-Ansturm von Besuchern aus der DDR setzte schon gestern ein.

Früh um 7 Uhr rollten zahllose Trabis auf der Leipziger Straße Richtung Innenstadt. Mit gehöriger Verspätung traf kurz nach 9 Uhr im Hauptbahnhof der erste Sonderzug aus Erfurt mit fast 1000 Menschen ein – in den zehn Wagen war kein Platz freigeblieben.

Im Rathaus und den Postämtern mußten besonders am Vormittag die Besucher um ihr Begrüßungsgeld Schlange stehen, die Geschäfte in der City waren proppenvoll, auf der Königsstraße kam die Straßenbahn im dichten Gewühl zeitweise kaum mehr voran.

WARTEN AUF DIE HEIMREISE: Dicht gedrängt standen gestern abend Kassel-Besucher aus der DDR am Bahnsteig im Hauptbahnhof, um mit einem Sonderzug wieder zurück nach Eisenach, Gotha oder Erfurt zu fahren. (Foto: Koch)

Drei Sonderzüge

Mit rund zehn Zügen aus der DDR – davon drei Sonderzüge – kamen gestern tausende Besucher auf dem Hauptbahnhof an. Bei der Bahnhofsmission, in der Wechselstube, vor dem Bahnhof am Feuerwehr-Infobus wurden Mitarbeiter und Helfer fast überrannt.

Die Bundesbahn hatte das Personal verstärkt, auf den Bahnsteigen gab's zusätzliche Speisen- und Getränkeangebote. Bei der Kontrolle der Fahrkarten – für DDR-Bürger zum halben Preis – gab's oft Probleme. Dienstanweisung an die Bundesbahner in Zweifelsfällen: Großzügig sein, „es wird keiner aus dem Zug geworfen".

Bei den Postämtern traf der Ansturm besonders das Amt 31 in Bettenhausen. Eigentlich sollte erst ab 7 Uhr Begrüßungsgeld gezahlt werden, doch wegen des großen Andrangs in der Frühe öffneten die Mitarbeiter freiwillig schon um 6 Uhr die Schalter. Bis zum Abend bekamen dort über 1000 DDR-Bürger ihren Hundertmarkschein. Im Rathaus mußten für die Auszahlung zeitweise bis zu 20 Mitarbeiter eingesetzt werden. Rund 6500 DDR-Bürger wurden bis gestern abend gezählt.

Verärgerung herrschte gestern in Auszahlungsstellen über die steigende Zahl von Betrugsversuchen. Immer wieder hätten DDR-Bürger versucht, den Stempel im Ausweis über das bereits erhaltene Begrüßungsgeld auszuradieren oder zu überkleben. Auch mit dem Trick, auf Personalausweis und Reisepaß jeweils 100 Mark in Empfang zu nehmen, sollen sich nicht wenige doppeltes Begrüßungsgeld erschlichen haben.

Smog oder nicht?

Verschiedene Sichtweisen

Kassel (f). Smog oder nicht Smog – bei der Diskussion über die Schadstoffbelastung der Kasseler Luft scheinen sich die Appelle, angesichts erhöhter Schadstoffwerte auf das Auto zu verzichten, und die Tatsache, daß die gemessenen Werte unterhalb der kritischen Grenzen liegen, zu widersprechen.

Der scheinbare Widerspruch erklärt sich aus einer ungewöhnlichen Wetterlage und aus verschiedenen Betrachtungsweisen. Momentan und auch in den nächsten Tagen herrscht in den Morgenstunden und Abendstunden eine austauscharme Wetterlage (Inversion), das heißt, zu diesen Zeiten werden Schadstoffe in Bodennähe nicht weggeweht, erklärt Lutz Katzschner von der AG Luft der GhK. Die Werte steigen dann jeweils an, „nicht drastisch, aber über normal" (Katzschner). Tagsüber sorgen Winde dann wieder für eine vorübergehende Entlastung.

Diese Situation könnte sich laut Katzschner von Tag zu Tag verschärfen. Es sei die Frage, ob immer gewartet werden müsse, bis Smogwerte erreicht werden, bevor Maßnahmen zur Reduzierung von Schadstoffen ergriffen werden. Die Aussage von Bürgermeister Ludolf Wurbs, die Meßwerte bereiteten im Moment keine Sorgen (HNA berichtete), sei an den offiziellen Grenzwerten orientiert. Die AG Luft der GhK plädiere dagegen für einen sensibleren Umgang mit Emissionen (Schadstoffausstoß).

Katzschner schloß sich gestern den Appellen an, das Auto stehen zu lassen. Darüber hinaus regte er an, bei Wetterlagen wie dergegenwärtigen auch über Drosselungen bei der Müllverbrennungsanlage und dem Kraftwerk nachzudenken.

Appell der Polizei:

Lieber per Bus oder Bahn

Kassel (f). Einen erneuten Appell, den Wagen am Wochenende stehen zu lassen und auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen, richtet die Polizei an alle Autofahrer in Kassel und den umliegenden Gemeinden. Vor allem die Besucher aus dem Landkreis sollten überlegen, ob sie ihre Weihnachtseinkäufe nicht auf andere Tage verlegen könnten.

Angesichts des erneuten Besucherstroms rechnet die Polizei damit, daß es sowohl heute als auch am morgigen am Sonntag zu Verkehrsengpässen in den Hauptverkehrsstraßen des Stadtgebiets kommen wird.

Mehr Straßenbahnen

Die Kasseler Verkehrsgesellschaft (KVG) verstärkt ab 8.30 Uhr den Straßenbahnverkehr zwischen Leipziger Platz und Ottostraße (Hauptbahnhof) sowie Auestadion und Ottostraße, um die Besucher der Innenstadt zum Stadtrand-Parken zu ermuntern.

Bei Bedarf wird die KVG außerdem einen Bus-Pendelverkehr zwischen den Messehallen und dem Staatstheater einrichten.

Zu Zeiten, in denen die Obere Königsstraße wegen des erwarteten Masenandrangs „zu" sein wird, verkehren auf Ansage Pendelwagen der Straßenbahnlinien 1, 3, 5, 6 und 8 zwischen Kirchweg und Rathaus.

KVG-Kritiker Meyfahrt geht zur KVG

Ein Professor in der Höhle des Löwen

Kassel (b). In diesen Tagen ist nichts unmöglich, auch in Kassel nicht. Professor Rainer Meyfahrt, seit 16 Jahren Stadt- und Landschaftsplaner an der Gesamthochschule Kassel (GhK) und in der Vergangenheit nicht selten ein vehementer Kritiker der Kasseler Verkehrsgesellschaft (KVG), wagt sich in die Höhle des Löwen. Der 46jährige gebürtige Berliner wird Chef der Abteilung Unternehmensplanung bei der KVG und will sich für drei Jahre von der Universität beurlauben lassen.

Der Wechsel kam eher zufällig zustande. KVG-Vorstandsvorsitzender Wolfram Bremeier, hatte den anerkannten Fachmann um Vorschläge für die Besetzung der Stelle gebeten. Meyfahrt fiel auf Anhieb niemand ein; als er eher beiläufig erwähnte, „ich könnte es ja selber machen", nahm ihn Bremeier beim Wort. Meyfahrt sagte zu, obwohl er nächstes Jahr eigentlich Dekan werden sollte. Dennoch: Vom Fachbereichsrat bekam er „einstimmig" grünes Licht, auf Zustimmung aus Wiesbaden wartet er noch.

RAINER MEYFAHRT wechselt von der Uni in die Chefetage der KVG. (Foto: Koch)

Bremeier freut sich

„Ich freue mich, daß ein so profilierter Vertreter der Interessen des ÖPNV (Öffentlichen Personennahverkehr) zur KVG kommt. Im übrigen ist es ein gutes Beispiel für ein funktionierendes Miteinander von Theorie und Praxis. Dies sollte Schule machen", betonte Bremeier gestern. Ähnlich sieht es auch Meyfahrt: „Vielleicht sind berufspraktische Studien – die für Studierende ein Muß sind – auch gut für Hochschullehrer."

Dennoch hat die KVG mit ihm nicht nur einen qualifizierten Theoretiker gewonnen, sondern auch einen ausgewiesenen Praktiker. Nicht wenige verkehrspolitischen Verbesserungen in Kassel tragen die Handschrift von Meyfahrt, etwa die Anbindung der KVG am Bahnhof Wilhelmshöhe oder der neue Gleiskörper auf der oberen Wilhelmshöher Allee.

Optimismus

So hat der engagierte Hochschullehrer auch ganz konkrete Vorstellungen, wie er seine Zuständigkeiten für die Verkehrsplanung, Verkehrswirtschaft, Fahr- und Dienstplangestaltung sowie Marketingplanung zur Verbesserung des ÖPNV nutzen will. Und da durch den vor einem Jahr vorgelegten Generalverkehrsplan „etwas Bewegung in die Verkehrsplanung gekommen ist", verfügt er auch über eine gehörige Portion Optimismus.

Ein Schwerpunkt seiner Arbeit ist durch das vorliegende Kommunale Nahverkehrsprogramm gegeben, im wesentlichen der Bau der Helleböhn-Trasse und deren Weiterführung nach Baunatal. Meyfahrt: „Jetzt geht es konkret daran, die vielen Maßnahmen auch wirklich umzusetzen, Druck zu machen, daß sie realisiert werden."

Auch will Meyfahrt den Blick über die Stadtgrenze hinaus richten. Es sei an der Zeit, verstärkt die Anbindung der Leipziger Straße, Kaufungens und Niestetals in Angriff zu nehmen. Dabei denkt er unter anderem an eine Kooperation ähnlich der der Gemeinschaftslinie 17 nach Lohfelden und Söhrewald sowie an eine mögliche Nutzung der ehemaligen Waldkappeler Bahntrasse bis Kaufungen. Und natürlich setzt er auch auf den Ausbau des Park-and-Ride-Systems. „Es stehen Vorentscheidungen an", steckt Meyfahrt den Rahmen für sein dreijähriges Gastspiel.

Darüber hinaus hat sich der 46jährige vorgenommen, „regelmäßig ein kleines Problem zu lösen, ohne große Investitionen die Qualität des ÖPNV zu verbessern". Zum Beispiel eine Busspur auf der Kölnischen Straße zwischen Königsplatz und Rudolf-Schwander-Straße, Beschleunigung von Bussen und Bahnen durch bessere Verkehrssteuerung und den Abbau der Behinderungen durch Linksabbieger.

„KVG muß zur Stelle sein"

Und dann will er vor seiner derzeitigen Haustür aktiv werden, am Holländischen Platz. Wenn der Bau des Technik III Komplexes beginnt und Hunderte von Parkplätzen wegfallen, „muß die KVG mit einem attraktiven Angebot zur Stelle sein". Das wird er übrigens auch selber nutzen können. Denn Jahreskarteninhaber Rainer Meyfahrt wird auch während seiner KVG-Tätigkeit eine Lehrveranstaltung an der Uni anbieten.

Magistrat:

Ja zum Markt in der Nordstadt

Kassel (esx). Nach langen Diskussionen um die Einrichtung eines Wochenmarktes in der Nordstadt hat der Magistrat jetzt zugestimmt: Ab Freitag, 1. Dezember, bieten Händler Bürger an 30 Ständen Obst, Gemüse, Wurst, Eier, Blumen, Honig und anderes an. Künftig findet der Markt jeden Freitag vor dem Philipp-Scheidemann-Haus von 13.30 bis 18 Uhr statt.